

# Niedersächsischer Landtag

## Stenografischer Bericht

### 65. Sitzung

Hannover, den 14. Dezember 2000

#### Inhalt:

##### Zur Geschäftsordnung:

Möllring (CDU) .....	6213
Möhrmann (SPD) .....	6213

##### Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwer- punkte (einschl. einzubringender Änderungs- anträge) unter Einbeziehung der betroffenen

Ressortminister (Innenpolitik, Städtebau, Justiz) ....	6214
Biallas (CDU) .....	6214
Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE) .....	6216
Adam (SPD) .....	6217, 6225, 6236, 6237
Collmann (SPD) .....	6218
Hagenah (GRÜNE) .....	6221, 6229
Althusmann (CDU) .....	6223
Frau Leuschner (SPD) .....	6226
Decker (CDU) .....	6227
Mühe (SPD) .....	6228
Bartling, Innenminister .....	6229
Schröder (GRÜNE) .....	6232
Stratmann (CDU) .....	6234, 6243
Frau Bockmann (SPD) .....	6238
Dr. Pfeiffer, Justizminister .....	6240

##### Persönliche Bemerkung gemäß § 76 GO

Frau Groneberg (SPD) .....	6220
Biallas (CDU) .....	6221

##### Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwer- punkte (einschl. einzubringender Änderungs- anträge) unter Einbeziehung der betroffenen

Ressortminister (Soziales und Frauen, Jugend und Sport) .....	6243
Frau Pawelski (CDU) .....	6243
Frau Pothmer (GRÜNE) .....	6246, 6258
Mühe (SPD) .....	6248, 6248

Schwarz (SPD) .....	6251
Lindhorst (CDU) .....	6251
Frau Schliepack (CDU) .....	6254
Frau Hemme (SPD) .....	6256
Frau Janssen-Kucz (GRÜNE) .....	6260
Viereck (SPD) .....	6261
Frau Vockert (CDU) .....	6263
Dr. Trauernicht, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales .....	6265

##### Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwer- punkte (einschl. einzubringender Änderungs- anträge) unter Einbeziehung der betroffenen

Ressortministerin (Kultus) .....	6269
Busemann (CDU) .....	6269
Frau Seeler (SPD) .....	6272, 6273, 6274
Frau Litfin (GRÜNE) .....	6275
Klare (CDU) .....	6279, 6280
Frau Vogelsang (CDU) .....	6280
Jürgens-Pieper, Kultusministerin .....	6282, 6284

##### Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwer- punkte (einschl. einzubringender Änderungs- anträge) unter Einbeziehung des betroffenen

Ressortministers (Wissenschaft und Kultur) .....	6286
Frau Mundlos (CDU) .....	6286
Dr. Domröse (SPD) .....	6287
Golibrzuch (GRÜNE) .....	6290
Frau Trost (CDU) .....	6291

##### Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwer- punkte (einschl. einzubringender Änderungs- anträge) unter Einbeziehung der betroffenen

Ressortminister (Wirtschaft und Verkehr, Umwelt) .....	6292
Beckmann (SPD) .....	6293

<b>Dr. Knorre</b> , Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr .....	6295
<b>Dinkla</b> (CDU) .....	6299
<b>Wenzel</b> (GRÜNE) .....	6302
<b>Schurreit</b> (SPD).....	6304, 6311
<b>Frau Rühl</b> (CDU) .....	6307
<b>Eppers</b> (CDU).....	6309
<b>Heineking</b> (CDU) .....	6310
<b>Frau Steiner</b> (GRÜNE).....	6311
<b>Frau Zachow</b> (CDU).....	6314
<b>Wojahn</b> (CDU).....	6315
<b>Inselmann</b> (SPD).....	6316, 6318
<b>Schwarzenholz</b> (fraktionslos).....	6319
<b>Jüttner</b> , Umweltminister .....	6320

**Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung des betroffenen Ressortministers (Landwirtschaft, Bundes- und Europaangelegenheiten).....**

.....	6321
<b>Brauns</b> (SPD) .....	6321
<b>Ehlen</b> (CDU).....	6323
<b>Klein</b> (GRÜNE) .....	6324
<b>Bartels</b> , Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .....	6326, 6329, 6331
<b>Hogrefe</b> (CDU) .....	6329
<b>Kethorn</b> (CDU) .....	6329
<b>Rabe</b> (SPD).....	6332
<b>von der Heide</b> (CDU).....	6333, 6338
<b>Wenzel</b> (GRÜNE).....	6334
<b>Senff</b> , Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten.....	6335

Tagesordnungspunkt 12:

Zweite Beratung:

**Modernisierung der "Heidebahn" - modellhafte Verbesserung des Bahnverkehrs** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1836 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/2032 .....

.....	6339
-------	------

**Zur Geschäftsordnung:**

<b>Wenzel</b> (GRÜNE).....	6339
----------------------------	------

Tagesordnungspunkt 13:

Zweite Beratung:

**Einrichtung einer Landesmusikakademie** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/61 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 14/2081.....

.....	6340
<b>Schwarz</b> (CDU), Berichterstatterin.....	6340
<b>Frau Schwarz</b> (CDU).....	6340
<b>Dr. Domröse</b> (SPD) .....	6341, 6342

Tagesordnungspunkt 14:

Zweite Beratung:

**Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages für die Nachwuchskräfte des mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienstes** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1120 neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/2082 .....

.....	6343
<b>Müller</b> (SPD), Berichterstatterin .....	6343
<b>Frau Müller</b> (SPD).....	6344, 6347
<b>Frau Körtner</b> (CDU) .....	6345, 6346
<b>Schröder</b> (GRÜNE).....	6346

**Vom Präsidium:**

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Eckel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

**Auf der Regierungsbank:**

Innenminister  
Bartling (SPD)

Finanzminister  
Aller (SPD)

Staatssekretär E b i s c h ,  
Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales  
Dr. Trauernicht (SPD)

Staatssekretärin W i t t e ,  
Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und  
Soziales

Kultusministerin  
Jürgens - Pieper (SPD)

Staatssekretär D r . L e m m e ,  
Niedersächsisches Kultusministerium

Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr  
Dr. Knorre

Staatssekretärin D r . G r o t e ,  
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,  
Technologie und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und  
Forsten  
Bartels (SPD)

Justizminister  
Dr. Pfeiffer (SPD)

Staatssekretär D r . L i t t e n ,  
Niedersächsisches Justizministerium

Minister für Wissenschaft und Kultur  
Oppermann (SPD)

Staatssekretär D r . R e i n h a r d t ,  
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft  
und Kultur

Umweltminister  
Jüttner (SPD)

Staatssekretär S c h u l z ,  
Niedersächsisches Umweltministerium

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten  
Senff



Beginn: 9.01 Uhr.

**Präsident Wernstedt:**

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 65. Sitzung im 27. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode.

Die Beschlussfähigkeit wird zu gegebener Zeit festgestellt.

Zur Tagesordnung für heute: Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem ersten Zeitblock der Haushaltsberatung. Nach der Mittagspause setzen wir die Haushaltsberatung mit dem zweiten Zeitblock fort. Anschließend behandeln wir die Tagesordnungspunkte in der Reihenfolge der Tagesordnung.

Die heutige Sitzung soll gegen 19.45 Uhr enden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

**Schriftführerin Hansen:**

Entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Gabriel, von der Fraktion der SPD Herr Endlein, Frau Saalman und Herr Dr. Schultze sowie von der Fraktion der CDU Herr Meier.

**Präsident Wernstedt:**

Bevor ich die Tagesordnungspunkte 6 und 7 aufrufe, hat sich der Kollege Möllring zur Geschäftsordnung gemeldet.

**Möllring (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte gerne den Ministerpräsidenten zitieren lassen, weil der Ministerpräsident gestern zu der Frage, warum Frau Trauernicht unbedingt für eine Nacht Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium werden musste, erklärt hat:

„Der Hamburgische Senat kann abweichend von dem eben geschilderten Grundsatz die Fortdauer des Beamtenverhältnisses neben dem neuen Dienst- oder Amtsverhältnis anordnen. ... Die Gespräche mit der Freien

und Hansestadt Hamburg zielten ursprünglich auf eine Gleichbehandlung, also nach niedersächsischen Recht, ab. Das heißt, Frau Dr. Trauernicht sollte analog zur niedersächsischen Regelung beurlaubt werden. Hierzu hat sich der Hamburger Senat nicht bereit erklärt. Deshalb ist einvernehmlich mit Hamburg der Weg der Versetzung gewählt worden.“

Die „Welt“ vom heutigen Tage, 14. Dezember 2000, berichtet:

„Runde zeigte sich, auf die Vorgänge in Hannover angesprochen, ahnungslos. Das sei ihm nicht bekannt, sagt er lediglich.“

Das heißt, offensichtlich hat es mit Runde keine Absprachen gegeben. Deshalb beantrage ich, den Tagesordnungspunkt 1 erneut auf die Tagesordnung zu setzen, wenn der Ministerpräsident wieder da ist, weil diese Widersprüche geklärt werden müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Plauke [SPD]: Also geht das Spielchen weiter! Sie können Ihr niedriges Niveau jederzeit noch unterbieten, Herr Wulff! - Gegenruf von Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist immer dann, wenn ich in der Gefahr bin, Sie nachzuahmen!)

**Präsident Wernstedt:**

Das Wort hat der Herr Kollege Möhrmann.

**Möhrmann (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die „Welt“ von heute noch nicht gelesen. Herr Möllring, wir werden das lesen und prüfen. Ich meine, wir haben am Freitag im Rahmen der Schlussdebatte ausreichend Gelegenheit, dieses Thema zu behandeln. Ich gehe davon aus, dass das bis dahin geklärt werden kann. Ich schlage vor, Herr Möllring, dass wir am Freitagmorgen noch einmal über dieses Thema reden und den Versuch machen, am heutigen Donnerstag diese Sache zu klären, wenn Sie einverstanden sind.

(Möllring [CDU]: Einverstanden! Wir entscheiden morgen!)

**Präsident Wernstedt:**

Kann ich das so verstehen, dass Sie jetzt den Geschäftsordnungsantrag insofern zurückziehen, als wir nicht darüber abstimmen?

(Möllring [CDU]: Wir können morgen früh darüber abstimmen!)

- Danke.

Wir kommen jetzt zu den

**Tagesordnungspunkten 6 und 7:**

**Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Innenpolitik, Städtebau, Justiz)**

Für den jetzt anstehenden Teil der Haushaltsberatungen stehen den Fraktionen am Vormittag und am Nachmittag jeweils folgende Redezeiten zur Verfügung: SPD und CDU jeweils bis 76 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen bis zu 48 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von jeweils 48 Minuten nicht überschreitet.

Um die Debatte zu strukturieren, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden und dabei angeben, zu welchem Gebiet Sie sprechen möchten. Dieser Hinweis gilt auch für die heute Nachmittag zu behandelnden Themen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen darüber einig, dass die einzelne Redezeit im Interesse einer lebendigen Debatte zehn Minuten möglichst nicht überschreiten sollte. Das Präsidium wird bei Beiträgen, die länger als zehn Minuten dauern, durch ein Klingelzeichen an diese Übereinkunft erinnern.

Nach den Vorstellungen des Ältestenrats beginnen wir jetzt mit dem Bereich Innenpolitik, Städtebau und Justiz.

Zu Wort gemeldet hat sich zunächst Herr Biallas von der CDU-Fraktion.

**Biallas (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zum Polizeihaushalt im vorliegenden Haushaltsplanentwurf. Uns ist deutlich

geworden, dass der Ansatz, der dafür ausgewiesen ist, den wachsenden Herausforderungen an die innere Sicherheit nicht gerecht wird. Es geht dabei nicht allein und in erster Linie um die Menge des Geldes, sondern darum, welche konkreten Vorstellungen bestehen, wie man das vorhandene Geld richtig einsetzt. Wir sind der Meinung, dass man mit dem vorhandenen Geld erheblich mehr ausrichten könnte.

Tatsache ist, dass immer weniger Beamtenstellen im Bereich der Polizei besetzt sind. In absoluten Zahlen sinkt die Zahl der beschäftigten Polizeibeamtinnen und -beamten jährlich. Das führt dazu, dass die innere Sicherheit vor Ort immer weniger gewährleistet ist. Symptomatisch dafür ist: Als unser verehrter Herr Ministerpräsident eines Tages auf die Idee kam, die Bildung in den Mittelpunkt seiner Bemühungen zu stellen und dass alle Ministerien einsparen sollten, da meldete sich das Innenministerium und sagte, das sei alles völlig unproblematisch; denn man habe einen riesigen Stellenpool von unbesetzten Stellen, den könne man da einbringen. Das zeigt, worum es bei dieser Problematik geht.

Das zweite Problem ist, dass der Polizei nicht genügend Nachwuchs zur Verfügung steht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie das Ministerium berichtet hat, ist die Zahl der unnatürlichen Abgänge angestiegen. Die zweigeteilte Laufbahn im Bereich der Polizei kostet uns jährlich 78 Stellen. Die Vorruhestandsregelung wird in erheblichem Maße genutzt. Das führt dazu, dass nicht genügend Beamtinnen und Beamte vorhanden sind, um die frei werdenden Stellen wieder zu besetzen.

Herr Minister, es muss Ihnen eigentlich zu denken geben, dass die Beamtinnen und Beamten zunehmend vor ihrem Dienstherrn auf der Flucht sind. Es zeichnet sich eine regelrechte Fluchtbewegung ab.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Beamtinnen und Beamten sehen zu, so schnell wie möglich aus dem Dienst des Landes herauszukommen. Herr Minister, wenn es denen so gut bei Ihnen gefallen würde, dann würden sie das wahrscheinlich nicht machen.

(Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):  
Nach der EXPO wollten alle hier  
bleiben! Das stimmt überhaupt nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, immer wieder wird wie in einer Litanei behauptet, 1.000 Beamtinnen und Beamte seien zusätzlich auf die Straße gekommen. Tatsache ist, dass sie nicht alle auf der Straße angekommen sind. Denn es fehlen, wie Sie selber zugegeben haben, hunderte von Beamten, um die innere Sicherheit sicherzustellen. Nach der EXPO ist dieses Problem besonders auffällig geworden.

Interessant ist, Herr Minister, dass Sie es bisher mit Ihrem Charme abgelehnt haben, mit uns über die Polizeidichte zu sprechen. Darum werden Sie nun allerdings nicht herumkommen; denn die Damen und Herren der Gewerkschaft der Polizei, die Ihnen bekanntlich nicht sehr fern stehen, fangen an, darauf hinzuweisen, dass Ihre Politik dazu geführt hat, dass Niedersachsen mit einer Polizeidichte von einem Beamten zu 435 Bürgern im Vergleich sämtlicher Bundesländer die rote Laterne, also das Schlusslicht, trägt.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch nicht!)

Es ist interessant, dass das nicht die Opposition behaupten muss, sondern dass das die Gewerkschaft der Polizei selbst tut. Damit Sie bei der Beurteilung eine weitere Hilfe haben, sage ich noch: Im Bereich der Polizei in Lüneburg betrug die Polizeidichte noch vor kurzem 1 : 2.000, d. h. ein Beamter auf 2.000 Bürger.

Herr Minister, natürlich muss eine Opposition eigentlich gar keine Vorschläge machen, aber wir sind fair,

(Lachen bei der SPD)

und dafür kennen Sie uns. Deswegen erlaube ich mir, auch den Kollegen Lucht davon in Kenntnis zu setzen, wie das anders gemacht werden könnte, damit uns niemand etwas vorwerfen kann.

Zunächst einmal haben wir vorgeschlagen, gewaltige Einsparungen dadurch zu erreichen, dass die Beschaffung der Polizeifahrzeuge auf das Leasing-System umgestellt wird. Dadurch werden die Fahrzeuge nicht so alt, wie das zurzeit der Fall ist, und die Reparaturkosten würden sinken. Wenn Sie Zahlenmaterial brauchen, Herr Minister, dann empfehle ich Ihnen ein Gespräch mit dem Baden-Württembergischen Innenminister Schäuble. Der ist imstande, Ihnen genau zu zeigen, zu welchen Einsparungen man dadurch kommt.

Zu weiteren Einsparungen käme man durch die Privatisierung der Polizeiwerkstätten

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:  
Die Umstellung auf Biodiesel haben Sie vergessen!)

bzw. dadurch, Frau Stokar, dass man in vielen Bereichen die Polizeiwerkstätten sogar auflöst. Außerdem hat der Landesrechnungshof eine ganze Liste mit Vorschlägen für weitere Einsparungen vorgelegt.

Auch die Frage der Schutzausrüstung der Beamten muss neu bedacht werden. Die Schutzausrüstung, d. h. die Schutzwesten, kostet heute 1.200 DM.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:  
800!)

Das Land gibt 400 DM dazu. Wir sind der Meinung, dass das Land die Kosten für die neu zu beschaffenden Schutzwesten insgesamt übernehmen müssen.

Dasselbe gilt, Herr Minister, bei der Frage der Uniform. Wenn man alle Uniformen von heute auf morgen von grün auf blau umstellt, dann wird das natürlich sehr teuer. Wenn man aber sagt „In Zukunft werden alle Uniformen in der neuen Farbe ausgegeben“, dann bedeutet das keine Mehrkosten, wie Ihnen jeder Schneidermeister wird bestätigen können.

Dasselbe gilt für die Computerausstattung. Der Minister hat gesagt, das alles sei jetzt vorzüglich geregelt. Neulich bin ich bei einem Polizeikommissariat gewesen. Die waren dort voller Freude darüber, dass sie nach sechs Jahren endlich ganz neue Computer bekamen. Beim nächsten Kommissariat hieß es: Wir gehörten zu den Ersten, die vor sechs Jahren Computer bekamen. Inzwischen sind die aber so veraltet, dass wir damit heute nichts mehr anfangen können.

Herr Minister, Ihre Polizei ist der einzige Bereich in Niedersachsen - das gilt auch bei einem entsprechenden Vergleich mit der Privatwirtschaft -, wo die Beamtinnen und Beamten zur Ausübung ihres Dienstes ihren privat erworbenen Computer mit auf die Dienststelle bringen müssen. Das sollte Ihnen auf jeden Fall zu denken geben. So etwas gibt es in der freien Wirtschaft nicht. Ich meine, zumindest das Arbeitsmaterial sollten Sie der Polizei zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU)

Ein Letztes. Herr Minister, mit großer Sorge habe ich neulich einen Zeitungsbericht gelesen, in dem geschildert wurde, wie die Kollegin Groneberg aus Ihrer Fraktion bei der GdP-Kreisversammlung in Meppen gewesen ist.

(Frau Groneberg [SPD]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Da begann eine große Suchaktion, nämlich die Suchaktion nach den 70 Millionen DM, die ursprünglich einmal vorgesehen waren, um - - -

(Buß [SPD]: Herr Biallas, sie war gar nicht da! - Weitere Zurufe von der SPD)

- In der Zeitung stand das aber so. Vielleicht hat man sie verwechselt, weil man sie da nicht kannte. Das will ich nicht ausschließen.

(Unruhe bei der SPD)

Man war also auf der Suche nach den 70 Millionen DM, die als Leistungszulage für die Polizei vorgesehen waren. Diese Leistungszulage sollte zunächst gewährt werden. Die Polizei hat gesagt, bei einer solchen Arbeit gehe es nicht anders. Das Ministerium hat erklärt: Wir schauen, wie wir das sinnvoller einsetzen können. - Die Kollegin Groneberg hat es nicht gefunden, ich auch nicht, Frau Stokar wahrscheinlich ebenfalls nicht.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Ich habe gar nicht gesucht!)

Herr Minister, wenn Sie die 70 Millionen DM gefunden haben, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie uns das heute mitteilten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### **Präsident Wernstedt:**

Jetzt spricht Frau Stokar von Neuforn für den Bereich Innen.

### **Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):**

Warum ist hier schon eine Minute weg?

(Mühe [SPD]: Das ist der Vorweg-Abzug!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die innenpolitische Diskussion des vergangenen Jahres stand ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit

rechtsmotivierten Gewalttätern. Die jüngsten Waffenfunde bei Rechtsextremisten hier in Niedersachsen machen deutlich, dass die Gefahr weiterhin besteht. Der Schwerpunkt polizeilicher Arbeit in Niedersachsen muss weiterhin in der Bekämpfung dieser rechten Gewaltkriminalität liegen.

Diese Schwerpunktsetzung ist für uns nicht verbunden mit der Forderung nach mehr Polizei und schärferen Gesetzen. Der Innenminister dieser Landesregierung sollte einmal darüber nachdenken, ob es wirklich angemessen ist, in einem Jahr 50.000 Kontrollmaßnahmen im Rahmen der verdachtsunabhängigen Kontrollen durchzuführen und dabei 95.000 Personen, vornehmlich Ausländer, zu kontrollieren - verdachtsunabhängig! Die größere gesellschaftliche Bedrohung, meine Damen und Herren, geht derzeit von Skinheads und Leuten mit Springerstiefeln aus, und es sind die potentiellen Opfer dieser rechten Schlägertruppen, die besser geschützt werden müssen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Polizei können wir dadurch leisten, dass wir nach den zahlreichen Appellen und Demonstrationen jetzt endlich präventiv handeln. Deshalb haben wir einen neuen Haushaltstitel „Zuschüsse im Rahmen des Aktionsbündnis gegen Rechts“ vorgeschlagen und diesen mit 3 Millionen DM ausgestattet. Wir wollen mit diesen zusätzlichen Landesmitteln den Landesanteil zu den Bundesprojekten Xenos finanzieren und damit möglichst vielen Trägern die Teilnahme am Equal-Programm ermöglichen. Mit diesem auf Bundesebene mit 50 Millionen DM ausgestatteten Programm werden für die Jugendarbeit an den Schulen, für die Opferberatung oder für die Arbeit im Bereich der Integration Mittel zur Verfügung gestellt, die allerdings zu 45 % vom Land, von den Kommunen oder von den Trägern gegenfinanziert werden müssen.

Meine Damen und Herren, der Bedarf ist in Niedersachsen vorhanden. Wir nehmen den Ostbundesländern nichts weg, wenn wir hier die Landesmittel einsetzen. Ich möchte, dass sich Niedersachsen im Gegensatz zu anderen Bundesprogrammen an diesem Programm von Anfang an beteiligt. Es gibt genügend Projektideen, es gibt genug engagierte Menschen. Ich meine, wir sollten von diesem Programm profitieren und nicht das ganze Geld in die Südländer gehen lassen.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu einigen Einzelaspekten des Polizeihaushalts. In diesem Jahr sind acht Polizeibeamte im Dienst



getötet worden. Gestern wurde in Hildesheim wieder ein Polizeibeamter schwer verletzt. Der bessere Schutz von Polizeibeamten hat für uns absolute Priorität. In Niedersachsen tragen nur etwa 50 % der Beamten eine Schutzweste. Unser Ziel ist es, dass bis zum Ende des Jahres alle Polizeibeamten im Streifendienst verpflichtend eine Schutzweste tragen und an einem Sicherheitstraining teilgenommen haben. Ich meine, dass wir in diesem Rahmen auch den Ansatz für die Bekleidungskosten erhöhen müssen, damit dieses Ziel erreicht wird.

Meine Damen und Herren, in dem gerade verabschiedeten Bundeshaushalt sind auch die Mittel für die Bereitschaftspolizeien der Länder um 33 % gekürzt worden. Ich habe im Landeshaushalt keine Ausgleichsfinanzierung gefunden. Ich hoffe, dass dies nicht erneut zu einer Debatte über die verletzten Polizeibeamten führt, die mangelhaft ausgerüstet in Einsätze geschickt werden.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zur CDU gehen wir davon aus, dass die Einführung von MIKADO-neu zur Folge hat, dass mehr als 300 Polizeibeamte nicht mehr am Schreibtisch sitzen werden, sondern Präsenz auf der Straße zeigen können. Dies sind wesentlich mehr Stellen als die 78, die zur Gegenfinanzierung der zweigeteilten Laufbahn eingespart werden müssen.

Für vertretbar halten wir die Einsparung von 1 Million DM für die Haltung von Luftfahrzeugen. Beim letzten Haushalt haben wir der Anschaffung neuer Hubschrauber zugestimmt. Diese Anschaffung wurde mit hohen Wartungskosten begründet. In diesem Haushalt ist der Ansatz für die Wartungskosten gleich hoch. Ich vermute hier eher eine schwarze Kasse für technische Ausstattungswünsche, und ich meine, die Konkurrenz nach dem Motto „Wer hat die besseren High-tech-Hubschrauber, Niedersachsen oder Bayern?“ kann nicht die Priorität haben. Das ist eine reine Image-Auseinandersetzung zwischen den Innenministern.

Die Ausrüstung der Polizei mit Deformationsmunition und Pfefferspray lehnen wir ab. Deswegen wollen wir auch die entsprechenden Haushaltsansätze kürzen. Wir halten beide Einsatzmittel nicht für verhältnismäßig.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Anmerkungen zur Flüchtlingspolitik und zur Integration machen. Durch die Aufhebung des Arbeitsverbotes werden die Kom-

munen in der Sozialhilfe im kommenden Jahr Mittel in erheblichem Umfang einsparen. Wir erwarten gemeinsame Anstrengungen vom Land und von den Kommunen für die Verbesserung der Unterbringung von Flüchtlingen. Auch dies wäre ein Zeichen gegen Rechts.

Die Leidtragenden von Flucht und Verfolgung sind insbesondere immer die Kinder und Jugendlichen. Im Rahmen der Vernetzung der Migrations- und Flüchtlingsarbeit, die wir im Ansatz unterstützen, erwarten wir, dass ein größerer Wert auf die Betreuung und Integration von hierher geflohenen Kindern und Jugendlichen gelegt wird. Ich weise darauf hin, dass Kinder und Jugendliche unter dem besonderen Schutz des KJHG stehen und dass dieser Schutz nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig ist.

Im Rahmen der Diskussion um die Vernetzung der Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit sind wir auch nicht damit einverstanden, dass die Flüchtlingssozialarbeit inhaltlich auf eine Rückkehrberatung reduziert werden soll. Wir gehen davon aus, dass gerade Flüchtlinge und Asylbewerber weiterhin eine Lobby in unserer Gesellschaft brauchen, und wir möchten, dass die engagierte Flüchtlingssozialarbeit so wie bisher weitergeführt werden kann. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Wernstedt:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Adam.

#### **Adam (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dem Kollegen Biallas empfehlen, sich an das sechste Gebot zu erinnern, gerade aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit. Ich glaube, das sechste Gebot heißt: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.

(Beifall bei der SPD - Frau Vogelsang  
[CDU]: Hol' mal eine Bibel!)

Der Kollege Biallas sollte gerade dieses ihm doch eigentlich sehr nahe gehende Gebot nicht nur aufnehmen, sondern er sollte auch in sich gehen

(Zuruf von Frau Vogelsang [CDU])

- Frau Vogelsang, nicht so aufgeregt; es ist viel zu früh, um so aufgeregt zu sein -; denn die Kollegin

Groneberg, von der hier berichtet wurde, dass sie bei der Polizei in Meppen gewesen sei und dass das mit dem Bild in einer Zeitung auch dokumentiert worden sei, wird dem Plenum gleich in einer Erklärung mitteilen können, dass sie nie bei der Polizei in Meppen war und dass sie nicht auf einem von Herr Biallas erwähnten Foto zu sehen sein kann. Deshalb, Kollege Biallas, nimm einmal das sechste Gebot auf. Das hast du gelernt.

Das gilt nicht nur für den Beitrag gegen die Kollegin Groneberg, sondern auch für das, was der Kollege Biallas hier insgesamt gesagt hat. Mit der Innen- und der Rechtspolitik reden wir an dieser Stelle nämlich über Bereiche, die ganz wesentlich eine der für uns wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Aufgaben abdecken, nämlich den Schutz der Bürgerinnen und Bürgern vor Straftaten, die Ängste unserer Mitmenschen vor Kriminalität und Gewalt ernst zu nehmen und ihnen mit wirksamen Maßnahmen zu begegnen. Das bedeutet Lebensqualität. Allerdings schürt die Rede, die hier vom Kollege Biallas gehalten wurde, Ängste bei den Menschen, die nicht sein dürfen, und dagegen werden wir unsere Politik setzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass das Land Niedersachsen ein sicheres Land ist. Wir erreichen das durch eine sachliche, unaufgeregte Kriminalpolitik, die durch effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel und ein gutes Zusammenwirken von gesellschaftlicher und polizeilicher Prävention sowie humanem und dennoch sicherem Vollzug gekennzeichnet ist. Vor allem die hohe und nach wie vor steigende Aufklärungsquote bei den Straftaten zeigt, dass die niedersächsische Polizei für die aktuellen Anforderungen gut gerüstet ist: Derzeit werden ca. 53 % aller Straftaten aufgeklärt. Das ist ein Höchststand für Niedersachsen, und das dürfen wir uns in diesem Parlament auch nicht kaputtreden lassen.

(Beifall bei der SPD)

Diese guten Werte bedeuten Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger und haben ihre Ursache auch in unserer Politik hier in diesem Hause, die durch den Innenminister vertreten wird. Auch im Haushalt 2001 setzen wir uns - das wissen Sie - für die Belange der niedersächsischen Landespolizei ein. Wenn alles das, was der Kollege Biallas hier vorgetragen hat, denn so stimmt, dann frage ich mich, warum immer mehr junge

Leute den Weg in den Beruf des Polizisten suchen und warum immer mehr junge Leute unsere Polizei zu ihrem beruflichen Schwerpunkt machen wollen.

(Plaue [SPD]: Genau so ist das!)

Meine Damen und Herren, einige Beispiele zur aktiven Arbeit: Die Nachwuchsbeamtinnen und -beamten gelangen weiterhin im Rahmen der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn für ein Fachhochschulstudium in den Polizeiberuf. Dies führt zu umfassender ausgebildeter, höher qualifizierter und besser bezahlter Polizei. Wie zugesagt findet sich auch für 2001 die Umsetzung von weiteren rund 1.000 Stellen vom mittleren in den gehobenen Dienst im Stellenplan wieder. Die Gegenfinanzierung erfolgt nach wie vor über den Wegfall von jährlich 78 Stellen. Aber diese Stellen - das möchte ich ausdrücklich betonen - fallen nicht zulasten der Polizeipräsenz weg. Diese Stellen fallen nicht zulasten des Polizeivollzugspersonals weg. Diese Stellen werden durch Organisationsoptimierung im internen Servicebereich bereitgestellt.

Auch die niedersächsische Polizei - mein Kollege Collmann wird gleich darauf eingehen - wird bis Ende 2003 mit neuester IuK-Technik versorgt sein. Das wissen Sie.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Niedersachsen ist ein sicheres Land mit sinkenden Kriminalitätsraten. 60 % des Haushalts des Innenministers gehen für die Polizei weg. Das bedeutet ein hohes Sicherheitsgefühl mit hoher Lebensqualität für die niedersächsische Bevölkerung, und dies sollten wir auch während einer Haushaltsberatung nicht kaputt diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

### **Präsident Wernstedt:**

Jetzt hat sich der Kollege Collmann zu Wort gemeldet.

### **Collmann (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushaltsplan für das Innenressort hat ein Volumen von 3,257 Milliarden DM mit einer Zuwachsrate von 5,2 %, was allerdings teilweise durch Verlagerungen verursacht worden ist. Auf die Polizei entfallen davon 1,8 Milliarden DM mit einer Zuwachsrate von 2 %. Für Personalkosten sind 2,7 Milliarden DM veranschlagt, davon für

die Polizei rund 1,5 Milliarden DM. So weit die trockenen Daten.

Meine Damen und Herren, den Polizeihaushalt senken wir entgegen anderslautenden Aussagen nicht. Wir steigern ihn, wenn man die 48 Millionen DM, die für die EXPO im laufenden Haushalt veranschlagt sind, herausrechnet. Ich meine, das ist durchaus legitim. Wesentlicher Steigerungsfaktor ist MIKADO-neu. Dieses neue Vorgangsbearbeitungssystem wird die Arbeit der Polizei vor Ort nachhaltig verändern. Ich meine, es ist bezeichnend, dass der Kollege Biallas darauf nicht näher eingegangen ist, wohl weil er ein entsprechend negatives Bild zeichnen wollte. Dieses System wird die Leistungsfähigkeit der Polizei auf Landes- wie auf Bundesebene weiter steigern. Wir begrüßen diese hohe Investition deshalb ausdrücklich, auch wenn uns das bis 2003 insgesamt sage und schreibe 162 Millionen DM kosten wird.

Im Übrigen will ich die 20 Millionen DM, die wir für den 2. Bauabschnitt der Polizeidirektion Hannover investieren wollen, nur nebenbei erwähnen.

Kriminellen Elementen werden wir das Leben weiterhin erschweren, nicht nur durch besser ausgebildete Polizei, sondern auch durch bessere technische Ausstattung von Spezialeinheiten. Dafür steigern wir die Ausgaben in diesem Haushalt auf fast 7 Millionen DM, und auch die Mittel, die wir zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität einsetzen, werden wir erhöhen, nicht senken.

Meine Damen und Herren, bei Besuchen in den Polizeidienststellen wird angesichts zum Teil hoher Laufleistungen der Dienstfahrzeuge fast regelmäßig das Thema Einsatzfahrzeuge angesprochen. Ich will nicht verhehlen, dass mich der Beschluss des Haushaltsausschusses gefreut hat, den Ansatz dafür um weitere 700.000 DM auf 15,1 Millionen DM zu erhöhen. Damit liegen wir um rund 2 Millionen DM über dem Ansatz des Jahres 2000.

Wir sind im Übrigen gespannt, inwieweit sich das Braunschweiger Anschaffungsmodell - so will ich es einmal nennen - auf das ganze Land anwenden lässt. Wir haben da mit Sicherheit ein besseres Modell als das, das der Kollege Biallas uns eben unter dem Stichwort „Leasing“ verkaufen wollte. Die Erwartungen, die wir an das Braunschweiger Modell haben, sind - das gebe ich gerne zu - recht hoch. Wir erwarten nämlich, dass die hohen finan-

ziellen Mittel, die das Land bereitstellt, um die Fahrzeuge anzuschaffen und zu halten, mit diesem Modell letztlich effektiver eingesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen, dass im Haushaltsplan wiederum 1 Million DM für die Gendatei eingestellt worden ist, auch wenn diese Mittel nur durch Umschichtungen haben bereitgestellt werden können. Damit können wir die in der Bundesrepublik erreichte Spitzenstellung in dieser enorm effektiven Kriminaltechnik behaupten. Der bisherige finanzielle Einsatz des Landes auf diesem Gebiet hat sich mehr als bezahlt gemacht. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen, die an der erfolgreichen Arbeit zur Gendatei beteiligt waren, unsere besondere Anerkennung auszusprechen, wie wir auch generell Anlass haben, den Polizistinnen und Polizisten im Land unseren Dank und unsere Anerkennung für ihre Tätigkeit auszusprechen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stellen mit Genugtuung fest, dass die Idee kriminalpräventiver Arbeit im Land immer mehr Platz greift und sich auch andere Bundesländer für unsere Vorgehensweise interessieren. Gleichwohl, wir haben das gesteckte Ziel noch nicht erreicht. Die Aufstockung der Mittel für den Landespräventionsrat um das Zweieinhalbfache im Haushaltsplan 2001 ist das richtige Signal. Die SPD-Fraktion unterstützt die Bemühungen der Landesregierung im Bereich der Kriminalprävention nachhaltig und wird das im Übrigen auch durch eigene Aktionen untermauern.

Meine Damen und Herren, anlässlich der ersten Beratung unseres Haushalts im Innenausschuss verwies ich bereits auf unser Ansinnen, die Ansätze für die Förderfonds im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung mit Bremen und Hamburg auf die ursprüngliche Höhe, nämlich auf die des Haushaltsplans 2000, zu bringen. Ich darf hier feststellen: Wir haben Wort gehalten, weil wir vor Ort erkannten, wie wichtig die Gemeinsame Landesplanung ist und dass sie auch angemessener finanzieller Unterstützung der jeweils beteiligten Bundesländer bedarf. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen.

Lassen Sie mich noch ein Wort über die Änderungsanträge der Opposition verlieren. Die Bündnisgrünen wollen 50.000 DM - von 90.000 DM; also einen sehr hohen Prozentsatz - für Veröffent-

lichungen des Innenministeriums streichen. Wahrscheinlich ist Ihnen gar nicht bewusst, dass Sie damit auch wesentlich Mittel für die Arbeit gegen den Rechtsextremismus streichen.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:  
Nein, wir haben gesagt, dass wir diese blöde Zeitung streichen wollen!)

- Doch, das tun Sie. - 500.000 DM wollen Sie streichen, die für die Durchführung von Statistiken benötigt werden, die Bund und EU von uns abfordern, und um 43%, nämlich um 1 Million DM - Sie haben das eben noch einmal erläutert -, wollen Sie die Mittel für die Haltung von Luftfahrzeugen kürzen.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:  
Für die Wartung!)

- Für die Haltung, Frau Kollegin! - Dann lassen Sie die beiden älteren Hubschrauber - das würden wir vorschlagen - doch bitte gleich im Hangar, und auf die Nachtflüge, die ja so große Bedeutung gewonnen haben, können Sie dann eh verzichten.

Und warum das alles? - Wohl wesentlich, um die Mittel für Staatsmodernisierung mächtig aufzustocken. Uns allerdings ist dieser Preis - obwohl wir, wie Sie wissen, für Staatsmodernisierung sehr viel übrig haben - zu hoch.

(Beifall bei der SPD)

Die von uns für Staatsmodernisierung vorgesehene Aufstockung der Mittel um 20 % erscheint angemessen.

Auf unser Unverständnis trifft der Antrag der Grünen, die Mittel für Waffen, Munition und technisches Gerät der Polizei um 750.000 DM - das sind 16 % - zu kürzen. Aus dieser Titelgruppe werden u. a. auch die derzeit getragenen Schutzwesten, von denen Sie eben gesprochen haben und die auch der Beamte, der gestern verletzt wurde, getragen hat, finanziert. Wollen Sie ernsthaft die Mittel dafür streichen oder reduzieren?

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:  
Nein! Wir sind nur gegen Deformationsgeschosse und Pfefferspray!)

- Ich will gern auf die Zahl eingehen. Sie wollen 750.000 DM streichen. Für die Munition allerdings sind lediglich 500.000 DM angesetzt. Also gehen 250.000 DM immer noch zulasten der Schutzwesten. Daran beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall bei der SPD - Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Das sind 500.000 DM für Deformationsgeschosse und Pfefferspray!)

Meine Damen und Herren, der Kollege Möllring trug hier gestern vor, wie ernsthaft sich die CDU-Fraktion um alternative Vorschläge bemüht habe, um das Geld für 3.000 Lehrerstellen zusammenzubringen. Diese Vorschläge halten allerdings für den Bereich des Innenressorts einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Dazu nur ein Beispiel. Beim Studieninstitut will die CDU von 2,5 Millionen DM 1 Million DM streichen mit dem Hinweis: Absenkung der Dozentenonorare, Neuordnung von Unterkunft und Verpflegung.

(Ontijd [CDU]: Das steht da doch überhaupt nicht drin!)

- Doch, ich habe mir das Papier sehr genau angeguckt; da können Sie sicher sein!

(Biallas [CDU]: Das haben wir aber nicht gemacht!)

Ich schließe daraus, die CDU gönnt den Dozenten die ohnehin bescheidenen Honorare nicht, und ich sehe schon den Tag kommen - wenn die CDU mit ihrem Vorschlag durchkäme -, an dem die Lehrgangsteilnehmer mit dem Henkelmann zum Lehrgang kommen und abends wieder nach Hause fahren, um dort zu übernachten. - So nicht, meine Damen und Herren von der CDU!

(Beifall bei SPD)

### **Präsident Wernstedt:**

Meine Damen und Herren, bevor wir in den nächsten Sachbereich - Verwaltungsreform - eintreten, möchte ich zwei Abgeordneten, die sich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet haben, aufrufen, nämlich Frau Groneberg und dann Herrn Biallas.

Frau Groneberg, nach § 76 der Geschäftsordnung erteile ich ihnen das Wort. Bitte!

### **Frau Groneberg (SPD):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Biallas, ich gebe ja zu, dass ich gerne den Einladungen der Polizei Folge leiste. Aber bei der Veranstaltung in Meppen bin ich leider nicht gewesen und habe

auch keine Aussagen irgendwelcher Art dort getroffen. - Wenn wir das zuerst einmal festhalten.

Der andere Punkt ist, Herr Kollege Biallas: Wenn Sie die 70 Millionen DM suchen, empfehle ich Ihnen, einmal intensiv die Kleine Anfrage ihres Kollegen Althusmann in der Drucksache 2034 zu studieren. Das hilft Ihnen vielleicht weiter. - Danke

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Wernstedt:**

Herr Kollege Biallas, es geht hier um § 76 der Geschäftsordnung; es soll also eine persönliche Bemerkung sein.

**Biallas (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Adam hat in der Aussprache über den Haushalt behauptet, ich hätte gegen das sechste Gebot verstoßen. Ich möchte das mit dem Hinweis auf Hiob 42, Vers 3 zurückweisen.

(Heiterkeit)

Dort heißt es, Herr Kollege Adam: Im Unverstand habe ich über Dinge geredet, die mir zu hoch sind.

(Heiterkeit)

Das sechste Gebot lautet: Du sollst nicht ehebrechen.

(Heiterkeit)

Das habe ich weder von der Kollegin Groneberg noch von mir hier behauptet.

(Heiterkeit)

Mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns nehme ich meine Behauptung zurück, dass sich die Frau Kollegin Groneberg in Meppen aufgehalten hat. Ich habe die sympathische Kollegin Groneberg mit der ebenso sympathischen Kollegin Stief-Kreihe verwechselt, wofür ich mich, wie gesagt, entschuldige. Aber es hat wenigstens dazu geführt, meine Damen, dass Ihr Bekanntheitsgrad im Lande Niedersachsen sicherlich gestiegen ist.

Damit der Kollege Adam in Zukunft die zehn Gebote richtig zitieren kann, erlaube ich mir, sie ihm im Originaltext zu überreichen.

(Heiterkeit)

**Präsident Wernstedt:**

Meine Damen und Herren, ich hatte zu Recht vermutet, dass das unserer Heiterkeit ein bisschen dienlich sein würde.

Wir kommen im Zusammenhang mit der Innenpolitik nun zur Wortmeldung des Abgeordneten Hagenah zum Thema Verwaltungsreform.

**Hagenah (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Besonders bei der Verwaltungsreform droht die Regierung Gabriel zu versagen. Der einsame Ankündigungsweltmeister hat sich hier bereits nach einem Jahr heillos in seinen gegenteiligen Ankündigungen und Versprechen verheddert. Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück - das ist häufig das Ergebnis seiner Umtriebigkeit.

Ist der Beauftragte für Staatsmodernisierung im vorliegenden Haushaltsplan durch die gut dotierte formelle Stellvertretung scheinbar noch gestärkt, so wird er nun im Zuge der Kabinettsumbildung durch die Rückübertragung der inneren Reformaufgaben an das Innenministerium personell faktisch trockengelegt. Hatte der Ministerpräsident der demonstrierenden Gewerkschaft der Polizei im Oktober noch die Besoldungserhöhung zum 1. November in Aussicht gestellt,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

schaftt Finanzminister Aller erst zum 1. Januar 2001 die Voraussetzungen für diese Besoldungserhöhung.

Es gilt das gebrochene Wort. Das ist der Politikstil der Regierung Gabriel, meine Damen und Herren. Obwohl der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vor einem Jahr die Verwaltungsreform als eine zentrale Aufgabe für seine Amtszeit hervorgehoben hatte, ist davon im vorliegenden Haushaltsentwurf nichts zu spüren.

(Unruhe)

Wie bei Glogowski dümpelt der Finanzansatz dafür auf niedrigstem Niveau dahin. Im Vergleich zu privatwirtschaftlichen Unternehmen dieser Größe, die sich in einem derart umfassenden Reformprozess befinden, liegt Niedersachsen nur bei etwa einem Zehntel der finanziellen Aufwendungen für die beabsichtigten Umstrukturierungen.

In dem Änderungsantrag der Fraktion der Grünen haben wir deshalb durch Umschichtung die ressortübergreifenden Mittel zur Personalentwicklung und die Umsetzungsmittel für den Reformarbeitsmarkt mehr als verdoppelt. Das ist besonders deshalb unerlässlich, weil die Beschäftigten längst im Stakkato der widersprüchlichen Vorgaben der Landesregierung so stark verunsichert und demotiviert sind, dass das Phänomen innerer Kündigungen um sich greift.

Die niedersächsische Verwaltungsreform wird von quer eingeschobenen unkoordinierten Sparaktivitäten erdrückt. Eine Vielzahl personalwirtschaftlicher Maßnahmen der Landesregierung mit Rasenmäherwirkung kumuliert geradezu zu unzumutbaren Härten und Qualitätsverlusten. Das geht hin bis zu drohender Rechtsungleichheit und Einnahmeverlusten. Die Einstellungsinitiative Lehrer im Jahre 2000 des Ministerpräsidenten führte mitten in laufender Reform und Personalabbau zu Einstellungsstopp und Mehrarbeit im gesamten übrigen Landesdienst im Gegenwert von 75 Millionen DM. Das Streichen der versprochenen Leistungszulagen in 2001 führt nicht etwa zu verstärkten Investitionen in die Reform, sondern die Mittel versickern in der Konsolidierung. Bereits in 2000 sind durch Umstellung der Besoldungstabellen etwa 15 Millionen DM beim Finanzminister gelangt. In 2001 werden es 67 Millionen DM sein, die nicht an die Arbeitnehmer zurückfließen.

Die unzureichend mit Finanzmitteln ausgestattete Altersteilzeit fällt pro Antragsteller mit 33 % der Personalkosten dem betroffenen Ressortpersonalbudget zur Last und verengt dementsprechend die Finanzmasse für die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Reformprozess ohnehin voll gefordert sind. Der vor einigen Monaten herausgegebene Erlass zur befristeten Einstellung als Regelfall führt zur Übertragung des Hire-and-fire-System aus konjunkturabhängigen Industriebranchen auf den Landesdienst. Mit immer mehr befristet beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber werden alle internen Reformbemühungen zur Farce.

Die globale Minderausgabe im Haushalt 2001 in der Größenordnung von 420 Millionen DM schlägt voll auf die ausgeknautschten Budgets bei vorgegebenem Beschäftigungsvolumen durch. Sie ist ebenfalls personalwirtschaftlich voll wirksam und erhöht dadurch wiederum den Einspardruck.

Die Landesregierung verspielt durch diese fortwährende Springprozedur der Nachverschlechterungen das Vertrauen und die Bereitschaft der Beschäftigten zur Mitwirkung an der Verwaltungsreform. Erfolgreiche Verwaltungsreform braucht aber das genaue Gegenteil: verlässliche Rahmenbedingungen und aktive Mitwirkung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Beispiele für ein Kaputtsparen und für Demotivation jeglichen Engagements für die notwendige Effizienz- und Funktionalreform sind überall zu beobachten:

Zum Beispiel ist die Gewerbeaufsicht zu nennen. 15 % Einsparquote trotz stark ansteigender Vorgaben zur Kontrolle von der EU und aus Berlin. Rechtssicherheit und Verbraucherschutz müssen aber flächendeckend gewährleistet sein und dürfen nicht durch ein Kaputtsparen zur Willkür verkommen.

Was das Landesamt für Bezüge und Versorgung angeht, so ist im vorigen Jahr durch eine Flut von Eingaben im zuständigen Ausschuss deutlich geworden, dass unten nicht mehr rechtzeitig umgesetzt wird und bei Krankheit oder Bedürftigkeit nicht mehr rechtzeitig gezahlt wird, weil die Systeme nicht funktionieren. Heute ist in diesem Bereich eine Riesenfluktuation festzustellen. Alle die, die in diesen Bereich umgesetzt werden, versuchen, sich möglichst schnell wieder abzusetzen.

In der Steuerverwaltung sind die Vollzugsdefizite inzwischen insbesondere im Innendienst festzustellen. Hier verlieren wir tatsächlich Millionen.

Meine Damen und Herren, wir müssen zum kooperativen Reformprozess zurück. Die Abgabe von Personal in den Reformarbeitsmarkt muss sich für die abgebenden Behördenteile sofort finanziell entlastend rechnen. Zugleich muss dort eine zielgerichtete Qualifizierung und Vermittlung für den Bedarf anderer Dienststellen erfolgen. Nur mit mehr Geld und verstärkten Anstrengungen kann dem Vertrauensverlust entgegengewirkt werden und kann Kooperationsbereitschaft neu gewonnen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Wernstedt:**

Nunmehr spricht der Kollege Althusmann.

**Althusmann (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine unguete Mischung aus Erstarrung und Aktionismus kennzeichnet den gern als niedersächsisch gepriesenen Weg der Verwaltungsreform. Diese Erstarrung kommt im Übrigen nicht von ungefähr. Die Internet-Hompage unter [www.sigmar.de](http://www.sigmar.de) unseres geschätzten Ministerpräsidenten ist ein beredtes Beispiel dafür, was Erstarrung bedeutet. Die letzte Presseerklärung auf dieser Internet-Hompage stammt vom 15. Dezember 1999, ist also fast genau ein Jahr alt. Es ist seine eigene Regierungserklärung unter dem Motto „Chancenland Niedersachsen“.

Meine Damen und Herren, gerade in Sachen Verwaltungsreform hat diese Landesregierung die Chancen, die sie gehabt hätte, vor Herrn Gabriel, aber insbesondere auch zu seiner Zeit, nicht ausreichend für eine durchgreifende Verwaltungs- und Funktionalreform in Niedersachsen genutzt. Worthülsen wie „aktivierender Staat“ oder „Diskurs“ oder selbst „kooperativer Reformprozess“ - was auch immer das bedeuten mag, Kollege Hagenah -

(Hagenah [GRÜNE]: Mit den Mitarbeitern! Aber das verstehen Sie nicht!)

- eines muss sich diese Landesregierung ins Stammbuch schreiben lassen: In einem Jahr Gabriel ist eigentlich nur eines passiert: Ihnen ist eingefallen, zum ersten Mal eine Bestandsaufnahme der Mittelinstanz, der Bezirksregierungen, durchzuführen. Sie nennen dies „Regionalmanagement“ und wollen Regionalpräsidien einrichten.

Nun will ich Ihnen einmal vorlesen, was denn in Niedersachsen so unter „Regionalmanagement“ verstanden werden soll.

Da wurden die Projekte und Aktivitäten aus dem Bereich der Bezirksregierung Lüneburg abgefragt. Unter Punkt 9 können Sie unter „Regionalmanagement“ nachlesen: Regionale Esskultur der Lüneburger Heide. - Unter Punkt 18 heißt es: Entwicklung eines touristischen Angebots in Bezug auf Wind- und Wassermühlen in der Lüneburger Heide. - Meine Damen und Herren, wenn das die zukünftigen Aufgaben der Bezirksregierungen, der Regionalpräsidien oder wie immer Sie es nennen wollen sind, dann ist das wahrlich der falsche Ansatz.

(Zustimmung von Eveslage [CDU] -  
Zuruf von Rabe [SPD])

Zweites Beispiel, Herr Rabe. - Das Zweite, was Herr Gabriel in dem einen Jahr geleistet hat, ist die Fortsetzung der Diskurse. Ein Diskurs fand u. a. auch in Goslar statt. In Goslar fand nämlich der Diskurs zu den Alltagshilfen für Senioren statt. Ein vom Land finanziertes und initiiertes - ich muss es leider so sagen - großes Kaffeetrinken brachte atemberaubende Erkenntnisse, nämlich im Prinzip überhaupt keine. Man hat am Ende festgestellt, dass es wichtig ist, unsere Senioren im Land Niedersachsen womöglich zu Kassenwarten auszubilden. Diese landeseigene Großvolkshochschule, in die Sie viel Geld hineinpumpen, meine Damen und Herren, darf nicht dazu dienen, die Arbeit einer Landesregierung, die in ihren Politikfeldern gescheitert ist, nachzubessern bzw. nachzuholen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Erfolg politisches Handeln legitimiert, dann war ein Jahr Ministerpräsident Gabriel ein verlorenes Jahr.

(Inselmann [SPD]: Na, na, na!)

Nach sieben Jahren - übrigens ebenso verlorenen Jahren - erfolgt die Rückgliederung der ehemaligen Chefsache Verwaltungsreform aus der Staatskanzlei in das Innenministerium. Das ist - da ist der Kommentar der „Hannoverschen Allgemeinen“ von vor wenigen Tagen heranzuziehen - wahrlich kein Motivationsschub für die Mitarbeiter des Landes Niedersachsen.

Nun detailliert zur Bilanz. - Die Personalausgaben des Landes Niedersachsen je Einwohner sind trotz Stellenabbaus um 15 % gestiegen. Die Personalausgabenquote von über 45 % steigt bis zum Jahr 2004 einschließlich der Landesbetriebe ausweislich der Mipla nochmals um weitere 5 %. Der Stellenbestand im Vergleich 1999 zu 2001 ist ebenfalls erneut gestiegen, obwohl inzwischen weit mehr als 18.000 Stellen in Landesbetriebe verlagert wurden und obwohl inzwischen ein Ausgabevolumen von 3,5 Milliarden DM in die Landesbetriebe des Landes Niedersachsen verlagert wurde. Die Versorgungsausgaben des Landes Niedersachsen rauschen auf die 4-Milliarden-Grenze zu. Auch die Altersstruktur haben Sie nicht nutzen können oder werden Sie nicht nutzen. Innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre wird die Altersstruktur der Beamten des Landes Niedersachsen dazu führen, dass etwa 7.000 Mitarbeiter ausscheiden werden.

Aber dennoch gelingt es Ihnen nicht, im Rahmen der Zielvereinbarungen die von Ihnen immer wieder so hoch gepriesenen 5.527 Stellen zu definieren.

Darüber hinaus empfinden wir es als wahrlich dreist, wenn der Niedersächsische Ministerpräsident gegenüber der "Frankfurter Rundschau" im November erklärt, dass in Niedersachsen seit 1996 13.800 Stellen im Rahmen der Verwaltungsreform abgebaut worden wären.

(Eveslage [CDU]: Wo denn?)

Gleichzeitig erläutert jedoch sein Finanzminister im Ausschuss für Haushalt und Finanzen auf unsere Nachfrage nach den kw-Vermerken, mit denen man ja bekanntlich wunderbar zaubern kann, dass bis zum Jahre 2003 lediglich 1.246 kw-Vermerke erbracht werden können. Wirkliche Stelleneinsparungen sind offenbar nur die 1.135 Stellen im Haushaltsplanentwurf 2001. Rund 3.000 Stellen können Sie jedoch trotz aller Ankündigungen im Lande Niedersachsen nicht erbringen.

Ein Vorschlag, der schon eine Menge bringen würde, aber, ich gebe zu, nicht besonders viel, ist: Wenn Sie sich einmal richtig tief ins eigene Fleisch schneiden wollen, Herr Ministerpräsident, dann könnten Sie Ihren ohnehin überflüssigen Europaminister abschaffen. Für ihn sind nämlich im Einzelplan 02 immerhin 300.000 DM veranschlagt.

(Inselmann [SPD]: Ach Gott!)

Das wäre die erste Stelle, Herr Inselmann, die Sie auf dem Reformarbeitsmarkt des Landes Niedersachsen zwischenparken könnten.

(Beifall bei der CDU)

Auf diesem wunderbaren Etikett „Reformarbeitsmarkt in Niedersachsen“ wurden bisher ganze neun Stellen in den Bereich anderer Dienststellen verlagert. Der Europaminister wäre dann der Zehnte.

Wie wenig Sie, meine Damen und Herren, Ihren Mitarbeitern zutrauen, zeigt nicht nur der überdimensionierte Bereich der Dienstleistungen an Außenstehende mit mehr als 775 Millionen DM; der ist selbst dann überdimensioniert, wenn Sie die Kosten für das IZN entsprechend abrechnen würden. Ein beträchtlicher Teil dieser Überdimensionierung entfällt auf das so genannte Projekt P 53 und die damit verbundene vertragliche Bindung zwischen dem Land Niedersachsen und Beratungs- und Softwarefirmen über die nächsten Jahre.

Aber auch an einer anderen Stelle fehlen inzwischen dem Land Niedersachsen kontinuierliche Kontrolle und insbesondere Zugriffsmöglichkeit auf seine selbst verausgabten Gelder im Rahmen der Verwaltungsreform. Lassen Sie mich zwei nette Beispiele für wahrlich tolle Ausgaben des Landes Niedersachsen nennen. Im Bereich der Personalentwicklungsmaßnahmen gibt das Land Niedersachsen inzwischen rund 7 Millionen DM über die verschiedenen Haushaltspläne verteilt aus. Beispiele für diese Personalentwicklungsmaßnahmen sind die soziologische Untersuchung der Beurteilungsstatistik bezüglich eventueller geschlechtsspezifischer Benachteiligungen im MJ und ressortübergreifend der Gesundheitsbereich, der Lauftreff des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie. Meine Damen und Herren, wer für diese Dinge Geld ausgibt und seit Jahren nicht in der Lage ist, zu kontrollieren, wo dieses Geld auch wirklich hingehet, der hat es nicht verdient, dass er sagen kann, Verwaltungsreform im Lande Niedersachsen wäre Chefsache.

Im Übrigen ist es bedenklich, dass wir bis zum Ende des Jahres 2005 warten müssen, bis landesweit eine Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt wird.

Lassen Sie mich zum Schluss zur Benachteiligung der Beamten kommen. 80 Polizeibeamte des Landes Niedersachsen warten auf ihre Beförderung nach A 10, damit dieses ruhegehaltstauglich wird. Erklären Sie doch einmal, nachdem wir gestern eben eine Staatssekretärin für einen Tag ernannt haben, diesen 80 Polizeibeamten, die 30 Jahre auf dem Buckel haben, was Sie hier gemacht haben.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Sie sind immer gut im fordern! Aber bei Ihrem Haushaltsantrag waren Sie ganz klein!)

Im November hat der Niedersächsische Ministerpräsident hier gesagt - Herr Plaue, Sie können gleich mitmachen -, die Beamten des Landes Niedersachsen sollten seiner Ansicht nach zum 1. November rückwirkend eine entsprechende Besoldungserhöhung, angepasst an das Tarifergebnis der Angestellten, bekommen.

(Plaue [SPD]: Wo war Ihr Änderungsantrag zum Haushalt?)

- Herr Plaue, das steht bereits im Haushaltsplan 2000, wenn Sie das nicht wissen sollten. Vermut-



lich sind Sie aber noch nicht so tief in den Haushaltsplan eingestiegen.

(Plaue [SPD]: Tiefer als Sie je einsteigen können!)

Diese Tariferhöhung ist bereits im Haushaltsplan veranschlagt. Sie führen gerade die Polizeibeamten des Landes Niedersachsen in diesem Bereich hinter Licht.

(Plaue [SPD]: Wir schauen nach, was Sie gemacht haben! Nichts haben Sie gemacht!)

Kurzum: Von Freunden wird ja unser geschätzter Ministerpräsident immer mal wieder als „Harzer Roller“ bezeichnet. Ich meine, er ist doch wohl nur ein „Harzer Poller“, denn das größte Hindernis in Sachen Verwaltungsreform ist diese Landesregierung mit diesem Ministerpräsidenten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Wernstedt:**

Herr Kollege Adam!

(Wenzel [GRÜNE]: Der schon wieder? - Hagenah [GRÜNE]: Donnerwetter, was der alles weiß!)

#### **Adam (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe, dass Christian Biallas nicht mehr im Raume ist. Sicherlich muss er eine Pressekonferenz in Cuxhaven geben, weil er mir etwas geschenkt hat. Ich muss erst einmal sagen: Christian Biallas hat Recht. Ich habe mich auf Harald Groth verlassen.

(Heiterkeit)

Der hat gesagt, dass es das sechste Gebot wäre. Aber Christian Biallas hat Recht, es war das achte Gebot. Meine Damen und Herren, wenn wir uns aber alle das sechste Gebot zu Herzen nähmen, hätte ich heute Morgen auch schon viel erreicht.

(Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem Kollegen Althusmann sollte man einmal empfehlen, seine verbalen Springerstiefel auszuziehen und zu versuchen, zu einer sachlichen Auseinandersetzung zu kommen.

(Möllring [CDU]: Das ist einen Ordnungsruf wert! Das ist unverschämt!)

- Es ist ja sehr interessant, Herr Möllring, dass gerade Sie, der Sie der Ruhigste in Person sind, das rufen. Hier kann geredet werden, so viel man will.

Meine Damen und Herren, die Niedersächsische Landesregierung hat die Weichenstellung vorgenommen, um einen effektiven und den kommenden Herausforderungen und Bedürfnissen gewachsenen öffentlichen Dienst sicherzustellen. Ich möchte das an drei Beispielen aufzeigen, und die Kollegin Leuschner wird das erhärten.

Erstens. Zu Beginn des Jahres 2000 wurde die Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte, einschließlich der Lehrerinnen und Lehrer und der Richterinnen und Richter, in Niedersachsen eingeführt. Durch diese Regelung wird es möglich, mehr Nachwuchskräfte einzustellen und das Durchschnittsalter der Beschäftigten zu senken.

Zweitens. Die Landesregierung hat den Beamtenaufstieg neu geregelt. Sie verfolgt dabei das Ziel, die Laufbahnschranken für hervorragende und qualifizierte Beamte weiter zu lockern und die Laufbahnen insgesamt durchlässiger zu machen. Diese Gesamtkonzeption setzt im Bundesvergleich neue Maßstäbe. Die Landesregierung erwartet von der Neuregelung eine intensivere und kostengünstigere Nutzung der Ressourcen. Die Haushalte von Land und Kommunen werden dadurch voraussichtlich jährlich um mehr als 6 Millionen DM entlastet.

Drittens. Im Bereich der Personalentwicklung wurden laufende und zahlreiche neue Projekte in den Landesdienststellen mit 4 Millionen DM gefördert. Mit dieser Qualifizierungsoffensive werden Führungskräfte und Mitarbeiter im Rahmen von entsprechendem Training für die neuen Anforderungen an eine bürgerfreundlichere und effektivere Verwaltung fit gemacht. In über 200 Projekten der Personalentwicklung wird mit neuen Instrumenten, beispielsweise der Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche, eine neue Arbeitskultur gefördert und damit eine dienstleistungsorientierte Steuerung der Verwaltung ermöglicht.

Meine Damen und Herren, einige Worte zum Änderungsantrag der CDU. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie verkennen anscheinend die Bedeutung von Personalentwicklungsmaßnahmen für die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

(Decker [CDU]: Leidensfähigkeit!)

- Das sagt einer, der, glaube ich, aus dem öffentlichen Dienst kommt. – Mit den oben genannten Maßnahmen können und wollen wir den öffentlichen Dienst für die Anforderungen der Zukunft fit machen. Dazu gehören nicht nur rein dienstablauforientierte Maßnahmen, sondern z. B. auch Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsvorsorge.

Diese Maßnahmen gebietet schon die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Sie sind auch haushaltseffektiv, sobald man mit ihnen die Arbeitsfähigkeit von Bediensteten länger sicherstellen kann. Das wollen wir. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

### **Präsident Wernstedt:**

Als Nächste hat Frau Leuschner das Wort.

### **Frau Leuschner (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, es ist nicht redlich, unserem Projekt Verwaltungsreform die Vorwürfe zu machen, die hier gemacht worden sind. Wir sind in Niedersachsen in den letzten Jahren mit der Verwaltungsreform ein großes Stück weitergekommen. Ich möchte in erster Linie den Bediensteten und den Gewerkschaften danken, die sich massiv dafür eingesetzt haben. Wir haben die Altersteilzeit eingeführt, wir haben Diskurse durchgeführt, wir haben viele Pilotprojekte durchgeführt, wir haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 200 Projekten qualifiziert. Sie sind engagiert. Das jetzt alles wieder herunterzureden, Herr Althusmann, ist nicht redlich.

Sie greifen sich wie immer einzelne Beispiele heraus. So haben Sie vorhin aus dem Bereich der Personalentwicklungsmaßnahmen einen Bereich herausgenommen, der sich dem Thema Gesundheitsprävention widmet. Neben weiteren 199 vernünftigen Beispielen ist dieses Beispiel Gesundheitsprävention, das Sie quasi nur als Überschrift erwähnt haben, wirklich ein sinnvolles Beispiel. Die Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern sind sehr motiviert. Ich finde, das ist gut angelegtes Geld. Wir wollen dadurch die Verwaltung modernisieren. Wir wollen auch eine andere Situation zwischen Führungskräften und Beschäftigten hinbekommen.

Herr Althusmann, Sie kritisieren dann weiterhin unsere IuK-Technik und die Einführung von P 53. Das ist eine gute Sache. Man kann dadurch sinnvoller, effektiver arbeiten. Das wird sich in Zukunft auch rechnen.

Ein Wort zum Stellenabbau. Sie wollen ja, dass alles schneller und effektiver geht. Dann müssen Sie aber auch sagen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen werden, und Sie müssen auch die Verantwortung dafür übernehmen, wenn Sie mehr Stellen in Niedersachsen abbauen wollen.

Noch ein Wort zum Reformarbeitsmarkt. Ich meine, allen ist klar, dass man Beschäftigte, die sich in den Reformarbeitsmarkt hineinbegeben, nicht automatisch in einen anderen Bereich umsetzen kann. Das braucht auch eine gewisse Zeit. Deswegen meine ich, dass wir noch eine Menge gemeinsam dafür tun können, die Mechanismen des Reformarbeitsmarktes zu verbessern.

(Zuruf von Hagenah [GRÜNE])

Ich glaube nicht, Herr Hagenah, dass es so ist, wie Sie es beschrieben haben, dass der Reformarbeitsmarkt gescheitert ist. Wir haben gute Beispiele dafür, dass Mitarbeiter effektiv umgesetzt werden können.

Aus unserer Sicht ist die Verwaltungsreform eine gute Sache. Es geht nicht nur um Worthülsen.

(Althusmann [CDU]: Man kann Sachen auch gut reden!)

Das Wort „Worthülsen“ ist wirklich eine Unterstellung. Es stecken konkrete Beispiele dahinter. Wir haben das in den Ausschussberatungen immer erläutert. Ich meine, dass Ihr Vorgehen nicht fair ist. Die Landesregierung hat sich gemeinsam mit den Beschäftigten und den Personalräten vor Ort angestrengt, und wir sind auf einem guten Weg. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

### **Präsident Wernstedt:**

Das waren die Redebeiträge zur Verwaltungsreform. Wir kommen jetzt zu dem Bereich Städtebau im Rahmen des Innenressorts. Herr Decker hat sich als Erster zu Wort gemeldet.

**Decker (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die Niedersächsische Landesregierung wiederholt dazu aufgefordert, eine Kehrtwende in ihrer Wohnungsbaupolitik vorzunehmen. Niedersachsen ist Schlusslicht bei der öffentlichen Förderung des Wohnungsbaus. Der Anteil der preisgebundenen Wohnungen am Gesamtbestand beträgt nur noch etwa 3 bis 4 %. Das ist das niedrigste Niveau in ganz Deutschland.

Angetreten war diese Landesregierung vor zehn Jahren einmal mit dem Versprechen, jährlich 15.000 Wohnungen zu fördern. Daraus ist nie etwas geworden. Im Wohnungsbauprogramm 2001 sind nur noch 380 Eigentumsmaßnahmen vorgesehen. Das korrespondiert mit einer ständigen Mittellastsenkung. Waren es 1994 noch 562 Millionen DM, so sank diese Summe auf 92 Millionen DM in diesem und auf 51 Millionen DM im nächsten Jahr, also rund 40 Millionen DM weniger als in diesem Jahr. Früher haben Sie die Reduzierung damit begründet, dass die böse Bundesregierung in Bonn ebenfalls die Mittel gekürzt habe. Jetzt regiert Schröder. Er kürzt auf Teufel komm raus, aber den Hinweis auf die böse Bundesregierung höre ich jetzt merkwürdigerweise nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Vielmehr hat der Finanzminister mit der Kürzung der Vorkostenpauschale und der Absenkung der Einkommensgrenze bei der Eigenheimzulage Milliarden kassiert, ohne dass es zu einem Proteststurm der SPD-Wohnungsbaupolitiker gekommen ist. Man kann feststellen, dass die Wohnungsbauförderung weder in Berlin noch hier im Landtag eine Lobby hat.

Die Kürzungen des Bundes dürfen auch nicht Argument dafür sein, die weitere Verminderung des Programmolumens in Niedersachsen zu rechtfertigen. Vielmehr ist es notwendig, für eine Verstärkung der Wohnungsbauförderung zu sorgen, nicht zuletzt auch im Interesse der Bauwirtschaft und der dort Beschäftigten. Wohnungsbauförderung, wie sie jetzt von der Landesregierung betrieben wird, hat keinerlei positive Auswirkungen auf die schwierige Lage am Bau. Sie lässt jeden Ansatz von einem antizyklischen Verhalten vermissen.

Natürlich gibt es jetzt einen wesentlich entspannteren Wohnungsmarkt als noch vor zehn Jahren. Der Geburtenrückgang seit 1975 ist u. a. Ursache dafür,

und seit 1993/94 sind mehr Wohnungen fertig gestellt worden, als zusätzliche Haushalte gebildet wurden. Aber vor allem bei den so genannten Schwellenhaushalten besteht nach wie vor Förderbedarf bei Eigentumsmaßnahmen. Warum sind in Niedersachsen ganz im Gegensatz zu anderen Ländern Familien mit zwei Kindern nicht in die Förderung einbezogen? Hier geht es um ein Stück konkrete Familienpolitik. Ich kann nur hoffen, dass der Kommunalminister und neue Wohnungsbauminister Bartling mehr Verständnis für Familien hat als die bisherige Ministerin Merk. Aber ich meine, das ist auch nicht besonders schwierig.

In Niedersachsen gibt es ungefähr 160.000 so genannte Schwellenhaushalte, die bereit wären, in den nächsten Jahren Wohneigentum zu bilden, wenn man ihnen nur dabei helfen würde. Die CDU-Fraktion hat konkrete Vorschläge zur Umstrukturierung des Landeswohnungsbauprogramms gemacht und Wege aufgezeigt, auch diese Familien mit zwei Kindern zu fördern.

Aber offenbar gibt es bei dieser Landesregierung kein großes Interesse daran, dass Bauen wirklich zu fördern. Stattdessen wird zunehmender Leerstand im Mietwohnungsbau gefördert, weil man immer noch meint, preiswerter Wohnraum fehle. Genau umgekehrt ist es richtig. Der größte Leerstand befindet sich im preiswerten Segment des Mietwohnungsbaus, insbesondere hier in Hannover.

Das zeigt sich aber auch im Baunebenrecht, wo 86 verschiedene Vorschriften die Genehmigungsverfahren beim Bauen gerade nicht vereinfachen, sondern komplizieren und erschweren. Wir haben vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe „Baunebenrecht“ einzusetzen. Sie sollte dem Landtag über mögliche Vereinfachungen und Verbesserungen berichten. Aber dieser Vorschlag ist ebenfalls nicht aufgegriffen worden.

Meine Damen und Herren, das Programm „Soziale Stadt“, das in Teilen zu begrüßen ist, wird allerdings voll zulasten der Wohnungsbauförderung finanziert. Hierfür wurde also keine zusätzliche Mark zur Verfügung gestellt.

Zusammenfassend kann ich feststellen: Wohnungsbaupolitik hat in Niedersachsen und in Berlin keine Lobby mehr. Die Finanzminister können ungeniert die Wohnungsbaumittel kürzen und bis zur Unkenntlichkeit verkommen lassen. Aber nicht nur daran, dass gleichzeitig die Zinssätze für Lan-

desbaudarlehen erhöht werden, ist auszumachen, dass in der Wohnungsbaupolitik in Niedersachsen insgesamt Konzeptionslosigkeit angesagt ist, sondern auch daran, dass im November ein Antrag der CDU-Fraktion auf Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe hier im Plenum von der SPD niedergestimmt wurde, und im Dezember bringt die SPD-Fraktion dann einen Antrag auf Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe ein.

Ich darf feststellen: Auch 2001 wird trotz eines Jahres Gabriel keine Trendwende in der Wohnungsbaupolitik in Niedersachsen zu erkennen sein. Es geht vielmehr weiter in der gewohnten Richtung, nämlich bergab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### **Präsident Wernstedt:**

Der nächste Redner ist der Kollege Mühe.

### **Mühe (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte ursprünglich vor, dem Bereich Wohnungsbau und Städtebau im Zusammenhang mit dem Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales abzuhandeln. Aber im Hinblick auf die Veränderung, die sich ergeben hat, kann ich das auch jetzt tun.

Meine Damen und Herren, ich meine, der Bereich Wohnungsbau im Einzelplan 05 ist wie alle anderen Bereiche durch Kontinuität, durch Transparenz und solide Finanzierung gekennzeichnet. Es wird deutlich, dass Kontinuität über die letzten zehn Jahre festzustellen ist. Ich will das für den Bereich Wohnungsbau zunächst einmal beispielhaft herausstellen.

Meine Damen und Herren, am Ende der Regierungszeit von Herrn Albrecht war die Neubautätigkeit in Niedersachsen auf ganze 20.000 Wohnungen pro Jahr reduziert worden und hatte einen Tiefpunkt erreicht. Bedingt durch Zuwanderungen und durch die deutsche Einheit wurden plötzlich hunderttausende von Wohnungen benötigt. Geld war im Haushalt 1990 und in der MiPla für die folgenden Jahre nicht vorgesehen. Null Mark hatte die Regierung Albrecht für die Jahre 1990 und folgende vorgesehen, um den Wohnungsbau zu unterstützen!

(Decker [CDU]: Erzähl doch mal, was heute los ist!)

Es war die SPD-geführte Landesregierung, die es geschafft hat, in der Zeit von 1990 bis heute fast 7 Milliarden DM zu mobilisieren, um Wohnungsbaufördermittel zur Verfügung zu stellen. In dieser Zeit, von 1990 bis 1999, sind in Niedersachsen 500.000 neue Wohnungen gebaut worden. Das sind immerhin 17 % des gesamten Wohnungsbestandes.

(Hagenah [GRÜNE]: Nicht auf alten Lorbeeren ausruhen! Es geht hier um die Zukunft!)

Wir haben die Mittel für den Wohnungsbau moderat zurückgeführt, weil es notwendig ist, sich auf die aktuelle Situation einzustellen. Heute haben wir keinen Vermieter-, sondern einen Mietermarkt. Vermieter, die am Bedarf und an den Bedürfnissen der Wohnungsuchenden vorbei bauen, haben Leerstand zu verzeichnen. Insgesamt haben wir einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt. Weitere Förderung auf hohem und höchstem Niveau würde eines bedeuten: Leerstandsförderung mit Steuergeldern. Das, meine Damen und Herren, wäre unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Der Wohnungsbau muss sich auf die aktuellen Probleme einstellen. Hierbei handelt es sich z. B. um die Städtebauförderung mit einem von allen anerkannten, guten Programm zur Sanierung und Aufwertung der Ortskerne, ein sehr erfolgreiches Programm, ein Programm, das die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt nachhaltig gefördert hat. Wir werden dies modifiziert fortsetzen. Das Programm „Soziale Stadt“ ist der Glanzpunkt im Bereich der Städtebau- und Wohnungsbauförderung, das Schlüsselprogramm zur Verhinderung von Verslumung städtischer Problemgebiete. Deshalb haben wir nach einem Fraktionsbeschluss 2 Millionen DM mehr für diesen Bereich einsetzen können. Wer sich dieses Programm einmal genauer ansieht, wird merken, dass es sich hierbei um ein besonders gutes Programm mit integrierter, moderner Politikführung in Verbindung mit dem Städtebau, dem Arbeitsmarkt, mit Jugend-, Familie-, Umwelt- und Verkehrspolitik handelt, und gleichzeitig handelt es sich auch um Wirtschaftsförderung. Außerdem, meine Damen und Herren, handelt es sich hierbei um ein Programm, das den Kommunen in ganz konkreten schwierigen sozialen Situationen hilft. Dieser integrative und interdisziplinäre Ansatz ist wichtig. Er wird erfolgreich sein! Die Modernisierung im Bestand und beson-

dere Maßnahmen zur Energieeinsparung gehören genauso zum Programm des Wohnungsbaus wie die das Programm „Soziale Stadt“.

Meine Damen und Herren, weitere Förderschwerpunkte sind die Eigentumsmaßnahmen für kinderreiche Familien, die zu den Schwellenhaushalten gehören und ohne Landesmittel nicht bauen könnten.

(Beifall bei der SPD - Decker [CDU]:  
Ab vier Kindern! Das ist kinderfreundlich?)

Die Zinserhöhungen im sozialen Wohnungsbau sind für den Haushalt 2001 als Einnahmen eigentlich unverzichtbar, sind von uns aber sozialverträglich durch moderate Steigerungsraten und Kappungsgrenzen sowie durch das verbesserte Wohngeld aufgefangen worden.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Antrag vorbereitet, den wir morgen Abend zum Ende dieses Tagungsabschnitts beraten werden - Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe, eine Forderung aus der Wohnungswirtschaft und auch von vielen Kommunen. Das ist der richtige Weg, um eine bessere soziale Durchmischung in den Wohngebieten zu erreichen, um den Verwaltungsaufwand zu vermindern und um Leerstände zu mindern.

(Decker [CDU]: Warum nicht schon im November?)

Verehrter Herr Decker, ich habe mir noch einmal den CDU-Antrag zum Haushalt darauf angesehen, was die CDU-Fraktion für den Bereich des Städtebaus und Wohnungsbaus beantragt hat. Es ist wie 1990, meine Damen und Herren: 0 DM. Herr Decker, Sie stellen sich hierhin und machen dicke Backen, pfeifen aber nicht. Sie legen einen Haushaltsantrag vor, in dem nicht eine einzige Mark mehr für den Bereich Städtebau und Wohnungswesen vorgesehen ist. Herr Decker, das können Sie doch nicht ernst meinen! Sie wollen doch wohl nicht das Parlament verklappen. Sie tragen Forderungen vor und sagen, dies und jenes sei notwendig, wir von der SPD hätten bislang zu wenig getan; die CDU wolle weiter, höher, schneller, mehr. In Ihrem Haushaltsantrag steht aber nichts. Leere Menge! Ich halte es für hochgradig unfair, hier mehr zu fordern, aber dann, wenn es darum geht, Anträge zu stellen, dies nicht zu tun. Mit dieser Art von Wohnungsbaupolitik können Sie

weder im Landtag noch im Land ernst genommen werden.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Das Wort hat der Abgeordnete Hagenah. Er spricht auch zum Thema Städtebau und Wohnungswesen.

#### **Hagenah (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Die entscheidende Debatte in der Wohnungspolitik dreht sich in diesem Jahr um die sozialpolitisch fatale Zinserhöhung für große Teile des Sozialwohnungsbestandes. Hier versucht die SPD-geführte Landesregierung, die Mittel aus der rot-grünen Wohngeldnovelle aus den Händen der Mieterinnen und Mieter in die eigene Tasche umzuschaukeln. Zu dieser Frage haben wir einen eigenen Antrag eingebracht, um ausführlich darüber diskutieren zu können. Das werden wir zu gegebener Zeit an dieser Stelle auch tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Wernstedt:**

Meine Damen und Herren, zu dem gesamte Bereich Innenpolitik und Wohnungsbau spricht jetzt Minister Bartling.

#### **Bartling, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zunächst eine kurze Anmerkung zum Bereich Verwaltungsreform zu machen. Ich stimme Herrn Althusmann in einer Aussage zu, dass man nämlich im Rahmen von Verwaltungsreform dicke Bretter bohrt. Dabei ist es nicht mit dem schnellen Hinweis „nun schafft einmal ein Ministerium ab und schafft damit eine erfolgreiche Verwaltungsreform“ getan. Vielmehr ist es in dem Sinne, wie dies Herr Hagenah gefordert und beklagt hat, notwendig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Verwaltungsreform mitzunehmen. Die Behauptung, dass acht Jahre lang nichts getan worden sei, geht völlig an der Realität vorbei. Das hat die Kollegin Leuschner schon gesagt. Dies zeigt auch der Vergleich mit anderen Ländern. Wenn Sie sich einmal mit der Frage der Strukturierung von Mittelinstanzen auseinander setzen und dabei in andere Bundesländer schauen, dann werden Sie feststellen, dass dort

kluge Überschriften gefunden worden sind. In der Reform selbst sind diese Länder längst nicht so weit wie Niedersachsen. Darüber muss man sich im Klaren sein, wenn man sich mit Verwaltungsreform auseinandersetzt.

Wenn Sie einerseits einen zögerlichen Abbau von Stellen beklagen, wenn Sie beklagen, dass alles zu langsam gehe, andererseits aber Anträge stellen, mit denen Sie beim Personal aufsatteln wollen, dann passt das nicht zu einander. Vielmehr muss schon eine etwas ehrlichere Argumentation kommen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir nun, einige wenige Anmerkungen zur inneren Sicherheit insgesamt zu machen. Ich habe den Eindruck, dass der Haushalt, wie er uns vorliegt und morgen hoffentlich beschlossen wird, eine solide finanzielle Grundlage für die Aufgabenerfüllung des Innenministeriums darstellt. Das gilt z. B. auch für die Sportförderung, die noch gesondert beraten wird. Das gilt vor allem aber für die Bereiche, die für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes von Bedeutung sind, nämlich für Polizei und Katastrophenschutz.

Die Funktionsfähigkeit und die Leistungsfähigkeit der Polizei bleiben erhalten und werden verbessert. Dazu nur folgende Stichworte:

Erstens. Die allgemeine Haushaltssituation wird sich nicht auf die Personalstärke des Polizeivollzugsdienstes auswirken. Die kurz- und mittelfristigen Planungen in diesem Sektor werden nicht verändert. Die im Zusammenhang mit dem Stellenabbauprogramm der Landesregierung notwendigen Stellenstreichungen werden ausschließlich durch organisatorische Maßnahmen in den internen Servicediensten der Polizei erreicht.

Zweitens. Die Einführung der zweigeteilten Laufbahn wird ohne Einschränkungen fortgesetzt. Auch im Jahre 2001 wird es 1.000 Stellenumwandlungen vom mittleren in den gehobenen Dienst geben. Die Realisierung aller Stellenumwandlungen bis 2005 ist weiter geplant und wird bei konstanter Umwandlungszahl auch erreicht werden.

Drittens. Die Teilnahme Niedersachsens an dem gemeinsamen Informationssystem von Bund und Ländern INPOL-neu ist gesichert. Dieses Vorhaben erfordert bis zum Jahre 2003 insgesamt 162 Millionen DM. Im Haushalt 2001 sind hierfür 23,7 Millionen DM an Barmitteln und 52,5 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigungen veran-

schlagt. Der Aufbau der Gendatei wird fortgesetzt. Im Haushalt 1999/2000 waren für diese Aufgaben zwölf Stellen bereitgestellt. Die laufenden zusätzlichen Kosten für Verbrauchsmaterial, rund 1 Million DM jährlich, werden auch im nächsten Jahr durch Umschichtungen im Polizeikapitel intern finanziert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang, weil Frau Stokar dies ansprach, noch einen Hinweis auf die Polizeiwesten machen. Ich bin sehr froh darüber, dass der Polizeikommissar, der gestern in Hildesheim bei dem schlimmen Vorfall eine schwere Verletzung erlitten hat, inzwischen von der Intensivstation entlassen werden konnte und sich mittlerweile auf dem Wege der Besserung befindet. Er ist durch eine Weste vor Schlimmerem geschützt worden. Ich möchte ihm von dieser Stelle aus die beste Genesungswünsche aussprechen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, im letzten Haushalt war eine Verdoppelung der Zuweisungen an die Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes für Beschaffungs- und Ausbildungsmaßnahmen auf 1 Million DM vorgenommen worden. Nunmehr ist es gelungen, die Aufstockung auch in dem vorliegenden Haushalt abzusichern. Damit wird unterstrichen, welche Bedeutung die Landesregierung dem Einsatz privater Hilfsorganisationen und dem ehrenamtlichen Engagement der freiwilligen Helfer beimisst.

Die Asylausgaben konnten erneut erheblich zurückgefahren werden. Für die Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen sind für 2001 rund 430 Millionen DM veranschlagt. Darin enthaltenen sind 170 Millionen DM für Kostenerstattungen an die Kommunen, die bisher im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs abgegolten wurden. Für die Gruppen der Asylbewerber, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlinge sind rund 260 Millionen DM vorgesehen. Das sind erstmals seit 1990 weniger als 300 Millionen DM.

Nach der Neuorganisation der Erstaufnahme von Spätaussiedlern und der Umstrukturierung der Grenzdurchgangslager werden alle bundesweit eintreffenden Personen in Friedland registriert. Der Bund trägt alle Kosten der Erstaufnahme. Das Lager Osnabrück-Bramsche dient zur Hälfte als Reservekapazität des Bundes; die andere Hälfte

steht Niedersachsen zur Verfügung, u. a. als Aufnahme- und Unterbringung für die dem Land zugewiesenen jüdischen Emigranten sowie für die Unterbringung von Asylbewerbern. Wegen der überwiegenden Nutzung durch das Land trägt Niedersachsen hier den größten Teil der Ausgaben. Ich meine, dass wir hierüber mit dem Bund eine vernünftige Vereinbarung getroffen haben, mit der wir gut leben können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend einige wenige Bemerkungen zu dem Aufgabenbereich „Wohnungswesen und Städtebau“, den das Innenministerium vom Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales übernimmt und wodurch sich das Haushaltsvolumen des Einzelplans 03 um fast 1 Milliarde DM erhöhen wird, zum Ausdruck bringen. An dieser Stelle will ich ausdrücklich betonen, dass ich nicht beabsichtige, die Grundlinien der bislang in der Verantwortung von Frau Merk erfolgreich betriebenen niedersächsischen Städte- und Wohnungspolitik zu verändern.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt allerdings auch, meine Damen und Herren, dass es in Zukunft in dem einen oder anderen Punkt zu Akzentverschiebungen kommen kann, zumal ich im Innenressort nunmehr die Verantwortung für einen sehr breiten Strauß zusätzlicher Aufgabenbereiche übernehme, die sowohl für die Entwicklung des Landes und seiner Kommunen als auch für jeden einzelnen Bürger von erheblicher Bedeutung sind.

Für den Haushalt des Landes sind vor allem zwei Bereiche relevant: Städtebau- und Wohnungsbauförderung. Durch gezielten und schwerpunktmäßigen Einsatz von Städtebauförderungsmitteln können städtebauliche Missstände abgebaut und drohende Fehlentwicklungen verhindert werden. Wir werden daher die bisher erfolgreiche Städtebauförderungspolitik fortsetzen. Im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001 sind Mittel für das allgemeine Förderungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 18,4 Millionen DM vorgesehen; davon tragen der Bund und das Land jeweils die Hälfte. Weitere 9,2 Millionen DM kommen durch die Gemeinden dazu.

Der Bund hat am 8. Dezember 2000 bei Verabschiedung seines Haushaltsplans für 2001 die Städtebauförderungsmittel für die westdeutschen Bundesländer um 100 Millionen DM erhöht, wo-

von Niedersachsen etwa 11,5 Millionen DM zusätzlich erhalten wird. Die Verhandlungen über den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund laufen noch. Deshalb können die erhöhten Bundesfinanzhilfen noch nicht bei der Aufstellung des Landeshaushaltes berücksichtigt werden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die erforderliche Gegenfinanzierung durch das Land erfolgt.

Insgesamt stünde dann für 2001 ein Förderprogramm von rund 41 Millionen DM zur Verfügung. Damit wird es nach nahezu zehn Jahren wieder möglich sein, eine größere Anzahl neuer Sanierungsmaßnahmen in das Förderungsprogramm aufzunehmen und auf diese Weise neue Akzente für die Entwicklung in unseren Gemeinden zu setzen.

Besonderes Augenmerk möchte ich der seit 1999 im Städtebauförderungsprogramm vorgesehenen Programmkomponente „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ widmen. Für das Jahr 2001 werden hierfür im Regierungsentwurf zum Haushaltsplan Bundes- und Landesmittel in Höhe von insgesamt 18,6 Millionen DM vorgesehen, die im Zuge der Haushaltsberatungen auf Antrag der SPD-Fraktion um 2 Millionen DM aus Landesmitteln aufgestockt worden sind. Bisher waren 14 Sanierungsgebiete in den Programmteil „Soziale Stadt“ aufgenommen worden. Für das Programmjahr 2001 haben die Gemeinden weitere 18 Maßnahmen zur Aufnahme in das Förderungsprogramm angemeldet. Erfreulicherweise hat der Bund auch bei dieser Programmkomponente die Mittel um 50 Millionen DM aufgestockt, sodass Niedersachsen zusätzlich etwa 4,6 Millionen DM zur Verfügung haben wird. Auch hier werde ich mich für eine entsprechende Gegenfinanzierung durch das Land einsetzen, sodass ebenfalls in diesem Programmbereich zusätzliche Maßnahmen gefördert werden könnten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich messe den Maßnahmen in den gefährdeten Gebieten eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung bei, geht es hier doch vor allem darum, Menschen aus anderen Ländern und Kulturen zu integrieren und kriminalitätsfördernde Faktoren zu minimieren, indem beispielsweise vor allem jugendlichen Arbeitslosen eine Beschäftigung vermittelt wird. Ich bin optimistisch, dass wir mit der Bündelung dieser Maßnahmen - und insoweit ist der Wohnungsbau eine

zusätzliche Maßnahme - im Innenministerium die gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention weiter verbessern können. Sie wissen, dass wir uns hier auf einem sehr erfolgreichen Wege befinden. Über 100 kriminalpräventive Räte wurden in unseren Gemeinden ins Leben gerufen. Wenn das auch durch solche Maßnahmen ergänzt werden kann, dann ist das meines Erachtens ein hervorragender Weg.

Meine Damen und Herren, auch das Wohnungsbauprogramm für das Jahr 2001 wird schwerpunktmäßig auf die Modernisierung von Wohnungen in Problemgebieten ausgerichtet sein. Daneben werden wir jedoch auch Schwerbehinderten und Kinderreichen bei der Bildung von Wohneigentum helfen. Durch eine Kombination von Landesmitteln mit den Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau wird es gelingen, Wohnraum zu modernisieren und dies mit dem Ziel der Energieeinsparung zu verbinden. Insgesamt sollen im Jahre 2001 Wohnungsbaufördermittel in Höhe von 83,6 Millionen DM zum Einsatz kommen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, noch zu einem Bereich Stellung zu nehmen, der heute in den Medien eine Rolle spielt und auch zum Amtsbereich des Innenministers gehört. Es gibt in einer Zeitung Meldungen darüber, in welcher Weise Standorte im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr betroffen sein werden. Die „Welt“ hat hierzu eine größere Geschichte gemacht. Mein Kenntnisstand ist: Wir sind insoweit in engen Kontakten mit der Bundesregierung. Das heißt aber nicht, dass eine Entscheidung über diese Dinge bereits getroffen worden ist. Das sind alles Nachrichten über das, was im Bundesverteidigungsministerium auf der Arbeitsebene für die politische Entscheidung vorbereitet wird. Also ist alles das, was jetzt durch die Gegend geistert, noch sehr spekulativ. Sie können sicher sein, dass wir in enger Kooperation mit der Bundesregierung den Versuch unternehmen, unsere Interessen so intensiv wie möglich zu vertreten. Das, was darüber jetzt zum Ausdruck gebracht wird, ist also nicht der letzte Stand. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu dem Bereich Justiz. Zunächst hat sich der Abgeordnete Schröder gemeldet.

#### **Schröder (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Debatte steht heute ein Justizhaushalt, der den Amtswechsel zweier Minister markiert. Vor wenigen Wochen sah das alles noch ganz anders aus. Erinnern wir uns! Im Oktober hat der Ministerpräsident in der Debatte um die Gefängnisausbrüche in Wilhelmshaven seinen Justizminister über den grünen Klee gelobt und ihn als besten Justizminister aller Zeiten gefeiert.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Für mich hörte sich das damals schon wie seine Dankesrede bei Aushändigung der Entlassungsurkunde an, und die weitere Entwicklung hat mir insoweit Recht gegeben. Zurücktreten durfte er damals noch nicht, weil dies das Image des Machers in der Staatskanzlei beschädigt hätte. Zurücktreten sollte Herr Weber aber schon - jedoch zu dem Zeitpunkt, den er, der Ministerpräsident, bestimmt. Also durfte Herr Weber erst im November um seine Entlassung nachsuchen. Ich will ihm an dieser Stelle für seine faire und sachliche Art auch im Umgang mit der Opposition ausdrücklich danken. Er ist wohl im Augenblick aus verschiedenen Gründen nicht im Saal.

(Dr. Weber [SPD]: Doch! Hier!)

- Ja. - Dieser Dank ist hier angebracht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, seinen Nachfolger im Amte, Herrn Dr. Pfeiffer, bezeichnete die Staatskanzlei vor einigen Tagen als „Farbtupfer in der Landespolitik und Lichtlein am Tannenbaum der Landesregierung“. Was wollte uns der Regierungssprecher mit dieser eigenartigen Formulierung sagen?

(Voigtländer [SPD]: Fragen wir ihn doch!)

War vielleicht ein zu langer Gang über den Weihnachtsmarkt daran schuld, oder schmückt sich hier die starke Harzer Tanne lediglich mit einem dekorativen Lichtlein, indem sie einen eloquenten, unbegrenzt Talkshow-tauglichen Professor zum Justizminister beruft?

(Voigtländer [SPD]: Schön formuliert!)



Ich erwarte von Ihnen, Herr Dr. Pfeiffer, dass Sie Ihre Rolle nicht auf das Dekorative, nicht auf den Farbtupfer und nicht auf das Lichtlein beschränken. Ich erwarte von Ihnen, Herr Dr. Pfeiffer, dass Sie sich mit neuem Schwung auf die überfälligen Reformen in der Justiz stürzen.

Ich gebe zu, dass diese Erwartung hoch ist. Sie haben - und das verdient unseren Respekt, Herr Dr. Pfeiffer - Ihre Feldmission kriminologischer Aufklärung aufgegeben, vorläufig verlassen und sich in die Niederungen praktischer Politik begeben. Welchen Unterschied das macht, haben Sie in den letzten Tagen bereits erleben dürfen. Da wurde Ihr Rücktritt schon gefordert, bevor Sie Ihr Amt nur einen einzigen Tag versehen haben. Für Niedersachsen ist das meines Wissens ein neuer Rekord.

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Skandalös ist nicht, wenn auf mögliche Ermittlungsfehler beim Tod des sechsjährigen Joseph aus Sebnitz hingewiesen wird. Skandalös erscheint mir das Verhalten von Politikern und Behörden des Freistaates Sachsen. Hier wurde offenbar zunächst erst nachlässig gearbeitet, dann kopflos mit einer übereilten Verhaftung reagiert, und schließlich wenden sich Herr Biedenkopf und Co. gegen diejenigen, die ihnen all den Ärger eingebrockt haben. Ebenso skandalös, meine Damen und Herren, erscheint mir die Berichterstattung der Presse im Fall Sebnitz. Wenn jemand allen Grund hätte, deswegen zurückzutreten, dann wohl Herr Röbel, der Chefredakteur der „Bild“-Zeitung, wenn er nicht ohnehin demnächst aus der Leitung dieses Blattes ausscheiden würde.

In diesem Punkt, Herr Dr. Pfeiffer, haben Sie also unsere Unterstützung. Ob das auch in Zukunft so bleibt, wird davon abhängen, ob es Ihnen gelingt, den Reformstau in der niedersächsischen Justiz aufzulösen.

Sie haben erklärt, der Gefängnisneubau in Göttingen sei auch für Sie notwendig und unverzichtbar. Vor einigen Wochen, als die Zwischenergebnisse einer Studie Ihres Instituts bekannt wurden, las sich das noch anders. Wir hingegen sind dafür, nach den neuen Großgefängnissen in Sehnde und Oldenburg einen Schnitt zu machen und kritisch zu prüfen, ob eine weitere JVA in dieser Größe gebraucht wird. Ich will Ihnen einige Gründe dagegen nennen.

Die Zahl der Gefangenen in Niedersachsen stagniert und ist sogar rückläufig. Das Ministerium

musste seine Prognose, die der Neubauplanung zugrunde liegt, vor einigen Tagen deutlich nach unten korrigieren.

Jeden Tag sind in Niedersachsen so viele Menschen wegen einer Geldstrafe in Haft, wie Göttingen Haftplätze haben wird. Als Sofortmaßnahme erwarten wir von Ihnen, Herr Dr. Pfeiffer, dass Sie die Möglichkeiten zur Verringerung von Ersatzfreiheitsstrafen endlich nutzen.

Warum wird in Baden-Württemberg - Sie wissen, wer dort regiert - für Ersatzfreiheitsstrafen die generelle gnadenweise Entlassung zur Halbstrafe angeordnet, während in Niedersachsen bis zum letzten Tag verbüßt werden muss? Warum eigentlich muss in Baden-Württemberg ein Tagessatz Geldstrafe mit vier Stunden, in Niedersachsen hingegen mit sechs Stunden Arbeit abgegolten werden?

Jeden Tag sind in Niedersachsen außerdem fast so viele Menschen in Abschiebungshaft, wie Göttingen Haftplätze haben wird. Am Morgen des 8. Dezember erhängte sich in der Abschiebehaftanstalt Langenhagen ein junger tamilischer Flüchtling, weil er es nicht aushalten konnte, nach fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland in den Bürgerkrieg zwischen Tamilen und Singhalesen abgeschoben zu werden. Das ist nur ein Schicksal, das sich unter der Zahl von täglich 254 Abschiebegefangenen verbirgt. Das ist die höchste Zahl seit 1993. Gehen Sie, Herr Dr. Pfeiffer, bitte den Ursachen für diesen Anstieg nach, und klären Sie gemeinsam mit Ihrem Kollegen Bartling die Hinweise darauf, dass einige Ausländerbehörden bei der Beantragung von Abschiebungshaft durch eine besonders rabiate Praxis auffallen.

Meine Damen und Herren, in den nächsten Wochen wird das Bundesjustizministerium seinen Entwurf zur Reform des Sanktionenrechts vorstellen. Auch hierin steckt, wenn es gut gemacht wird, ein großes Potenzial für Haftvermeidung. Diese Reform wird greifen, bevor in Göttingen auch nur Richtfest gefeiert wird.

Sehr geehrter Herr Dr. Pfeiffer, Sie wollen Opferschutz und Kriminalprävention zu Ihren Anliegen machen. Dabei haben Sie unsere uneingeschränkte Unterstützung; wir begrüßen das. Aber auch das braucht Geld, sogar recht viel Geld. Die Millionen, die die Justiz bei ihren Fehlplanungen zur EXPO verschleudert hat, stehen leider nicht mehr zur Verfügung. Geld hat die Eigenschaft, dass es nur

einmal ausgegeben werden kann: entweder für neue Knäste, für Zellen und Personal oder für neue Ideen zur Haftvermeidung dort, wo es Sinn macht, für Kriminalitätsprävention, insbesondere zur Verhütung von Rückfälligkeit, oder für Opferberatung und Opferhilfe. Wir haben dazu in unserem Änderungsantrag zum Haushalt einige Vorschläge gemacht, auf die ich an dieser Stelle wegen der Kürze der Zeit nicht weiter eingehen kann.

Insgesamt, Herr Dr. Pfeiffer, übernehmen Sie mit Ihrem Amt ein schweres Erbe. Vieles blieb liegen, und allzu oft wurde versäumt, die ausgefahrenen Gleise zu verlassen. Wenn Sie nicht nur mit SPD-Anstaltsleitern reden, sondern auch einmal das Gespräch mit der Opposition suchen, dann können Sie vielleicht Unterstützung finden, wenigstens aber eine faire Auseinandersetzung erwarten. Das ist immerhin auch schon etwas. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Wernstedt:**

Das Wort hat der Kollege Stratmann.

#### **Stratmann (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst an die Eingangsbeobachtung meines Kollegen Schröder anknüpfen und Ihnen, Herr Professor Dr. Pfeiffer, für Ihre neue verantwortungsvolle Aufgabe als Justizminister unseres Landes alles Gute wünschen. Ich verbinde dies mit dem Angebot für eine kritische, aber auch eine konstruktive Zusammenarbeit. Ich möchte auch Herrn Dr. Weber danken. Trotz manchen Streits habe ich den Umgang mit Ihnen, Herr Dr. Weber, stets als offen und als fair empfunden. Dies ist leider keine Selbstverständlichkeit. Deshalb verdient dieser Dank hier in diesem hohen Haus meiner Meinung nach Erwähnung.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sie, Herr Minister Dr. Pfeiffer, haben keine leichte Aufgabe übernommen. Die äußerst schwierige Situation, die wir aufgrund einer steigenden Zahl von Gefangenen und einer veränderten Gefangenenklientel im Bereich des Justizvollzugs erleben, ist nur eine dieser Aufgaben. An der Schaffung zusätzlicher sicherer Haftplätze führt unserer Auffassung nach kein Weg vorbei. Das von Ihnen, Herr Minister, in Ihrer alten Funktion gefertigte Gutachten hat da Irritationen ausgelöst. Nicht die

unabhängigen Strafrichter oder die Staatsanwaltschaften in Niedersachsen, nicht zu harte Urteile, meine Damen und Herren, sind verantwortlich für die Enge in unseren Haftanstalten, sondern verantwortlich sind die wachsende Kriminalität insbesondere bei Jugendlichen, bei zu uns kommenden Osteuropäern, bessere Aufklärungs- und Ermittlungsmethoden und vor allem auch veränderte Kriminalitätsstrukturen. Der zunehmenden Hemmungslosigkeit zur Anwendung von Gewalt darf nicht, wie von Ihnen mit Ihrem Gutachten offensichtlich gefordert, mit mildereren Urteilen begegnet werden, um Platz in unseren Gefängnissen zu schaffen. Das Gegenteil muss der Fall sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn heute z. B. solche Straftäter in den Genuss des offenen Vollzuges kommen, für die eine solche Vollzugslockerung noch vor Jahren undenkbar gewesen wäre, weil Platz im geschlossenen Vollzug geschaffen werden muss, oder wenn heute Staatsanwälte eine größere Neigung entwickeln, Verfahren gegen Auflagen einzustellen, um der eigenen überbordenden Arbeitsüberlastung entgegenzuwirken, dann ist dies ein Skandal, für den nicht die Betroffenen vor Ort, sondern diese Landesregierung die Verantwortung trägt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie, Herr Minister a. D. Dr. Weber, noch vor wenigen Tagen - ich zitiere aus der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 20. November - die Verhältnisse im niedersächsischen Vollzug als menschenunwürdig bezeichnet haben - an dieser Stelle ist die Frage erlaubt: was haben Sie eigentlich in den letzten zehn Jahren in diesem Land getan? -, dann ist der Neubau von Justizvollzugsanstalten auch in Göttingen, lieber Kollege Schröder, überfällig und wird von uns uneingeschränkt mitgetragen.

(Beifall bei der CDU)

Die dafür erforderlichen Investitions-, Sach- und Personalbewirtschaftungsmittel stellen einen ungeheuren Kraftakt dar. Auch das ist uns natürlich bewusst. Dieser ist allerdings unumgänglich. Die Behauptungen, weniger Strafe ergibt weniger Strafgefangene oder die Abschaffung der Strafbewehrung des Ladendiebstahls ergibt null Ladendiebe, sind zwar logisch, bedeuten aber einen Schlag ins Gesicht aller rechtschaffenden Bürger und Menschen dieses Landes.

(Beifall bei der CDU)

Sie setzen damit auch die Wurzeln für schwindendes Rechtsbewusstsein und letztlich dann auch wieder für wachsende Kriminalität.

(Beifall bei der CDU)

In der Stringenz dieser Logik müssten Sie diese Kriminalität dann auch wieder damit bekämpfen, indem Sie Straftatbestände abschaffen. So kann es aber nicht gehen.

Justizpolitik ist originäre Staatsaufgabe. Dies gilt für den Vollzug, die Staatsanwaltschaften, aber auch für unsere Gerichtsbarkeit. Es ist wahr: Noch werden die meisten Verfahren in akzeptablen Zeiträumen erledigt. Was aber nützt z. B. dem rechtsuchenden Handwerksmeister der gewonnene Zivilprozess, wenn seine Forderung nicht zeitgerecht vollstreckt werden kann und er deshalb womöglich in den Konkurs fällt?

Meine Damen und Herren, jeder kann sich vorstellen, welche Probleme es mit sich bringt, wenn Sie z. B. eine Auffassungsvormerkung oder eine Eigentumsübertragung nicht zeitgerecht ins Grundbuch eingetragen bekommen. Die Arbeitsbelastung unserer Gerichtsvollzieher, Rechtspfleger, ja, des gesamten Hilfsdienstes hat dramatische Ausmaße angenommen. Immer wieder erreichen uns Petitionen oder Schreiben, Hilferufe von Bürgern, aber auch von Justizangestellten, die genau diesen Themenkreis betreffen. Wenn heute, meine Damen und Herren, immer mehr Richter Aufgaben der Hilfsdienste wie z. B. das Schreiben der Protokolle übernehmen müssen, dann ist es eben nur noch eine Frage der Zeit, wann auch die Erledigungszeiten für Prozesse länger werden, nämlich unerträglich lang.

(Beifall bei der CDU)

Dies alles ist eben nicht nur ein Problem der Justiz. Wenn Menschen das Vertrauen in die Justiz verlieren und damit beginnen, ihre Rechtsangelegenheiten selbst zu regeln, gerät der Rechtsstaat insgesamt ins Wanken.

In der Tat: Auch die Justiz muss sich den veränderten Bedingungen anpassen. An der Einführung moderner Technologien führt kein Weg vorbei. Aber diese Umstrukturierung muss man eben richtig machen. Die Einführung der Anwendersoftware P 53 hat zu Beginn dieses Jahres ein solches Chaos ausgelöst, dass man heute mit Er-

staunen feststellen muss, dass keine irreversiblen Schäden eingetreten sind. Die mangelnde Vorbereitung und Fortbildung der Bediensteten haben den Frust dort erhöht. Hinzu kommen weitere Stellenstreichungen, ein Beförderungsstau, die vorhandenen Obergrenzen werden nicht ausgeschöpft. Die Verunsicherung, Herr Dr. Weber, die Sie gemeinsam mit der Bundesministerin durch den Gesetzentwurf zur ZPO-Reform hervorgerufen haben, möchte ich aus Zeitgründen nur am Rande erwähnen. Wir werden bei anderer Gelegenheit darüber sprechen.

Das Gleiche gilt etwa für die enorme Kostensteigerung, die beim Betreuungsrecht oder im Bereich des Insolvenzrechts, wenn wir die PKH-Regelung einvernehmlich für die gesamte Bundesrepublik Deutschland beschlossen haben, auf uns zukommt.

Herr Minister Prof. Dr. Pfeiffer, die „HAZ“ schreibt über Sie am 14. November, Sie seien ein „richtiger Tausendsassa“, der „Tagesspiegel“ am 15. November „Pfeiffer lässt kaum ein Mikrofon aus“, der „Spiegel“ am 20. November, Sie seien ein „Provokateur und Selbstdarsteller“. Der „Zeit“ erklären Sie am 16. November, Sie wollten am Ende der Wahlperiode in die Wissenschaft zurückkehren; es zwingt Sie aber niemand, dies im Wahlkampf zu erklären.

(Busemann [CDU]: Hört, hört!)

Der „NP“ erklären Sie am 13. Dezember das Gegenteil. Was nun gilt, können wir daraus wirklich nicht erkennen. Das sind aber völlig falsche Signale. Das sind Signale, die die Justiz - - -

(Biel [SPD]: Lassen Sie sich doch überraschen! Das ist doch schön!)

- So gehen Sie mit verantwortungsvollen Bereichen um: „Lassen Sie sich doch überraschen!“ Das heißt, die tausenden Bediensteten im Justizbereich sollen sich überraschen lassen, welche Zukunftspläne dieser Minister hat.

(Biel [SPD]: Auf Ihre Rede kann man doch gar nicht anders antworten!)

Sie haben einen Anspruch darauf, dass dieser Minister erklärt: Ich mache diesen Job so gut und so lange wie irgend möglich.

(Biel [SPD]: Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!)

Dass wir bei der nächsten Wahl für etwas anderes sorgen werden, steht auf einem anderen Blatt geschrieben.

Was inhaltliche Fragen anbelangt, passen Sie, Herr Dr. Pfeiffer, in keine Schublade. Das macht manche nervös. Manche erfüllt dies mit Angst. Ich persönlich finde dies eher sympathisch. Aber wer schon im Vorfeld seiner Ernennung derartige Kritik aus den eigenen Reihen erfährt, der hat natürlich keinen guten Einstieg. Die schweren handwerklichen Fehler im Zusammenhang mit dem Gutachten Joseph Abdullah stellen leider schon jetzt eine schwere Bürde dar.

Die Justiz braucht Zurückhaltung und Besonnenheit. Die Justiz braucht einen Minister, der der Versuchung widersteht, zu allem Stellung zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Die Justiz braucht einen Minister, der die Unabhängigkeit der Gerichte als Grundprinzip nicht in Frage stellt. Die Justiz braucht auch klare Konzepte und Vorgaben. Die sind bei Ihnen noch nicht erkennbar.

Sie haben einen verbesserten Opferschutz und mehr Prävention angekündigt. Gut, da haben Sie uns auf Ihrer Seite. Jüngst wollen Sie Ehefrauen vor ihren prügelnden Ehemännern mittels eines Senders schützen - das habe ich mit Interesse gelesen -, der einen Empfänger bei den Frauen dann piepen lässt, wenn sich die Männer auf weniger als 100 m nähern. Darüber muss man nachdenken. Beim ersten Lesen fragt man sich: Ist das jetzt ein Scherz, oder meint er das ernst? - Aber ich räume freimütig ein, beim zweiten Nachdenken habe ich mir gedacht: Die Idee ist gar nicht so schlecht; darüber können wir diskutieren. - Es zeichnet Sie aus, dass Sie zu unkonventionellen Vorschlägen neigen. Vielleicht sollten Sie in diesem Fall SPD-Kollegen bitten, sich als Probanden zur Verfügung zu stellen. Den Sender würde ich dann in Ihrem Büro aufstellen.

(Ha, ha! bei der SPD - Adam [SPD]:  
Das war typisch Oldenburger Humor!)

Trotz allem steht Ihnen eine Schonfrist von 100 Tagen zu. Sie sollten diese Schonfrist aber nicht strapazieren, Herr Minister Dr. Pfeiffer. Dafür ist leider kein Spielraum mehr vorhanden.

(Beifall bei der CDU)

### **Präsident Wernstedt:**

Diese 100 m Abstand gelten mit Sicherheit nicht für den Raum des Landtages. - Herr Kollege Adam, Sie haben das Wort.

(Althusmann [CDU]: Bei mir piept es gerade, wenn Sie dort vorne hingehen!)

### **Adam (SPD):**

Meine Damen und Herren! Der Kollege Althusmann sagt gerade, bei ihm piept es. Ich hoffe, nur an den Füßen und nicht im Kopf!

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich meine Ausführungen beginne, sei mir eine Bemerkung gestattet. Bei der Diskussion um das Thema Verwaltungsreform habe ich den Kollegen Althusmann aufgefordert, seine verbalen Springerstiefel auszuziehen.

(Schünemann [CDU]: Herr Adam!)

- Vielleicht sind Sie mal eine Minute ruhig, Herr Schünemann. Sie waren nicht dabei. - Meine Damen und Herren, nachdem ich ein wenig Zeit hatte, darüber nachzudenken, nutze ich hier die Gelegenheit, um mich beim Kollegen Althusmann zu entschuldigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Denn der Ausdruck „verbale Springerstiefel“ kann bei der Diskussion, die heute draußen läuft, zu falschen Mutmaßungen Anlass geben. Das möchte ich nicht. Ich entschuldige mich beim Kollegen Althusmann. Ich lade ihn ein, mit mir mal zur Marine zu gehen. Dann tauche ich ihn beim Rettungsschwimmen.

(Zuruf: Besser umgekehrt!)

Meine Damen und Herren, wenn ich die Ausführungen des Kollegen Stratmann würdigen soll, dann würde ich sagen: Zuckerbrot und Peitsche. Er fängt an, dem Kollegen Dr. Weber zu danken, die Arbeit von Dr. Weber zu würdigen, um anschließend zu einem Rundumschlag auszuholen und den Eindruck zu erwecken, dass Herr Dr. Weber eigentlich alles verkehrt gemacht hat.

Ich nutze die Gelegenheit, um Herrn Dr. Weber, um dir, lieber Wolf, im Namen unserer Fraktion für deinen Einsatz Dank zu sagen, mit dem du über Jahrzehnte hinweg diesem Parlament und diesem Land gedient hast. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Stratmann, ich halte es auch für sehr merkwürdig - - -

**Präsident Wernstedt:**

Herr Adam, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rolfes?

**Adam (SPD):**

Ich habe nur wenig Zeit. - Du kannst mich nachher zum Kaffee einladen. Dann können wir darüber reden.

(Rolfes [CDU]: Ich habe nur eine ganz kurze Frage!)

Ich halte es auch für sehr merkwürdig, meine Damen und Herren, dem neuen Justizminister alles Gute zu wünschen, um ihm gleichzeitig so Knüppel zwischen die Beine zu werfen, dass er gar keine Chance hat, hier sachliche Arbeit zu leisten. Auch Ihnen, Herr Dr. Pfeiffer, sage ich: Die Sozialdemokraten stehen an Ihrer Seite. Wir unterstützen Sie bei Ihrer Arbeit.

(Zustimmung von Biel [SPD] - Lachen bei der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich hatte die Gelegenheit, einige Male an Sitzungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen teilzunehmen. Ich gehe davon aus - - -

(Zuruf von Busemann [CDU])

- Herr Busemann, Sie brauchen sich ja nur bei Ihrer Fraktion zu entschuldigen. Ansonsten sind Sie hier ja Einzelkämpfer geworden. - Meine Damen und Herren, ich meine, dass die Arbeit im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sehr sachlich auch mit dem neuen Justizminister laufen wird. Dazu wünschen wir Ihnen, aber auch allen Ausschussmitgliedern viel Erfolg.

Meine Damen und Herren, wir haben für den Bereich des Strafvollzugs viel getan und werden dies auch künftig weiter tun. Uns ist klar: Der Strafvollzug ist nicht nur stets das letzte Mittel in der

Reihe strafrechtlicher Sanktionen. Er ist auch für den Staat der teuerste Weg der Strafe. Dennoch investieren wir in großem Umfang in den Strafvollzug, um einen sicheren und gleichzeitig humanen Strafvollzug zu ermöglichen. Nur ein sicherer und humaner Vollzug kann den Anforderungen gerecht werden, die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich vor neuen Straftaten und Tätern zu schützen,

(Jansen [CDU]: Richtig! Das ist aber nichts Neues!)

indem der Vollzug sicher ist, um den Vollzug zu sichern, und indem der Vollzug human und an der Resozialisierung der Täter orientiert ist, um der Verhütung weiterer Straftaten auch für den Zeitraum nach der Entlassung der Täter gerecht werden zu können.

(Frau Zachow [CDU]: Können Sie mir das einmal erklären?)

In Zeiten knapper Haushalte und erheblichen Einsparungsdrucks ist es schon ein Erfolg, wenn man in personalintensiven Bereichen den Status quo sichern kann. Für die sicherheitsrelevanten Bereiche im Vollzug gilt dies für uns jedoch nicht. Wir haben hier trotz des Spardrucks noch einmal nachgelegt und für 2001 im Justizhaushalt für den Bereich des Vollzugs zahlreiche Umwandlungen von Anwärterstellen in Planstellen vorgenommen. Ich nutze diese Gelegenheit, um meiner Kollegin Elke Müller herzlich Danke für ihren sehr erfolgreichen Einsatz bei der Anwärterzulage zu sagen. Dieser Einsatz der Kollegin Elke Müller ist von allen Fraktionen des Rechtsausschusses honoriert und mitgetragen worden.

(Beifall bei der SPD - Jansen [CDU]: Wer hat den Antrag eingebracht?)

Meine Damen und Herren, ein besonders gutes Beispiel für unsere Arbeit ist das Programm „Schwitzen statt sitzen“. In diesem Programm können Straftäter durch die Ableistung gemeinnütziger Arbeit Ersatzfreiheitsstrafe abwenden. So wurden in diesem Jahr 226 Haftplätze eingespart. Dies entspricht einer mittelgroßen Vollzugshaftanstalt. Niedersachsen hat dadurch fast 12 Millionen DM Vollzugskosten gespart.

Ich möchte auch ein anderes Standbein nennen, nämlich die Prävention. Die Mittel für die Arbeit des Landespräventionsrates werden um das Zweieinhalbfache auf über 400.000 DM aufgestockt.

Die Multiplikatorenwirkung dieser Institution ist beachtlich und uns allen bekannt. Mittlerweile gibt es in unserem Bundesland über 100 kommunale Präventionsräte.

Meine Damen und Herren, für den Bereich der inneren Sicherheit haben wir also wieder einmal viel getan. Die Kollegin Bockmann wird die haushaltspolitischen Vorgaben gleich weiter erläutern.

Im Bereich der Justizpolitik setzen wir vermehrt auf neue Programme und Modelle. Wir haben nicht nur nach Alternativen gesucht, die sparen helfen. Vielmehr sind in Niedersachsen im Rahmen der Strafverfolgung und der Justiz auch Wege eröffnet worden, die letztlich zu Mehreinnahmen für den Haushalt führen. Besonders erfolgreich ist Niedersachsen mit dem Modellversuch zur Abschöpfung von Verbrechenngewinnen. Das Konzept, Organisierte Kriminalität und andere Straftaten der mittleren und schweren Kriminalität zu bekämpfen, indem man das Betriebsmittel, nämlich das Geld, entzieht, hat auch im Ausland Beachtung gefunden. Die erwarteten Mehreinnahmen für 2001 können mit 10 Millionen DM angesetzt werden.

Darüber hinaus haben wir erhebliche Anstrengungen unternommen, um die niedersächsische Justiz modern, bürgernah und effizient zu gestalten. Alle, die uns an dieser Stelle immer wieder gebetsmühlenartig eine langsame oder technisch veraltete Justiz vorwerfen, sollten sich einmal die Bearbeitungszeiten an den niedersächsischen Zivilgerichten ansehen und sich die erheblichen Mittel vor Augen führen, die für die Einführung des elektronischen Mahnverfahrens und des elektronischen Grundbuchs zur Verfügung gestellt werden, nämlich für das Jahr 2001 18,2 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung und davon überzeugt, dass wir in der Justizpolitik auf dem richtigen Wege sind. Herr Minister, Sie haben uns an Ihrer Seite. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Wernstedt:**

Jetzt spricht Frau Kollegin Bockmann.

**Frau Bockmann (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab eine Anmerkung dazu, wie ernst es die Fraktion der CDU mit den präsentierten Änderungsvorschlägen meint. Wir haben uns um den

weiteren Ausbau des Täter-Opfer-Ausgleichs gekümmert, wir haben uns eingesetzt, und wir haben die Mittel erhöht, und zwar im Haushaltsplan 2001 um 150.000 DM, haben weitere 150.000 DM draufgesattelt mit dem Resultat von 700.000 DM für die freien Träger. In dem CDU-Antrag lesen wir nun, dass 150.000 DM wieder gestrichen werden sollen. Obwohl wir dies im Rechtsausschuss einstimmig verabschiedet haben, darüber gesprochen haben, sollen jetzt wieder 150.000 DM gekürzt werden. Das sind genau die Mittel für den Täter-Opfer-Ausgleich in Oldenburg. Dies ist eine Angelegenheit, die aus SPD-Sicht total unverständlich ist.

**Präsident Wernstedt:**

Frau Bockmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stratmann?

**Frau Bockmann (SPD):**

Entschuldigen Sie bitte, aber ich habe sehr wenig Zeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Niedersachsens Justiz ist ohne Frage - der Kollege Adam hat es schon ausgeführt - modern, effektiv und bürgernah, und der Strafvollzug ist sicher und dennoch human und an den Zielen der Resozialisierung ausgerichtet. Diese gute Lage kommt aus unserer Sicht nicht von ungefähr. Auch in dem heute zu beratenden Haushalt 2001 haben wir ganz erhebliche Anstrengungen unternommen, um die haushaltspolitischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Niedersachsens Justiz auch in Zukunft gute Rahmenbedingungen hat. Doch zunächst zum Strafvollzug.

Der Strafvollzug ist, wie die Vergangenheit gezeigt hat, nicht nur in der Praxis, sondern vor allem auch in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung ein besonders sensibler Bereich. Hier treffen die Sicherheitsinteressen der Allgemeinheit mit den Resozialisierungsinteressen zusammen. Daher muss ein moderner Strafvollzug sicher und human sein. Es ist kein Geheimnis, dass hier jahrzehntealte erhebliche Versäumnisse aufzuarbeiten waren.

(Stratmann [CDU]: Das hat der Kollege Adam doch schon ausgeführt!)

Seit zehn Jahren sind wir in Niedersachsen auf einem guten Weg, der mit dem Haushalt 2001 fortgesetzt wird.

In Niedersachsen sind, wie in allen anderen Bundesländern auch, die Zahl der inhaftierten Straftäter und damit natürlich auch der Bedarf an Haftplätzen erheblich angestiegen. Um diesem wachsenden Bedarf an Haftplätzen zu begegnen, hat die Landesregierung bereits im Jahre 1998 ein ehrgeiziges Neubauprogramm beschlossen. Zwischen 2000 und 2004 werden immerhin 1.000 Haftplätze neu gebaut. 500 Plätze werden schon in diesem bzw. im nächsten Jahr fertig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz des hohen Spardrucks, dem wir ohne Frage unterliegen, sind wir nicht nur im Neubauprogramm fortgeschritten, sondern haben wir auch einiges beim Personalbestand getan. Wir haben nicht nur versucht, den Personalbestand zu halten, sondern wir haben ihn auch noch aufgestockt. Für die neue Anstalt in Oldenburg sind das immerhin vier Umwandlungen von Anwärterstellen in Planstellen des gehobenen Dienstes - Mehrkosten unter dem Strich immerhin 277.000 DM - und für die neue Anstalt in Sehnde 260 Umwandlungen von Anwärterstellen des allgemeinen Vollzugsdienstes in Planstellen. Das sind Mehrkosten von insgesamt 14 Millionen DM.

Im Rahmen des Hebungmodells gibt es 22 Hebungen von A 9 nach A 10 im gehobenen Dienst sowie 18 Hebungen von A 8 nach A 9 im mittleren Dienst und vier Hebungen von A 9 etc. Mehrkosten: 281.000 DM.

Auch war es die SPD, die letztlich den Durchbruch hin zur Wiedereinführung des Anwärtersonderschlags geschafft hat,

(Ontijd [CDU]: Das stimmt ja nicht; das haben wir beantragt! Das wolltet ihr ja erst nicht!)

und zwar für alle Bediensteten. Die Mittel wurden zum Teil auf Initiative der Fraktion zusätzlich bereitgestellt, zum anderen Teil aber auch aus dem Haushalt des MJ gegenfinanziert. Sowohl dem MJ als auch dem MF sei an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit gedankt.

Um auf der anderen Seite, der Resozialisierung, der Therapie im Strafvollzug, gerecht zu werden, haben wir weitere Personalmaßnahmen beschlossen. Deshalb sind im Haushalt 2001 verankert für den Ausbau der Sozialtherapie elf neue Stellen sowie 13 Umwandlungen von Anwärterstellen des allgemeinen Vollzugsdienstes in Planstellen. Mehrkosten: 1,6 Millionen DM. Außerdem be-

kommen wir ein zusätzliches Gesundheitszentrum, d. h. drei neue Stellen. Das sind wiederum 228.000 DM.

Da der Strafvollzug immer nur die Ultima Ratio des Sanktionssystems ist und sein darf, setzen wir uns allerdings vermehrt auch für ambulante Alternativen ein. Ein gutes Beispiel ist „Schwitzen statt sitzen“. Dieses Programm hat immerhin eine mittlere Vollzugsanstalt in Niedersachsen eingespart. Das sind unter dem Strich 12 Millionen DM an Vollzugskosten.

Jedoch haben wir nicht nur nach Alternativen gesucht, die sparen helfen; vielmehr sind in Niedersachsen im Rahmen der Strafverfolgung und der Justiz auch Wege eröffnet worden, die letztlich zu Mehreinnahmen für den Haushalt geführt haben. Besonders erfolgreich ist Niedersachsen hier mit dem Modellversuch zur Abschöpfung von Verbrechensgewinnen. Das Konzept, Organisierte Kriminalität und andere Straftaten der mittleren und schweren Kriminalität zu bekämpfen, indem man eben das eigentliche Betriebsmittel, nämlich das Geld, entzieht, hat auch im Ausland große Beachtung gefunden. Ein Grund ist sicherlich, dass die sichergestellten Beträge bereits bis Mitte des Jahres 2000 auf rund 61 Millionen DM angewachsen sind. Davon haben auch die öffentlichen Kassen ganz nachhaltig profitiert. Immerhin sind bereits 14 Millionen DM unmittelbar aus den Straftatgewinnen abgeschöpft worden. Hinzu kommen die steuerlichen Mehreinnahmen, die je zur Hälfte an Niedersachsen und in den Länderfinanzausgleich gehen. Die Statistik weist bereits jetzt eine deutlich steigende Tendenz aus. Die noch nicht abschließend erhobenen neueren Zahlen lassen sogar noch weit höhere Mehreinnahmen erwarten.

Zudem haben die Strafverfolgungsorgane noch weit höher liegende Abschöpfungsbeträge als die oben genannten an die Opfer dieser Straftaten zurückgeben können. Das ist aus unserer Sicht ein ganz beachtlicher Beitrag zum Opferschutz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zuletzt noch einige Anmerkungen zur bürgernahen und effektiven Justiz. Die niedersächsischen Gerichte sind Vorreiter bei der Ausstattung mit moderner Kommunikationstechnik und bei der Vernetzung. Seit Oktober 1998 sind immerhin mehr als 4.000 neue PCs angeschafft worden. Somit haben wir kostengünstiger und effektiver arbeiten können.

Auch im Haushalt 2001 haben wir weitere Anstrengungen unternommen, die technische Ausstattung der Gerichte zu verbessern. Ich nenne hier die Einführung des automatisierten Mahnverfahrens. Dies war ohne Frage ein wichtiger Schritt zur Modernisierung. Seit Juni 1999 können Mahnanträge aus dem ganzen Lande elektronisch eingereicht und über Nacht fertig bearbeitet werden.

Auf die Einführung des elektronischen Grundbuchs - das war ebenfalls Bestandteil der Haushaltsdiskussion - bietet eine noch schnellere, komfortablere und effektivere Dienstleistung der Amtsgerichte. Hierfür sind in den Haushalt 2001 immerhin 18,2 Millionen DM eingestellt worden. Das ist in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte eine beachtliche Leistung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend kann gesagt werden, dass der vorliegende Haushalt auch im Justizbereich abbildet, wie trotz Zeiten knapper Budgets die vorhandenen Ressourcen optimal eingesetzt werden können, sodass am Ende in den relevanten Bereichen sogar noch erhebliche Verbesserungen zu erreichen sind. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

### **Präsident Wernstedt:**

Zum Abschluss der Justizdebatte spricht der Justizminister, Herr Professor Dr. Pfeiffer.

### **Dr. Pfeiffer, Justizminister:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie, dass ich zunächst kurz auf die Reden der Abgeordneten Schröder und Stratmann eingehe.

Herr Schröder, Ihnen möchte ich ausdrücklich für die außerordentlich faire Begrüßung danken. Sie haben den Neubau von Anstalten angesprochen. Da muss ich in einem Punkt widersprechen. Ich habe keine Zweifel, dass auch Göttingen wegen der extremen Überfüllung, die wir zu verzeichnen haben, nötig ist. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, dass im Augenblick erste Hoffungsschimmer erkennbar sind, dass die Gefangenzahlen ein bisschen nach unten gehen könnten. Wenn sich das über Jahre hinweg stabilisieren sollte, dann werden wir prüfen, ob wir veraltete Anstalten schließen. Zunächst einmal bleibt es aber bei dem, was wir beschlossen haben, nämlich dass zwei neue Anstalten nötig sind und gebaut werden.

Sie haben die Sanktionsreform angesprochen. Ich meine, wir sollten alles begrüßen, was es überflüssig macht, die Anzahl der Haftplätze zu erhöhen. Von daher sind gemeinnützige Arbeit sicherlich ausbaufähig und auch z. B. das Fahrverbot als eigenständige Sanktion begrüßenswert. Das unterstützen wir.

Herr Stratmann, ich verstehe, dass Sie auf diesen Widerspruch zwischen der „ZEIT“ und der „Neuen Presse“ aufmerksam machen. Die „Neue Presse“ hat Recht. Der „ZEIT“ habe ich einen bösen Brief geschrieben, weil ich das so nicht gesagt habe. Ich strebe an, mindestens siebeneinhalb Jahre Justizminister zu sein, und, wenn es geht, darüber hinaus. Die Wähler werden entscheiden. Das hatte ich der „ZEIT“ gesagt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Oestmann [CDU])

Herr Schröder, Sie haben mir vorgeworfen, ich würde zu allem und jedem Stellung nehmen. Ich werde Sie überraschen: Zu Sebnitz werde ich nichts sagen; denn hierzu hat Herr Schröder bereits alles Notwendige zum Ausdruck gebracht.

(Stratmann [CDU]: Herr Stratmann!)

- Herr Stratmann natürlich. Das bekommen wir hin.

### **(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)**

Lassen Sie mich in meiner Rede, bevor ich zu einigen Schwerpunkten der Justizpolitik komme, zunächst die haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen darstellen. Das Gesamtvolumen des Justizhaushaltes umfasst gut 1,7 Milliarden DM. Dies sind knapp 25 Millionen DM oder ca. 1,5 % mehr als im Haushalt 2000. Der größte Teil davon ist - das werden Sie wissen - fest gebunden, aber es gibt trotzdem Spielraum für das, was man Kür nennen könnte. Bei genauem Blick zeichnet sich ab, dass der Haushalt klare Schwerpunkte für zukünftige Justizpolitik setzt.

Ich möchte mit zwei Schlagworten beginnen, nämlich erstens der Modernisierung der Justiz und zweitens der Gewährleistung der berechtigten Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger. Was bedeutet Modernisierung der Justiz? - Ich beschränke mich aus Zeitgründen auf einige wenige Bereiche. Dazu zählt als erstes die umfassende Justizreform, über die wir im kommenden Jahr



sicherlich noch debattieren werden. Zweitens ist die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungselemente an Gerichten und in den Justizvollzugsanstalten zu nennen. Instrumentarien wie z. B. die Kosten- und Leistungsrechnung sowie das Justizcontrolling fördern unter Wahrung der hohen Qualitätsansprüche Anreizstrukturen für wirtschaftliches Handeln, einen zeit- und sachgerechten Mitteleinsatz sowie die Schärfung des Kostenbewusstseins. Als Drittes nenne ich als weiteren Baustein zur Modernisierung in den Justizbehörden den Einsatz der neuen Kommunikationstechnologien. Im Haushalt 2001 wird gerade in diesem Bereich der Grundstein für eines der größten Investitionsvorhaben der letzten Jahre gelegt. Ich meine die Einführung des elektronischen Grundbuchs, das Projekt SOLUM STAR, mit Investitionskosten in Höhe von allein 12,5 Millionen DM.

In diesem Zusammenhang habe ich mit einiger Verwunderung zur Kenntnis nehmen müssen, was Sie im Haushaltsantrag der CDU-Fraktion geschrieben haben. Sie schlagen im Bereich der Kosten für die Informations- und Kommunikationstechnik eine Kürzung von 4 Millionen DM bei den Dienstleistungen Außenstehender vor, und das bei einem geplanten Ansatz von 6 Millionen DM. Es wird klar, dass damit zukunftsfähige EDV-Programme gar nicht eingeführt werden könnten. Für mich ist dieser Vorschlag nicht nachvollziehbar. Ich weiß nicht, wie Sie noch glaubhaft die weitere Modernisierung einfordern wollen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum vierten Punkt kommen, der Strafrechtspflege. Zu einer modernen Justiz zählt nicht nur eine effektive Gestaltung der Strafverfahren, sondern auch die Stärkung der Stellung von Opfern von Verbrechen sowie die intensive Zusammenarbeit in der Präventionsarbeit. Deshalb wird zukünftig die Arbeit des Landespräventionsrates im Justizministerium angesiedelt sein und dort gebündelt werden. Konsequenterweise sollen auch die Mittel für den Täter-Opfer-Ausgleich erhöht werden. Frau Bockmann hat hierzu alles Erforderliche gesagt.

Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zum zweiten Schwerpunkt des Haushalts 2001, nämlich der Erhöhung der Sicherheit im Strafvollzug. Hier stellt die Landesregierung ca. 44 Millionen DM allein für die Verbesserung der baulichen Sicherheit zur Verfügung. Die weitere Verbesserung der Sicherheit wird aber auch wesentlich durch die

Erhöhung der Mitarbeitermotivation und -lassen Sie mich das so schlicht formulieren - der Gefangenzufriedenheit bestimmt sein. In beiden Bereichen setzt der Haushalt 2001 Akzente, bei der Gefangenzufriedenheit z. B. dadurch, dass die Erhöhung des Lohnes auf ca. 20 DM pro Tag ansteht. Besonders zu erwähnen ist ferner die Hebung von insgesamt 50 Stellen quer durch alle Dienste des Vollzuges.

Erfreulich ist auch, dass mithilfe aller Fraktionen eine Möglichkeit zur Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlags für die Nachwuchskräfte des mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienstes geschaffen werden konnte. Nur bei einer angemessenen Besoldung schon während der Ausbildung wird es künftig möglich sein, für die schwierige Tätigkeit im Vollzug genügend qualifizierte und motivierte Nachwuchskräfte zu finden. Für das Engagement, das insoweit quer durch alle Fraktionen geht, danke ich sehr.

(Beifall bei der SPD)

Als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, wurde mir gesagt, ich hätte zunächst einen Pflichtteil zu erledigen - das ist geschehen -, und dann gäbe es noch etwas Zeit für die Kür. Diese will ich für etwas nutzen, was mir persönlich ein großes Anliegen ist, nämlich meinen Dank an meinen Vorgänger Wolf Weber. Sie alle wissen: Die Achillesferse jedes Justizministers ist der Strafvollzug. Ich habe deshalb während der letzten vier Wochen viel Zeit damit verbracht, Texte zu lesen und mit Menschen darüber zu sprechen, wie es um den niedersächsischen Strafvollzug steht. Dabei ist mit einem immer wieder bewusst geworden: Wolf Weber hat sich in ganz besonderer Weise um den niedersächsischen Justizvollzug verdient gemacht.

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Warum ist er dann entlassen worden? - Rolfes [CDU]: Warum musste er gehen?)

Ich will dazu drei Punkte hervorheben.

Erstens. Wolf Weber hat die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Anstalten enorm gefördert. Dank einer sehr guten Personalauswahl haben wir heute eine Mannschaft von Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleitern, auf die wir stolz sein können und die von sich aus von unten heraus Initiativen entwickeln.

(Oestmann [CDU]: Wir sehen das anders!)

Das ist sein Werk und das seiner Vorgänger.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wolf Weber hat souverän und besonnen reagiert, wann immer der Vollzug wegen Ausbrüchen und Entweichungen oder wegen Verfehlungen einzelner Mitarbeiter in die Schlagzeilen geraten ist.

(Lindhorst [CDU]: Dann muss er wieder Minister werden!)

Wenn ungerechtfertigte Vorwürfe gegen einzelne Mitarbeiter aufkamen, dann hat sich stets schützend vor diese gestellt und Ihnen das Vertrauen gegeben, das die Mitarbeiter im Vollzug für ihre schwierige und manchmal gefährliche Aufgabe täglich brauchen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Frau Körtnier [CDU])

Drittens. Wolf Weber hat mit der ihm eigenen persönlichen Wärme und Verlässlichkeit den Bediensteten stets zur Seite gestanden, wenn sie persönlich in schwierige Situationen geraten sind - ich denke dabei beispielsweise an den Vorfall in Uelzen -, und er ist auch dann noch nah und zugewandt geblieben, wenn andere die ganze Geschichte schon längst vergessen hatten.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte deswegen in meiner ersten Rede im Landtag Wolf Weber meinen herzlichen Dank dafür aussprechen, dass ich einen geordneten Vollzug übernehmen kann.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Ehlen [CDU])

Zum Abschluss will ich wenigstens in einigen Punkten umreißen, wofür ich mich persönlich stark engagieren werde.

Erstens ist das der Ausbau von Hilfen und Unterstützungsmaßnahmen für Opfer von Straftaten. Hierbei wird ein Schwerpunkt die Hilfe für Opfer innerfamiliärer Gewalt sein sowie das Bemühen, insoweit auch neue Wege der Prävention zu gehen. Ich möchte dies an einem Beispiel kurz erläutern. Wenn Sie heute die Zeitung gelesen haben, dann werden Sie darin entdeckt haben, dass die Bundes-

regierung gestern einen Regierungsentwurf zum verbesserten Schutz von Frauen gegen schlagende Männer verabschiedet hat: Hausverbot gegen den schlagenden Mann, und nicht mehr die alte Lösung, die auch wir für falsch halten, dass nur das Frauenhaus angeboten wird und der Mann bequem zu Hause sitzen bleiben darf. Ich frage aber: Reicht das aus? Sollten wir uns nicht auch in einem zweiten Punkt am Vorbild der USA orientieren? Dort erhalten nämlich unbelehrbare Männer, die ihre getrennt lebende Frau weiterhin schlagen und massiv bedrohen, per gerichtlicher Anordnung einen elektronischen Sender an das Fußgelenk. Die Frauen erhalten einen Empfänger, wie das Herr Stratmann schon richtig dargestellt hat, und dieser gibt einen deutlichen Warnton, wenn sich der Mann verbotenerweise dem Haus der Frau oder ihrem Arbeitsplatz auf weniger als 100 m genähert hat. Das bietet Sicherheit und kann Leben retten. Meine Kollegin Trauernicht und ich werden deshalb prüfen, ob das auch eine Maßnahme für uns sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Schwerpunkt wird die Prävention von Jugendgewalt und von rechtsextremer Gewalt sein. Hier kann ich auf die langjährigen Forschungsarbeiten des KFN zurückgreifen. Sie bieten eine Fülle von Ansätzen dafür, was man konkret tun könnte.

Dafür ebenfalls ein Beispiel. Wir wissen: Je früher erkannt wird, dass ein Kind oder ein Jugendlicher zu Hause misshandelt wird, je früher Hilfe für Kind und Eltern organisiert wird, umso größer sind die Chancen, dass sich eine spätere kriminelle Karriere dieses Kindes vermeiden lässt. Hier ist Opferschutz wirklich Prävention.

Wir wissen aber auch: Nur jedes zwanzigste Kind in Deutschland, das misshandelt wird, findet den Weg zum Jugendamt oder zum Kinderschutzbund. Deutschland mag ein gutes Tierschutzland sein, ein gutes Kinderschutzland sind wir leider noch nicht.

(Zustimmung)

Warum ist das so? - Ich will Ihnen einen Grund nennen: Wenn so ein Kind heute zu einem Helfer geht, dann kann es nicht sicher sein, dass der nicht gleich zum Hörer greift, die Eltern anruft und sagt: Bitte einen Termin. Was machen Sie denn mit Ihrem Kind? - Das ist problematisch. Im Ausland haben Kinder ein absolutes Vertrauen in ihre Helfer, weil diese der Schweigepflicht unterliegen.

Frau Trauernicht und ich wollen deshalb gemeinsam prüfen, ob wir auch hier Änderungsbedarf sehen und wie dieser gegebenenfalls umzusetzen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Punkt, auf den ich zu sprechen kommen will, ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bremer Justizbehörde. Hier trifft es sich günstig, dass mich mit dem Bürgermeister und Justizsenator Bremens, Henning Scherff, seit mehr als 20 Jahren eine sehr enge persönliche Freundschaft verbindet. Mit ihm und seinen engsten Mitarbeitern sind Staatssekretär Litten und ich letzte Woche zu einem mehr als zweistündigen Brainstorming darüber zusammengetroffen, was wir gemeinsam auf die Beine stellen können. Wir haben erste Vorstellungen entwickelt, in welchen Fällen die Zusammenarbeit der beiden Häuser vorangetrieben werden soll. Konkrete Details werden wir in die Öffentlichkeit bringen, wenn im Frühjahr 2001 das gemeinsame Landesozialgericht aus der Taufe gehoben wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD)

#### **Vizepräsident Gansäuer:**

Das Wort hat der Kollege Stratmann.

#### **Stratmann (CDU):**

Aus Zeitgründen kann ich nur auf einen Punkt eingehen, der mir allerdings sehr am Herzen liegt, Frau Kollegin Bockmann, Herr Minister, nämlich auf den Täter-Opfer-Ausgleich. Es ist richtig, dass meine Kollegen im Haushaltsausschuss das Geld dafür wieder herausgenommen haben. Das hat aber einen ganz einfachen Grund. Wir haben erneut festgestellt, dass die Stadt Hannover in einer Art und Weise Vorteile gegenüber der Fläche erlangt, die wir nicht weiter hinnehmen wollen. Die Gelder, die von meinen Kollegen im Haushaltsausschuss gestrichen worden sind, betreffen den Verein „Die Waage“ in Hannover. Wir wollen nicht einsehen, dass andere Stellen des Täter-Opfer-Ausgleichs durch die Kommunen gefördert werden, dass das in Hannover aber nicht der Fall ist. Wir wollen nicht einsehen, dass die Landeshauptstadt an einer weiteren Stelle Vorteile erlangt, die durch nichts mehr zu rechtfertigen sind.

Dies wollte ich noch einmal festgestellt haben, weil ich natürlich weiß, dass Sie jetzt im Land

herumerzählen, die CDU sei gegen Täter-Opfer-Ausgleich. Genau das Gegenteil ist der Fall!

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Gansäuer:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Bereich die Justiz sehe ich nicht. - Wir kommen dann zur

#### **Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Soziales und Frauen, Jugend und Sport)**

Zum Bereich Soziales hat sich zunächst Frau Kollegin Pawelski gemeldet. Bitte schön!

#### **Frau Pawelski (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, die neuen Minister sollten erst einmal ihre Ressorts klären. Ich hoffe, Frau Ministerin Trauernicht, dass Sie sich nicht von einem Minister vorschreiben lassen müssen, was Sie künftig in Ihrem neuen Amt zu tun haben. Ich hoffe, das wissen Sie alleine.

Meine Damen und Herren, wir alle, Politiker und Bürger, spüren zur Zeit, dass wir in der Sozialpolitik vor großen Herausforderungen stehen. Betrachten wir die Sozialpolitik hier in Niedersachsen, so stehen wir nicht nur an einem Wendepunkt, sondern an einem Abgrund. Dies, meine Damen und Herren, spüren auch die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialministerium, denen ich meinen Dank für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit ausspreche.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gute Arbeit geleistet, trotz des schlechten Betriebsklimas, das ja vor kurzem erst abgefragt wurde. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums haben unseren Dank umso mehr verdient, weil es dieser Landesregierung auf ihrem neuen Weg in die Mitte in den letzten zehn Jahren tatsächlich gelungen ist, die Sozialpolitik völlig zu verdrängen. Sie haben auf Ihrem Weg in die Mitte Ihr soziales Gewissen an der Garderobe abgegeben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik eine wichtige Säule unserer Gesellschaft ist. Die Bildungspolitik ist die zweite Säule. Gleichbedeutend daneben steht die Sozial- und Gesundheitspolitik als dritte Säule. Wenn das Fundament dieser Säulen wegbricht, muss es grundlegend erneuert werden. Sie von der SPD haben es hier in Niedersachsen zu verantworten, dass das soziale Fundament in eine bedrohliche Schiefelage gekommen ist. Statt grundlegend zu sanieren, schmieren Sie entstandene Risse nur zu. Das hat nichts mehr mit zielgerichteter, konstanter und nachhaltiger Sozialpolitik zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Flickschusterei, was Sie hier betreiben. Denn wo, meine Damen und Herren, findet hier in Niedersachsen noch Sozialpolitik statt?

(Groth [SPD]: Hier im Landtag!)

Wo steht sie im Vordergrund Ihres politischen Handelns? In der Regierungserklärung Ihres Ministerpräsidenten? - Kein Wort zur Sozialpolitik. In der Broschüre der Landesregierung „Niedersachsen - eine Erfolgsstory“? - Kein Wort zur Sozialpolitik. Brauchen Sie noch mehr Beweise?

(Groth [SPD]: Das sind doch keine Beweise!)

Wir stellen also fest: In Niedersachsen ist es seit 1990 sozialpolitisch kälter geworden.

Das spiegelt sich auch in der Führung des Sozialministeriums wieder. Zuerst Herr Hiller, dann Herr Weber, dann Frau Merk - ob das immer die erste Garnitur war, wage ich manchmal zu bezweifeln. Jetzt bevorzugen Sie den Import von Frau Ministerin Trauernicht, obwohl Sie gute Sozialpolitiker in Ihren Reihen haben; das sage ich auch ganz deutlich.

Also, meine Damen und Herren, nicht nur an den fehlenden sozialpolitischen Taten, sondern auch am dauernden Wechsel der Minister im Sozialministerium lässt sich die Missachtung niedersächsischer Sozialpolitik ablesen.

(Groth [SPD]: Das ist doch Blödsinn!)

Über die Wege einer wirklich guten Sozialpolitik können wir streiten, nicht aber über das Ziel z. B.

beim Kampf gegen Kinder- und Menschenhandel, bei Maßnahmen gegen die wachsende Gewalt von Männern gegenüber Frauen - ein Bereich, der nicht beim Justizminister, sondern bei der Sozialministerin angesiedelt ist -, bei einer für alle akzeptablen Gesundheits-, Renten- und Familienpolitik oder bei der wichtigen Integration und Hilfen für Menschen mit Behinderungen. Hier sollten wir in erster Linie das Ziel im Auge haben und an die Menschen denken.

Mit unseren Anträgen „Verbesserung der Heimaufsicht“, „Pauschalierung der Sozialhilfe“, „Betreuung von Pflegebedürftigen“, „Weiterführung der sozialen Schuldnerberatung“ oder „Krankenhäuser in Gefahr“ sowie mit Anträgen und Großen Anfragen über die Situation von Menschen mit einer Behinderung und über die Pflegesituation in Niedersachsen

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Sie haben den Untergang des Abendlandes vergessen!)

haben wir Sie auf die sozialen Missstände und Bedürfnisse der Schwachen in unserer Gesellschaft aufmerksam gemacht.

(Schwarz [SPD]: Wer? Sie uns?)

Denken Sie noch an die unglückliche Diskussion zu der Frage, ob aus Kostengründen Menschen mit Behinderungen in Pflegeheime abgeschoben werden sollen?

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Zehn andere Bundesländer machen das so!)

In einigen Punkten sind Sie uns ja gefolgt; das will ich anerkennen. Ich sagte ja schon: Sie haben durchaus gute Sozialpolitiker in Ihren Reihen. In anderen Bereichen werden wir weiterhin an Ihr - so weit es überhaupt noch vorhanden ist - soziales Gewissen appellieren.

Liebe Kollegen von der SPD, die aufgrund der demografischen Entwicklung immer notwendiger werdende Altenpflege nehmen Sie zu wenig zur Kenntnis. 13 von 67 Schulen mussten die Beschulung für das neue Ausbildungsjahr bereits vollständig aussetzen. Für die 1.154 Ausbildungsplätze wurden nur 636 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Weitere 264 junge Männer und Frauen erlernen im Rahmen einer Umschulung den Beruf des Altenpflegers bzw. der Altenpflegerin. Damit sind nur 78 % aller Schulplätze besetzt. Die Altenpfle-

geschulen lassen Sie damit ausbluten. Dabei kennen Sie die demografische Entwicklung doch.

(Zustimmung von Jansen [CDU])

Meine Damen und Herren, wir alle stehen in der Verantwortung, das Vertrauen, das uns die Menschen in Teilen noch entgegenbringen, nicht zu verspielen. Vertrauen gewinnt man aber nicht, wenn man, wie Sie, Jahr für Jahr eine unverständliche Hü-und-hott-Politik praktiziert. Erst kürzen Sie im Haushalt, z. B. bei der Schuldnerberatung - dadurch werden die Betroffenen massiv verunsichert -, dann nehmen Sie nach etlichen Diskussionen einen Teil der angedrohten Kürzungen zurück, und jetzt erwarten Sie noch Dankbarkeit von den Betroffenen. So geht das nicht! Das ist ein Spiel mit den Empfindungen der Menschen und eine Missachtung ihrer Würde.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir brauchen endlich eine Sozialpolitik mit verlässlichen Rahmendaten und Vertrauen schaffenden Maßnahmen.

(Zustimmung von Jansen [CDU])

Meine Damen und Herren, unser Ziel muss es sein, möglichst vielen Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern durch Beratung und Unterstützung Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

(Zustimmung bei der CDU)

Für viele Sozialhilfeempfänger ist der Bezug von Sozialhilfe nicht nur eine finanzielle Angelegenheit. Für viele ist es - das dürfen wir nicht vergessen - eine menschliche Tragödie. Das Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber das sollte nicht, wie geplant, nur in wenigen ausgesuchten Städten und Kreisen umgesetzt werden, sondern es sollte möglichst schnell flächendeckend umgesetzt werden.

(Zustimmung von Frau Jahns [CDU])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich etwas zu den Arbeitsplätzen für Behinderte sagen. Ihr Behindertenbeauftragter, Herr Finke, hat in seinem letzten Bericht darauf hingewiesen, dass das Land Niedersachsen die Beschäftigungsquote für Behinderte selbst nicht erfüllt. Das ist peinlich. Aber noch peinlicher ist es doch, dass Sie jetzt mit dem Finger auf andere zeigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Am 6. November hat Ihre Nicht-mehr-Staatssekretärin Witte in einer Presseerklärung versprochen, mindestens 4.500 Menschen mit Behinderungen sollten in Niedersachsen in den nächsten zwei Jahren einen neuen Arbeitsplatz finden, und von anderen gefordert, ihre Quote zu erfüllen. Das ist gut, aber wir erwarten, dass das Land seine Quote zuerst erfüllt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte einmal an Folgendes erinnern, meine Damen und Herren: Nicht einen Tag in der Geschichte der christdemokratischen Sozialpolitik unter Hermann Schnipkoweit hat das Sozialministerium, wie es bei Ihnen der Fall ist, seine Pflichtquote unterschritten. Nicht einen Tag! Die Quote wurde dort erfüllt.

(Zustimmung bei der CDU)

Frau Ministerin, ich bitte Sie ganz herzlich, den Behinderten nicht nur vollmundige Versprechungen zu machen. Sorgen Sie dafür, dass sie wirklich einen Arbeitsplatz bekommen! Machen Sie dort einen Neuanfang!

Es war schon schlimm genug, dass die SPD in der Vergangenheit mit falschen Wahlversprechungen auf Stimmenfang gegangen ist. Sollten Sie das jetzt auch bei den Behinderten fortsetzen, wäre das an Zynismus nicht zu überbieten.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, große Sorgen machen wir uns über die rasante Ausbreitung der Aids-Epidemie. Angesichts des explosionsartigen Anstiegs der Zahl der Neuinfizierten gerade in Osteuropa, also vor unserer Haustür, warne ich davor, beim Schutz vor Aids sorglos und nachlässig zu werden. Bei der Aufklärung und Prävention dürfen wir die Mark nicht zweimal umdrehen.

Frau Ministerin, ich würde mich freuen, wenn Sie uns auf diesem Weg begleiteten. Wir wollen zusammen aus dem Land Niedersachsen wieder ein soziales Land machen. Sie können einen Neuanfang machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Pothmer.

**Frau Pothmer (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen für das Sozialressort in Niedersachsen folgen einem immer wiederkehrenden Ritual. Das beginnt damit, dass die SPD-Landesregierung zunächst einmal unter Beweis stellt, dass sie sich in der Lage sieht, auch im Sozialressort eisern zu sparen, tiefe Einschnitte zu machen. Ich erinnere nur daran, dass sie den Ansatz für die Schuldnerberatung wieder einmal - so muss man sagen - auf null gesetzt hat, dass sie nicht davor zurückgeschreckt ist, die ohnehin geringen Haushaltsansätze im Selbsthilfegruppenbereich, bei den sozialen Brennpunkten weiter zu reduzieren. Die Kürzung bei den sozialen Brennpunkten finde ich übrigens deswegen so bemerkenswert, weil der Ministerpräsident in der Debatte, als es um den Kampf gegen Rechts ging, ausdrücklich gesagt hat, es sei dringend notwendig, sich um die zu kümmern, die an den sozialen Rand gedrängt worden seien. Insoweit, finde ich, ist das einfach nicht kompatibel mit dem, was uns der Ministerpräsident in diesem Bereich versprochen hat.

Kürzungen bei den Familienbildungsstätten, in der Aids-Hilfe - ich könnte diese Liste weiterführen, aber die Fraktion der Grünen hat ja immer so wenig Redezeit.

(Schwarz [SPD]: Manchmal ist das auch besser!)

Die SPD-Landtagsfraktion mit ihren guten Sozialpolitikern korrigiert diese Haushaltsansätze dann wieder etwas nach oben - etwas! - und lässt sich dann dafür feiern.

(Zustimmung von Jansen [CDU])

Das ist sozusagen das Ritual, das wir hier Jahr für Jahr erleben.

(Lindhorst [CDU]: Eine Springprozession ist das! Echternacher Springprozession!)

Ein Teil der Einsparungen wird zurückgenommen, und das wird dann als gute, eigenständige Sozialpolitik verkauft.

(Schwarz [SPD]: Das kann man auch „Parlamentarismus“ nennen!)

Meine Damen und Herren, ich will nicht, dass hier Missverständnisse entstehen. Ich bin Ihnen dank-

bar dafür, dass Sie das gemacht haben, dass Sie diese Frontalangriffe zurückzuweisen versucht haben.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Arbeitsteilung!)

Aber letztlich haben Sie nicht mehr gemacht, als einen Teil der Attacken der Landesregierung auf die sozialen Eckpfeiler der Versorgung in Niedersachsen abzuwehren. Gestaltungswillen in der Sozialpolitik in Zeiten von knappen Kassen, in Zeiten grundlegender Veränderungen haben Sie damit allerdings überhaupt noch nicht bewiesen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie beschränken sich darauf, den Status quo zu retten, und zwar - so muss man sagen - Jahr um Jahr auf immer niedrigerem Niveau, zumindest was die freiwilligen Leistungen angeht. Wenn man nicht wirklich Projekte hat, die man durchsetzen will, wenn man nicht wirklich weiß, wohin man in der Sozialpolitik will, dann wird man sich gegenüber dem Finanzminister auch nicht durchsetzen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Jansen [CDU])

Deswegen ist die Sozialpolitik in Niedersachsen so schwach.

(Zustimmung von Jansen [CDU])

Sie hat keinen eigenen Stellenwert mehr. Sie ist zum Bittsteller gegenüber dem Finanzressort verkommen, und das ist nicht gut für eine sozialdemokratische Politik.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Jansen [CDU]: Zum Leidwesen der Sozialpolitiker auch!)

- Zum Leidwesen der Sozialpolitiker? Dann müssen sie auch lauter aufschreien!

Frau Pawelski hat schon darauf hingewiesen, dass diese These in dem, was die Landesregierung in dem Bereich selbst herausgibt, sehr gut nachvollzogen werden kann. Ich will nicht noch einmal auf diese Zehn-Jahre-Erfolgsbilanz verweisen - darin wurde die Sozialpolitik ja überhaupt nicht erwähnt -, sondern ich will daran erinnern, dass der Herr Ministerpräsident Gabriel uns im Rahmen seiner Regierungserklärung zu diesem Bereich nichts versprochen hat, und das hat er gehalten.

(Zustimmung von Jansen [CDU])

Wenn man sich einmal anschaut, was unter der Überschrift „Ein Jahr Gabriel - eine Erfolgsbilanz“ zu lesen ist, dann stellt man fest: Auch da kein Wort zur Sozialpolitik.

(Klare [CDU]: Warum auch?)

Wer keine Versprechungen macht, der braucht sie auch nicht zu brechen.

(Zustimmung bei der CDU)

Nur: So haben wir uns das natürlich auch nicht vorgestellt.

(Eveslage [CDU]: Sozialdemokraten sind eben nicht immer sozial!)

Frau Ministerin Trauernicht, ich hoffe wirklich sehr, dass Sie in der Lage sein werden, diesen in Niedersachsen eingeschlagenen Kurs zu korrigieren. Wir hoffen und setzen da auf die Ihnen ja zugeschriebene Durchsetzungsfähigkeit. Unsere Unterstützung jedenfalls werden Sie dabei haben; denn wir alle wissen: So, wie es in den vergangenen Jahren war, kann es mit der Sozialpolitik nicht weitergehen, weil sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend verändert haben. Was wir brauchen, sind tatsächlich strukturelle Eingriffe in viele Bereiche.

Ich will einmal an ein paar Punkte erinnern, die wir in letzter Zeit diskutieren mussten und diskutiert haben. Ich nenne einmal den Bereich, in dem die Landesregierung wirklich aktiv geworden ist. Es gab den Versuch, die Eingliederungshilfe für Behinderte in die Pflege abzudrängen. Das war wirklich ein Frontalangriff auf die ganzheitliche Behindertenhilfe. Ich bin sehr froh darüber, dass es uns gemeinsam mit Betroffenenverbänden gelungen ist, das zurückzuweisen.

Andererseits haben wir hier in Niedersachsen mit der Einführung des „Quotalen Systems“ einen wirklich guten Schritt geschafft. Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Das war eine Initiative, die - ich sage es einmal so, um die Grünen an dieser Stelle nicht wieder ganz nach vorn zu setzen - aus dem Parlament kam. Wir mussten die Landesregierung da zum Jagen tragen. Das war dringend notwendig, und zwar deswegen, weil Sie Jahr für Jahr die Mittel für betreutes Wohnen gekürzt und damit Kostensteigerungen in dreistelliger Millionenhöhe im stationären Bereich provoziert haben. Sie haben damit natürlich auch das Selbstbestimmungsrecht

für Menschen mit Behinderungen insoweit eingeschränkt, als dass sie nicht mehr in der Situation waren, frei zu wählen, ob sie stationär oder ambulant wohnen und leben wollen. Das möchte ich an dieser Stelle nicht verschweigen.

Ich möchte daran erinnern, dass wir im Bereich der Behindertenpolitik noch eine ganze Reihe anderer Dinge zu tun haben. Der Ministerpräsident sagte ja: Das geht so nicht. Das Land darf nicht die Quote für Arbeitsplätze für Behinderte unterschreiten. - Wir werden ihn beim Wort nehmen. Wir versprechen, dass wir das nach gegebener Zeit abfragen werden.

Wir brauchen in Niedersachsen dringend ein Gleichberechtigungsgesetz für Behinderte. Ich finde es schade, dass die Initiative, die ja von dem Behindertenbeauftragten aufgegriffen worden ist, von der Landesregierung nicht weiter verfolgt worden ist. Ich glaube aber, dass das im Bereich der Sozialpolitik für die Landesregierung ein Stück weit symptomatisch ist. Die sagen immer: Wir gucken einmal, was die Berliner machen. - Eigeninitiativen hat es leider nicht viele gegeben.

Lassen Sie mich abschließend zu dem aus meiner Sicht wichtigsten Teil der Umstrukturierung in der Sozialpolitik kommen. Wir brauchen dringend eine stärkere Unterstützung und Förderung für die Selbsthilfe, für die Gemeinwesenarbeit und für freiwilliges Engagement. Ich frage Sie: Welchen Sinn machen Untersuchungen, bei denen herauskommt, dass mehr als 70 % der Menschen in Niedersachsen bereit wären, sich freiwillig zu engagieren, wenn gleichzeitig die Mittel, die man zur Unterstützung einer solchen Infrastruktur natürlich bräuhete, weiter gekürzt werden? - Ich sage Ihnen: Wir brauchen das aus vielfältigen Gründen. Zum Beispiel stellen wir jeden Tag fest, dass wir gezwungen sind, professionelle Leistungen einzuschränken, die somit den Menschen, die Hilfe brauchen, nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Meiner Ansicht nach dürfen wir die jungen Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren, nicht länger zurückweisen. Ich empfinde es - gelinde gesagt - als einen Skandal, dass das in den Bereichen Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr weiterhin geschieht. Wir haben einen Haushaltsantrag eingebracht, um genau in diesem Bereich die Mittel zu erhöhen. Leider hat die SPD-Landtagsfraktion diesen Antrag im Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen abge-

lehnt. Sie haben ja in der Schlussabstimmung am Freitag Gelegenheit, dieses zu korrigieren.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr nur ein Teil sind. Insgesamt geht es darum, in der Gesellschaft einen Demokratisierungsprozess weiter voranzutreiben, die Beteiligung der Menschen sicherzustellen und zu ermöglichen und nicht zurückzuweisen. Ich will in Erinnerung rufen, dass eine gute Durchmischung von professioneller Arbeit und freiwilliger Arbeit die Qualität der Arbeit gerade im sozialen Feld verbessert. Ich hoffe deswegen sehr, dass Sie sich hier eines Besseren besinnen und am Freitag Ihre Vorüberlegungen korrigieren. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank. - Herr Kollege Mühe hat jetzt das Wort.

**Mühe (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf den Vortrag von Frau Pawelski eingehen.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Lohnt nicht!)

- Bitte?

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Lohnt nicht! - Gegenruf von der CDU: Was soll denn das?)

- Doch, das lohnt sich schon. Wenn Frau Pawelski uns Eiseskälte vorwirft, dann muss ich ihr zunächst einmal entgegenen: Frau Pawelski, als der vielgepriesene Herr Minister Schnipkoweit 1990 abgelöst wurde, hat er uns eine richtig mächtige Erblast hinterlassen.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Oh ja! - Frau Pawelski [CDU]: 2,3 Milliarden DM Investitionsstopp haben wir jetzt!)

Im gesamten Krankenhausbereich ist er quer durch das Land gezogen, hat erste, zweite, dritte und vierte Bauabschnitte versprochen, und im Haushaltsplan und in der Mipla war nichts abgebildet, null DM.

(Beifall bei der SPD)

Das war eine eiskalte Erblast, die er uns hinterlassen hat, und nichts anderes.

Das Gleiche gilt für den Wohnungsbau. Ich habe es vorhin schon einmal vorgetragen. Man wusste, dass hunderttausende von Wohnungen gebaut werden müssen. Im Haushaltsplan und in der Mipla aus dem Jahre 1990 und in den Folgejahren stand jedoch nichts.

Meine Damen und Herren, der Sozialhaushalt steigt um 3,3 % auf 5,3 Milliarden DM, und der Kultushaushalt, zu dem ja auch der Jugendbereich gehört, zu dem ich hier spreche, steigt sogar um 3,6 %. Ich möchte anmerken, dass der Gesamthaushalt nur um 2,6 % steigt.

Meine Damen und Herren, ich finde, dies macht deutlich - - -

**Vizepräsident Gansäuer:**

Herr Kollege Mühe, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lindhorst?

**Mühe (SPD):**

Herr Präsident, das würde ich sehr gerne tun. Aber wir alle haben die Zeit überzogen. Deswegen möchte ich mich auf meine vorbereitete Rede konzentrieren.

**Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank!

(Zurufe von der CDU)

**Mühe (SPD):**

- Ich muss ja auch noch für meine Kollegen Viereck und Schwarz Zeit übrig lassen, die sich ebenfalls zur Sache äußern wollen.

Meine Damen und Herren, Sozialpolitik und Bildungspolitik haben höchste Priorität. Dazu gehören auch die Jugend- und die Sportpolitik. Es macht mir außerordentlich viel Freude, heute dazu etwas sagen zu dürfen, weil dies in der Tat Bereiche sind, die zu den wichtigsten unserer Politikfelder gehören und weil es hier eine Menge sehr sinnvoller und vernünftiger Aktivitäten und Erfolge vorzutragen gilt.



(Jansen [CDU]: Die habe ich nicht gelesen!)

Im Bereich des Sozialwesens möchte ich zur Arbeitsmarktpolitik kommen. Hier gehe ich noch einmal auf das Jahr 1990 zurück. Ganze 71 Millionen DM hatte damals Herr Schnipkoweit dafür in seinem Haushalt veranschlagt. 1998, meine Damen und Herren, waren es 226 Millionen DM, also mehr als dreimal so viel, und heute sind es 175 Millionen DM, immerhin zweieinhalbmal mehr, als Sie damals vorgesehen haben.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Erfolge sind ja auch deutlich sichtbar: weniger Arbeitslose, weniger Langzeitarbeitslose, weniger arbeitslose Jugendliche, mehr Ausbildungsplätze. Das sind die Daten und Fakten, die heute auf dem Tisch liegen. Ich meine, das ist eine Form von Sozialpolitik, auf die wir stolz sein können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit der Einführung des „Quotalen Systems“ bei der Sozialhilfe eine Reform auf den Weg gebracht,

(Jansen [CDU]: Die Grünen haben das eingebracht!)

die ebenfalls die notwendigen wichtigen Erfolge bringt: weniger Verwaltung, mehr Innovation, mehr Eingliederung, schnellere Verfahren.

Meine Damen und Herren, auch mit der Erhöhung des Altenplafonds um 52,9 Millionen DM

(Frau Pawelski [CDU]: 200 Millionen DM wären notwendig gewesen!)

ist ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden, weil es zu einer gerechten Verteilung der Sozialhilfe führt und weil es eine gerechte Behandlung der Kommunen bedeutet.

(Jansen [CDU]: Nichts dagegen!)

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss meiner Ausführungen zu diesem Bereich noch einige Dinge gebündelt ansprechen. Ich möchte deutlich machen: Mit uns Sozialdemokraten ist die Schließung der vier Landesbildungszentren für Hörgeschädigte nicht machbar. Die vier Landesbildungszentren bleiben auf Dauer erhalten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU  
- Zuruf von den GRÜNEN)

- Der Vorschlag zur Schließung ist ja vom Landesrechnungshof gekommen.

Wir werden die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Schwerbehinderten zum Mittelpunkt unserer Politik für die Zukunft machen. Die Einrichtungen der Behindertenhilfe, welche auch immer, können damit rechnen, dass sie mit Sicherheit auch in Zukunft ihre Zuwendungen auf hohem Niveau erhalten werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich sehr herzlich bei Frau Ministerin Merk und bei ihren Vorgängern für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit bedanken. Ich möchte aber insbesondere einen herzlichen Dank an die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Frauen und Männer aussprechen, die im sozialen Bereich in Niedersachsen in den vergangenen Jahren tätig gewesen sind und sie bitten, in gleicher Form und mit gleichem Engagement so weiterzuarbeiten. Ich wünsche Frau Dr. Trauernicht eine glückliche Hand und eine erfolgreiche Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Bereich der Jugendpolitik wechselt vom Kultusministerium in das Sozialministerium. Hier gibt es schwerpunktmäßig folgende Bereiche: die Jugendarbeit, die Jugendwerkstätten, die ambulanten Maßnahmen für straffällig gewordene Jugendliche und die Aktion „Niedersachsen - Land für Kinder“ sowie die Integration und Prävention – ein Bereich, der mit 10 Millionen DM ausgestattet ist - und Schule und Jugendhilfe. Ich finde, alle Teile der Jugendpolitik sind erfolgreich. Es ist in den vergangenen Jahren gelungen, zum Wohle der Kinder und Jugendlichen unseres Landes, aber auch insbesondere, um den Jugendverbänden und den anderen Initiativen zu helfen, einiges auf den Weg zu bringen.

Ich glaube, dass es für die Zukunft notwendig sein wird, die verschiedenen Felder der Jugendhilfe besser zu vernetzen. Wir müssen eine Brücke von der Schule zur Jugendhilfe schlagen, und die Voraussetzungen dafür sind mit diesem Haushalt gegeben. Kooperationen, konstruktive Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendschutz, Wohlfahrtsverbänden und der öffentlichen Jugendhilfe sind gefordert. Ich meine, wenn man die Vernetzung an den richtigen

Stellen durchführt, wird dies zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen und insbesondere zur Stärkung der Familien beitragen.

Meine Damen und Herren, ohne Zweifel ist die Sportförderung in Niedersachsen in den vergangenen Jahren zu einem Glanzstück entwickelt worden. Wir haben im Haushaltsplan 2001 mit 70,1 Millionen DM 16,3 Millionen DM mehr veranschlagt als im Haushaltsplan 1999.

(Pörtner [CDU]: Hier haben wir an einem Strang gezogen, Kollege Mühe!)

Damals waren es 53,8 Millionen DM. Das sind immerhin 31 % mehr. Der Kern der Förderung neben der Regelförderung in Höhe von fast 50 Millionen DM für den Landessportbund ist mit 133 Millionen DM insgesamt über alles die Sportstättenförderung. Ich meine, das ist der richtige Weg, zu sagen: Wir unterstützen die Kommunen und die Vereine bei der Sanierung und Modernisierung ihrer Sportstätten.

Das Programm „Schule und Sportverein“ mit mehr als 1.500 Initiativen wird fortgesetzt. Die Sportjugend wird gefördert, und genauso der Bereich „Bewegte Schule“.

Meine Damen und Herren, das Land hat im Rahmen der Sportförderung die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen. Ausführen müssen das die Sportvereine, die Übungsleiter, die Trainer, die Männer und Frauen, die Jugendlichen, Erwachsenen und die Älteren in den Vereinen. Ich meine, sie haben das vorbildlich und hervorragend gemacht.

(Pörtner [CDU]: Ehrenamt, 630 DM!)

Deswegen ist es richtig, dass der Landessportbund von uns die entsprechenden Mittel bekommt, um dann in seinen Vereinen entsprechende Bedingungen für Übungsleiterpauschalen, für Sportstättenförderung und anderes zu schaffen.

Dass der Sport das auch so sieht, konnten wir am 18. November beim Landessporttag in Melle erleben. Herr Ministerpräsident Gabriel hat dort die Sportpolitik des Landes vorgestellt und hat sehr, sehr - - -

(Zurufe von der CDU)

- Sie waren ja nicht da; Herr Pörtner war da und hat miterlebt, wie der Ministerpräsident dort unter rauschendem Beifall erklären konnte,

(Lachen bei der CDU - Pörtner [CDU]: Dann müssen Sie aber auch sagen, dass ich für meinen Beitrag auch Beifall bekommen habe! 630-DM-Gesetz!)

- genauso war es - dass für die Sportförderung dann, wenn die Steuerquellen nicht wesentlich mehr sprudeln, erst einmal das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Mehr wird nicht möglich sein. Er hat deutlich gemacht: Wenn wir mehr Schulden machen, z. B. zugunsten des Sportes, versündigen wir uns an unseren Kindern und den weiteren Generationen. Dafür hat er sehr viel Beifall bekommen, weil augenscheinlich die Sportler genau begriffen haben, dass weiteres Schuldenmachen auf Dauer nicht möglich ist.

(Beifall bei der SPD - Pörtner [CDU]: Aber mit dem Verwaltungsaufwand muss es bergab gehen!)

Meine Damen und Herren, ich habe die drei Politikbereiche genannt. Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion handeln nach dem Motto „Gestalten statt Verwalten“. Kreativität und neue Ideen sind die Kernworte, mit denen wir ans Werk gehen. Neue Akzente setzen, modernisieren, reformieren, aber auch das Traditionelle, Bewährte erhalten - das ist die Politik für die neue Zeit. Kreativität, Stabilität, Planungsperspektive, neue Chancen - das ist die Zukunft für die Jugend und für den Sport in unserem Land.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Ich habe mir noch einmal den Antrag der CDU-Fraktion angesehen. Nichts bei der Sportförderung zusätzlich! Nichts bei der Jugendförderung zusätzlich! Nichts beim Wohnungsbau zusätzlich! Nichts bei Soziales zusätzlich! Meine Damen und Herren, sich hier hinstellen, dicke Backen machen und nicht pfeifen, das ist unredlich und eine Verhöhnung des Parlamentes, der Vereine, Verbände und Wohlfahrtsverbände! – Danke schön.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Herr Kollege Schwarz, Sie haben das Wort.

**Schwarz (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Wulff hat mich gestern zitiert und hat darauf hingewiesen, dass ich mich darüber beschwert habe, dass in der Zehnjahresbilanz der Landesregierung nichts zur Sozialpolitik gestanden hätte. Darin hätte auch nichts stehen können, hat er gesagt, weil nichts passiert sei. Er hat Recht, ich habe mich darüber beschwert, weil ich es als ein ärgerliches Versäumnis angesehen habe, dass nichts darin gestanden hat.

(Beifall bei der CDU)

In Wirklichkeit ist diese Leistungsbilanz nämlich zweitens sehr eindrucksvoll.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Lindhorst [CDU]: Die Druckerei hat es vergessen!)

- Nun warten Sie doch ab. Ich lese Ihnen etwas vor, und dann rufen Sie dazwischen!

Wir haben jährlich 1 Milliarde DM für Investitionen in der Behindertenhilfe, jährlich eine halbe Milliarde DM zur Verbesserung der Krankenhausstruktur. Soziale Schuldnerberatung, Aids-Hilfe, Förderung von Selbsthilfegruppen, flächendeckende Drogenpolitik, umfassende Arbeitsmarktprogramme mit dem Ziel der Integration in den ersten Arbeitsmarkt - im Schnitt 190 Millionen DM pro Jahr. Die Sozialen Betriebe sind ein in Niedersachsen entwickeltes erfolgreiches und zwischenzeitlich von vielen anderen Ländern übernommenes Modell. Reform der Landessozialverwaltung, Zusammenführung von Sozialversicherungsträgern, Niedersächsisches Rettungsdienstgesetz, Niedersächsisches Pflegegesetz, Niedersächsisches Altenpflege-Berufegesetz. Frau Kollegin, Sie haben das vorhin mit einem Satz gesagt: Dass aufgrund der Umlage, die nur noch für ein Jahr funktioniert hat, in diesem Jahr die Zahl der Ausbildungsplätze zurückgeht, haben wir alle gewusst, das haben wir alle gewollt, das haben wir im vergangenen Jahr hier einstimmig beschlossen. Ich sage das nur, um Ihrer Erinnerung noch einmal nachzuhelfen.

Krebsregistergesetz, PsychKG - ich könnte das noch ganz erheblich weiterführen. Dies alles sind Leistungen der vergangenen zehn Jahre, die verbunden sind mit den Namen Walter Hiller, Wolf Weber und Heidi Merk. Das lassen wir uns von Ihnen nicht kaputtreden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir haben einen Haushaltsplan für 2001, der es ermöglicht, die Inhalte, die ich eben skizziert habe, im nächsten Jahr nahtlos fortzusetzen.

**Vizepräsident Gansäuer:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lindhorst?

**Schwarz (SPD):**

Ja doch, gern!

**Lindhorst (CDU):**

Ist Ihnen bekannt, dass die Zahlen, die Sie gerade erwähnt haben, 1 Milliarde DM zur Krankenhausstruktur und 1 Milliarde DM für die Behindertenhilfe, genauso im Haushaltsplan 1986 von Herrn Schnipkoweit enthalten waren?

**Schwarz (SPD):**

Herr Lindhorst, Sie müssen besser zuhören. Ich habe nur von einer halben Milliarde für die Krankenhausstruktur gesprochen.

(Lindhorst [CDU]: Nein, eine Milliarde!)

- Nein, eine halbe; ich habe es hier stehen. Ich weiß, es ist immer peinlich, wenn Sie zwischenfragen. Deshalb habe ich das auch zugelassen, Herr Kollege.

(Lindhorst [CDU]: Rückschritt!)

Es gibt in diesem Haushalt keine lineare 20-prozentige Kürzung im Sozialetat. Wir haben Ansätze aus Sicht der Sozialpolitik korrigiert. Wir haben Mehrausgaben durch Minderausgaben an anderer Stelle in sozialpolitisch nicht so relevanten Bereichen decken können. Übrigens, Frau Pothmer, zum Leidwesen des Finanzministers. Er sagt immer, wir seien seine teuersten und liebsten Kollegen. Ich hoffe, das bleibt auch so.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen. Hilfe zur Selbsthilfe: Die Kontakt- und Informationsstellen behalten nach wie vor 1,572 Millionen DM. Soziale Brennpunkte: 566.000 DM. Gesundheitsfördernde Projekte: 548.000 DM. Ge-

sundheitliche Aufklärung 650.000 DM - übrigens im wesentlichen mit dem Ziel, die dort ursprünglich vorgesehenen Kürzungen bei der Landesvereinigung wieder rückgängig zu machen. Arbeitsloseninitiativen: 1,65 Millionen DM. In all diesen Bereichen hat die Fraktion die 20-prozentige Kürzung korrigiert, weil wir der festen Überzeugung sind, dass man dann, wenn man vom aktivierenden Staat redet und Selbsthilfe fördern will, was übrigens gut investiertes Geld ist, auch die entsprechenden finanziellen Mittel der Vorjahre zur Verfügung stellen muss.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Das meint die Landesregierung offensichtlich nicht!)

- Wissen Sie, wir haben offenbar eine unterschiedliche Wahrnehmung. Zur Zeit findet die parlamentarische Beratung statt. Die Landesregierung hatte ihren Entwurf eingebracht. Ich finde es jedes Jahr wieder erstaunlich: Man muss doch mal akzeptieren, dass die Regierung ihren Entwurf einbringen und ein Parlament das Selbstverständnis hat, diesen Entwurf zu korrigieren. Wir haben das, Sie offensichtlich nicht. Entsprechend haben wir das korrigiert.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit Karl Finke einen weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten Behindertenbeauftragten, ein Markenzeichen, welcher für eine faire Chancengleichheit und Interessenvertretung der behinderten Menschen steht. Auch deshalb haben wir dafür gesorgt, dass sein Haushaltsansatz beibehalten bleibt.

Meine Damen und Herren, bei der Suchtbekämpfung war ursprünglich vorgesehen, insgesamt 4 Millionen DM zu kürzen, diese Summe aber durch Lottomittel zu kompensieren. Das hätte den großen Nachteil gehabt, dass dann kaum noch Lottomittel frei verfügbar gewesen wären und somit das eigentliche Ziel, Lottomittel schnell und unbürokratisch für soziale und gesundheitliche Projekte einsetzen zu können, nicht mehr erreichbar gewesen wäre. Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion den Ansatz für die Suchtbekämpfung erneut um 2 Millionen DM aufgestockt, damit die erfolgreiche und bundesweit gute Suchtpolitik in Niedersachsen flächendeckend fortgesetzt werden kann.

Wir haben im Übrigen auch den Aids-Ansatz wieder auf die alte Höhe gebracht, weil wir es für

ein falsches Signal angesehen hätten, die zunehmende Verharmlosung der Aids-Debatte durch eine Kürzung in diesem Bereich noch voranzutreiben. Nach wie vor bleibt die Bekämpfung von Aids eine wichtige öffentliche Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist streitig zwischen uns, ob Schuldnerberatung eine Landesaufgabe ist oder nicht. Darüber kann man wirklich streiten. Allerdings greift soziale Schuldnerberatung im Rahmen des Insolvenzrechts gerade bei den Ärmsten der Armen nicht. Deshalb wollen wir die soziale Schuldnerberatung so lange durch Landesmittel stützen, bis ein überarbeitetes Insolvenzrechts allen überschuldeten Haushalten angemessene Hilfe bieten kann. Deshalb stehen die 700.000 DM wieder im Haushalt. Deshalb gibt es nach wie vor die 1 Million DM vom Sparkassenverbund. Und deshalb ist darüber hinaus die Beratungshilfe im Insolvenzrecht um 1,5 Millionen DM auf 3 Millionen DM verdoppelt worden.

Wir halten es aufgrund der Debatten in den vergangenen Jahren für richtig, dass nunmehr die Zuständigkeiten in einem Haus, nämlich im MFAS, zusammengeführt worden sind.

Politisches Ziel muss es nach wie vor bleiben, private Kreditinstitute, Kaufhäuser, Mobilfunkbetreiber und ähnliche dort in die Entschuldung mit einzubeziehen, wo sie selbst durch ihr Verhalten Menschen in Not gebracht haben.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir haben in der Flüchtlingssozialarbeit in Niedersachsen ein beispielhaftes Beratungsnetz. Diese Mittel in unserem Haushalt werden zusammengeführt mit Mitteln aus dem Kultusministerium und dem Innenministerium, sodass dann insgesamt 10 Millionen DM zur Verfügung stehen. Wir sind der Auffassung, dass damit ein richtungweisender Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten und somit auch ein hoffentlich wirkungsvoller Beitrag zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit auch zukünftig geleistet werden kann.

Meine Damen und Herren, zum Krankenhausbau stelle ich noch einmal fest: Auch im Jahre 2001 stehen 450 Millionen DM, davon allein 230 Millionen DM für das Krankenhausbauprogramm zur Verfügung. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Krankenhauslandschaft mit der

Einführung eines neuen Entgeltsystems ab 2003 rasant verändern wird. Die SPD-Fraktion erinnert deshalb an den Beschluss des Landtages, seitens der Landesregierung schnell die Strukturgespräche wieder aufzunehmen. Krankenhausbedarfe müssen im Flächenland Niedersachsen eine flächendeckende Versorgung sichern und Überkapazitäten insbesondere in Ballungsräumen - und hier wiederum besonders in Hannover - beseitigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich bedauere, dass die CDU, die unter ihrem Gesundheitsminister Seehofer noch eine monistische Krankenhausfinanzierung gefordert hatte, dies nun aus der Opposition heraus ablehnt. Ich bin mir sicher: An der Monistik wird kein Weg vorbeigehen.

Ich erwarte übrigens für das Krankenhausinvestitionsprogramm 2001 eine möglichst zeitnahe Verabschiedung und auch einen möglichst zeitnahen Beratungsgang im Landtag und im Fachausschuss.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun noch eines zu den Vorschlägen der CDU-Fraktion sagen. Es ist schon interessant, Frau Pawelski, was Sie vorgetragen haben. Noch interessanter wäre es gewesen, wenn einiges davon in Ihren Änderungsvorschlägen enthalten gewesen wäre. Wenn man selber keine Alternativen anbietet, sollte man wenigstens die anderen in Ruhe arbeiten lassen.

(Beifall bei der SPD)

Bei dem, was Sie zum Sozialetat vorgelegt haben - es stimmt ja nicht, dass Sie nichts vorgelegt hätten-, handelt es sich um 17 Änderungsanträge. Diese 17 Änderungsanträge befassen sich ausschließlich mit Kürzungen im Sozialetat - ausschließlich! - mit einem Kürzungsvolumen von insgesamt 12,7 Millionen DM. Das ist die sozialpolitische Kompetenz von Herrn Wulff. Das lässt auch erahnen, was die Menschen in Niedersachsen unter Herrn Wulff in der Sozialpolitik zu erwarten hätten.

(Rolfes [CDU]: Da stellt ihr die Dinge auf den Kopf!)

- Sie wollen um 12,7 Millionen DM kürzen!

(Widerspruch bei der CDU)

- Herr Kollege, falls Sie die entsprechende Seite aus Ihrem Änderungsantrag nicht haben, stelle ich Ihnen gern eine Fotokopie zur Verfügung. Wir

haben bei diesen Ansätzen, so finde ich, eine besonders prekäre Situation. Allein im Maßregelvollzug wollen Sie um 10 Millionen DM kürzen. Meine Damen und Herren, bei jeder Entweichung fordern Sie öffentlichkeitswirksam den Kopf der jeweiligen Ministerin bzw. des jeweiligen Ministers. Sie wissen aus den Ausschussberatungen, dass in Niedersachsen mit Nachdruck an 254 zusätzlichen Maßregelvollzugsplätzen gearbeitet werden muss, die dezentral untergebracht werden müssen. Das erfordert zusätzliches Personal.

Die von Ihnen vorgesehene Begrenzung auf die Ist-Ausgaben des Jahres 2000

(Möllring [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

berücksichtigt noch nicht einmal die normalen Budgeterhöhungen, die für das Jahr 2001 vorgesehen sind. Was Sie im Bereich des Maßregelvollzuges machen, geht entweder nach der Methode „hoffentlich merkt es keiner“, oder das ist einer der berühmten Black-outs bei der CDU, die seit Kohl offensichtlich zum Handwerkszeug der CDU gehören. Eines von beiden kann es nur sein.

(Beifall bei der SPD - Frau Hansen [CDU]: Das ist nur Polemik!)

Im November haben wir den niedrigsten Stand an Arbeitslosen seit 1994 gehabt. Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden. Das ist ein toller Erfolg der Bundesregierung und auch der Landesregierung.

(Widerspruch bei der CDU)

Trotzdem muss die Reduzierung der Arbeitslosigkeit das vorrangige Ziel bleiben. Folgerichtig stehen im Haushaltsplan für 2001 nochmals fast 20 Millionen DM mehr im Verhältnis zum Haushalt 2000, insgesamt 173 Millionen DM.

Besonders erfreulich ist, dass die Problemgruppen des Arbeitsmarktes und Jugendliche überproportional von der Erholung am Arbeitsmarkt profitieren konnten. So ist binnen Jahresfrist die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 9,8 %, die Zahl der älteren Arbeitslosen über 55 Jahre um 14,7 % und die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen um 7,5 % gesunken.

(Zuruf von Lindhorst [CDU])

- Diese Zahlen fordern Sie doch immer an! Lesen Sie doch endlich einmal das, was Sie immer haben

wollen! - Mit dem Haushaltsplan 2001 können erneut 46.000 Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zurückgeführt werden. In der Ausgabe des „Handelsblatts“ vom 5. Dezember ist über die arbeitsmarktpolitischen Instrumente des stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden, zuständig für Sozialpolitik, Herrn Wulff, zu lesen:

„Die Einstellungschancen von Langzeitarbeitslosen könnten verbessert werden, wenn man ihnen das Recht gäbe, schon bei der Einstellung im Arbeitsvertrag auf Kündigungsschutzklagen zu verzichten und im Gegenzug eine Abfindungsregelung zu vereinbaren.“

16 Jahre Kohl-Regierung haben im Bereich Deregulierung, Kündigungsschutz und Aushöhlung von Mitbestimmungsrechten 5 Millionen Arbeitslose produziert.

(Zurufe von der CDU)

Vor diesem Hintergrund erdreisten Sie sich, mit den gleichen Inhalten erneut Politik machen zu wollen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Auch die CDU wird noch begreifen, dass Beschäftigte kein Freiwild von Wirtschaftsmanagern sind, sondern die Leistungsträger in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt noch einen zweiten Punkt, der mich sehr erstaunt hat. Auch dies stammt von Herrn Wulff. In der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ stand:

„Er bedauert, dass die Politik der Bundesregierung nicht zu neuen Jobs führt. Wulff ist gegen den geplanten Rechtsanspruch aller Arbeitsplatzinhaber auf Teilzeitarbeit und die Beschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse.“

Jahrelang erklären Sie uns hier etwas von einem Jobwunder in England, in Dänemark und in Holland.

(Zuruf von Rolfes [CDU])

Jahrelang erzählen Sie uns, dass die dortige Arbeitsmarktpolitik mit Teilzeitarbeit nicht nur familienfreundlich sei, sondern auch Arbeitsplätze schafft. Nun machen wir das hier in Niedersachsen, und dann ist das auch wieder falsch.

(Zuruf von Lindhorst [CDU])

Meine Damen und Herren, der arme Helmut Kohl ist um seine Enkelgeneration in Ihrer Partei nun wahrlich nicht zu beneiden!

(Beifall bei der SPD - Heineking [CDU]: Nun kommen Sie doch endlich einmal zur Landespolitik!)

- Darüber habe ich die ganze Zeit geredet. Wahrscheinlich waren Sie noch draußen!

(Heineking [CDU]: Das ist Vergangenheitspolitik!)

Dass Helmut Kohl vor lauter Frust straffällig geworden ist, kann ich verstehen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn auch für die CDU-Sozialpolitik der Satz gilt, der im gesamten Haushaltsbereich für die CDU gilt, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wer die SPD-Fraktion in der Sozialpolitik matt setzen will, darf sich nicht selbst pausenlos in Schach zu stellen.

(Zurufe von der CDU)

Gehen Sie davon aus, dass wir in Fragen sozialer Gerechtigkeit in diesem Lande dafür sorgen werden, dass es keine soziale Schieflage gibt. Ihre Nachhilfe in Sozialpolitik brauchen wir nicht. Das haben Sie auch heute wieder bewiesen.

(Beifall bei der SPD - Klare [CDU]: Darf ich fragen, wer die Kreide bezahlt hat, die Sie gefressen haben?)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Das Wort hat die Frau Kollegin Schliepack.

**Frau Schliepack (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte der neuen Frauenministerin gratulieren und ihr für ihre neue Aufgabe viel Erfolg wünschen. Ich glaube, dass viele Frauen in Niedersachsen von Ihnen erwarten, dass nun endlich im gesellschaftlichen Leben und im Erwerbsleben auf Gleichstellung hingewirkt wird und dass

wir nicht noch einmal ein Jahrtausend warten müssen. Das ist jetzt das Gebot der Stunde.

Als Frau Merk, die sich heute leider nicht an der Debatte beteiligt, obwohl sie versprochen hatte, sich weiterhin dafür zu interessieren,

(Zuruf von Groth [SPD])

- Frau Merk ist die Fachministerin gewesen, Herr Ausschussvorsitzender - am 5. Oktober im Ausschuss für Gleichberechtigung und Frauenfragen ihren Haushalt eingebracht hatte, wusste niemand von uns, dass sie zwei Monate später von ihrem eigenen Ministerpräsidenten kalt geschasst würde. Ich finde, sie hat es verdient, dass wir uns heute dafür bedanken, dass sie sich in Bezug auf diesen Haushalt maßgeblich dafür eingesetzt hat, dass die Ansätze frauenpolitischer Haushaltstitel gleich geblieben sind und nur an wenigen Stellen Kürzungen hingenommen werden müssen. Ich jedenfalls finde, dass wir ihr und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dem Hause danken sollten. Schade, dass sie nicht dabei ist.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Wir werden es ihr ausrichten!)

Vielleicht sind die Schwerpunkte der Frauen- und Familienpolitik auch deshalb im Wesentlichen so wie in den Vorjahren geblieben. Neue Akzente gibt es in diesem Haushalt leider nicht. Familienpolitik wird in Niedersachsen seit Jahren nur mit spitzen Fingern betrieben.

(Frau Bührmann [SPD]: Das ist doch falsch, Frau Schliepack, das wissen Sie!)

Nur mit Mühe unterstützt das Land die Familienbildungsstätten und die Familienverbände. Wir kennen doch das alte Spiel: Die Landesregierung kürzt, und die Fraktion stellt den alten Ansatz wieder her und lässt sich dafür feiern. Frau Pothmer hat das eben auch schon gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke auch an die Förderung des Landesfrauenrates. Hier wäre eigentlich einmal eine Erhöhung der Landeszuschüsse fällig. Es ist mir ein Rätsel, wie der Landesfrauenrat das Kunststück fertig bringt, seit Jahren mit gleich bleibenden Landeszuschüssen seine Aufgaben zu erfüllen, obwohl er mittlerweile 53 Frauenverbände vertritt. Das ist nur engagierten und starken Frauen zuzutrauen. Die können das.

(Zustimmung von Frau Pawelski [CDU])

Das darf aber meines Erachtens nicht dazu führen, dass ihre Landesmittel überhaupt nicht mehr erhöht werden.

Gewalt gegen Frauen und Männer – das heißt Frauenhäuser, Mädchenhäuser, Gewaltberatungsstellen, Notrufeinrichtungen, Beratungsstellen gegen den sexuellen Missbrauch an Frauen und Mädchen. Das ist im Prinzip der alte Ansatz.

Ich möchte mich aber ganz herzlich bei einer besonderen Stelle bedanken, die in diesem Jahr während der EXPO eine exzellente Arbeit geleistet hat, nämlich der Beratungsstelle KOBRA, die in Zusammenarbeit mit Justiz, Polizei und Ausländerbehörden Prostituierte beraten hat und sie ermuntert hat, aus diesem bösen Geschäft auszusteigen. Ich meine, dass wir diese Frauen weiterhin unterstützen sollten.

Die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden im Haushaltsjahr 2001 wohl wegen der neuen Richtlinien in Schwierigkeiten kommen, denn die 80 DM pro Beratungsfall reichen hinten und vorne nicht aus, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Ehe- und Familienberatungsstellen von diesen Zuschüssen ausgegrenzt werden.

(Frau Bührmann [SPD]: Es gibt aber einen anderen Fördertopf!)

Eine Beratung nach § 218 für in Not geratene Frauen kann es nicht geben, wenn man nicht gleichzeitig Familien- und Beziehungsprobleme mit lösen kann. Daraus zieht sich das Land aber leider zurück.

In Bezug auf die Aufzählung der frauenpolitischen Schwerpunkte gibt es eigentlich nichts Neues zu berichten. Vielleicht ist die Landesregierung damit zufrieden. Wir geben uns damit nicht zufrieden. Ich finde, dass das Thema der Zukunft die Gewaltprävention sein muss,

(Zustimmung bei der CDU)

die grundsätzlich Vorrang vor der Bekämpfung von Gewalttätern haben muss. Deswegen haben wir auch unsere Anträge zum Menschenhandel gestellt. Jetzt haben auch die Grünen erneut einen Antrag hierzu eingebracht. Ich finde, dass wir in Anlehnung an das Wegweisungsgesetz, das jetzt im Bund verabschiedet worden ist, ein eigenes

Landesgesetz schaffen müssen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wir müssen eine Strategie zur Bekämpfung der Gewalt in den Familien entwickeln. Ich weiß nicht, ob Sie, meine Damen und Herren, überhaupt wissen, was Frauen in gewalttätigen Familien erleiden und erdulden, und ob Sie wissen, welche lebenslangen Schäden bei den Kindern in gewalttätigen Familien hervorgerufen werden. Wissen Sie eigentlich, dass diese Kinder dann, wenn sie nicht psychisch zugrunde gehen, diese Gewalt weitergeben und wir uns insoweit in einem Teufelskreis bewegen? Ich stimme Frau Pothmer ausdrücklich zu, dass das hannoversche Interventionsprojekt auch für die anderen Städte gefordert werden muss.

Ein besonderer Schwerpunkt ist aber Gender Mainstreaming. Und jetzt wird es interessant. Gender Mainstreaming als Zauberwort für Frauenpolitik ist sehr attraktiv. Aber was ist passiert? - In einer Kabinettsitzung im Jahre 1998 hat man sich unter dem Tagesordnungspunkt "Auflösung des Frauenministeriums" darauf verständigt, das Gender Mainstreaming in allen Häusern zu einem Schwerpunktthema zu machen. Hierzu wurden von Frau Merk auch Erfolgsmeldungen veröffentlicht. Aber sie ist der Meinung, dass dieses Thema in den letzten zwei Jahren auch in den Fortbildungsveranstaltungen gut angesprochen worden ist. Wir haben allerdings eine andere Erfahrung machen müssen. In den Haushaltsberatungen im Frauenausschuss wurde festgestellt, dass sich die Ministerialbeamten überhaupt nicht danach gerichtet haben. Sie waren überhaupt nicht vorbereitet. Wir mussten uns sogar vertagen, weil sie ihre Schulaufgaben nicht gemacht hatten. Ich meine, dass diese Arbeit im eigenen Hause ernst genommen werden muss.

Ich erinnere mich auch, dass ich in diesem Jahr aus dem Frauenministerium zwei Einladungen zu Ausstellungseröffnungen erhalten habe, die nur an „den sehr geehrten Herrn Abgeordneten“ gerichtet waren.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, dass das so peinlich ist, dass es als Posse zu bezeichnen ist. Ich will Ihnen diese Einladungen nachher gern überreichen, um Ihnen zu verdeutlichen, dass Ihr eigenes Pressereferat unfähig ist, festzustellen, dass es auch weibliche Abgeordnete gibt.

Ich meine, dass wir dem Gender Mainstreaming und dem Anliegen der Frauengleichstellung nicht

gerecht werden, indem wir eine zusätzliche zweite Staatssekretärsstelle fordern. Ich will Ihnen, Herr Witte - Sie sitzen ja da hinten -, dazu Folgendes sagen: Wir von der CDU wollen aus Herrn Witte keine Frau Witte machen. Wenn es nicht gelingt, dieses Thema Gender Mainstreaming im Kopf eines Staatssekretärs zu verankern und ihn aufzufordern, dies umzusetzen, dann verstehe ich die Welt nicht mehr, wenn wir das nicht einmal in dem zuständigen Ministerium schaffen. Ich biete unsere Zusammenarbeit an und bin der Meinung, dass wir noch viel zu tun haben. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsident Gansäuer:**

Aus Herrn Witte Frau Witte zu machen, finde ich auch nicht gut. Wir sind nämlich beide Laatzener. Ich finde, dass er als Mann so bleiben sollte, wie er ist.

Meine Damen und Herren, Frau Hemme hat jetzt das Wort.

### **Frau Hemme (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorgelegt eine kurze Ehrenrettung meines Kollegen Kalle Mühe. Ich hörte bei seinem Beitrag das Gegrummel und die Frage, wo die Frauen seien. Herr Mühe ist zwar nicht für das Politikfeld Frauen zuständig. Ansonsten aber könnte er dazu fachlich fundiert Stellung nehmen.

(Widerspruch bei der CDU - Zuruf von Mühe [SPD])

Meine Damen und Herren, in den Haushaltsberatungen löst das Wort „Einsparungen“ bzw. „Kürzungen“, das der Finanzminister in die Debatte einbringt, bei den Betroffenen meistens große Bedenken und Ängste aus. Wir können aber sagen, dass der vorgelegte Haushalt diese Ängste beseitigen kann.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich möchte kurz zu einigen ausgewählten Bereichen Stellung nehmen. Wir geben weiterhin für 41 Frauenhäuser 4,3 Millionen DM aus, für 30 Notrufe und Gewaltberatungsstellen 1,2 Millionen DM,

(Möllring [CDU]: Was geben die Kommunen dazu?)



für die drei Mädchenhäuser in Osnabrück, Oldenburg und Hannover 450.000 DM plus 20.000 DM aus Toto/Lotto-Mitteln. Das heißt, dass der Ansatz gehalten wird. Es ist schade, dass er nicht erhöht wird. Aber wir konnten diese Haushaltsansätze immerhin so halten wie in der Vergangenheit.

Heute ist schon deutlich zum Ausdruck gekommen, dass die Mittel gegen Gewalt an Frauen und Mädchen nur Reparaturmaßnahmen sind. Wir zeigen mit unserem Antrag zur Erhöhung der Finanzmittel für die KOBRA - ich möchte den kompletten Namen an dieser Stelle einmal aussprechen: das ist die Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Frauenhandel - - -

(Frau Bührmann [SPD]: Sage einmal, dass *wir* sie eingerichtet haben!)

- Diese Stelle ist von der SPD eingerichtet worden. Sie ist im Haushaltsplanentwurf mit 200.000 DM belegt. Wir haben die Förderung dieser Stelle, auch wenn kritisiert wird, dass die Fraktion so handelt, auf 250.000 DM heraufgesetzt. Außerdem gehören noch Mittel aus der Wohlfahrtsrichtlinie für eine Frauenschutzwohnung dazu.

Meine Damen und Herren, solange Frauenhandel an der Spitze krimineller Verdienstmöglichkeiten liegt, müssen wir uns weiterhin Gedanken darüber machen, wie wir hier zum Schutz der Frauen eingreifen können. Ich begrüße ausdrücklich die auch schon vom neuen Justizminister erwähnte Bundesregelung. Es kann nicht sein, dass Frauen weiterhin in die Frauenhäuser flüchten müssen, dass Frauen und Kinder Schutz suchen und die Wohnung verlassen müssen, und dass der Schlagende, der Täter, zu Hause bleibt. Ich gehe davon aus, dass Niedersachsen so schnell wie möglich eine Regelung findet, die eine Umsetzung der dann als Gesetz vorliegenden Regelung ermöglicht.

Hier ist auch die Schwangerschaftskonfliktberatung angesprochen worden. Wir haben damals im Zusammenhang mit der Umsetzung der Regelung zur Fallpauschale gesagt: Wir wollen uns nach einem Jahr angucken, wie sich die Regelung ausgewirkt hat. Meine Damen und Herren, was immer dabei zu Tage kommt, eines sage ich hier ganz deutlich: ohne Schein kein Geld.

(Beifall bei der SPD)

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Familienbildungsstätten. Sie leisten eine außerordentlich wichtige Arbeit im Lande. Sie fördern in prakti-

schen Kursen nicht nur praktisches Wissen, sondern sie fördern auch die Gesprächsfähigkeit in den Familien. Wir gewichten diese Arbeit in den 25 Familienbildungsstätten dadurch, dass wir den Ansatz für sie um 100.000 DM erhöhen.

Meine Damen und Herren, zum Thema Familie gehören auch die Mütterzentren. Der Ansatz für die Mütterzentren bleibt unverändert. Dies gilt auch für die Familienfreizeiten.

Wir reden im Zusammenhang mit Eltern, Lehrern und Schule viel über die Veränderung von Kindheit und von Kindern insgesamt sowie darüber, dass Lehrerinnen und Lehrer fit gemacht werden müssen, um sich auf diese Veränderungen einzustellen. Die Fähigkeit zur Kindererziehung und zum Leben in einer Familie - wie immer diese Familie auch zusammengesetzt ist - wird nicht mit der Geburt eines Kindes erworben, sondern wir müssen die Familien fit machen, damit sie in der Familie mit den Kindern leben können.

Da in diesem Zusammenhang vorhin etwas bemängelt worden ist, möchte ich Sie, meine Damen und Herren, bitten, nicht zu vergessen, dass wir für Familienberatungsstellen - eine freiwillige Leistung des Landes - weiterhin 500.000 DM zur Verfügung stellen.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Eigentlich Sache der Kommunen!)

- Ja, Herr Rolfes oder Herr Möllring - wenn ich den Zuruf von vorhin richtig deute - ist sich nicht ganz im Klaren darüber, dass Kommunen eine Menge Aufgaben wahrzunehmen haben. Es wird immer gern aufs Land geschoben.

(Zurufe)

- Nein, das habe ich eben durchaus gehört. Es gab aber im Vorfeld einen Zwischenruf. - Meine Damen und Herren, wir alle sind, wenn ich recht informiert bin, in der Kommune tätig. Insofern liegt es an uns allen, dass Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können und nicht immer nur aufs Land gucken.

(Frau Körtner [CDU]: Was sollen die denn noch alles machen? Ihr blutet die doch aus!)

Wenn alles beim Alten bleibt, so frage ich: Wo bleiben eigentlich die Kürzungen? - Wir können nicht verschweigen, dass Kürzungen vorgenommen worden sind. Der Landesrechnungshof hat die

Ansätze für die Frauenprojekte in Höhe von 1,2 Millionen DM schon häufiger kritisiert. Aus diesen Ansätzen werden die Mittel der Kommunen im Rahmen einer Einzelförderung mit Beträgen von 3.000 bis 5.000 DM gegenfinanziert. Diese Ansätze sind auf 800.000 DM gekürzt worden. Aber auch hier sind wir aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, dass die Frauenbeauftragten in den Kommunen nicht leer ausgehen, sondern dass diese Projekte weiterhin unterstützt werden.

Alles in allem können wir sagen, dass die Schwerpunkte, wie sie von dieser Regierung schon seit Jahren gesetzt werden, auch weiterhin unverändert mit Geldmitteln belegt worden sind. Heidi Merk verdient insofern ein großes Dankeschön dafür, dass sie hier ihre Hand so schützend darüber gehalten hat.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Thema: Wer auf der ersten Mädchenmesse gewesen ist, der hat es deutlich gespürt. Es hat Unruhe bei den Frauen gegeben. Was passiert mit dem Mädchenmodellprojekt? Was passiert mit der Mädchenrichtlinie? - Es gibt, meine Damen und Herren, eindeutige Aussagen in Richtung Fortführung des Modellprojektes. Unsere Fraktion in diesem Landtag steht dazu. Es muss allerdings über die Frage diskutiert werden, wie die Fortführung nach der zehnjährigen Modellprojektphase gestaltet werden soll. Es gibt eine Evaluation, auf deren Grundlage die Beratungen fortgesetzt werden sollen. Dies muss mit den Beteiligten geschehen, nicht nur im Separee. Es geht nicht nach dem Motto „weiter so“, sondern unter veränderten Bedingungen.

Es besteht die Angst, dass die Diskussion über die Frage, dass es so langsam auch eine Jungenrichtlinie geben müsste, weil auch Jungen und junge Männer ein verändertes Bewusstsein und Verhalten erfahren müssten, zulasten der Mädchenmodellprojekte geht. Wir müssen darüber reden, wie wir das alles initiieren können. Ich sage: Das Mädchenmodellprojekt wird weitergeführt.

Die Dotierung der Mädchenrichtlinie ist erstmalig gekürzt worden. Diese Kürzung ist aber mit 200.000 DM aus Mitteln der N21-Initiative aufgefangen worden. Wenn wir jetzt sehen, dass sich viele Projekte mit Mädchen und den neuen Medien beschäftigen, dann ist hier eine Fortführung sichergestellt.

Meine Damen und Herren, wir werden mit dem Haus - auch bei veränderter Spitze - weiterhin erfolgreich zusammenarbeiten. Die Angst davor, dass Frauenpolitik in Familienpolitik übergehen würde, können wir den Frauen im Lande nehmen. Außerdem, meine Damen und Herren: Auch ein erfolgreich eingeführtes Gender Mainstreaming ersetzt keine selbständige Frauenpolitik.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Gansäuer:**

Frau Kollegin Pothmer, bitte schön!

**Frau Pothmer (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hemme, Sie haben durchaus Recht: Die Kürzungen im Frauenhaushalt halten sich tatsächlich in Grenzen, was u. a. darauf zurückzuführen ist, dass die SPD-Fraktion einen Teil der Kürzungen wieder zurückgenommen hat. Das ist in diesen Zeiten nicht nichts, was ich hier ausdrücklich betonen will. Das ist dann aber auch schon alles, was man zum Haushalt in diesem Politikfeld sagen kann, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe es einmal überprüft. Es ist sage und schreibe so, dass es seit 1994, also seit dem Ende der rot-grünen Koalition, nicht einen einzigen neuen Haushaltstitel oder Haushaltsansatz mehr gegeben hat.

Meine Damen und Herren, das wird auch für fantasiebegabtere Rednerinnen, als ich eine bin, so langsam zum Problem, wenn sie nicht redundant werden wollen.

(Jansen [CDU]: Schleichender Sozialabbau!)

Nun mögen Sie vielleicht zu Recht sagen: Erfolgreiche Frauenpolitik misst sich nicht allein an Haushaltsansätzen. Dieser Auffassung bin auch ich. Es gibt eine ganze Reihe anderer Instrumente, die geeignet sind, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu sichern. Ich erinnere Sie nur einmal an die Instrumente im NGG. Wir haben uns noch einmal durch das Böckler-Gutachten bestätigen lassen, dass die Instrumente, die wir unter Rot-Grün erdacht haben, gut sind und gut funktionieren könnten.

Nichtsdestotrotz muss man nun, nachdem der erste Bericht zur Umsetzung des NGG vorgelegt worden ist, sagen: Für die Frauen in Niedersachsen hat dies

so gut wie nichts gebracht. Am wenigsten hat dies denjenigen Frauen geholfen, die in der Landesverwaltung tätig sind. Es sind nämlich die Landesministerien selbst gewesen, die bei der Umsetzung an allerletzter Stelle gestanden haben. An dieser Stelle haben die Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung die Frauenministerin tatsächlich im Regen stehen gelassen. Das hat sie zu Recht kritisiert. Darin haben wir sie auch unterstützt. Daraus sind dann aber leider nicht die entsprechenden Konsequenzen gezogen worden. Das ist ein Fehler.

Meine Damen und Herren, wenn man die Erfahrung machen muss, dass in der Landesregierung schon ein Gesetz nicht umgesetzt wird, dann muss man - gelinde gesagt - doch naiv sein, wenn man dann trotzdem noch glaubt, dass ein viel komplexeres Thema wie Gender Mainstreaming in den Ministerien plötzlich aus lauter Einsicht umgesetzt wird.

Hier ist schon von Frau Schliepack gesagt worden: Immer wenn die anderen Ministerien ihre haushaltsrelevanten Maßnahmen im Frauenausschuss vorstellen, bekommen wir eine kleine Kostprobe davon, wie weit sich der Gedanke des Gender Mainstreamings in den Köpfen festgesetzt hat. Ich kann Ihnen nur sagen: Da ist uns eine Maßnahme, nämlich Fortbildung während der Vormittagsstunden, sage und schreibe deshalb als frauenfördernde Maßnahme angedient worden, weil das gut für die Teilzeitkräfte ist. Meine Damen und Herren, ich glaube, hier bestehen noch erhebliche Missverständnisse darüber, was Gender Mainstreaming tatsächlich ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir brauchen in der Frauenpolitik zusätzliche, andere Instrumente. Wir müssen aber auch die vorhandenen Instrumente endlich umsetzen. Wir müssen auch neue Wege gehen. Wir haben dazu eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet: Frauenförderung und Verwaltungsreform, bei der Budgetierung von Mittelzuweisungen Frauenförderung berücksichtigen usw.

Abschließend möchte ich noch folgenden Punkt benennen. Dabei möchte ich mich an den neuen Justizminister wenden, den ich an dieser Stelle für einen echten Bündnispartner halte. Ich glaube tatsächlich, dass wir im Bereich Männergewalt gegen Frauen, insbesondere in der Familie, zusätzliche, neue Wege gehen müssen. Komplementär zu den Frauenhäusern und zu den Notrufeinrichtungen müssen wir uns auch der Täterarbeit widmen.

Ich bin sehr froh darüber, dass Berlin jetzt ein entsprechendes Gesetz auf den Weg bringt. Niedersachsen hat im Haushalt aber keine Vorkehrungen getroffen, um die Infrastruktur, die dieses Gesetz für die Frauen erst nutzbar machen kann, aufzubauen. Ich finde es sehr schade, dass es nicht gelungen ist, die Männerberatungsstellen, die Männerbüros, die jetzt vor dem Aus stehen, zu retten. In den Haushaltsentwürfen der SPD-Fraktion sind keine entsprechenden Ansätze ausgebracht worden. Auch an dieser Stelle bitte ich Sie ganz besonders, Herr Pfeiffer, mit den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion zu reden. Denn ich glaube, dass wir mit diesem Anti-Gewalt-Projekt, mit diesem Anti-Gewalt-Gesetz ins Leere gehen, wenn wir die Infrastruktur in diesem Bereich nicht schaffen. Der kommende Freitag ist der Tag, an dem da sehr Wesentliches entschieden wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Meine Damen und Herren, zum Bereich der Frauenpolitik liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich möchte jetzt, damit das Haus und alle Kolleginnen und Kollegen an den Lautsprechern informiert sind, erklären, wie es weitergehen soll. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass wir den Bereich Jugend und Sport noch vor der Mittagspause besprechen, dass aber der Kultusbereich hinter die Mittagspause gelegt wird und dass alles andere in den Abend hinein rückt.

Damit die Redner informiert sind, möchte ich jetzt noch mitteilen, wie viel Redezeit - einschließlich Kultusbereich und Jugend und Sport - noch zur Verfügung steht. Ich lasse dabei die Sekunden weg; die zu nennen ist wohl nicht notwendig. Die Landesregierung hat noch 24 Minuten für beide Bereiche zur Verfügung, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 13 Minuten, die CDU-Fraktion 25 Minuten und die SPD-Fraktion noch eine Minute. Das ist reichlich, nicht?

(Lachen bei der CDU)

Ich wollte das nur mitteilen. Wie auch immer die Fraktionen da übereinkommen, muss dann dem jeweiligen Präsidenten mitgeteilt werden.

(Busemann [CDU]: Das ist die Bildungsoffensive der SPD!)

Frau Janssen-Kucz hat jetzt das Wort zum Bereich Jugend und Sport, den wir damit beginnen. Bitte schön!

**Frau Janssen-Kucz (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir müssen da wohl etwas im Schweinsgalopp hindurch.

Der Haushalt im Kinder- und Jugendbereich ist lediglich eine Status-quo-Festschreibung. Die angeblich hohe Priorität findet die Fraktion der Grünen nicht wieder. Immer wieder finden wir allerdings Vorzeigeprojekte der Landesregierung, die aber nicht die reale Situation im Lande Niedersachsen widerspiegeln.

Ich kann auch Herrn Mühe nicht ganz folgen, der sagt, alle Bereiche seien erfolgreich. Das sind nur Schlagworte ohne viel Inhalt.

Wir und auch die Bürgerinnen und Bürger haben noch nicht vergessen, dass Niedersachsen als erstes Bundesland die Zuständigkeit für Kitas auf die Kommunen abgeschoben hat. Damit hat die Landesregierung dokumentiert, dass sie die Förderung von Kindern nicht als ihre Aufgabe betrachtet. Da nützt auch Schönreden nichts.

Der Kita-Bereich wird weiterhin nicht als primärer Bildungsbereich anerkannt. Die Kinderpolitik des Landes beschränkt sich auf Reparaturmaßnahmen, die in unseren Augen nicht ausreichend sind.

(Zustimmung von Frau Vockert  
[CDU])

Mit der Streichung der Mittel für die LAGE wird noch einmal die Rachsucht der Landesregierung deutlich. Ich meine aber, der Volksentscheid wird kommen. Dann werden wir weitersehen.

Liebe Genossen und Genossinnen, ich meine, es reicht auch nicht aus, Niedersachsen als Kinderland zu propagieren und dafür einen Wettbewerb auszurufen. Sie müssen sich der Probleme annehmen, die auf der Straße liegen, und dafür auch Finanzmittel zur Verfügung stellen. Gerade wenn es um den Bereich Beteiligung geht, haben wir im Haushalt nur ein Viertel der Mittel, die z. B. in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen.

Um die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, müssen die kulturellen und sozialen Ressourcen der Familien gezielt unterstützt werden. In der Jugendhilfe, der Sozial-, Gesundheits-,

Bau- und Verkehrspolitik muss intensiv und koordiniert darauf hingearbeitet werden, die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen, insbesondere derjenigen, die in Armut leben, zu verbessern.

Eine besondere Aufgabe kommt den Kindertageseinrichtungen und den Schulen zu, weil in diesen Einrichtungen die benachteiligten Kinder gezielt gefördert werden. Doch gerade bei diesen Einrichtungen hat sich die Landesregierung in den letzten Jahren aus der Verantwortung gestohlen und die Mittel verknappt.

Es macht sich in der öffentlichen Wahrnehmung nicht so gut, wenn über Armut und massive Sozialisationsdefizite offen gesprochen wird. Da ist es natürlich einfacher, auf populistische Themen zu setzen und sie aufzunehmen.

Ich möchte an dieser Stelle das seit langem geplante Interventionsprogramm noch einmal anführen. Es ist doch absurd, Haushaltsmittel bereitzustellen, die nicht abgerufen werden, und letztendlich noch investive Zuschüsse zu verteilen, damit man nicht nach außen sagen muss: Liebe Leute, wir haben aufs falsche Pferd gesetzt; wir sind Stammtischparolen gefolgt. - Geben Sie sich einen Ruck, Frau Ministerin Trauernicht! Schmeißen Sie diese Altlasten der Regierung über Bord! Nehmen Sie unseren Änderungsantrag zum Haushalt an, und stellen Sie die Mittel für individuelle Maßnahmen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung den Jugendhilfeträgern zur Verfügung! Wir haben vor Ort kreative, engagierte Fachleute, die mit ihren Ideen oftmals an den Finanzen der Kommunen, an den jeweiligen Rechnungsprüfungsämtern scheitern, wenn es darum geht, Maßnahmen für entwicklungs- und beziehungsgestörte Kinder und Jugendliche maßzuschneidern. Ich habe da noch etwas Hoffnung, weil ich glaube, mit Herrn Pfeiffer und Frau Trauernicht im Team kann man da noch etwas reißen.

Weshalb richten wir mit dem Geld nicht eine zentrale Clearingstelle ein, wie vom Landespräventionsrat vorgeschlagen? Wir brauchen eine fachlich abgesicherte Diagnose über die Situation von Kindern, um dann weitere Jugendhilfemaßnahmen einzuleiten. Denn Jugendhilfeeinrichtungen haben wir im Lande, die aufgrund ihrer konzeptionellen Ausrichtung sehr wohl in der Lage sind, die langfristig verbindliche Sicherung von Betreuungskontinuität zur Verfügung zu stellen.

Kritisch hinterfragen will ich auch noch einmal die Sinnhaftigkeit des Präventionsprogramms der Landesregierung. Hier wurde in unseren Augen mit ziemlich heißer Nadel gestrickt. Man muss sich nur einmal das Programm ansehen. Dann sieht man: Es ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, ein Tropfen in jedem Landkreis. Das ist Kommunalwahlkampf pur. Hier würde ich den Tipp geben: Weniger ist manchmal mehr, wenn es gezielt eingesetzt wird.

Bei der Förderung der Jugendverbände betont die Landesregierung zum wiederholten Male, dass es sich dabei um freiwillige Aufgaben handelt. Die Mittel werden aber um 10 % gekürzt, um dann wieder aus den Mitteln speziell für die Mädchenförderung aufgestockt zu werden. Wir können da nur sagen: Nachtigall, wir hören dich trapsen. - Hier wird versucht, Mädchenförderung gegen Jugendverbandsförderung auszuspielen. Wir beharren auf unserem Änderungsantrag, weil es nicht reicht, Mädchenförderung in Sonntagsreden schönzureden, sie aber still und heimlich auf ein Verschiebeglied zu setzen und damit das langsame Einfahren in die Endstation einzuleiten. Das heißt nämlich: Ende der Mädchenförderung. Da sollten wir gemeinsam sehr aufpassen.

Zum Schluss: Das Beharren auf dem gekürzten Status quo im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik kann so nicht weitergehen. Wir haben unsere Änderungsanträge eingebracht. Wir brauchen eine neue Systematik in der Kinder- und Jugendförderung. Das erwarten wir auch von der neuen Ministerin. Wir brauchen eine Systematik, die Verlässlichkeit dokumentiert und die nicht einfach Wahlkampfgeschenke verteilt. Niedersachsen muss Kinderschutzland werden, wie Herr Pfeiffer schon richtig sagte.

Noch kurz ein Satz zum Sport: Es ist keine Leistung der Landesregierung, dass es ein Sportstättenprogramm gibt. Das ist die Leistung der Menschen, die ihr Geld in Sportwetten investiert haben

(Plaue [SPD]: Jetzt bist du auf dünnem Eis! Das musst du zugeben!)

und damit größtenteils die dringend notwendigen Sportstättenanierung in Angriff genommen haben.

(Plaue [SPD]: Ganz dünnes Eis!)

- Das ist so. Guckt euch mal die Finanzen an! Das ist nicht unbedingt das Landesgeld. Ich meine, hier sollten wir uns bei den Bürgern bedanken, die so

fleißig gewettet haben, und nicht bei der Landesregierung, die hier ein Programm gewuppt hat.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es ist also kein Glanzstück, wie Kalle Mühe sagte. Ich meine, im Bereich Sportförderung muss noch heftig geputzt werden.

Noch ganz kurz zum Schulsport: Dazu hat Kalle auch etwas Schönes gesagt, was aber im Widerspruch zu einer Aussage des Ministers Schily steht, der am Dienstag im Radio sagte: Rettet den Schulsport! - Es passt nicht ganz, wenn die SPD hier sagt „Alles in Butter; der Schulsport funktioniert“ und Herr Schily auf Bundesebene sagt: Rettet den Schulsport. Ich kann mich dem Appell von Herrn Schily nur anschließen: Stellen Sie im Rahmen der Unterrichtsversorgung ausreichend Sportpädagogen und Sportstunden zur Verfügung, und behandeln Sie den Schulsport nicht als Stiefkind in der Bildungspolitik! Denn das ist auch praktizierte Kinder- und Jugendpolitik und Gesundheitsprävention. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, damit es auch für das Präsidium nach der Mittagspause und für die Landtagsverwaltung klar ist: Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Redezeit der SPD jetzt sozusagen ins Minus läuft und auf die Bereiche heute Nachmittag angerechnet wird. Ich wollte das nur sagen, damit das nachher nicht zu Turbulenzen führt.

Jetzt hat der Kollege Viereck das Wort, der normalerweise eine Redezeit von einer Minute und 21 Sekunden hätte. Aber da wir das niemandem zumuten wollen, verfahren wir so, wie eben angekündigt. Bitte schön, Herr Kollege!

#### **Viereck (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei uns ist alles im grünen Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht etwa politisch gemeint, sondern das ist die Aussage des Landesjugendrings nach den Haushaltsplanberatungen im Ausschuss für Jugend und Sport. Dabei, meine Damen und Herren, ist das vorliegende Zahlenwerk nicht nur Ausdruck

von Kontinuität, sondern gleichermaßen auch von zeitgemäßer inhaltlicher Neuorientierung der Kinder- und Jugendpolitik in Niedersachsen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat Wort gehalten. Wie bei der Vollversammlung des Landesjugendrings in Oldenburg zugesagt, bleibt der Jugendbereich trotz Einsparauflagen bei den so genannten freiwilligen Leistungen durch gemeinsame Bemühungen von Landesregierung, Jugendministerin und Fraktion ungeschoren. Dies gilt auch für das so genannte SSG-Programm - wir alle haben dazu ja Briefe der Jugendbildungsreferenten aus den strukturschwachen Gebieten bekommen -, die Förderung des Landesjugendrings und für die Sach- und Personalkosten für die anerkannten Träger der Jugendarbeit.

Mit der Aktion „Niedersachsen, ein Land für Kinder“ und dem Wettbewerb „Niedersachsen – Kinderland“ setzt das Land neue Impulse im Bereich der Kinderpolitik, und dies, meine Damen und Herren, liebe Kollegin von den Grünen, mit beachtlicher Beteiligung aus dem ganzen Land. Die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen werden verbessert. Dies ist schon gestern bei der Einbringung von Änderungen der Niedersächsischen Gemeindeordnung durch die SPD-Fraktion deutlich geworden. Wir werden die Beteiligung der Kinder gesetzlich absichern. Landesweit sind im Rahmen der Moderatorenausbildung bereits rund 130 pädagogische Fachkräfte im Bereich der altersgerechten Beteiligung ausgebildet, und dies geht weiter.

Ein Erfolgsmodell dieser Landespolitik ist die Jugendsozialarbeit. Auch zukünftig wird die aktive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einen Schwerpunkt bilden. Mit landesweit insgesamt 93 Jugendwerkstätten wird rund 4.500 jungen Menschen eine konkrete Lebensperspektive gegeben, und damit wird auch ein ganz konkreter Beitrag in Richtung Prävention geleistet. In der neuen EU-Förderperiode bis 2006 stehen Landes- und ESF-Mittel in einer Größenordnung von ca. 225 Millionen DM für diesen Bereich zur Verfügung. Hinzu kommt mit 28 RAN-Stellen ein dichtes Netz von Beratungseinrichtungen, das geknüpft werden konnte, wobei sich die betreffenden Mitarbeiter schwerpunktmäßig um benachteiligte junge Menschen kümmern.

Meine Damen und Herren, das Uelzener Modell zur sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher

Straftäter ist unverändert mit 4,5 Millionen DM ausgestattet.

Die Dynamik der Kinder- und Jugendarbeit in Niedersachsen wird bei der Förderung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich. Mit Stand vom 31. August dieses Jahres ist Niedersachsen die Nummer eins. Ich meine, das sollte man an dieser Stelle durchaus hervorheben. In absoluten Zahlen sind das mehr als 10.000 Jugendleiterinnen und Jugendleiter. Das sind mehr als 30 % aller bundesweit in diesem Bereich Tätigen - ein Spitzenplatz! Einen besseren Beleg für die erfolgreiche Arbeit der niedersächsischen Jugendverbände kann es wohl nicht geben.

Dass unser Politikbereich - von einigen Anmerkungen abgesehen - politisch weitgehend unbestritten ist, ist sicherlich ein gutes Zeichen für einen breiten Konsens der Fraktionen im Bereich von Jugend und Sport.

Meine Damen und Herren, die Kollegin Vockert war vor wenigen Tagen in Wolfsburg. Da Reisen im Allgemeinen bildet, ist das eigentlich nur zu begrüßen. Der Hintergrund dieser Reise war allerdings der bevorstehende Oberbürgermeisterwahlkampf, und da ist man sich nicht zu schade, dort tätig zu werden und zur Verunglimpfung des politischen Gegners einen Beitrag zu leisten. Frau Vockert, Ihnen wird der Besuch in der Stadt nicht leicht gefallen sein in einer Zeit, in der der CDU-Fraktionsvorsitzende wegen der Beschaffung eines Kinderpornos von allen Ämtern zurücktreten musste. Daher wird es Sie sicherlich freuen, an dieser Stelle zu hören, dass der Kinder- und Jugendschutz in Niedersachsen mit 3,1 Millionen DM in vollem Umfang erhalten bleibt. Wir kümmern uns um die Opfer. Dies gilt auch für die Förderung von derzeit 28 Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche, die von Gewalt betroffen sind.

Neue Akzente und Förderprogramme sind aber nicht nur im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik, sondern auch im Sport vorhanden. Das 100-Millionen-DM-Sportstättenanierungs- und -modernisierungsprogramm - mit Mitteln des LSB sind es 133 Millionen DM - ist hier schon erwähnt worden. Das ist ein Mehr an Mitteln, die dem Sport zu Gute kommen - ein Glanzstück, wie Kalle Mühe schon gesagt hat. Dadurch wird ein nachhaltiger Beitrag zur Verbesserung der Sportstätten im Sportland Niedersachsen geleistet. Wenn die Grünen hier weiter klotzen wollen, bitte sehr, wir

warten auf Vorschläge! Der Run auf dieses Programm durch Vereine und Kommunen belegt eindrucksvoll den Erfolg dieser neuen Initiative.

Gleiches gilt für das Projekt „Bewegte Schule“, das zu einer intensiven Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen beiträgt. Das belegen auch die Zahlen auf unsere Anfrage zum Bereich Sport.

Für Jugend und Sport enthält der Haushalt 2001 neue Ideen und Impulse. Er steht für Kontinuität, Verlässlichkeit und zeitgemäße Neuorientierung. Der Dank dafür gilt in erster Linie natürlich der bisherigen Jugendministerin Jürgens-Pieper,

(Beifall bei der SPD)

gleichzeitig aber auch der Nachfolgerin Trauer nicht für die Bereitschaft zu guter Zusammenarbeit. Wir setzen an der Stelle für den Sport auf Kontinuität mit Heiner Bartling. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsident Gansäuer:**

Frau Kollegin Vockert, Sie haben jetzt das Wort. Das Gefährliche ist, dass die Redezeit nicht begrenzt ist; denn Ihre Nachfolger werden sich bedanken, wenn Sie die Zeit überziehen.

(Heiterkeit - Klare [CDU]: Die Nachfolger sitzen hier, Astrid! Das ist klar!)

Bitte schön!

### **Frau Vockert (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Danke für den Hinweis. Mir ist schon bewusst, dass die Zeit sehr knapp ist.

Die Jugend ist unsere Zukunft, wir werden niemals auf Kosten unserer Kinder sparen - solche und ähnliche Sprüche haben Sie sicherlich noch gut im Ohr, kennen wir alle von dieser Landesregierung. Wollen wir doch einmal schauen, wie sich das im Haushalt, speziell jetzt im Haushaltsplanentwurf 2001, darstellt, d. h. wie viel Mittel für diesen Bereich tatsächlich zur Verfügung gestellt werden! Schauen wir uns also z. B. die Kinderpolitik an, zu der eben gerade auch der Kollege Viereck gesprochen hat:

Unter dem Punkt Kinderpolitik finden wir im Haushalt einen einzigen Titel, der da lautet: Landeswettbewerb kinderfreundliche Gemeinde. Dafür sind 225.000 DM veranschlagt. Dann gibt es noch die nicht zu vergessenden 184.000 DM für die Landesgeschäftsstelle des Kinderschutzbundes und die Zuschüsse für die Kinderschutzzentren, wie Herr Viereck das hier eben richtig angeführt hat. Das war es dann aber auch schon, meine Damen und Herren. Damit will man sich dann hier im Lande hinstellen und sagen: Niedersachsen - Kinderland, Kinderfreundlichkeit. - „Armes Vaterland“ kann ich nur sagen, wenn ich mir diese Haushaltsansätze ansehe. Das hat nun wirklich nichts mit Kinderland und Kinderfreundlichkeit zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Wie Frau Janssen-Kucz eben schon gesagt hat, ist es eindeutig so, dass es in Niedersachsen - das ist in keinem anderen Bundesland so - keine spezifische Kindergartenförderung mehr gibt. Die Personalkostenzuschüsse sind bekanntlich in den kommunalen Finanzausgleich überführt worden, d. h. dafür haben wir keinen Ansatz mehr. Was im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs hier zur Verfügung gestellt wird, bildet im Übrigen im bundesweiten Vergleich das absolute Schlusslicht.

(Mühe [SPD]: Sie hätten doch etwas beantragen können!)

- Herr Mühe, ich habe keine Lust, mich mit Ihnen über die Frage auseinander zu setzen, wer dafür eigentlich die Verantwortung trägt.

(Mühe [SPD]: Die CDU hätte etwas beantragen können! Sie hat wieder nichts beantragt! Alles heiße Luft!)

Es steht fest, dass Sie an Investitionszuschüssen z. B. für diesen Bereich 0 DM eingesetzt haben.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: 290 Millionen DM sind für Investitionen vorgesehen!)

Hinzu kommt dann noch - das ist in meinen Augen das Fatale, Herr Kollege Mühe -, dass Sie die Kommunen, die dafür zuständig sind, finanziell völlig ausbluten lassen und die Kommunen die Leidtragenden sind und den schwarzen Peter haben.

(Beifall bei der CDU)

Letztlich ist damit deutlich geworden, dass Niedersachsen bzw. die Landesregierung wirklich nicht kinderfreundlich ist. Dies gilt nicht nur für den Bereich des Landeshaushalts, aus dem die Kita-Förderung herausgestrichen worden ist,

(Groth [SPD]: Es ist doch nichts gestrichen worden!)

sondern dies gilt auch für den Bereich, aus dem jetzt die Landesmittel für die Elterninitiativen herausgestrichen worden sind.

(Groth [SPD]: Falsch!)

Diese Landesregierung hat es sich nicht gefallen lassen, dass die Landesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen hinsichtlich der Qualitätsstandards Druck gemacht hat, und sie hat dann eben gesagt: Halt, hier haben wir doch eine Möglichkeit! Die sind uns unbequem. 450 Tageseinrichtungen für Kinder, die im Rahmen von Elterneinrichtungen geführt werden. Welche Möglichkeiten haben wir da? Sie machen uns Ärger. Also machen wir Folgendes: Wir kürzen deren Ansatz völlig auf null. So wird einem also bei dieser Landesregierung, wenn man kritisch ist, einfach die Existenzgrundlage entzogen.

(Beifall bei der CDU)

Das bezeichnen Sie als kinderfreundlichen Akt. Ich kann das so nicht bezeichnen. Nicht nur im Interesse der Kinder, sondern auch vor dem Hintergrund, dass das ehrenamtliche Engagement auch dieser Eltern ein riesiges soziales Kapital in unserer Gesellschaft ist, auf das wir nicht verzichten dürfen, ist dieses Verhalten der Landesregierung, hier zu reduzieren und die Existenzgrundlage zu entziehen, auf jeden Fall anzuprangern. Niedersachsen, ein Kinderland - bei dieser Landesregierung ist es das nun wirklich nicht.

Schauen wir uns einmal den Bereich der Jugendpolitik an. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass immer verschwiegen und vergessen wird zu sagen - das ärgert mich maßlos -, dass es bereits in den vergangenen Jahren im Jugendbereich zu erheblichen Mittelreduzierungen gekommen ist. Von 1995 bis 1998 hat die Landesregierung die Mittel für den gesamten Jugendbereich drastisch um sage und schreibe 8,1 Millionen DM gekürzt. Wir diskutieren auch heute wieder vor diesem Hintergrund des bereits damals um mehr als 8 Millionen DM reduzierten Ansatzes. Jetzt ist er erneut gekürzt worden. Wenn wir einmal alle Summen addieren,

dann kommen wir darauf, dass zwar nur eine leichte Reduzierung, aber wieder eine Reduzierung in diesem Bereich stattfindet, und das eben vor dem Hintergrund der steigenden Zahlen im Bereich der Jugendkriminalität, des Rechtsextremismus, der steigenden Fallzahlen im Bereich der Jugendsozialarbeit usw. Wer will das eigentliche als Fortschritt bezeichnen? Wir können das nicht!

Meta Janssen-Kucz hat schon angesprochen, dass sich die Grünen bezüglich der geschlossenen Heimunterbringung, dieser für mich tollen Institution, verweigern. Das ist nachvollziehbar; da haben sie einen anderen Ansatz. Diese Landesregierung macht aber Folgendes: Sie kürzt erst einmal den Mittelansatz des letzten Haushalts nochmals, und dann sagt sie: Mit diesem gekürzten Ansatz - mittlerweile weniger als 1 Million DM - will man die geschlossene Heimunterbringung in Niedersachsen umsetzen, und zwar auf der einen Seite personell und auf der anderen Seite mit Zuschüssen im Bereich der Investitionen. Dass es keinen einzigen Träger in diesem unserem Land geben wird, der auch bereit sein wird, das zu machen, das sehen wir von vornherein. Das haben wir immer wieder deutlich gemacht. Aber letztlich zeigt das nur, dass diese Landesregierung dieses Konzept ohnehin nicht ernst nimmt.

(Beifall bei der CDU - Fasold [SPD]:  
Das habe ich nicht verstanden! Das müssen Sie nochmals erläutern!)

- Dann schauen Sie, Herr Fasold, doch einfach einmal nach Bayern. Die bayerische Landesregierung stellt diesbezüglich 15 Millionen DM an Investitionskosten zur Verfügung. Da wird Jugendlichen im Bereich der geschlossenen Heimunterbringung tatsächlich geholfen. Wie läuft es in Niedersachsen? - In Niedersachsen landen diese Kinder entweder in der Psychiatrie oder im Knast, aber eine echte Hilfe gibt es hier nicht.

(Zuruf von Frau Elsner-Solar [SPD])

Alles in allem können wir also festhalten, dass diese Landesregierung dem gesamten Kita- und auch dem Jugendbereich nicht den Stellenwert einräumt, der ihnen eigentlich zusteht. Dabei - das wird wohl allen deutlich - könnte gerade hier frühzeitige Investition dazu führen, uns Folgekosten zu ersparen. Das wird Herr Pfeiffer sicherlich bestätigen; das hat er ja auch schon in vielen Untersuchungen gemacht.



Vielleicht denken Sie auch noch einmal darüber nach - ich wäre jedenfalls dankbar, wenn das im Kabinett diskutiert werden könnte -, wie es denn nun eigentlich mit der Zuständigkeit in diesem Bereich aussieht. Es ist nämlich so, dass wir einen allgemeinen Wirrwarr haben: Herr Pfeiffer sagt etwas zum Kita-Bereich, dann Frau Trauernicht - sie soll ja jetzt zuständig sein -, eventuell meldet sich aber auch noch einmal Frau Jürgens-Pieper als stellvertretende Ministerpräsidentin zu Wort oder vielleicht sogar Herr Gabriel an erster Stelle.

(Fasold [SPD]: Der ist doch heute nicht da!)

Wir wären Ihnen also im Sinne der Kinder- und Jugendpolitik dankbar, wenn die Landesregierung diesem Wirrwarr Einhalt gebieten und sagen würde, wer nun tatsächlich zuständig ist.

(Beifall bei der CDU)

Zum Sporthaushalt möchte ich Ihnen, Herr Minister Bartling, auch in diesem Jahr ein Kompliment machen. Die Sportkoalition, die wir in diesem Haus über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg haben, hat auch in diesem Jahr gehalten und wird es sicherlich auch im nächsten Jahr tun. Für das 100-Millionen-DM-Programm der Sanierung und Modernisierung von Sportstätten - das war ein Antrag, den wir von der CDU-Fraktion eingebracht haben - benutzen Sie die Mittel, die Sie durch die Oddset-Wette bekommen. Aber letztlich ist es auch Ihr Verdienst, dass Sie die Mittel dafür zur Verfügung gestellt haben.

Ich muss aber einen Tropfen Wasser in den Wein schütten: Letztlich sind nämlich nur 57 Millionen DM übrig geblieben, weil Sie schon im Vorfeld einige Mittel in einzelne Projekte hineingeschoben haben.

(Fasold [SPD]: Da würde ich die Projekte aber einmal aufzählen!)

Das bedeutet also tatsächlich: für sechs Jahre 57 Millionen DM. Ich meine, dass dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass die Kommunen und auch die Vereine nur 20 % an Zuschüssen aus Landesmitteln erhalten. Das heißt, dass Sie sich in diesem Moment den schwarzen Peter zuschreiben lassen müssen.

(Mühe [SPD]: Dazu hättet ihr doch wieder etwas in euren Antrag schrei-

ben können! Das habt ihr auch nicht gemacht! Alles heiße Luft!)

Vor dem Hintergrund, dass die Übungsleiter 200 DM pro Jahr zur Verfügung gestellt bekommen, dass wir vom LSB gehört haben, dass die Pro-Kopf-Förderung in unserem Land bei - das ist die vorletzte Stelle - 5,93 DM liegt, in Bremen bei 28,27 DM

(Fasold [SPD]: Nein, das stimmt nicht!)

- fragen Sie einmal beim LSB nach -, und vor dem Hintergrund, dass die Förderung pro Vereinsmitglied in Niedersachsen bei 16,90 DM liegt - z. B. in Thüringen sind es 191 DM -, müssen Sie, Herr Minister Bartling, gleichwohl auch für den Sportbereich noch eine Menge tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Frau Ministerin Dr. Trauernicht. Bitte schön!

#### **Dr. Trauernicht, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstmals vertrete ich hier heute den Einzeletat meines Ressorts, und dies, ohne an dem Aufstellungsverfahren und den Debatten in den Ausschüssen teilgenommen zu haben. Dennoch habe ich Gelegenheit gehabt, mir einen ersten Eindruck zu verschaffen, und sie auch mit Gewinn genutzt.

Die einzelnen Bereiche meines Ressorts - Jugend, Frauen, Familie, Arbeit, Gesundheit und Soziales - ergeben eine beachtliche politische Bandbreite. Ich werde noch bei vielen Gelegenheiten aufzeigen, dass es sich nicht lediglich um eine Aneinanderreihung verschiedener Lebensbereiche handelt, sondern um Politikfelder, die ganzheitliche politische Konzepte erfordern. Aufgrund der Kürze der Zeit kann ich heute leider nur cursorisch vorgehen, aber ich versichere Ihnen: Alle Politikfelder meines Ressorts haben für mich die gleiche große Bedeutung.

Meine Damen und Herren, das Gesamtvolumen des Einzelplans 05 einschließlich des Jugendbereichs und ohne das Wohnungswesen und den Städtebau umfasst insgesamt rund 4,4 Milliarden DM. Ich meine, dass das ein beachtlicher

Anteil am Gesamthaushalt des Landes Niedersachsen ist. Ich finde auch, dass Niedersachsen damit ein politisches Signal setzt. Der Umfang des Gesamthaushalts des Sozialministeriums hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Der Abgeordnete Schwarz hat dies eindringlich anhand einer Leistungsbilanz vorgetragen. Ich freue mich darüber, feststellen zu können - ich hoffe, dass es auch weiterhin so sein wird -, dass der Landtag sein Etatrecht im Interesse der Sozial- und Jugendpolitik nutzt.

(Beifall bei der SPD)

Dies zeigt: Soziale Gerechtigkeit und sozialstaatliche Leistungen sind auch in Zeiten von Haushaltskonsolidierung für Niedersachsen ein hohes Gut - dies auch deshalb, weil sozialstaatliche Leistungen Voraussetzungen für eine erfolgreiche und sich ständig weiterentwickelnde Volkswirtschaft und konstitutiv für unsere demokratische Gesellschaftsordnung sind. Gerade in Zeiten gesellschaftlichen Wandels brauchen die Menschen Verlässlichkeit und Sicherheit. Ich sage es ausdrücklich: Die soziale Balance ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und unseres ökonomischen Erfolgs. Es ist Aufgabe von Politik, das Prinzip des Ökonomischen, das so genannte freie Spiel der Kräfte, mit dem Sozialstaatsprinzip zu verzahnen. Dieser Aufgabe sehe ich mit Freude entgegen, und ich finde, dass der Haushaltsplanentwurf 2001 gute Ansätze dafür bietet.

(Frau Janssen-Kucz [GRÜNE]: Man kann sie aber ausbauen!)

Lassen Sie mich einzelne Schwerpunkte meines Etats erläutern.

Jugendhilfe und jugendpolitische Leistungen sind - das ist schon gesagt worden - nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz - daran geht kein Weg vorbei - im Wesentlichen kommunale Aufgaben. Das Land hat mit weiteren 76 Millionen DM jugendpolitische Handlungsmöglichkeiten. Wie sie also nutzen? Jugendpolitik auf Landesebene, das heißt für mich Folgendes:

Erstens die Zukunft junger Menschen in allen Politikfeldern im Blick zu haben und sich gegebenenfalls im Interesse junger Menschen einzumischen. Jugendpolitik ist Querschnittspolitik, darauf werde ich achten.

Zweitens. Partizipation und Existenzsicherung als Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen

Leben zu sichern ist eine der zentralen Aufgaben der Jugendpolitik. Die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern gehört ebenso dazu, wie nicht zuletzt Anreize für die kommunale Ebene zu schaffen, bei der Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes beste Praxis zu betreiben.

Einige Schwerpunkte möchte ich nennen. Die Aktion „Niedersachsen - ein Land für Kinder“ wird ebenso wie der Wettbewerb „Niedersachsen - Kinderland“ fortentwickelt. Ziel ist es, Anreize für vielfältige Projekte in den Kommunen zu schaffen und Partizipation von Kindern und Jugendlichen im demokratischen Gemeinwesen zu stärken. Deshalb begrüße ich ausdrücklich auch die geplante Aktion „next vote I vote“ für junge Wählerinnen und Wähler durch den Landesjugendring im nächsten Jahr. Junge Menschen haben Rechte und Pflichten. Es gehört zu ihren Rechten, in allen sie betreffenden Fragen gehört zu werden. Wir tun gut daran, sie deshalb auch einzubinden.

Der Bekämpfung von Gewalt und Rechtsextremismus bei jungen Menschen durch schulische und außerschulische Aktivitäten gilt ebenfalls unser politisches Interesse. Demokratische Regeln zu lernen und einzuhalten, Konflikte gewaltfrei auszutragen und Menschen anderer Herkunft und Kultur zu respektieren, das sind Ziele, die auch das Landesjugendamt - wie viele andere Akteure im Land - im nächsten Jahr mit Aktionen, Informationen und Fortbildung besonders unterstützen wird. Hier soll mit aktiver Beteiligung des Landesjugendrings und der Jugendverbände eine Allianz für die Jugend geschmiedet werden, die das Wir-Gefühl und die politische Anerkennung des Geleisteten verstärken.

Spaß und Freude müssen unsere jungen Menschen aber auch haben können. Alljährliche Jugendfestivals im Niedersachsenstadion, das wären unvergessliche Erlebnisse. Auch hierzu werde ich Anstöße geben.

Gewalt gegen andere und Fremdenfeindlichkeit haben zumeist ihre Wurzeln in der Kindheitsgeschichte junger Menschen. Wer Gewalt gegen andere ausübt, hat zumeist selbst Gewalt erfahren müssen. Vor diesem Hintergrund sehe ich neben den bereits genannten Aktivitäten zwei weitere Schwerpunkte für das nächste Jahr.

Mit dem Interventionsprogramm für hochgradig delinquente oder deviante Kinder sollen verschiedene Konzepte zum Tragen kommen. Es geht

darum, dass die Landesregierung dazu beiträgt, dass im Rahmen von Modellförderung Erfolg versprechendste Lösungswege für die Inobhutnahme und die Hilfen zur Erziehung vor Ort gefunden werden. Und in der Tat: Mit der Förderung der geschlossenen Unterbringung werde ich mich jedenfalls nicht politisch profilieren wollen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus werde ich zur Erkennung und Bewältigung von Kindesvernachlässigung im Säuglings- und Kleinkindalter eine Informationskampagne auf den Weg bringen. Nicht nur die Diskussion um die Babyklappe verweist auf politischen Handlungsbedarf auch bei uns zugunsten der jüngsten und schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft, die sich nicht alleine helfen können und deshalb unserer Unterstützung bedürfen.

Meine Damen und Herren, Kinder brauchen Wurzeln, um sich gut entwickeln zu können. Sie brauchen aber auch Flügel. Und um flügge werden zu können, bedarf es der Integration in Ausbildung und Arbeit. Deshalb bleiben die großen Kernprogramme der Jugendsozialarbeit für besondere Zielgruppen junger Menschen in vollem Umfang erhalten und können mit Unterstützung von EU-Mitteln sogar ausgebaut werden.

Die wirksamste Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist nach meiner festen Überzeugung eine der zentralsten politischen Aufgaben und im Übrigen auch das beste Programm zur Verhütung von Jugendkriminalität.

(Beifall bei SPD)

Als letzte Priorität im Jugendbereich möchte ich die Bedeutung besonderer Präventions- und Integrationsprogramme nennen. Im Haushaltsplanentwurf 2001 sind spezielle Mittel für die Integration nach Deutschland zugewanderter Jugendlicher eingestellt. Darüber bin ich froh; denn wir alle wissen von den spezifischen Problemen, die diese jungen Menschen haben und machen.

Wir werden darüber hinaus in Niedersachsen Bundesmodellprogramme nutzen wie das „Interkulturelle Netzwerk der Jugendsozialarbeit im Sozialraum, das speziell zur Integration von jungen Migrantinnen und Migranten entworfen worden ist, und das Bundesmodellprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. Ich werde meine Möglichkeiten nutzen,

um auf Bundes- und Europaebene finanzielle Ressourcen für die Jugendpolitik nach Niedersachsen zu holen.

Meine Damen und Herren, im Haushaltsplanentwurf 2001 sind 6 Millionen DM für familienpolitische Leistungen ausgewiesen - es ist schon angesprochen worden: gemeint ist die Förderung von Familienbildungsstätten und Verbänden, von Beratungsstellen und Familienerholung - sowie weitere 155 Millionen DM für Unterhaltsvorschussleistungen allein Erziehender.

Familienpolitik findet auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene statt. Das Manko ist: Es fehlt ganz offensichtlich an einer Zusammenschau der familienpolitischen Leistungen in Niedersachsen. Es ist also eine familienpolitische Programmatik zu entwickeln, die, anknüpfend an gesellschaftliche Entwicklungen, konkrete Maßnahmen benennt. Ich werde dies umgehend in Angriff nehmen und gemeinsam mit den vielfältigen Akteuren im Land ein offensives ganzheitliches Familienpolitikkonzept entwickeln, in Anlehnung an das ganzheitliche Mittelstandskonzept, das mir vom Weg und von den Ergebnissen sehr zielführend erscheint.

(Beifall bei der SPD)

Um Missverständnisse zu vermeiden: Moderne Familienpolitik dreht das Rad der Geschichte nicht zurück, sondern nach vorne. Es geht mir also nicht um die Funktionalisierung von Familie als Gebärstätte, es geht nicht um die Überfrachtung von Familie als Hort der Glückseligkeit, und es geht erst recht nicht um die geschlechterspezifische Rollenzuweisung.

(Beifall bei SPD)

Familien sind Lebensgemeinschaften mit Kindern. Praktischer Anknüpfungspunkt für meine Politik ist die Tatsache, dass der Wunsch nach Familie und Kindern bei jungen Menschen nach wie vor hoch im Kurs steht, aber die derzeitigen Strukturen der Gesellschaft, der Arbeitswelt, eine letztlich immer noch unzureichend darauf ausgerichtete soziale Struktur und auch die mangelnde Beteiligung von Männern an der Familien- und Erziehungsarbeit die Realisierung dieser Wünsche erschweren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Was?)

- Ja, das gibt es. Anwesende natürlich ausgeschlossen.

Familienpolitik betrifft viele politische Handlungsfelder. Es geht um die wirtschaftliche und rechtliche Situation von Familien, es geht um familiengerechtes Wohnen und ein förderliches Umfeld, es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um Unterstützung bei der Erziehung, um Familien mit besonderem Förderungsbedarf und anderes mehr. Deshalb wird es auch vielfältiger Aktivitäten bedürfen. Einige möchte ich nennen, z. B. die Entwicklung von Wettbewerben für neue Ideen zur familienfreundlichen Arbeitsorganisation von Betrieben, Kampagnen wie „Mehr Zeit für Kinder“, insbesondere für die Zielgruppe der Väter, eine niedersächsische FamilyCard für materielle Vergünstigungen, eine zentrale Hotline für Familieninformationen aller Art in Niedersachsen, einen Wettbewerb „Familienfreundliche Ferien in Niedersachsen“ und vieles andere mehr. Eines ist klar: Familienpolitik ist kein Relikt vergangener Zeiten, sondern nötiger denn je.

(Beifall bei SPD)

Meine Damen und Herren, frauenpolitisch ist viel erreicht worden. Diese Erfolge will ich verstetigen, und ich will den weiteren Abbau von Diskriminierungen befördern. Frauenpolitik - das ist hier vielfach gesagt worden - ist Querschnittspolitik. Deshalb müssen politische Entscheidungen grundsätzlich überprüft und muss mit dem Ziel der Chancengleichheit Einfluss genommen werden. Diesen in Niedersachsen bereits praktizierten Ansatz werde ich nachdrücklich fortsetzen. Ich werde umgehend mit den Frauenverbänden und den kommunalen Frauenbeauftragten das Gespräch aufnehmen - auch mit meinen männlichen Kollegen im Kabinett - und gemeinsam Schwerpunkte setzen.

Die Rahmenbedingungen auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt sind so gut wie schon lange nicht mehr. Die Arbeitslosenzahlen sinken, neue Arbeitsplätze werden geschaffen. Diese Chance muss genutzt werden, um die Arbeitslosigkeit weiter kräftig zu senken und insbesondere junge Menschen und Frauen, behinderte Menschen, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt zu integrieren bzw. ihren Eintritt in die Arbeitslosigkeit präventiv zu verhindern.

Der Haushaltsrahmen für das Jahr 2001 bietet gegenüber dem letzten Jahr durch die erfolgreiche

Einwerbung von EU-Mitteln insgesamt 175 Millionen DM für die aktive Arbeitsmarktpolitik und damit gute und auch noch erweiterte Handlungsmöglichkeiten. Diese müssen nun von allen Akteuren genutzt werden. Ziele sind dabei die noch stärkere Orientierung aller Programme und Projekte auf den regulären Arbeitsmarkt und die verstärkte Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik mit Wirtschafts- und Strukturpolitik. Wirtschaftliche Existenzsicherung für alle bleibt die politische Kernaufgabe.

Menschen mit Behinderungen und in besonderen Lebenslagen bekommen in Niedersachsen die Unterstützung, die sie brauchen: zum Leben, zum Arbeiten, zur Therapie. Auch im kommenden Haushaltsjahr werden wir deshalb aufgrund des weiteren Bedarfs differenzierte, auch neue Betreuungsangebote schaffen. Das heißt, dass auch in Zeiten knapper Kassen die Landesregierung - ich hoffe, mit Ihrer Zustimmung - die erforderlichen Mittel im Umfang von 2,4 Milliarden DM aufbringt und so für die Bürgerinnen und Bürger ein verlässlicher Partner bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Wichtige Reformen wie das „Quotale System“ - andere sind in den vorangegangenen Reden genannt worden - sind bereits auf den Weg gebracht.

In der Sozialpolitik ist die Aktivierung von Eigenverantwortung *das* zentrale Ziel. Ich werde deshalb mit den Sozialpartnern und den Wohlfahrtsverbänden, mit den Initiativen und den Freiwilligenorganisationen einen Dialog „Arbeit und Soziales“ initiieren. Ich möchte, dass wir den strukturellen Wandel und die erforderliche Weiterentwicklung von Leitlinien niedersächsischer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gemeinsam miteinander bewältigen.

Der Gesundheitsbereich ist seit Jahren unter Dampf. Ziel- und Interessenkonflikte prallen aufeinander. Kostendämpfung, mehr Wirtschaftlichkeit, medizinische Entwicklung und optimale medizinische Versorgung, Verteilungskonflikte innerhalb der Ärzteschaft und vieles andere mehr bestimmen die Landschaft. Intelligente Steuerungssysteme sind gefragt. Mein gesundheitspolitisches Ziel im Bereich der Krankenhausplanung ist es, die niedersächsische Krankenhauslandschaft mit den gegebenen investiven Mitteln für die Änderungen ab 2003 fit zu machen und die präventive Grundversorgung in einigen Bereichen sicherzustellen, die - ich sage einmal - noch nicht zum

Kanon der Krankenkassenleistungen gehören. Deshalb freue ich mich, dass mit dem Haushaltsplanentwurf 2001 die letzte Lücke im flächendeckenden Netz an Suchtberatungsstellen geschlossen werden kann. Ich werde darüber hinaus im nächsten Jahr beginnen, einen Schwerpunkt in der Gesundheitspolitik für Kinder zu setzen.

Meine Damen und Herren, das Ziel ist klar. Sicherheit im Wandel, Verlässlichkeit zwischen den Partnern der Jugend- und Sozialpolitik, Klarheit im Denken bei komplexen Konfliktlagen, notwendige Neuerungen und vielfältige Ideen - das ist meine Devise für die nächsten Jahre. Ich freue mich auf die Arbeit. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Ich habe den Eindruck, dass bei allen Fraktionen große inhaltliche Übereinstimmung in der Jugend- und Sozialpolitik vorhanden ist. Deswegen lade ich auch diejenigen, die gestern meiner Wahl nicht zugestimmt haben, herzlich dazu ein, mit mir gemeinsam daran zu arbeiten. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD - Zustimmung von Jansen [CDU])

#### **Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, erwartungsgemäß liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir sehen uns, wie in den Unterlagen ausgedruckt, um 14.30 Uhr wieder.

Unterbrechung: 13.03 Uhr.

Wiederbeginn: 14.31 Uhr.

#### **Vizepräsident Jahn:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen zur

**Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge)** unter Einbeziehung des betroffenen Ressortministers (Kultus)

Das Wort hat der Kollege Busemann.

(Wernstedt [SPD]: Jetzt gibt es etwas!  
- Fasold [SPD]: Verzichten Sie doch einfach!)

#### **Busemann (CDU):**

Herr Kollege Fasold, das würden Sie mir nie verzeihen. Ich weiß, dass Sie nur meinetwegen gekommen sind. Dann sollen Sie auch in den Genuss einiger Ausführungen kommen.

Meine Damen und Herren, bei beschränkter Redezeit ist es in der Tat ein Problem, Schulpolitik richtig zu entfalten, zu entwickeln. Aber so soll es in der Haushaltsdebatte sein; also will ich mich einfach mit einigen Schwerpunktbereichen befassen und die Haushaltslage im Bereich Schule unter drei Aspekten beleuchten.

Das eine ist der große, anspruchsvolle Bereich der Bildungsoffensive. Es ist fast genau ein Jahr her, als der damalige neue Ministerpräsident die Bildungsoffensive ausgelobt und verkündet hat, was nun alles passieren solle und wie wichtig das sei.

(Zustimmung von Groth [SPD])

- Ja, ja. - Einige Monate später gab es dann bei Ihnen einen Parteitag. Da war das schon alles schwieriger. Er hat aber trotzdem noch einmal gesagt, Bildung sei wichtig, es müsse etwas gemacht werden und damit würden Wahlen entschieden. Da mögen Sie Recht haben. Aber man muss auch einmal überprüfen, was in dem Bereich eigentlich stattfindet. Das eine ist der Anspruch, und das andere ist die Wirklichkeit. Das eine ist die Kraftmeierei, und das andere ist vielleicht ein laues Lüftchen, das durch das Land weht und wobei nichts herunkommt. Ich möchte einige Aspekte ansprechen.

2.000 zusätzliche Lehrerstellen wurden seinerzeit in Zeitungsanzeigen verkündet. Was ist Fakt? - Zum letzten Schuljahresbeginn wurden in der Tat 500 zusätzliche Stellen geschaffen. Weitere 500 Stellen sind zum Schuljahresbeginn 2002 angekündigt. Warten wir das einmal ab. Dies kann aber das Anwachsen des Schülerberges nicht andeutungsweise auffangen. Wir fallen sogar noch hinter den Status quo aus den Jahren 1999 und 2000 zurück. - So viel zu dem Bereich.

Ich komme nun zum nächsten Haushaltsposten, den berufsbildenden Schulen. Hier wurde ja gesagt, dass mehr Geld dafür eingestellt würde. Formal haben Sie sogar Recht. Wenn man aber

berücksichtigt, dass Sie 1996 in diesem Bereich eine Kürzung vorgenommen haben, dann holen Sie jetzt nur das wieder herein, was Sie seit 1996 eingespart haben. In diesem Bereich haben wir also plus/minus Null.

Zum Thema Verlässliche Grundschule hatte der damals kraftvolle Fraktionsvorsitzende Gabriel gesagt: Wenn wir das überall machen, bedeutet das 2.000 Vollzeitlehrerstellen. Das heißt 180 Millionen DM. - So weit, so gut. Wenn wir nun einmal unterstellen, dass im Jahre 2001 etwa zwei Drittel der Grundschulen Verlässliche Grundschulen sind, und zwar auch entsprechend mit Lehrkräften ausgestattet, dann müssten ja irgendwo im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2001, wie wir errechnet haben, 115 Millionen DM stehen. Faktisch finden wir aber nur 30 Millionen DM wieder. Das heißt also: Dieser Bedarf an Lehrkräften wird aus dem Gesamtsystem beigesteuert, und zwar natürlich zulasten der anderen Schulformen und Schulstandorte. Auch da findet keine großartige Bildungsoffensive statt.

Beim Thema Computer möchte ich durchaus das Zahlenwerk anerkennen. Man muss aber auch wissen, dass den Kommunen in diesem Bereich Folgekosten, und zwar auch im Personalbereich, entstehen, die sehr schwer drücken.

Zum Thema Hausaufgabenhilfe. Das war ja interessant. Hier waren sie ja schon heraus.

(Fasold [SPD]: Na, na, na!)

- Sie haben das wieder rückgängig gemacht. Sie sind ja wieder eingestiegen. Das habe ich Ihnen ja attestiert. - Ich bin aber mal auf den nächsten Haushaltsplanentwurf gespannt. Interessant - das wird vielleicht auch den neuen Justizminister und die neue Sozialministerin interessieren - ist, dass im Kulturbereich 3 Millionen DM und 37 Stellen, auch die von Schulpsychologen, gestrichen werden. Sie können zwar sagen, das sei ein kleiner Posten. Aber es ist sehr interessant, wo die politischen Schwerpunkte liegen und wie man es damit hält.

Das ist auf der einen Seite das, was Sie möglicherweise dazugetan haben. Auf der anderen Seite guckt man dann mit Verwunderung in den Haushaltsplanentwurf, wo denn etwas gestrichen wird. Hier habe ich mir einmal den Hochschulbereich angesehen: Innovationsoffensive 50 Millionen DM heraus, globale Minderausgaben 19,5 Millionen DM heraus, Hochschulstrukturkonzept 12 Mil-

lionen DM heraus, Verwaltungskostenbeiträge der Studenten 28 Millionen DM heraus.

Wenn ich mir das alles vergegenwärtige, dann kann ich so etwas wie eine Bildungsoffensive, einen Schub, auf zu neuen Prioritäten, beileibe weder von den Zahlen, noch von den Inhalten her bei Ihnen erkennen. Das Ganze ist bestenfalls ein Nullsummenspiel. Wenn man sich dann noch den Spaß macht und sich die veranschlagten Haushaltsmittel für die von Herrn Gabriel angekündigte Ganztagschule, überall und allerorten, ansieht, dann stellt man fest, dass - das wundert mich nicht - dafür im Haushaltsplanentwurf eine glatte Null vorgesehen ist. Wir sind gespannt, was die Zukunft da bringen wird.

(Beifall bei der CDU)

Ein zweiter Aspekt, der auch später noch ausgeleuchtet werden muss, ist die Unterrichtsversorgung. Ich weiß ja nicht, wie es Ihnen geht. Sie haben sich ja in den letzten Monaten in Veranstaltungen ein bisschen rar gemacht. Mittlerweile geht es ja wieder besser, Herr Fasold. Es ist ein erschreckender Eindruck. Wir reden hier statistisch noch von 97 %. Ich sage der Ministerin immer wieder: Hören Sie mit dieser Politik der statistischen Lüge auf. Rechnen Sie sich nicht das Wolkenkuckuckshaus zurecht. Die faktische Lage ist dramatisch. Sie ist viel schlimmer. Sie ist schlechter: 85 %! - In den Veranstaltungen sagen die Leute dann, was an diesem und jenem Schulstandort los ist. Man hört dann von dramatischen Verhältnissen, dass Unterricht auf breiter Front ausfällt, und zwar fächerspezifisch, z. B. musisch, kulturell, naturwissenschaftlich usw.

Hier kann ich nur sagen: Die CDU stellt Anträge, um diese Probleme anzugehen, beispielsweise durch Einstellung von 3.000 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern. Jeder Tag, an dem diese Probleme nicht angegangen werden, kostet

(Fasold [SPD]: Zukunftschancen!)

- ja, Zukunftschancen. Genau das ist das richtige Stichwort. Denn der Markt wird langsam leergefegt, und wer nicht handelt, der ist am Ende der Verlierer.

(Wulff (Osnabrück) [CDU] - zur SPD -: Es ist umso schlimmer, dass Sie nichts dagegen tun!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Sagen Sie Ihrem Ministerpräsidenten oder Ihrer stellvertretenden Ministerpräsidentin - Sie sind ja jetzt eine Stufe der Treppe heraufgefallen -: Wenn man da nicht handelt, dann wird es schwierig werden.

Man kann auch nicht sagen, die Haushaltsanträge der Union seien zu spät gekommen. Sie haben doch noch einige Tage Zeit, etwas zu tun. Lesen Sie es sich durch. Sagen Sie einfach ja, wenn es um unsere Haushaltsanträge, z. B. 3.000 zusätzliche Lehrer, geht. Dann haben Sie etwas für das Land Niedersachsen getan.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Fasold [SPD])

Frau Ministerin, ich möchte Ihnen noch Folgendes zur Personalplanung sagen. Wir wissen, wie viele Lehrerinnen und Lehrer in den nächsten Jahren in Pension gehen. Wir haben ja eine neue Wirtschaftsministerin. Erkundigen Sie sich einmal bei ihr, was Personalplanung in einem großen Betrieb bedeutet, wie man sich bei gesicherten Daten entsprechend und rechtzeitig darauf einstellt. Lassen Sie sich auch einmal über das Prinzip Angebot und Nachfrage aufklären. Wenn das Angebot immer geringer wird und die Nachfrage immer größer, dann steigt der Preis. Dann sind Sie mit Ihren Zweidrittel-Stellen nicht gerade richtig am Markt unterwegs. - Das zu dem Komplex.

Ich möchte nun noch etwas zum Thema Schulstruktur sagen. Meine Erkenntnis, zu der ich in den vergangenen Monaten gelangt bin, ist: Schulstruktur ist wichtig, aber Unterrichtsversorgung ist viel wichtiger.

(Beifall bei der CDU)

Wir können das machen, wie wir wollen. Wenn Sie die Unterrichtsgarantie, die Unterrichtsversorgung nicht herstellen, dann kann keine Schulstrukturreform gelingen. Wenn man das etwas zurücknimmt, dann würde ich Ihnen empfehlen: Gucken Sie dorthin, wo es bereits eine Gemeinsamkeit gibt. Ich würde Ihrem Ministerpräsidenten auch einmal sagen: Weg mit der Orientierungsstufe, lasst uns das Abitur nach dem zwölften Schuljahr miteinander angehen. Dann haben wir eine Plattform, so dass man sagen kann: Lasst die gesamte Schullandschaft nicht weiter warten. Die brauchen Entscheidungen. Lasst uns das miteinander entsprechend umsetzen.

(Zurufe von der SPD)

Das wäre doch ein vernünftiger erster Schritt. Dann haben wir auch nicht viel kaputt gemacht, im Gegenteil. Wir brauchen die Diskussion pro und kontra O-Stufe der vergangenen 20 Jahre gar nicht zu führen. Wir könnten uns da verständigen und etwas Vernünftiges im Sinne einer Modernisierung, die ja erforderlich ist, recht schnell machen.

(Fasold [SPD]: Was sagen denn die Landkreise dazu? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Passen Sie einmal auf.

Ein zweiter Schritt, der hinzukommen könnte, ist die Qualitätsdiskussion. Das hören Sie auch in Ihren Veranstaltungen, und das sagen Sie auch immer. Wir haben in unserer Schullandschaft ein großes Qualitätsproblem. Kann man nicht gemeinsam überprüfen, wo die Standards sind, ob sie noch zeitgerecht sind, wie wir sie verbessern können, wie wir vor allem, Frau Ministerin, Qualitätssicherung beschreiben können, ob das nur das Thema Abschlussprüfungen ist oder ob man vielleicht noch bessere Wege findet? Vielleicht sollten wir miteinander auch einmal wieder unsere Schulaufsicht entdecken, um zu verbesserten Verhältnissen zu kommen.

Als dritten Schritt sollten wir gemeinsam überlegen, wie man den Elternwillen respektvoll behandelt. Bei dem Elternwillen - das kann ich Ihnen sagen - handelt es sich um ein sehr sensibles Thema. Ich habe den Eindruck, Sie sind hier in die falsche Richtung gegangen oder wollen in die falsche Richtung gehen. Auch Sie wären gut beraten, den Elternwillen wieder obenan zu stellen.

Der vierte Schritt betrifft die Sekundarschule à la Gabriel. Das ist nun wirklich die Erkenntnis der letzten Monate. Schmeißen Sie diese Ideenskizze in die Ecke! Vergessen Sie die Vorstellungen, die der Ministerpräsident dazu hat! Diese Sekundarschule will niemand im Lande. Befragungsergebnisse, die von 60 % Ablehnung ausgehen, sind eher etwas bescheiden angesetzt. Das will keiner!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Außer Wulff!)

Auch der Bedarf ist gar nicht da.

Ich bin geradezu überrascht und begeistert, wie viele Befürworter die Realschule hat, die sich anerkennend äußern. Ich bin angenehm überrascht, wie viele Leute sagen: Erhaltet uns die Haupt-

schule; tut etwas für die Hauptschule, stärkt sie wieder und seht zu, dass es in diesem Bereich wieder vorangeht.

(Beifall bei der CDU)

Das sollten Sie sich einmal merken. Ich hoffe, dass Sie dazu auch einiges hören.

(Zuruf von der SPD)

Im Übrigen frage ich mich, was das Sekundarschulmodell soll. Wenn wir hier noch Leute aus früheren Jahren sitzen hätten, vielleicht Herrn von Oertzen, dann würde ich das glauben, was Herr Kubel 1970 in seiner Regierungserklärung gesagt hat. Das war ganz interessant:

"Das schulpolitische Fernziel der Landesregierung ist die Ersetzung des gegenwärtigen vertikal gegliederten Schulsystems durch ein differenziertes und integriertes Gesamtschulsystem."

Ist das so, oder ist das nicht so? - Dazu würde ich gern einmal einige erklärende Worte hören. Ich habe aber - das sage ich fast noch zu Ihren Gunsten - den Eindruck, dass Sie merken, Frau Ministerin, dass Sie die Schulen in Niedersachsen an die Wand gefahren haben und jetzt nach Billiglösungen suchen, um das Problem irgendwie zumindest über das Jahr 2003 hinwegzuheben.

(Zuruf von der SPD: Polemik!)

- Das ist keine Polemik. Was soll denn die Sekundarschule? 70 % der Schülerschaft zusammenzufassen, kann doch nicht gut gehen, wenn die Differenzierungsangebote nicht hinreichend stimmen!

Meine Redezeit neigt sich schon wieder dem Ende zu. Lassen Sie uns auf das einigen, was ganz einfach ist: Gemeinsam die Orientierungsstufe abschaffen! Gemeinsam für das Abitur nach dem zwölften Schuljahr eintreten! Alles andere sollten Sie ruhig in die Ecke legen. Lassen Sie uns dann gemeinsam über Qualität miteinander reden. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsident Jahn:**

Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Seeler.

### **Frau Seeler (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war heute wieder wie bei jeder Rede von Herrn Busemann: Im Tempo eines Schnellfeuergewehres reiht er eine Unwahrheit an die andere, und zwar sowohl bezogen auf das, was Herr Gabriel gesagt hat, als auch bezogen auf das, was im Haushaltsplanentwurf steht. Auch in diesem Jahr erleben wir bei den Haushaltsberatungen das gleiche Ritual wie in jedem Jahr: Die Landesregierung legt einen Haushalt vor. Wir von der SPD-Fraktion geben dann, wie das guter parlamentarischer Brauch ist, bei den ersten Beratungsdurchgängen in den Ausschüssen unsere Änderungswünsche bekannt, sodass wirklich alle Fraktionen das intensiv beraten können. Aber was macht die Opposition? - Sie äußert sich während der Beratungen in den Fachausschüssen kaum oder gar nicht, sondern stellt höchstens Anträge, dass sie irgendwelche Listen haben will.

(Klare [SPD]: Sie waren doch dabei!)

Sie kritisiert dann auch kaum den Haushaltsentwurf, sondern äußert sich nur auf Pressekonferenzen kurz vor der Verabschiedung des Haushalts im Plenum. Da stellt sie dann Forderungen, wie etwa nach Einstellung von zusätzlich 3.000 Lehrkräften,

(Busemann [CDU]: Das ist vernünftig!)

ohne jedoch einen seriösen Finanzierungsvorschlag vorzulegen.

(Eveslage [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Dieser kommt - alle Jahre wieder - erst zur Weihnachtszeit, dann nämlich, wenn die Fachberatungen in den Ausschüssen abgeschlossen sind.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Aufgrund der Fachberatungen!)

Die Opposition kann ihre Anträge auch keiner Fachberatung aussetzen. Schließlich würden sonst jeder betroffene Verein, die Eltern, die Lehrkräfte, die Gewerkschaften, der Bund der Steuerzahler, also - kurz - alle, die sich für den Haushalt interessieren, merken, wie substanzlos, hingepfuscht und teilweise widersprüchlich Ihre Haushaltsvorschläge sind.

(Klare [CDU]: Nennen Sie nur ein einziges Beispiel, damit wir darauf



eingehen können! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn uns die Ausbildung und die Bildung unserer Kinder nicht so wichtig wäre, könnten wir über diese Art von Bildungspolitik eigentlich nur noch schmunzeln. Bei der CDU geht nämlich folgendes Spiel ab: Die SPD-geführte Landesregierung führt mit der Verlässlichen Grundschule den Fremdsprachenunterricht für alle ab Klasse 3 ein. Was macht die CDU? - Sie fordert den Fremdsprachenunterricht ab Klasse 1. Ich gehe jede Wette ein: Wenn wir den Fremdsprachenunterricht ab Klasse 1 einführen würden, dann würde die CDU ihn für den Kindergarten fordern.

#### **Vizepräsident Jahn:**

Frau Kollegin Seeler, möchten Sie, bevor Sie die Wette eingehen, eine Frage des Kollegen Eveslage beantworten?

#### **Frau Seeler (SPD):**

Nein! Ich habe leider zu wenig Zeit. Wie Sie wissen, sind wir in Verzug.

Genauso verhält sich das mit der Einstellung von Lehrkräften. In der vergangenen Haushaltsberatung hat die CDU-Fraktion die Einstellung von zusätzlich 1.000 Lehrkräften gefordert. Nachdem wir dann die Mittel für 1.000 Lehrkräfte zur Verfügung gestellt hatten und zusätzlich auch noch Mittel im Gegenwert von 1.000 Lehrkräften für die VGS, fordert die CDU natürlich wieder mehr. Nun müssen es 3.000 Stellen sein! Was, meinen Sie, würde wohl passieren, wenn wir zusätzlich 3.000 Stellen schaffen würden? - Klar: Die CDU-Fraktion würde wieder sagen, das sei zu wenig, wir bräuchten 4.000, 5.000 oder 6.000 Stellen. Bei der CDU-Fraktion sind diese Zahlen völlig beliebig. Hauptsächlich mehr als die Regierung.

Innerhalb der CDU-Fraktion geht das so: Herr Busemann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher, der - das muss man allerdings wissen - noch nie im zuständigen Kultusausschuss gesichtet wurde,

(Frau Vockert [CDU]: Und Sie sitzen dort und sagen nichts! Bei Ihnen ist das noch peinlicher! - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sagen Sie etwas zur Sache!)

fordert in der Öffentlichkeit medienwirksam 3.000 Stellen mehr. Herr Klare, schulpolitischer Sprecher und Fachmann der CDU-Fraktion, erklärt dann anhand umfangreichen Zahlenmaterials in nichtöffentlicher Ausschusssitzung, dass wir viel zu wenige Lehrkräfte auf dem Markt und in der Ausbildung haben,

(Klare [CDU]: Natürlich!)

um nur die vorhandenen Stellen wieder zu besetzen.

(Klare [CDU]: So ist es!)

Vielleicht können sich die beiden Herren in ihrer Fraktion einmal einigen. Aber Einheit ist in Ihrer Fraktion ja nun wirklich keine Stärke.

(Klare [CDU]: An wen richtet sich der Vorwurf?)

Übrigens, Herr Klare, Sie haben Recht: Wir haben in den nächsten Jahren zu wenige Lehrkräfte, um die große Zahl der in Pension gehenden Lehrkräfte zu ersetzen. Allerdings haben alle Bundesländer dieses Problem. Hessen zum Beispiel versucht deswegen, Lehrkräfte aus anderen Bundesländern abzuwerben.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Die beiseitigen das Unterrichtsfehl!)

Wir in Niedersachsen haben aber inzwischen längst gehandelt und die Ausbildungskapazitäten erhöht.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Aufgrund dieser Tatsache und der erfolgreichen Werbekampagne für den Lehrerberuf haben wir inzwischen 25 % mehr junge Menschen im Lehramtsstudium.

Was macht nun die CDU? - Sie konterkariert diese Bemühungen, indem sie in einer Presseerklärung zum Haushalt die Absenkung der Eingangsbesoldung für den höheren Dienst fordert. Was soll das? Wollen Sie etwa die Eingangsbesoldung für die Lehrkräfte senken? Sollen etwa damit die jungen Menschen motiviert werden, Lehrer zu werden?

(Frau Litfin [GRÜNE]: Ich glaube, das Gehalt ist nicht das, was sie abschreckt!)

Wie simpel die Bildungspolitik à la CDU ist, kann man täglich in der Diskussion um die Schulstruktur erleben. Die CDU fordert platt die Abschaffung der OS.

(Eveslage [CDU]: Seit Jahren!)

Gründliche Untersuchungen des Bestehenden und möglicher Alternativen sind für die CDU reine Geldverschwendung. Meinungsumfragen bei Eltern und Schülern sind für die CDU völlig unwichtig.

(Eveslage [CDU]: Ich wollte Sie fragen, ob Sie das Konzept Ihres Ministerpräsidenten kennen!)

Die CDU glaubt nämlich, sie wisse, was richtig sei: ein begabungsgerechtes Schulsystem nämlich.

(Frau Vockert [CDU]: Richtig!)

Was ist Begabung? - Das ist für die CDU völlig unwichtig. So schwierige Fragen wollen gar nicht erst gestellt und schon gar nicht gelöst werden. Die guten Arbeitsergebnisse der Orientierungsstufe werden von der CDU nicht zur Kenntnis genommen. Zukünftige Anforderungen der Wissensgesellschaft an unsere Kinder - unwichtig! Hauptsache die CDU kann ihre Ideologie weiter hegen und pflegen.

### **Vizepräsident Jahn:**

Frau Kollegin Seeler, der Kollege Eveslage macht noch einmal einen Anlauf, Ihnen eine Frage zu stellen.

### **Frau Seeler (SPD):**

Ich hatte schon gesagt, dass ich keine Zwischenfragen zulasse, weil die Zeit sehr knapp ist.

Aber natürlich ist man für die Beibehaltung des freien Elternwillens. Diesen gibt es aber in Bayern nicht.

(Eveslage [CDU]: Ich wollte Sie fragen, warum Sie gegen das schöne Konzept Ihres Ministerpräsidenten sind! - Glocke des Präsidenten)

- Ich hatte eben gesagt, dass ich keine Zwischenfragen zulasse. - Wenn dann nach der vierten Klasse zu viele Kinder auf das Gymnasium wollen, gibt es laut CDU-Vorschlag eine so genannte Kapazitätsverordnung. Diese soll dann die Kinder auf die

unterschiedlichen Schulformen verweisen. Nach welchen Kriterien? - Das verheimlicht die CDU.

Für Sie, Herr Busemann, besteht Bildungspolitik doch ausschließlich aus Pressearbeit nach dem Motto: Hauptsache man redet und schreibt über mich, Herrn Busemann.

(Heineking [CDU]: Sie wissen gar nicht, wie viel der Mann unterwegs ist!)

Deshalb doch Ihr merkwürdiges Angebot, Sie wollten einen Schulkrieg verhindern, wie Sie in der Presse verlauten lassen. Ich weiß gar nicht, was dieses Angebot soll. Wir von der SPD führen nämlich überhaupt keinen Krieg und schon gar nicht einen Schulkrieg.

(Zurufe von der CDU)

Den Schulkrieg führen Sie ganz allein, und zwar gegen unsere Schule und die dort arbeitenden Lehrkräfte sowie die Schülerinnen und Schüler.

(Schirmbeck [CDU]: Wir führen keinen Krieg! Wir sind eine humane Gesellschaft!)

Sie sind es doch, der die Arbeit, die dort geleistet wird, schlechtredet. Sie wollen doch die OS einfach abschaffen und die Gesamtschulen bei der Gelegenheit gleich mit.

Sie sprechen doch abfällig von „Kuscheleckenpädagogik“, wenn Sie von den Grundschulen reden. Sie sind es doch, die behaupten, unsere Kinder würden viel zu wenig lernen, und Sie fordern, Leistungsbewusstsein müsste in die Schulen einziehen. Sie erklären doch den Gymnasien den Krieg mit Ihrer Forderung nach einem Zentralabitur, weil Sie damit unterstellen, dort würde so schlecht gearbeitet, dass die Arbeit durch Zentralprüfungen kontrolliert werden müsste. Sie reden doch ständig von Katastrophen, wenn Sie über unsere Schulen reden, und fordern jetzt sogar noch einen Notplan, als ob an unseren Schulen der Notstand ausgebrochen sei.

Hören Sie endlich auf mit dieser Katastrophenrhetorik und stellen Sie den Krieg gegen unsere Schulen ein!

(Eveslage [CDU]: Sie sollten sich einmal beim Landeselternrat informieren!)

Was hat Herr Busemann mit diesem komischen Friedensangebot eigentlich bezweckt? - Nicht etwa das, was ein Nicht-Busemann darunter verstehen würde, nämlich die Suche nach Lösungen von Konflikten, die Suche nach Kompromissen. Nein, wir von der SPD sollen unsere zukunftsgerichtete wertvolle Bildungspolitik aufgeben ebenso wie unsere Werte wie Chancengleichheit, gemeinsame Erziehung und eine größtmögliche Durchlässigkeit des Schulsystems. Wofür eigentlich? -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dafür, dass die Haupt- und Realschulen zusammenarbeiten dürfen, wenn die Schulträger dies wollen. Das war das Angebot von Herrn Busemann. Das ist doch aber in Niedersachsen schon längst schulischer Alltag. Ungefähr 45 % aller Realschulangebote sind längst kooperative oder integrative Haupt- und Realschulangebote. Herr Busemann, Sie sollten sich endlich mit unserem Schulsystem auseinander setzen, bevor Sie einen Schulkrieg ausrufen und anschließend gleich die Friedensangebote mitliefern.

(Frau Körtner [CDU]: Das war nur ein Appell an die Vernunft, Frau Seeler!)

Aber wie immer geht es Ihnen ja gar nicht um die Inhalte. Es geht Ihnen um viel Lärm, nur für sich selbst. Herr Busemann, sprechen Sie Ihre Vorschläge beim nächsten Mal erst einmal mit Ihrer Fraktion ab, damit Sie nicht wieder zurückgerufen werden müssen, und geben Sie doch die Profilierung gegen Ihren Fraktionsvorsitzenden auf Kosten unserer Schulen endlich auf!

Mit uns, Herr Busemann, wird so nicht Schulpolitik gemacht. Wir schauen uns die Probleme im Schulwesen an und sorgen dann für Abhilfe.

Beispiel 1: Zu geringe Ausstattung der Lehrkräfte und Schulen mit Medien und Medienkompetenz. Wir legen dazu das Aktionsprogramm N21 auf und stellen in den nächsten drei Jahren 75 Millionen DM zur Verfügung. Darüber hinaus werden Mittel aus der Wirtschaft eingeworben.

Beispiel 2: Die veränderten Familienstrukturen und der dadurch entstehende Mehrbedarf an Betreuung für Grundschul Kinder. Wir entwickeln mit der Verlässlichen Grundschule ein flächendeckendes Modell, das finanzierbar ist. Der Erfolg vor Ort gibt uns überall Recht.

Beispiel 3: Rassismus, steigende Gewaltbereitschaft und Verwahrlosung vieler Jugendlicher. Unser Präventionsprogramm und das Programm für eine stärkere Sozialarbeit und Vernetzung der Hauptschulen in der Region wird bei der Lösung dieser Probleme helfen.

Beispiel 4: Gerade größere Schulen wünschen sich mehr finanziellen Spielraum, um auf ihre unterschiedlichen Situationen und Bedürfnisse flexibel reagieren zu können. Die jetzt im Haushaltsbegleitgesetz vorgeschlagene Änderung des Schulgesetzes soll Modelle zur Budgetierung ermöglichen und dabei die bisher festgefügtten Grenzen zwischen Schulträger und Land variieren können. Die CDU lehnt das einfach ab. Begründung: unbekannt.

(Schirmbeck [CDU]: Sie haben mit mir doch gar nicht gesprochen! Dann können Sie das doch gar nicht wissen!  
- Gegenruf von Mühe [SPD]: Du bist doch nicht die CDU!  
- Schirmbeck [CDU]: Aber in 30 Jahren bestimmt!  
- Glocke des Präsidenten)

Wir betreiben unsere Schulpolitik, indem wir mit den Betroffenen reden, und genauso machen wir das auch in der Hochschulpolitik.

(Frau Körtner [CDU]: Vor allem mit dem Landeselternrat!)

- Mit dem reden wir auch, sehr intensiv, genau!

Die näheren Ausführungen zur Hochschulpolitik wird Herr Domröse machen, und zur Schulpolitik wird dann noch Herr Fasold sprechen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Jahn:**

Frau Kollegin Litfin hat das Wort.

**Frau Litfin (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin meinem Vorredner und meiner Vorrednerin sehr dankbar. Ich war ein wenig müde. Jetzt ist wieder Adrenalin freigesetzt. Ich kann mich aufregen, wenn ich sowohl vom Kollegen Busemann als auch unwidersprochen von der Kollegin Fasold -

(Lachen und Heiterkeit)

- von der Kollegin Seeler - ich finde auch, dass ich mich manchmal zauberhaft verspreche! - höre, dass wir einen Schulkrieg hätten. So ein blödsinniges Wort!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich kann nur davon ausgehen, dass beide Kollegen noch nie in einem ausgewiesenen Krisengebiet gewesen sind.

(Meinhold [SPD]: Herr Busemann hat das gesagt, Frau Litfin! - Busemann [CDU]: Beide!)

Aus meiner Sicht verlangt dieser Tagesordnungspunkt sehr viel mehr Ernsthaftigkeit, als Sie hier bisher an den Tag gelegt haben - auch Sie, Herr Meinhold.

(Meinhold [SPD]: Da haben Sie ganz Recht! Da stimme ich Ihnen zu!)

Ich möchte an dieser Stelle mit einem Zitat unseres Bundespräsidenten, Herrn Rau, beginnen, der im Juli zur Schul- und Bildungspolitik Folgendes gesagt hat:

"Es geht um jeden einzelnen Menschen, um seine Chancen und um die Entwicklung seiner Persönlichkeit. Es geht um die Gesellschaft, die nicht auseinander fallen darf in Bildungsbesitzer und Bildungsverlierer, und es geht darum, die großartigen Möglichkeiten zu nutzen, die uns die Gegenwart bereitstellt. Zeigen wir, was uns die Zukunft wert ist!"

Was, so frage ich mich mit Blick auf den Haushalt 2001, ist denn unserer Landesregierung unsere Zukunft wert? Brüstet sich Sigmar Gabriel zu Recht mit einem Aufbruch für Bildung, Erziehung und Qualifizierung? Wie gehen denn er und seine folgsame Kultusministerin - die hat er ja gut erzogen; so weit zur Erziehung -

(Schirmbeck [CDU]: Die ist manchmal so richtig stürmisch!)

denn mit dem Humankapital in unseren Schulen um?

Betrachten wir das Ganze doch einmal unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. In einem Dienstleistungsbetrieb - ich meine, dass man die Bil-

dungseinrichtungen damit am ehesten vergleichen kann - ist die wichtigste Ressource das Personal. Wer diese Beschäftigten im Betrieb und nicht nur auf der Gehaltsliste haben will, der muss dafür sorgen, dass es ihnen gut geht. Unseren Lehrkräften aber geht es offenbar nicht gut. Zwar gibt es getreu dem Motto "Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß" bisher noch keine Statistik über den Krankenstand an unseren Schulen; aber die ständig steigende Flut an Petitionen, in denen sich Eltern über Unterrichtsausfall wegen Langzeiterkrankungen von Lehrerinnen und Lehrern beschweren, und auch die Beschwerden, die wir immer wieder bei den Veranstaltungen landauf, landab hören, deuten darauf hin, dass es mit der Gesundheit der Beschäftigten nicht zum Besten steht.

Auch die in den letzten Jahren permanent steigende Zahl von Frühpensionierungen im Lehrerbereich sollte für einen verantwortungsvollen Arbeitgeber ein Warnsignal sein.

(Zustimmung von Ontijd [CDU])

Im letzten Jahr mussten weit über 50 % der ausgeschiedenen Lehrkräfte vor Erreichen der Altersgrenze ihren Dienst quittieren. Diese vorzeitig ausgestiegenen Arbeitskräfte kosten das Land jährlich 300 Millionen DM. Das ist der Gegenwert von 3.000 Lehrer- und Lehrerinnenstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Wäre es nicht spätestens angesichts dieser horrenden Summe - von Fürsorgepflicht spreche ich gar nicht mehr, denn fürsorglich ist die Landesregierung ja nicht -

(Zustimmung von Busemann [CDU] - Widerspruch von Mühe [SPD])

nicht endlich an der Zeit, Maßnahmen zum Erhalt der Gesundheit der Lehrer zu ergreifen und wenigstens die von uns geforderte bescheidene Summe von 5 Millionen DM zum Einstieg in angemessene Präventionsmaßnahmen in den Haushalt einzustellen? - Nein, die Landesregierung und die folgsame Regierungsfraktion wollen offenbar weiterhin Millionenbeträge für vermeidbare Frühpensionierungen aus dem Fenster werfen und weiterhin Unterrichtsausfälle in gigantischem Ausmaß hinnehmen. Im Haushalt 2001 ist keine zusätzliche Mark für Gesundheitsfürsorgemaßnahmen zu finden.

Irgendwie fühlt man sich, nachdem meine Fraktion mit ihrer Großen Anfrage zu dem Thema relativ viel Wirbel verursacht, offenbar verpflichtet, irgendetwas für die Gesundheit der Lehrer zu tun. Aber kosten darf es nicht zusätzlich. Also werden vier - vier! - Vollzeitlehrereinheiten aus den ohnehin unterversorgten Schulen abgezogen, und diese Personen sollen sich dann an einem Tag in der Woche um die restlichen 80.000 Lehrer und Lehrerinnen des Landes kümmern und denen beratend zur Seite stehen. Das wird weiterhelfen!

(Möllring [CDU]: Das ist Schulpolitik der SPD!)

Tatsächlich weiterhelfen könnte angesichts der Zunahme der Erziehungsarbeit in unseren Schulen - das hat Sigmar Gabriel ja durchaus richtig erkannt - sozialpädagogische Kompetenz an der Seite der Lehrkräfte. Gabriels Erkenntnis folgte flugs und laut die Ankündigung: Alle Hauptschulen bekommen Sozialarbeiter. - Diese Ankündigung ist in den Schulen und vom Rest des Volkes - ich glaube auch bei uns allen - sehr gut angekommen. Und alle warten auf die Umsetzung. Leider stellt sich jetzt heraus, dass der Ministerpräsident - das kommt ja öfter vor - nicht bereit ist, seine Bestellung auch zu bezahlen. Wieder einmal sollen die arg gebeutelten Kommunen den Letzten spielen, der ja bekanntlich vom Hund gebissen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Sie sollen die Sozialarbeiter einstellen und bekommen für die Dauer von drei Jahren einen Teil der Personalkosten vom Land erstattet. Danach dürfen sie dann voll lohnen - und das, obwohl der Erlass besagt, dass die Aufgabe der Sozialpädagogen in erster Linie die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen sei. Nach dem Schulgesetz ist aber die Schule dafür zuständig, es Schülern und Schülerinnen zu ermöglichen, ihren Bildungsweg in berufsbezogenen Ausbildungsgängen fortzusetzen. Es handelt sich hier also eindeutig um eine vom Land zu finanzierende schulische Aufgabe und nicht um eine Jugendhilfemaßnahme, die die Kommune zu zahlen hätte.

(Beifall bei der CDU)

Nun ja, seine Schlagzeile hat Siegmund Gabriel gehabt. Die kann ihm auch keiner mehr nehmen. Dass es unter den geschilderten Bedingungen keine Sozialarbeiter in den Schulen geben wird - die Kommunen haben kein Geld, diese Personalkosten

noch zusätzlich zu tragen -, scheint den Ministerpräsidenten und seine gehorsame Fraktion nicht weiter zu kümmern.

Aber, was beschwere ich mich eigentlich? - Die Landesregierung spielt der Opposition doch wundervolle Pässe zu mit all ihren nicht erfüllten oder nicht erfüllbaren Versprechungen. Laptops für jeden Schüler und jede Schülerin sollte es geben. Und was gibt es? - 10 % aller Lehrerzimmer sind jetzt drin - im Internet. Diese beeindruckende Leistung muss uns doch alle vom Hocker hauen. Dauert es doch mit gleichem Tempo und gleichem Mitteleinsatz nur noch neun - neun! - Jahre, und dann sind alle drin und wahrscheinlich auch schon wieder out; denn die rasante Entwicklung der neuen Medien nimmt keine Rücksicht auf das Schneckentempo semi-optimaler Bildungspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich kann dem Ministerpräsidenten, aber auch den Damen und Herren von der CDU-Fraktion nur dringend ans Herz legen, mit der Politik der unhaltbaren Ankündigungen aufzuhören. Die Landesregierung ist ja nicht einmal in der Lage, das kleine Versprechen, 1.000 zusätzliche Lehrkräfte einzustellen, zu halten. Viele der zu Beginn des letzten Schuljahres ausgeschriebenen Stellen konnten mangels Bewerbungen nicht besetzt werden. Der Lehrermarkt ist insbesondere im musischen Bereich leergefegt. Es gelingt kaum noch, Lehrer und Lehrerinnen für ländliche Hauptschulen, insbesondere für die Bereiche Arbeit/Wirtschaft/Technik und Physik zu finden. Nicht nur in unserem Bundesland wurde jahrelang zu wenig und auch noch am Fächerbedarf vorbei ausgebildet. Die Landesregierung hat das gewusst. Solange ich hier in diesem Landtag bin, sage ich bei jeden Haushaltsplanberatungen: Ihr bildet in den Seminaren zu wenig aus, sodass ihr noch nicht einmal den Ersatzbedarf befriedigen könnt.

Dahinter steckt vielleicht aber auch Kalkül; denn auch das ist ein Weg, sich unliebsame Aufgaben vom Hals zu halten. Wenn keine Lehrer und Lehrerinnen da sind, kann man - nicht wahr, Herr Busemann? - keine einstellen. Man kann tausende von Neueinstellungen versprechen. Wenn es keine gibt, kommt man überhaupt nicht in die Verdrückung, dieses Versprechen realisieren zu müssen.

(Mühe [SPD]: Das ist böse und zynisch!)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, könnten beweisen, dass Sie das Geld für die zusätzlichen Stellen tatsächlich ausgeben wollen. Stellen Sie die entsprechenden Beträge - sie sind im Haushalt ja ausgewiesen - doch den Schulen zur Verfügung, die Stellen nicht besetzen konnten. Die Schulen können sich dann z. B. Lehrer und Lehrerinnen aus Musikschulen, aus Kunstschulen oder Leute aus der Wirtschaft holen. Damit wäre allen geholfen. Sie von der SPD-Fraktion könnten auf diese Weise dokumentieren, dass Sie doch irgendwie glaubwürdig sind, und die Schülerinnen und Schüler müssten nicht auf Unterricht in Mangelfächern verzichten.

Im Übrigen - das sage ich insbesondere auch zur CDU-Fraktion - sollten Sie endlich damit aufhören, mehr Geld für mehr der gleichen, alten Arbeit in den Schulen zu fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zusätzlichen Mittel, die auch wir fordern, sollen dafür eingesetzt werden, dass Schulen anders arbeiten können. Unsere Schüler und Schülerinnen schneiden bei TIMSS und anderen Studien doch nicht deshalb so schlecht ab, weil sie zu wenig Mathe- oder Physikunterricht erhalten haben. Sie haben den falschen Unterricht bekommen! Bescheinigt wurde den bundesdeutschen Schulen der didaktische Mangel, mit der Heterogenität der Schüler und Schülerinnen umgehen zu können. Hier müssen wir etwas ändern, und dafür muss Geld ausgegeben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es muss endlich Schluss sein mit den Belehrungsanstalten, deren Frontalunterricht davon ausgeht, dass alle Kinder und Jugendlichen zur gleichen Zeit mit den gleichen Methoden das Gleiche lernen können. Es muss endlich Schluss sein mit der Gleichmacherei, mit der planwirtschaftlich organisierten Schule.

(Eveslage [CDU]: Sekundarschule weg!)

Hören Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, auf, statistisch von Hannover aus dem gesamten Land einheitliche Schulstrukturen überstülpen zu wollen. Die Verhältnisse im Land sind unterschiedlich, und entsprechend unterschiedlich müssen die Schulen arbeiten können. Lassen Sie die Lehrkräfte doch endlich so arbeiten, wie es den

unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entspricht.

(Meinhold [SPD]: Tun sie doch jetzt schon!)

Und hören Sie auf zu versuchen, die jungen Menschen durch die Schulen ausschließlich zu wirtschaftskompatiblen Zöglingen abrichten lassen zu wollen.

(Meinhold [SPD]: Eine Unverschämtheit ist das! - Mühe [SPD]: Brigitte, du weißt doch gar nicht, was du da sagst!)

- Ich an Ihrer Stelle würde nicht lachen. Ich werde meine Aussage gleich noch mit einem Zitat Ihrer Ministerin belegen.

Meines Erachtens kann das nicht das Ziel von Bildung sein. Mündige Bürger und Bürgerinnen einer demokratischen Gesellschaft - das sollen die Kinder werden. Es ist doch peinlich, Herr Mühe, wenn die Ministerin einen späteren Schulbeginn am Morgen ablehnt und als Argument dafür anführt, die Kinder müssten für die Arbeitswelt, für den Rhythmus der Maschinen oder Servicezeiten trainiert werden. Kein Wunder, dass Eltern ihre Kinder vor dieser Art von Abrichtung möglichst lange bewahren wollen und sie erst mit sieben Jahren in die Schulen schicken. An dieser Stelle sollten wir beginnen, wenn Sie meinen, dass unsere Schüler und Schülerinnen zu alt sind, wenn sie die Schulen verlassen.

(Mühe [SPD]: Packt sie alle in Watte! Schön sauber, damit sie niemand berührt!)

Sorgen Sie dafür, dass die Schulen so attraktiv sind, dass die Eltern ihre Kinder dort früher hingeben wollen. Das ist der lukrativere Weg.

Meine Damen und Herren, unsere Schulen werden nur besser arbeiten können, wenn wir Bevormundung streichen und gemeinsam Vertrauen investieren - Vertrauen darauf, dass sich Kinder und Jugendliche wirklich bilden und wirklich lernen wollen, und Vertrauen darauf, dass Lehrer und Lehrerinnen ihre Arbeit gut machen. Lassen Sie die Schulen sich entwickeln, und zwar ohne Vorschriften von oben. Stalinismus wird an dieser Stelle nicht gebraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Mühe [SPD]: Das kennt Ihr doch am besten!)

**Vizepräsident Jahn:**

Das Wort hat der Kollege Klare.

**Klare (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte eigentlich gedacht, dass auch die Frau Ministerin etwas zu diesem Thema sagt. Frau Ministerin, heute dürfen Sie einmal ganz frei sagen, was Sie wollen; denn der Ministerpräsident ist nicht hier. Sie dürfen hier alle Ihre Wünsche darstellen.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Die Frage ist nur, wie lange das, was Sie uns heute verkünden, denn halten wird. Wird das genauso schnell gehen wie beim Ministerpräsidenten, wenn er bei Ihnen so reinfurcht, wie er das ja erst neulich bei der Strukturdebatte getan hat?

(Mühe [SPD]: Müsst Ihr von der CDU-Fraktion immer die Unwahrheit sagen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU will 3.000 zusätzliche Lehrer einstellen. Ich möchte mich bei den Finanzpolitikern unserer Fraktion ganz herzlich dafür bedanken, dass sie diesen Kraftakt möglich gemacht haben.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Ganz doll! Dieser saumäßige Antrag! Das ist eine tolle Leistung! - Dr. Domröse [SPD]: Wir sollten die Haushaltsplanberatungen besser zum Fasching machen!)

Meine Damen und Herren, das ist keine einfache Angelegenheit. Ich glaube aber, dass wir hiermit ein ganz wichtiges politisches Signal gesetzt haben. Unser Schwerpunkt heißt Schule, Bildung und Erziehung. Wenn man das ernst meint, muss man Taten folgen lassen und darf nicht nur Sprüche machen, wie das hier seit Jahren immer wieder der Fall ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man einen Schwerpunkt setzt, heißt das auch, Herr Mühe und wer vorhin sonst noch zum

Sozialbereich gesprochen hat, dass wir überall sparen müssen. Wir dürfen aber niemals auf Kosten unserer Kinder sparen.

(Mühe [SPD]: Ihr fordert nur überall! Nur fordern und nichts beitragen!)

- Lieber Herr Mühe, ich habe nur gehört, dass Sie allgemeine Kritik an den Sparvorschlägen vorgebracht haben. Hätten Sie einen einzigen Punkt konkret benannt, Frau Seeler, wäre ich darauf eingegangen. Sie haben sich aber nicht die Mühe gemacht, auch nur ein konkretes Beispiel dafür anzuführen, wo wir denn falsch gelegen haben. Ich hätte es mir gewünscht.

(Mühe [SPD]: Der Kollege Schwarz hat das sehr deutlich gemacht für die 10 Millionen beim Maßregelvollzug! Zuhören an der richtigen Stelle!)

Da Sie vorhin gerade zum Sozialbereich Ihre Kritik angebracht haben, sage ich Ihnen jetzt einmal Folgendes ganz konkret: Eine gute Schulpolitik erspart Ihnen im Sozialbereich viel Geld, Herr Mühe!

(Beifall bei der CDU)

Ich sage es noch einmal umgekehrt: Was Sie im Schulbereich über die Jahre hinweg gekürzt haben, Frau Jürgens-Pieper, das geben Sie im Sozialbereich doppelt und dreifach wieder aus. Das ist leider die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Wir haben den Haushalt um 3,6 % erhöht! Ihr seid Ignoranten!)

Dann sollten Sie es da anbringen, wo es richtig angebracht ist, nämlich bei der Bildung und bei der Erziehung unserer Kinder.

(Mühe [SPD]: Ignoranten!)

Meine Damen und Herren, nun noch einen Satz zu den fehlenden Lehrkräften. Wir werden Probleme haben, diese einzustellen, weil sie gar nicht mehr auf dem Markt sind. Seit 1993 predige ich - möchte ich fast schon sagen - von dieser Stelle immer wieder:

(Mühe [SPD]: „Predigen“ nimmt dir keiner ab!)

Kümmern Sie sich um den Lehrernachwuchs, und Sie legen das Problem beiseite! Als ich vor kurzem

noch darauf hingewiesen habe, dass Ingenieure eingestellt werden müssten, hat Herr Fasold geantwortet, Sie könnten das alles ganz allein, und ich würde pädagogisch überhaupt nicht auf dem Laufenden sein.

(Mientus [SPD]: Das stimmt!)

- Ja, ein Spruch. - Meine Damen und Herren, getan haben Sie nichts. Heute laufen Sie den Hessen hinterher, die das richtig machen. Man muss das jetzt zum Teil aggressiv machen. Die werden die Lehrer kriegen. Frau Jürgens-Pieper, mit was wollen Sie denn für Lehrer in Niedersachsen werben? - Mit Dreiviertelstellen, oder mit was?

(Zuruf von Ministerin Jürgens-Pieper  
- Glocke des Präsidenten)

### **Vizepräsident Jahn:**

Einen Augenblick, Herr Kollege Klare. - Frau Ministerin wird das Wort noch nehmen. Ich möchte darum bitten, dass wir hier so verfahren, wie es in diesem Hause üblich ist, dass nämlich von der Regierungsbank aus nicht in die Debatte eingegriffen wird. Wir machen das hier vom Podium aus. Bei dieser guten Gepflogenheit sollten wir bleiben.

### **Klare (CDU):**

Ich wäre froh, Herr Präsident, wenn sie einmal etwas sagen würde, was wir am Ende auch glauben könnten. Das wäre ja ganz schön.

(Mühe [SPD]: Das ist ja unverschämt!)

### **Vizepräsident Jahn:**

Herr Kollege Klare, auch das lasse ich jetzt in dieser Weise nicht durchgehen. Ich habe darauf hingewiesen, dass sich die Ministerin gemeldet hat. Sie wird dazu das Wort nehmen. Dann können Sie Ihre Auseinandersetzungen führen. Wenn ich darum bitte, die Gepflogenheiten des Hauses einzuhalten, dann gilt das für alle Seiten.

### **Klare (CDU):**

Vielen Dank. - Frau Jürgens-Pieper, dann spreche ich Sie jetzt von dieser Stelle aus ganz persönlich an und frage Sie, ob Sie die Kritik, die zurzeit auf Sie zukommt, völlig kalt lässt. So hat Ihnen z. B. der Landeselternrat attestiert, dass Niedersachsen

auf dem Weg in den Bildungs- und Erziehungsnotstand ist. Übrigens einstimmig beschlossen. Das sagt nicht nur der Landeselternrat, sondern das sagen auch viele andere Institutionen. Oder ist es Ihnen völlig egal, wenn dieses Gremium von einer völlig unzureichenden Unterrichtsversorgung spricht?

Frau Ministerin, auch das will ich noch sagen: Die Art und Weise, in der Sie auf Elternproteste reagieren, ist beschämend. Eltern erklären, dass sie sich um die Zukunft ihrer Kinder Sorgen machen, und Sie erklären: Das stimmt alles nicht. Die Administration in der Schule hat Schuld. Die Schulaufsicht hat Schuld. Sie wissen immer alles besser und lassen sich dann immer noch von einigen Ihrer Mitarbeiter sagen, was alles richtig ist. Dann ist für Sie die Welt in Ordnung. Wenn es dann noch ein paar freche Schulleiter gibt, die öffentlich auf die Mängel hinweisen, dann erklären Sie denen richtig, wo der Hammer hängt, Frau Jürgens-Pieper. Die werden dann bei Ihnen einbestellt und bekommen Abmahnungen.

(Mientus [SPD]: Das ist auch richtig so! - Plauke [SPD]: Redet da vorne nicht gerade ein Beamter mit Rückkehrrecht in den Schuldienst?)

Ich kann Ihnen nur sagen: So, wie Sie auf die Probleme reagieren, die an den Schulen vorhanden sind, werden Sie gar nicht in der Lage sein, diese Sachen zu meistern, weil Sie die Probleme überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen. Eine Ministerin, die die Probleme wegschweigt und verschleiert, ist eigentlich nicht mehr in der Lage, ihr Amt vernünftig auszuführen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Untersuchungsausschuss!)

### **Vizepräsident Jahn:**

Frau Kollegin Vogelsang hat das Wort.

### **Frau Vogelsang (CDU):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich meine, wir sollten die schulpolitische Debatte nicht beenden, ohne zumindest einige Sätze zum Bereich der beruflichen Bildung zu sagen.

(Mientus [SPD]: Machst du das jetzt aus der Sicht der Frauenunion?)



- Danke, Herr Mientus.

Wir erleben und haben gerade in den zurückliegenden Monaten durch viele Besuche in den Berufsschulen sehen müssen, dass das, was Sie den Schulen und der Bevölkerung als so genanntes Modernisierungskonzept beizubringen versuchen, nichts anderes als ein Konzept zur Einsparung, zum Streichen von Stellen ist und dass es die Berufsschulen in eine Situation bringt, die ihnen gerade im ländlichen Raum keine Chance zum Überleben mehr lässt.

(Zustimmung bei der CDU)

Es kann nicht sein, dass das, was Sie den Schulen und der Bevölkerung als Modernisierung zu verkaufen versuchen, im Einklang mit dem Klassenbildungserlass dazu führt, dass im ländlichen Bereich ganze Ausbildungsbereiche nicht mehr vorgehalten werden können, weil zu wenige Schülerinnen und Schüler in den Jahrgängen sind. Das ist absolut nicht in Ordnung.

(Mientus [SPD]: Das liegt aber nicht an der Regierung!)

- Das liegt absolut an dem Schulsystem.

(Mientus [SPD]: Das liegt an der Fruchtbarkeit!)

- Herr Mientus, Sie können versuchen, was Sie wollen, Sie bringen mich doch nicht aus dem Konzept.

(Mühe [SPD]: Sie waren doch schon ganz draußen! - Fasold [SPD]: Sie waren noch gar nicht im Konzept drin!)

- Das ist absolut falsch.

Wie ist die Situation?

(Mühe [SPD]: Mut zur Lücke!)

- Meine Damen und Herren, jetzt ist Schluss mit allen Zwischenrufen!

(Heiterkeit)

Zum Schulbeginn fehlten uns 1.500 Vollzeitlehrer. Wir hatten fächerspezifische Lücken, die uns allen bekannt sind, gerade im naturwissenschaftlichen und musischen Bereich. Wir wissen, dass im Berufsschulbereich eine Unterrichtsversorgung von 70 % oder ein bisschen mehr keine Seltenheit ist.

Wir haben 2.300 neue Schülerinnen und Schüler zu Beginn des Schuljahres in die Berufsschulen bekommen und wissen, dass wir erst zum Jahr 2008 den Schülerberg in diesem Bereich erreichen werden. Ich frage: Woher wollen Sie die Lehrer nehmen?

Da setzt das Konzept an. Sie sagen, 800 Stellen seien durch das Konzept eingespart worden, das Sie als Modernisierung verkauft haben, das aber nichts anderes als Einsparungen bringt.

(Zustimmung von Rolfes [CDU])

Sie behaupten, dass Sie Stunden im Umfang von 200 Lehrstellen in die Schulen gegeben haben. Das sind aber Stunden, die vorher gekürzt worden sind.

(Mientus [SPD]: Ist das jetzt Mengenlehre?)

Sie haben versucht, die Statistik durch Manipulationen zu verändern und zu verfälschen. Das ist nicht mehr tragbar. Die Stunden, die Sie angeblich in die Schulen gegeben haben, sind also vorher gestrichen worden. Das steht außer Frage.

In bestimmten Fächern fehlen uns die Lehrer. Die Klassen sind so groß, dass kein effizienter Unterricht möglich ist. Im ländlichen Bereich werden ganze Bereiche zusammenbrechen: Entweder wird nicht mehr beschult, oder es müssen infolge des Blockunterrichts weite Wege zurückgelegt werden. Das ist nicht in unserem Sinne. Das kann auch nicht sein.

Die Situation für die Berufsschulen ist und bleibt bedrückend. Sie wird nicht besser dadurch, dass Sie versuchen, es schönzureden. Das, was insgesamt als Modernisierung verkauft wird, ist nichts anderes als Streichungen und Kürzungen. Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Gehen Sie in die Berufsschulen! Gucken Sie sich an, was aus dem geworden ist, was Sie als Modernisierung verkauft haben, und lasten Sie bitte den Lehrern an den Berufsschulen nicht neue Aufgaben, Belastungen und Problembewältigungen unter dem Deckmantel von Budgetierung auf, die sie nicht leisten können, weil vonseiten der Regierung die Stellen nicht zur Verfügung gestellt werden!

(Beifall bei der CDU)

Gerade das, was in den letzten Tagen bekannt geworden ist, dass den Berufsschulen plötzlich mit

Erlass vom 22. November Geld für zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer zur Verfügung gestellt werden soll, aber dass bereits am 6. Dezember der Abgabetermin und Schluss sein sollte, ist wirklich nichts anderes als ein Aprilscherz.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Da war der 1. April schon lange vorbei!)

Welche Schule soll in so wenigen Tagen etwas bewerkstelligen können?

Machen Sie es so, wie es die CDU gefordert hat: 3.000 neue Lehrerstellen. Dann werden Sie sehen, auch im Bereich der beruflichen Bildung wird es dann ein Aufblühen geben. - Danke.

(Beifall bei der CDU - Buß [SPD]: Doll war das nicht! - Gegenruf von der CDU: Mach's besser!)

#### **Vizepräsident Jahn:**

Frau Kultusministerin Jürgens-Pieper hat jetzt das Wort.

#### **Jürgens-Pieper, Kultusministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte noch einmal wegen des Zwischenrufs um Entschuldigung. Manchmal ist auch bei mir das Adrenalin etwas überschüssig.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Lass' es raus, Renate!)

Manchmal ist es mit dem Abarbeiten etwas schwierig, vor allem wenn man so lange zuhören muss und das Gefühl hat, dass viele Informationen fehlen oder bestimmte Informationen ganz bewusst nicht zur Kenntnis genommen werden.

Wir reden über den Haushalt 2001. Ich möchte festhalten, dass es im kommenden Haushaltsjahr um eine Erhöhung von 6,84 Milliarden DM um 251 Millionen DM auf 7,09 Milliarden DM geht. Das ist die Bildungsoffensive der Landesregierung. Die drückt sich auch in Zahlen aus.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Jahn:**

Frau Ministerin, möchten Sie eine Frage der Kollegin Litfin beantworten?

#### **Jürgens-Pieper, Kultusministerin:**

Nein, ich möchte im Zusammenhang vortragen.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Schade! Ich hätte gerne gewusst, was in den letzten Jahren gestrichen worden ist!)

Wenn Sie behaupten, da bahne sich eine Katastrophe an, dann schauen Sie sich bitte die offiziellen Zahlen im Ländervergleich an.

(Zuruf von der CDU: Dann gehen Sie doch mal herein!)

- Ich gehe auch in die Schulklassen hinein. - Dann werden Sie bei den harten Faktoren sehen: Bei erteilten Unterrichtsstunden pro Kopf, Klassenfrequenzen und bei der Schüler/Lehrer-Relation liegt Niedersachsen im Mittel der westlichen Bundesländer. Schauen Sie hinein!

(Frau Litfin [GRÜNE]: Da waren wir mal Spitze!)

Wir haben diese Zahlen. Sie sind nicht von uns ermittelt worden, sondern das sind Länderzahlen, gemeinsame Zahlen. Bei einer recht schwierigen Haushaltssituation - das wissen Sie - ist es eine enorme Leistung der Landesregierung und der Fraktion, dass wir dennoch diese Bildungsoffensive ausstatten. Wir haben ja bereits im laufenden Jahr 70 Millionen DM dafür in den Kultushaushalt eingestellt. Wie gesagt, 251 Millionen DM! Jetzt dürfen Sie mitzählen. Wir haben das richtig ausgerechnet. 1.000 neue Stellen drücken sich einmal in diesem Jahr schon aus und dann natürlich im folgenden Jahr, und zwar voll finanziert. Da besteht allerdings ein Unterschied zu Ihrer Finanzierung von Stellen. Wir finanzieren einen Jahresbetrag. Der drückt sich mit 44 Millionen DM im kommenden Haushalt aus. Und was machen Sie? - Sie finanzieren Ihre Lehrer für fünf Monate. Das ist überhaupt nicht durchfinanziert mit einem vollen Betrag.

(Klare [CDU]: Von August bis Dezember!)

Wenn Sie jetzt von 3.000 Stellen sprechen, dann zeigt sich wieder einmal, dass Ihre Bildungspolitiker mit Ihren Finanzpolitikern offenbar nicht fair umgehen.

3.000 Stellen. - Sie hatten 1.500 für die Berufsschulen gefordert. Das hatten wir hier gerade.

(Klare [CDU]: Nein, wir haben gesagt "die fehlen"! - Weitere Zurufe von der CDU)

Sie haben dann noch 1.500 für die allgemeinbildenden Schulen übrig. Wunderbar!

(Zurufe von der CDU)

Jetzt schauen Sie einmal, welche Erhöhungen Sie in Ihrem Schulstruktur-Antrag gefordert haben!

(Ontijd [CDU]: Das alles stimmt nicht!)

Wissen Sie, wie viele Stellen das sind? - 1.600. Das heißt: Sie würden die rechnerische Unterrichtsversorgung in diesem Fall noch herunterziehen.

(Ontijd [CDU]: Erzählen Sie doch keine Schaumburger Märchen hier! - Weiter Zurufe von der CDU)

Die Soll-Erhöhung ist so hoch, dass Sie die gesamte Zahl der Lehrerstellen, die Sie da eingestellt haben, nach unten drücken.

(Zurufe von der CDU)

- Das haben Ihnen Ihre Bildungspolitiker nicht erzählt.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen Stundenplanerhöhungen, sie versprechen Englisch ab Klasse 1. Das alles kostet doch Geld!

(Zurufe von der CDU)

Das ist also völlig unseriös, was Sie da tun. Rechnen Sie doch einmal Ihren eigenen Schulstruktur-Antrag durch! Wir haben das getan. Ich kann Ihnen das gern zur Verfügung stellen.

(Klare [CDU]: Schön!)

Dann können wir das im Kultusausschuss diskutieren.

(Busemann [CDU]: Sie können ja einstellen und dann richtig rechnen!)

- Mit Ihnen, Herr Busemann, nicht; aber ich würde das gern einmal im Kultusausschuss mit Ihnen diskutieren.

Also: 3.000 Stellen erstens nicht durchfinanziert, zweitens schon wieder aufgebraucht, oder es sind noch 3.000 zusätzlich. Gehen Sie eigentlich davon aus, dass Ihnen das noch irgendjemand im Lande glaubt?! Wenn ich in die Schulen gehe, dann schütteln die dort immer nur mit dem Kopf und sagen: Na gut, CDU, Opposition.

(Klare [CDU]: Bei Ihnen sind sie wahrscheinlich immer voll zufrieden nach dem Motto "Frau Jürgens-Pieper, wir danken Ihnen für die vielen Lehrer"! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ja, wir haben ja auch richtig Geld im Haushalt. Wir haben 1.000 Stellen finanziert, wir haben Geldmittel im Umfang von 1.000 Stellen. Das kann ich nachweisen, und das, was ich nachweisen kann, geht noch weiter.

(Klare [CDU]: Was sagt der Landeselternrat dazu?)

Wir haben z. B. für die berufsbildenden Schulen 18,7 Millionen DM eingestellt. Es ist also falsch, was Sie erzählen, dass es bei den berufsbildenden Schulen abwärts gehe.

(Klare [CDU]: Sie haben eine statistische Manipulation um 12 % vorgenommen!)

- Herr Klare, wir haben 18,7 Millionen DM im Haushalt. Wenn Sie das nicht lesen können, dann geben wir Ihnen eine Brille dazu.

(Klare [CDU]: Die haben Sie 1996 herausgestrichen!)

Für die schrittweise Ausweitung der Zahl der Verlässlichen Grundschulen haben wir für das Schuljahr 2001/02 26,2 Millionen DM vorgesehen. Hinzu kommen Mittel im Umfang von 8 Millionen DM.

Darüber hinaus, Frau Litfin, wird natürlich auch mehr ausgebildet.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Ja, jetzt, viel zu spät!)

Wir haben Anwärter- und Referendarstellen zur Verfügung gestellt. Seit 1990 haben wir die Zahl verdoppelt.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Aber zu spät!)

- Das ist nicht zu spät.

**Vizepräsident Jahn:**

Frau Ministerin, der Kollege Busemann möchte Ihnen eine Frage stellen.

**Jürgens-Pieper, Kultusministerin:**

Nein, ich möchte in einem vortragen.

Zum Weiteren, die 125 Millionen DM. - Sie dürfen weiter mitzählen: 40 Millionen DM für ein Programm, das sowohl die Hauptschulen, deren Kooperation, als auch die Regionen des Lernens betrifft, und dann noch einmal 25 Millionen DM, insgesamt 75 Millionen DM, für die Bildungsoffensive N21 der Landesregierung.

(Klare [CDU]: Jetzt muss ich eine Frage stellen! Darf ich jetzt eine Frage stellen?)

Jetzt müssen wir noch über das Problem der Einstellungspolitik reden. Ich finde, es ist eine Schamlosigkeit von Ihnen, dass Sie das, was die Kollegin Wolf in Hessen macht, hier auch noch verteidigen,

(Beifall bei der SPD)

Lehrer mitten im Schuljahr aus anderen Schulen abzuwerben, zu sagen: In den Ostländern sind die Tarife so niedrig, dass ich gute Chancen habe, mir die Lehrer hierher zu holen. - Wissen Sie was?! Nicht einmal Frau Dr. Schavan, nicht einmal Frau Hohlmeier haben ihr das durchgehen lassen. Wir haben der Kollegin gemeinsam gesagt: Das ist sittenwidrig!

(Starker Beifall bei der SPD)

Abgesehen von Hessen sind Sie hier offensichtlich der Einzige, der zu einer Kultusministerin steht, die nicht einmal die Kultusminister der B-Länder auf ihrer Seite hat. 15 Länder haben erklärt: Wir betreiben keinen Lehrerklauf mitten im Schuljahr.

(Unruhe bei der CDU)

Wir haben das übrigens auch hier mit den Kirchen und mit den Schulen in freier Trägerschaft ausgemacht, dass wir so etwas nicht tun wollen.

Natürlich stehen wir im Wettbewerb mit anderen Ländern; keine Frage.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Dazu sage ich Ihnen Folgendes: 7.000 Personen haben sich - das hat Ihnen übrigens gestern schon Herr Aller gesagt - bei uns beworben. Sie erzählen also Märchen, wenn Sie im Lande behaupten, niemand würde mehr hierher kommen.

(Beifall bei der SPD)

30 % kommen aus anderen Bundesländern. Was soll das also?!

(Klare [CDU]: Die bewerben sich doch überall, in ganz Deutschland!)

Sie wissen ganz genau, dass unser Einstellungskonzept genau richtig ist. Wir stellen jetzt auf Vollstellen um. Wir haben die Lehrkräfte auf Dreiviertelstellen im System und können jetzt erhöhen.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, gerade weil nicht mehr so viele auf dem Markt sind! - Wir wissen punktgenau, an welchen Stellen wir das tun müssen, nämlich demnächst bei den Realschulen und zum Schluss, weil es da noch arbeitslose Lehrer gibt, bei den Gymnasien. Das habe ich Ihnen schon mehrmals dargestellt. Dieses Konzept ist ausgesprochen richtig.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch kein Problem damit, Stellen zu besetzen.

Ein Problem haben wir allerdings bei den Fächerkombinationen. In diesem Zusammenhang bin ich über Ihren „Stalinismus“ erstaunt. Ich kann junge Leute ja nicht dazu bewegen - Frau Litfin, das habe ich Ihnen schon einmal gesagt -, etwas Bestimmtes zu studieren. Ich kann das nicht lenken und leiten; Herr Oppermann auch nicht. Aber Herr Oppermann und ich haben rechtzeitig im letzten Jahr geworben, und das hat sich ausgewirkt.

(Zurufe von der CDU)

In diesem Wintersemester gibt es 25 % mehr Studierende im Lehramt - 25 % -,

(Plaue [SPD]: Hört, hört!)

und zwar haarscharf in den Fächern, die wir empfohlen haben, aber nicht - das ist ein Problem - im

Fach Physik. Ich kann niemanden zwingen, Physik zu studieren; die Wirtschaft übrigens auch nicht.

(Zurufe von der CDU - Frau Litfin [GRÜNE]: Beim Stalinismus ging es um die übergestülpten Strukturen!)

Deshalb meine ich, dass der „Stalinismus“ in dem Fall bei Ihnen liegt. Sie sind der Meinung, dass ich junge Leute zwingen kann, bestimmte Fächer zu studieren.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Frau Ministerin, wenn man nicht zuhört, dann kann man auch nicht verstehen!)

Wir können nur werben, und wir müssen auch werben. Das ist genau richtig an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben, wie gesagt, im Ausbildungsbereich ebenfalls geworben, indem wir die Zahl der Stellen im Ausbildungsbereich um 50 % erhöht haben. Wir bauen damit die Wartezeiten weitgehend ab. Das ist der richtige Mitteleinsatz an dieser Stelle. Das wissen auch Sie ganz genau. Sie regen sich ja deshalb so auf, weil wir den Leuten die guten Konzepte vorstellen,

(Fischer [CDU]: Was?!)

weil Sie wissen, dass wir genau in die richtigen Bereiche hineingegangen sind. Nur deshalb regen Sie sich doch so auf.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen einmal Folgendes - ich war gerade beim Landeselternrat, bei den Kreiselterneräten -: Wir werden das Schulstrukturmodell sehr schön diskutieren. Ich war auch bei den Handwerkern. Ich bin der Meinung, dass man seine Konzepte auch zu verteidigen hat, Herr Busemann.

(Fischer [CDU]: Das machen Sie schon!)

Sie verteidigen jetzt offensichtlich ein Konzept, das gar nicht mehr Ihres ist, wenn ich Sie recht verstanden habe.

(Zurufe von der CDU)

Ich wollte Ihnen heute eigentlich sagen: Wenn Sie schon mit mir reden wollen, dann machen Sie es doch richtig, sagen Sie das dann doch hier, sodass

wir einmal versuchen können, in der Schulstrukturfrage einen Konsens hinzubekommen!

(Klare [CDU]: Das können wir ja machen!)

Die gute Remmers-Tradition, dass man über Schulstrukturfragen, über große Umbrüche, am besten gemeinsam diskutiert, das wäre doch ein anständiger Vorschlag von Herrn Busemann gewesen. Ich habe aber kein Gesprächsangebot bekommen, sondern habe nur ein Dementi in der "HAZ" gelesen. Er sei falsch zitiert worden, hieß es dort.

(Klare [CDU]: Wir sprechen gleich mit dem Ministerpräsidenten; das sage ich Ihnen!)

Warten wir also ab, was als Nächstes bei Ihnen kommt! Erst war es ein Schulstrukturmodell mit 5./6. Klasse an die Hauptschule, jetzt ist es Herr Busemann mit 5./6. Klasse an die Sekundarschule - oder an der Haupt- und Realschule, wie Sie es nennen; das ist auch in Ordnung

(Ontijd [CDU]: Sekundarschule wollen wir nicht!)

Wir warten das in Ruhe ab.

Die Kreiselterneräte sind sehr daran interessiert, diese Schulstrukturdiskussion mit uns zu führen. Sie wollen wissen, wo es langgehen soll. Wir werden uns ein Jahr lang auch Kritik anhören; ohne Frage. Wir wollen ergebnisoffen diskutieren, aber an unserem Modell entlang. Ich glaube, die Leute honorieren das auch. Ich habe noch im Ohr, was Ihr Fraktionsvorsitzender gesagt hat, als er das Ergebnis der NDR-Umfrage gehört hat: Man muss die Leute informieren, und man muss mit ihnen diskutieren. - Aber was machen Sie? - Sofort abschaffen, wie heute schon wieder geäußert. Nein, wir nehmen die Leute in der Bildungspolitik mit, und ich meine, das ist das richtige Konzept. - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsident Jahn:**

Wir können die Haushaltsdebatte über den Kulturbereich damit abschließen.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Schade!)

Ich rufe auf:

**Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge)** unter Einbeziehung des betroffenen Ressortministers (Wissenschaft und Kultur)

Das Wort hat Frau Kollegin Mundlos.

**Frau Mundlos (CDU):**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das einzig Gute vorweg: Der Status quo bei der Kulturförderung ist weitgehend gehalten worden, wenn auch kein Ausgleich für Inflation bzw. Preissteigerung erfolgt ist. Weitere dramatische Einschnitte bei den Kultureinrichtungen sind uns jedenfalls erspart geblieben. Das ist aber das einzig Positive.

Anders sieht es da bei den Hochschulen aus. Seit 1995 sind den Hochschulen mehr als 530 Millionen DM weggekürzt worden. Im Jahre 2001 wird eine weitere Kürzung bei den Mitteln für die Hochschulen vorgenommen, und zwar in Höhe von 110 Millionen DM. Dabei sind die Dinge, die in den Hochschulen noch verlagert werden müssen, d. h. bei denen die Hochschulen sozusagen aus dem eigenen Fleisch noch etwas erbringen müssen, gar nicht erfasst. Das gilt z. B. für die 80 Stellen, die keine Berücksichtigung finden, die aber erforderlich sind, um die Umstellung auf Globalhaushalte zu ermöglichen. Auch diese Stellen müssen aus dem eigenen Bestand erbracht werden und gehen damit Forschung und Lehre verloren.

Interessant ist ferner die Halbwertszeit der von Ihnen bisher getroffenen Zielvereinbarungen mit den Hochschulen. Die ist nämlich bedauerlich kurz. Dies zeigt der Umgang mit den so genannten Innovationsoffensiven. Da ist der Pakt 1 von den Hochschulen und Studenten bezahlt worden, und bevor der voll umgesetzt worden war, gab es den Pakt 2, ein Spardiktat, mit dem den Hochschulen wie einer Zitrone weitere 50 Millionen DM ausgepresst worden sind. Erst werden die Hochschulen arg gebeutelt, und anschließend wird jetzt über eine NHG-Novelle angedeutet, dass man mehr wirtschaftliches Handeln einfordern will. Ich frage mich: Nach welchem Vorbild, nach dem der Landesregierung - bei dem Schuldenstand?

Im Übrigen fördert, wer Bildungsangebote vorrangig an den momentanen Anforderungen der Wirt-

schaft ausrichten will, Bildung just in time und läuft dem, was wirklich benötigt wird, hinterher. Fast-food-Bildung führt aber über kurz oder lang zum bildungspolitischen Offenbarungseid. Ich nenne nur das Stichwort „Green Card“.

Die Alarmglocken läuten und sind nicht zu überhören. So wissen wir, dass ein Großteil der Professoren und Professorinnen in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen wird. Trotzdem ist der Ansatz für Berufungsbudgets relativ gering, und außerdem sind auch hier wieder die Hochschulen diejenigen, die aus dem eigenen Bereich bis zu 60 % der Mittel für eine Neuberufung erbringen müssen.

Dass auch die Ausstattung an den Hochschulen zu wünschen übrig lässt, belegt der unabhängige Evaluationsbericht „Evaluation von Lehre und Studium im Fach Mathematik an den niedersächsischen Hochschulen“ vom März 2000. Ich zitiere: An sämtlichen Standorten fanden die Gutachter eine sächliche und personelle Ausstattung vor, die sich eher an der Untergrenze befand. - Diesen Zustand, meine Damen und Herren, haben diese Landesregierung und ihre Vorgänger herbeigeführt.

Den Hochschulen steht das Wasser also bis zum Hals. Die Professorenelite orientiert sich zunehmend in Richtung Süden. Wenn wir hören, wie es hier bei den Lehrern erfolgt, so müssen wir befürchten, dass es auch irgendwann die Studenten so handhaben werden, weil sie sich Qualität in Forschung und Lehre gezielt aussuchen werden.

(Beifall bei der CDU)

Statt den Hochschulen zu helfen, treten Sie mit Ihrem NHG-Entwurf der Wissenschaftsfreiheit und dem Selbstverwaltungsrecht - beides ist verfassungsrechtlich garantiert - auf die Füße. Ich meinte eigentlich, der Minister sei Jurist und wüsste das. Aber auch ein Minister kann sich irren. Fakt ist jedenfalls, dass seinem Stiftungsmodell kaum einer hinterherläuft; es steht auf ausgesprochen wackligen Beinen. Autonomieversprechungen werden nicht eingelöst. Stattdessen finden wir auf der einen Seite mehr Staat und mehr Gängelung und auf der anderen Seite dezentrale Mangelverwaltung, Planungsunsicherheit, weniger Geld und weniger Qualität.

Wenn ich dann bei der Einbringung des Haushalts im Ausschuss vom Staatssekretär höre, dass für den gesamten Geschäftsbereich „Wissenschaft und

Kultur“ Controlling groß geschrieben werde - Controlling und nochmals Controlling -, dann würde ich empfehlen, einmal ein Gespräch mit dem Landwirtschaftsminister zu führen; denn nur vom wiederholten Wiegen wird die Sau auch nicht fett.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Haushalt passt zur Jahreszeit. Mich erinnert er an einen Schokoladenweihnachtsmann. Er glitzert rot, regt zum Auspacken an, schmeckt zunächst süß, und dann stellt man bestürzt fest: Er ist hohl.

(Beifall bei der CDU - Beckmann [SPD]: Donnerwetter!)

In der Ex-DDR nannte man das den Jahresendhohlkörper. Den Jahresendhohlkörper des MWK lehnen wir ab. - Ich wünsche Ihnen trotzdem frohe Weihnachten und eine schöne Bescherung.

(Beifall bei der CDU - Fasold [SPD]: Danke gleichfalls!)

### **Vizepräsident Jahn:**

Herr Dr. Domröse hat das Wort.

### **Dr. Domröse (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war wirklich gespannt und habe aufmerksam zugehört, was denn wohl zum Thema Hochschule von der CDU-Fraktion kommt.

(Mühe [SPD]: Leere Menge!)

Ich bedauere außerordentlich, dass mein Adrenalinpiegel nicht gestiegen ist. Ich muss zusehen, dass ich jetzt wach werde.

(Frau Pawelski [CDU]: Das macht der viele Glühwein auf dem Weihnachtsmarkt! Der macht müde!)

Meine Damen und Herren und vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen, die ihr nicht im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur seid: Das war dort ein großer Aufschlag der Opposition. Die CDU-Fraktion ist an den Haushalt herangegangen und hat das Ministerium gebeten, Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Das hier ist der Ordner, ein Aktenordner. Ich weiß nicht, wie viele Beamtinnen und Beamte des Hauses wie lange daran gearbeitet

haben, um der CDU-Fraktion das Material für die Haushaltsplanberatung zur Verfügung zu stellen.

(Mühe [SPD]: Unglaublich!)

Ich bedanke mich jedenfalls bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MWK, dass sie dies in so kurzer Zeit geschafft haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Nur gelesen haben sie es nicht!)

Nun sind Sie, meine Damen und Herren, sicherlich gespannt, was daraus geworden ist. Ich will es hochhalten und Ihnen sagen, falls Sie es mangels Brille nicht sehen können: Anträge zum Einzelplan 06, Hochschulen, in zwei Zeilen!

(Mühe [SPD]: Null!)

Damit Ihr Schweigen etwas länger hält, will ich Ihnen zur Peinlichkeitssteigerung noch sagen, dass es dabei um 70.000 DM geht,

(Oh! bei der SPD - Mühe [SPD]: Die Nullfraktion)

die den Hochschulen entzogen werden, um andere Pläne damit zu finanzieren. Das, meine Damen und Herren, ist Hochschulpolitik à la CDU. Ich habe vorhin das Gefühl gehabt, dass jemand die Lippen gespitzt hat, aber ich glaube, es kam kein Pfiff.

(Beifall bei der SPD - Mühe [SPD]: Genau so war es!)

Meine Damen und Herren, immerhin hat Frau Mundlos hier gesagt, es seien der Kultur Einschnitte erspart geblieben.

(Mühe [SPD]: Konjunktiv!)

Darauf brauche ich nicht näher einzugehen. Aber sie hat anscheinend das ein oder andere vergessen. Frau Mundlos, wir haben für die Kultur auch im Haushaltsplan 2001 in der Tat eine ganze Menge gemacht, und zwar immer nach dem Motto, dass es im Augenblick unsere gemeinschaftliche Aufgabe ist, mit dem Geld, das wir zur Verfügung haben - das wird zurzeit nicht mehr, weil die Steuerzahler nicht mehr zahlen wollen -, das Wichtigste weiter zu finanzieren und das, was auch in Zukunft wichtig sein wird, neu zu finanzieren. So finanzieren wir z. B., beginnend mit dem nächsten Jahr, die Landesmusikakademie in Wolfenbüttel. Wir werden darüber nachher noch reden; dazu will ich jetzt im Einzelnen nichts sagen. Dabei geht es um eine

Verpflichtungsermächtigung, die uns für die nächsten Jahre bindet, in Höhe von immerhin 5,7 Millionen DM.

Es gibt eine Landesbühne in Hannover. Der Landesbühne - das will ich offen einräumen - haben wir als Parlament und als Landesregierung einmal die dunkelgelbe Karte gezeigt.

(Frau Pawelski [CDU]: Eine rote Karte! Das war schon beschlossen!)

- Frau Pawelski, ob diese Karte dunkelgelb oder hellrot war, bleibt Ihrem Farbenspiel überlassen.

(Frau Pawelski [CDU]: Die war schon knallrot!)

Jedenfalls war es eine Karte, die wir gezeigt haben, und wir haben gesagt: So kann es nicht weitergehen. - Diese Landesbühne hat sich mit ungeheurem Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Beifall bei der SPD)

aus dem Sumpf gezogen und sich in einer Art und Weise erneuert, wie das - - -

(Frau Pawelski [CDU]: Das haben Sie aber nicht gemacht! Das war Schröder, der damals während der Sitzung losgegangen ist und das umgedreht hat!)

- Frau Pawelski, falls Sie es nicht mehr wissen, will ich es einmal sagen: Herr Schröder gehört nach wie vor zu uns.

(Beifall bei der SPD)

Diese Landesbühne hat sich selbst so erneuert, dass sie jetzt ohne Zweifel anerkannte Arbeit leistet, und wir haben für diese Landesbühne im Haushalt zusätzlich 700.000 DM zur Verfügung gestellt.

(Zustimmung von Mühe [SPD] - Frau Leuschner [SPD]: Genau!)

Wir haben das auch an vielen anderen Stellen getan. Es gibt ein Theater in Oldenburg, das gute Arbeit macht und dessen Haus wir erweitert haben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Für die Erweiterung dieses Hauses und für die Mittel, die gebraucht werden, um den Spielplan zu bedienen, stehen jährlich 3,8 Millionen DM mehr

zur Verfügung. Es gibt also nicht nur keine Einschnitte, sondern auch weiterhin Zuwächse im kulturellen Bereich an den Stellen, an denen sie sinnvoll und notwendig sind, damit wir als Niedersachsen in der Kultur in Deutschland führend sind.

Es geht nicht nur darum, Zuwächse zu feiern, sondern es geht auch darum, mit grundsolider Politik den Destinatären unserer Politik zu ermöglichen, wirtschaftlich zu arbeiten. Dazu gehören Stichworte wie „Planungssicherheit“ und „Gestaltungsspielräume“. Im Einzelnen kann ich darauf nicht eingehen. Aber wir kennen das Beispiel unserer Verträge mit der LAGS, wobei wir schon seit einigen Jahren die Soziokultur in Form von Rahmenverträgen mit stabilen Bedingungen, mit Planungssicherheit versehen. Das erweitern wir.

Wir stellen den freien Theatern 500.000 DM per anno für die Konzeptionsförderung, also für mehrjährige Projekte, zur Verfügung. Und wir sichern der Ostfriesischen Landschaft, die im Kulturbereich in Ostfriesland hervorragende Arbeit macht, die Mittel derart, dass mehrjährige Verträge abgeschlossen werden können, weil wir das über Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Haushaltsjahre abgesichert haben.

Das ist Kulturpolitik, meine Damen und Herren, die zwar in dem Fall keinen Mittelzuwachs, aber Planungssicherheit bedeutet und die damit denjenigen, die wirklich vor Ort arbeiten, auch erlaubt, Gutes für die Menschen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Ein Stichwort zur Erwachsenenbildung: Wir haben Kürzungen, die die Erwachsenenbildner eigentlich schon erwartet haben, zurückgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben deutlich gemacht, dass wir im Haushaltsjahr 2001 wie auch in den folgenden Jahren die Kostensteigerungen, die aufgrund der Tarifsteigerungen entstehen, den Erwachsenenbildnern natürlich abgelten. Und wir haben in einem neuartigen Gesetz neue Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen, die ihnen ein globales Budget an die Hand geben. Das gilt zunächst nur für die Landeseinrichtungen und die Heimvolkshochschulen, aber wir sind sicher, dass uns das für die Volkshochschulen auch gelingt. Das liegt nicht an uns. Wir als Gesetzgeber sind dazu bereit. Es liegt an uns gemeinsam, dass wir ein Modell dazu finden.



Nun zum Hochschulbau, meine Damen und Herren: Auch dazu habe ich von Frau Mundlos kein Wort gehört. Wir bauen auf dem EXPO-Gelände zur Nachnutzung der EXPO das Kurt-Schwitters-Forum: 137 Millionen DM. Das ist wahrlich kein Pappentier, sondern ein Innovationssprung für das kulturelle und wissenschaftliche Angebot in Niedersachsen und speziell in Hannover.

Wir bauen auch noch vieles andere, z. B. den Fachbereich Physik in Göttingen für 97 Millionen DM. Insgesamt stehen im Hochschulbauplan von 2000 bis 2004 1,2 Milliarden DM zum Bau wichtiger Einrichtungen zur Verfügung.

Auch im Großgerätebereich gibt es neue Investitionen, und zwar da, wo sie wichtig sind: z. B. für einen Hochleistungsrechner für das Land Niedersachsen, der uns in der Informatik, in der EDV weiterbringt. Kostenpunkt: 24,9 Millionen DM.

Nun komme ich zu den Studierenden. Dazu habe ich vorhin auch nichts gehört bzw. habe, weil das Adrenalin nicht hochgekommen ist, geschlafen. Für das BAföG, das dankenswerterweise von der Bundesregierung, vom Bundestag aufgewertet wird, stellen wir natürlich die notwendige Gegenfinanzierung bereit. Das sind 23,3 Millionen DM. Die müssen erst einmal im Haushalt erwirtschaftet werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir bezahlen in Clausthal und Göttingen modellhaft Intensivstudiengänge, um einmal auszuprobieren, ob wir unseren Studierenden damit ein neues Angebot machen können, das es ihnen erlaubt, noch schneller fertig zu werden. 2 Millionen DM stehen dafür zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, ein Personalproblem will ich auch noch ansprechen, weil mir das auf der Seele liegt. Wir schieben seit Jahren ein ungelöstes Problem bei der Besoldung der lehrenden Sozialarbeiter an den Fachhochschulen vor uns her. Das wird in diesem Haushalt gelöst, und ich bin allen, die daran mitgewirkt haben, dafür dankbar, dass das gegen Grundsätze, die eigentlich gegen Stellenhöhungen sprechen, durchgesetzt werden konnte.

An den Hochschulen befinden sich die Globalhaushalte sozusagen im progressiven Werdegang. An den Fachhochschulen haben wir die formelgebundene Mittelzuweisung. Immerhin werden im Haushaltsjahr 2001 15 % des Finanzvolumens

bereits nach Formel bemessen. Es ist für die Fachhochschulen - jedenfalls für die eine oder andere - eine schwierige, aber auch eine reizvolle Aufgabe, mit dem Geld, das dort vorhanden ist, dann auch wirklich freier umgehen zu können.

Für die kirchlichen Fachhochschulen, die uns ebenfalls sehr am Herzen liegen und die in Niedersachsen ein hervorragendes Angebot vorhalten, stellen wir im Haushaltsjahr 2001 600.000 DM zusätzlich zur Verfügung.

Nun möchte ich mit einigen Zahlen eine etwas längerfristige Betrachtung anstellen, weil mich der Herr Kollege Wulff gestern mit seiner einäugigen Sicht auf die möglicherweise beengte Situation an den Universitäten wirklich auf die Palme getrieben hat. Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur Universitäten, wir haben auch Fachhochschulen. Niedersachsen hat bei seinem beengten Finanzrahmen seit 1990 - ich will es Ihnen genau sagen - an den Fachhochschulen 43 % mehr Studienplätze geschaffen. - Frau Müller nickt, in Lingen profitiert sie davon. - Wir haben an der Universität ohne Lehramt 3 % und im Lehramtsbereich 15 % Zuwachs gehabt. In der Summe sind das 2.654 Studienplätze an den Fachhochschulen, 600 an den Unis und 530 zusätzlich im Bereich Lehramt. Die sind geschaffen worden, ohne dass dafür in gleichem Umfang Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden mussten. Die sind durch intelligente Bewirtschaftung geschaffen worden. Und da sage ich Ihnen klipp und klar: Wenn Sie dies kleinreden, wenn Sie sagen „Da seht ihr mal, in welche Situation ihr die Universitäten bringt“, dann ist das Quatsch. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir Studienplätze schaffen. Sie erwarten nicht, dass wir bedingungslos Geld irgendwo hinpumpen. Sie erwarten, dass wir Studienplätze schaffen - so preiswert wie möglich und mit dem Geld, das uns zur Verfügung steht. Und genau dieser Aufgabe haben wir uns gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Zur Frauenförderung: Wir betreiben eine intensive Frauenförderung - das wissen die Hochschulen - mit allen möglichen ordnungspolitischen Maßnahmen. Dort wird sehr gute Arbeit geleistet. Eines haben wir im letzten Jahr gemacht, was noch auf unsere ehemalige Wissenschaftsministerin Frau Schuchardt zurückging: die Internationale Frauenuniversität, ein Semester lang. - Eine tolle Einrichtung! Ich war bei der Abschlussveranstaltung und kann nur jedem empfehlen, in Zukunft einmal

dahinzugehen. Eine tolle Veranstaltung! Für die Fortsetzung dieses Themas sind 500.000 DM im Haushalt abgesichert. - Auch dazu haben wir von Ihnen kein Wort gehört.

Abschließend zur Forschung: Natürlich werden unsere exzellenten Forschungseinrichtungen weiter gefördert. 1,9 Millionen DM stehen für die CU-TEC zusätzlich zur Verfügung und 550.000 DM für das OFFIS.

Damit haben wir trotz beengter Haushaltslage einen Schwerpunkt im Bereich der Bildungspolitik gebildet und hier insbesondere im hochschulpolitischen Bereich. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben, dass das so umgesetzt werden konnte.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsident Jahn:**

Herr Kollege Golibrzuch hat jetzt das Wort.

### **Golibrzuch (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Oppermann ist ja mit dem erklärten Ziel angetreten, den Hochschulen mehr Autonomie, mehr Eigenverantwortung zu geben. Ich stelle fest, dass nach zweieinhalb Jahren, zur Mitte der Legislaturperiode, die Hochschulautonomie in Niedersachsen noch nie so stark eingeschränkt war wie unter diesem Minister.

(Beifall bei der CDU)

Die Hochschulleitungen selbst sprechen von zentralistischen Tendenzen und unterstellen eine Re-verstaatlichung quer durch alle Bereiche: ob es die Telekommunikationsleistungen sind, ob es der Strombezug ist, ob es die Stellenpläne oder das Liegenschaftsmanagement sind. Das geht bis hin zum Führen eines Girokontos. So war es der Universität Oldenburg nur nach einer Ausnahme-genehmigung des Finanzministeriums möglich, bei der alten Hausbank zu bleiben. In all diesen Bereichen sind die Hochschulen in ihrer Eigenverantwortung eingeschränkt worden. Deshalb, Herr Minister, sagen wir: Sie reden zwar sehr viel von Amerika, aber in diesen Bereichen praktizieren Sie Preußen.

Deswegen wollen wir den Hochschulen in diesen Bereichen deutlich mehr Handlungsspielraum einräumen. Wir wollen ihnen, übrigens auch mit der NHG-Novelle, eine deutlich größere Autono-

mie geben. Wir wollen mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Hochschulen. Wir sagen aber auch, dass man auf staatliche Steuerungsinstrumente nicht verzichten können, jedenfalls nicht vollständig.

Ich meine, wir sind uns einig, dass für das Studium Hochschulstandorte in Ballungsräumen gegenüber Hochschulstandorten in geographischen Randlagen einen natürlichen Vorteil haben. Wenn man das weiß, dann kann man natürlich nicht auf eine Hochschulentwicklungsplanung verzichten. Deswegen, Herr Minister, können wir schwer nachvollziehen - weil wir nämlich für einen effizienten staatlichen Mitteleinsatz sind -, dass in der Vergangenheit insbesondere dort, wo staatliche Hochschulen schon ein bestimmtes Studienangebot vorgehalten haben, gleichzeitig private Hochschulangebote genehmigt worden sind. Das ist aus unserer Sicht kein effizienter staatlicher Mitteleinsatz.

So sehr wir begrüßen, dass in einem ersten Schritt die leistungsbezogene Mittelvergabe für die Fachhochschulen eingeführt worden ist, so haben wir doch Zweifel daran, ob die gefundene Formel tatsächlich allen Belangen Rechnung trägt, insbesondere den Belangen des ländlichen Raums. Es kann ja nicht richtig sein, dass eine Fachhochschule im Nordwesten selbst dann, wenn sie ihre Studiengänge zu 100 % - man hat dass ja ausgerechnet - auslasten würde, bei einer leistungsbezogenen Mittelvergabe von 35 % 4 Millionen DM verliert, bei 60 % entsprechend mehr. Solche Verluste kann eine Hochschule mit Einsparungen allein im Verwaltungsbereich natürlich nicht auffangen. Deswegen erwarten wir, dass diese Formel dringend überarbeitet wird.

Im Übrigen fragen wir uns natürlich auch, warum hier allein die Fachhochschulen quasi als Versuchskaninchen für diese leistungsbezogene Mittelvergabe herhalten müssen, warum jetzt nicht auch eine leistungsbezogene Mittelvergabe für Universitäten erfolgt. Die Frage ist, was der Grund dafür ist, ob hier der Einfluss einzelner Hochschulstandorte, die besonders betroffen wären, seinen Niederschlag findet, warum das also nur bei Fachhochschulen exekutiert wird.

Herr Minister, wir wollen deshalb nicht ausschließlich auf Wettbewerb der Hochschulen setzen, weil wir glauben, dass das bedeutete, auf strukturpolitische Gestaltungen zu verzichten. Wir

meinen, dass man sich das in einem Flächenland wie Niedersachsen nicht leisten kann.

In Ihrem Zweitberuf, Herr Oppermann, sind Sie ja, auch wenn man es manchmal nicht merkt, Kulturminister. Dazu hat Kollege Domröse gerade einiges gesagt. So sehr es mich freut, dass Sie durch eine vertragliche Absicherung staatlicher Zuschüsse der Ostfriesischen Landschaft Planungssicherheit geben, so sehr es mich auch freut, wenn Sie versuchen, durch eine vertragliche Absicherung dem Göttinger Symphonie-Orchester Planungssicherheit zu geben, so sehr muss ich mit Bedauern feststellen, dass das natürlich diejenigen Leistungsempfänger benachteiligt, die nicht über eine solche vertragliche Absicherung der Mittel verfügen. Deswegen, Herr Minister, erwarten wir von Ihnen an dieser Stelle eine klare Entscheidung: Entweder betreiben Sie diese Form der Kulturförderung auf vertraglicher Grundlage mit allen Empfängern staatlicher Zuschüsse oder aber mit keinem Empfänger staatlicher Zuschüsse. Wir erwarten eine klare Richtungsentscheidung. Im Zweifel sind wir für diese Vertragsabschlüsse. Wir können es aber nicht hinnehmen, dass es zu einer solch groben Ungleichbehandlung kommt, bei der nach wie vor ein Schwerpunkt auf dem Bereich der klassischen Kulturförderung gesetzt wird und bei der insbesondere die freien Kulturträger in diesem Land benachteiligt werden. Das ist jedenfalls aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Frau Mundlos [CDU] und von Frau Trost [CDU])

### **Vizepräsident Jahn:**

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Trost.

### **Frau Trost (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hochschulpolitik spielt sich nicht ausschließlich in Göttingen, Hannover, Braunschweig und den umliegenden Dörfern ab.

(Frau Dr. Andretta [SPD]: Richtig!)

Hochschulpolitik ist auch in der Fläche. Es mag sein, dass Sie, Herr Minister Oppermann, das zum Teil als Provinz und das, was dort passiert, als Provinzposen abtun. Aber ich möchte jetzt einmal explizit Beispiele aus diesem Bereich bringen, die zeigen, wie sich Ihre Hochschulpolitik dort vor Ort auswirkt.

Am 23. November waren Sie, Herr Minister Oppermann, in Osnabrück, und zwar zur „Open Science 2000“ an der Fachhochschule. Wunderbar. Es gab eine Podiumsdiskussion, auf der darüber diskutiert wurde, wie Hochschule und Wirtschaft zusammenarbeiten können. Es wurden Ideen entwickelt. Es wurde gesagt, was man alles machen könnte. Aber: Es passiert nichts.

Wenn ich im IT-Bereich aber etwas erreichen will, dann muss ich handeln. Da ist eine Großrechenanlage, Herr Dr. Domröse, zwar eine Möglichkeit, einen ersten Schritt zu tun. Aber was wir brauchen, sind IT-Fachkräfte jetzt.

(Mühe [SPD]: Ihr wollt immer alles gleich und jetzt!)

Die Wirtschaft handelt, und zwar ohne den Hochschulbereich. In der Stadt und im Landkreis Osnabrück wurde jetzt ein Förderverein gegründet, der gemeinsam mit der örtlichen Industrie IT-Kräfte ausbildet und damit gleichzeitig eine Arbeitsplatzgarantie verknüpft. Dort werden sie also nach Bedarf ausgebildet. Ich frage mich nur: Warum muss das Ganze in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und einer Consulting GmbH erfolgen? Warum sind Hochschulpolitiker von der SPD nicht in der Lage, das gemeinsam mit Fachhochschulen, Universitäten - da ist doch im Grunde das Potenzial vorhanden - vor Ort hinzubekommen?

(Frau Körtner [CDU]: Das hätte sein sollen, ja!)

Eine zweite Sache: der Innovationspakt II. - Die 50 Millionen DM, die Sie den Hochschulen in dem Rahmen gestrichen haben, haben massive Auswirkungen vor Ort. Ich bin mir nicht sicher, dass Ihnen das wirklich bis ins letzte Detail bewusst ist.

An dem 23. November sollten Sie dann anschließend bei der Hörsaaleinweihung anwesend sein. Diese Einweihung fand nicht statt. Sie waren wohl etwas überrascht darüber, dass dort 200 streikende Studenten auftauchten.

(Frau Körtner [CDU]: Peinlich, peinlich!)

Die Hochschule hatte nämlich folgendes Problem: 3 Millionen DM waren gekürzt worden. Irgendwoher muss das Geld aber kommen, um den Hochschulbetrieb aufrechtzuerhalten. Da hat die Hochschulleitung im Rahmen des operativen Geschäfts einen Förderverein gegründet und über diesen

Förderverein Gebühren für die Sprachkurse für Studierende eingefordert.

(Frau Körtner [CDU]: Ja, so machen die das!)

Das sind versteckte Studiengebühren. Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass diese Einführung von Studiengebühren für die Sprachkurse nicht in Ordnung ist.

Dann haben Sie, Herr Oppermann, gesagt – und das vor dem Hintergrund eines gekürzten Haushalts -: Ich stelle dieser Hochschule 100.000 DM zur Verfügung, unter den Vorgaben, erstens dass eine zweite Sache dieser Art nicht passiert und zweitens dass sich der AStA so etwas nicht mehr bieten lässt. - Ich frage Sie allen Ernstes: Woher nehmen Sie diese 100.000 DM, wenn wir denn tatsächlich einen so engen Haushalt haben? Kann jetzt jede Hochschule einen ähnlichen Weg gehen, um ihre Defizite auszugleichen?

Eine Sache noch in diesem Zusammenhang, Herr Oppermann: Ich hatte das Gefühl, es war Ihnen gar nicht recht, dass Sie dort nicht schön einweihen konnten, ein Glas Sekt trinken konnten,

(Frau Leuschner [SPD]: Das macht er gern!)

sondern sich wirklich intensiv mit der Politik vor Ort auseinander setzen mussten.

Ein Versprecher bei Ihrer Diskussion mit den Studierenden war ja noch ganz nett; Sie haben die Studierenden mit „liebe Genossen“ angesprochen. Überhaupt nicht schön fand ich im Nachhinein allerdings, dass Sie dem Präsidenten der Hochschule mehr oder weniger unterstellt haben, in diese Streiks involviert gewesen zu sein. Das, Herr Oppermann, sollte eigentlich unter Ihrem Niveau sein. Die Studierenden wissen schon selber, wie sie dort agieren müssen.

(Frau Körtner [CDU]: Das ist Arroganz der Macht!)

Ein dritter Punkt: Erwachsenenbildung. Herr Domröse hat eben schon angesprochen, dass die Kürzungen, die vor zwei Jahren angekündigt worden waren, nicht durchgezogen wurden. Prima! Aber: Zunächst einmal Kürzungen in einer Größenordnung von 14 Millionen DM anzukündigen, sie dann zwei Jahre später nicht durchzuführen und dann auch noch Dankbarkeit zu erwarten, das - es tut mir Leid - finde ich nicht in Ordnung. Das geht

nach dem Motto: Nehmen wir mal ein bisschen mehr weg. Dann bleibt aber doch noch ein Stück Torte für euch übrig. Seid zufrieden. Verhungern müsst ihr nicht. - Herr Oppermann, solange Sie Ihren Spruch „72 Volkshochschulen sind zu viel für dieses Land“ nicht zurücknehmen, obwohl wir doch ein Flächenland sind und flächendeckend arbeiten müssen,

(Zustimmung von Frau Hansen [CDU])

traue ich - es tut mir Leid - dem Frieden nicht, was die Kürzung der Mittel angeht.

(Zustimmung bei der CDU)

Eine einzige Sache noch, und zwar zur Landesbühne. Herr Dr. Domröse, Sie haben vorhin so schön dargestellt, wie toll die Landesbühne es geschafft hat. Es war aber nicht das Verdienst der SPD,

(Schurreit [SPD]: Na, na, na!)

sondern es war das Verdienst der Mitarbeiter. Die haben - das wollte ich hier noch einmal betonen - wirklich Hervorragendes geleistet. - Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsident Jahn:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu dem Bereich Wissenschaft und Kultur liegen mir nicht mehr vor.

(Frau Mundlos [CDU]: Da kann man sehen, wie wichtig das genommen wird!)

Wir können dann zum nächsten Bereich übergehen:

### **Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge)** unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Wirtschaft und Verkehr, Umwelt)

Zum Bereich Wirtschaft und Verkehr hat zunächst der Herr Kollege Beckmann das Wort.

**Beckmann (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist zwar sehr freundlich, dass ich gleich als Erster das Wort erhalte, aber es überrascht mich schon, dass sich der Sprecher der CDU nicht zu Wort gemeldet hat.

(Biallas [CDU]: Alles Taktik!)

Im Ausschuss hat er zum Haushalt des Wirtschaftsministeriums keinen Beratungsbedarf gesehen. Das ist vielleicht der Hindergrund dafür, dass er sich auch hier noch nicht zu Wort gemeldet hat.

(Heineking [CDU]: Das war aber nicht der beste Einstieg!)

Sonst hätte ich Ihnen, Herr Dinkla, als Vertreter der Opposition gern die Chance gelassen, als Erster zu reden. So haben Sie aber die Möglichkeit, auch auf das einzugehen, was ich vortrage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch eine ganze Reihe von Entscheidungen in Berlin hat sich das Investitionsklima in unserem Land erheblich verbessert. Ausländische Investoren legen ihr Geld wieder in Deutschland an. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen zeigt auch in Niedersachsen Wirkung. Deutschland schließt damit wieder zur Spitzengruppe auf. Die Konjunkturprognosen für das Jahr 2001 sind durchweg positiv. Am Arbeitsmarkt ist diese Entwicklung abzulesen. Wir können mit einem weiteren Beschäftigungsanstieg und einer Abnahme der Arbeitslosenzahlen rechnen.

Der Haushaltsentwurf macht deutlich: Wirtschaftspolitik hat einen hohen Stellenwert. Trotz großem Konsolidierungsbedarf ist es durch Konzentration des Mitteleinsatzes gelungen, den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen als Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik weiter auszubauen.

Schaut man sich zunächst einmal aus wirtschaftsstatistischer Sicht die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung des Landes im Vergleich mit anderen Bundesländern an, dann zeigt sich, dass die niedersächsische Wirtschaft in den letzten Jahren kräftiger als die anderer westlicher Bundesländer gewachsen ist. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist von 1990 bis 1998 um 18,7 %, im Bundesdurchschnitt um 14,6 % gestiegen. 1998 hatte Niedersachsen mit 3,9 % sogar das höchste reale Wirtschaftswachstum aller Bundesländer. Das überdurchschnittliche Wachstumstempo schlug sich auf

dem Arbeitsmarkt nieder. Hinsichtlich des Zuwachses an Arbeitsplätzen seit 1990 liegt Niedersachsen sogar an der Spitze aller Bundesländer. In anderen Bereichen gibt es Minuszahlen. Im Dezember 1999 waren im Lande 2,385 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies bedeutet immerhin einen Zuwachs von 2,1 %. Das gesamte Wirtschaftswachstum, das Niedersachsen Ende der 90er-Jahre an die Spitze der Bundesländer brachte, wird bei uns im Wesentlichen vom verarbeitenden Gewerbe und ganz speziell vom Fahrzeugbau getragen.

Meine Damen und Herren, mit knapp 3 Milliarden DM haben wir die finanziellen Rahmenbedingungen für die Fortsetzung unserer Politik zum Erhalt gewachsener Industriestrukturen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in neuen Wachstumsbranchen geschaffen. Gleichzeitig sind mit diesem Etatentwurf die Voraussetzungen verbessert worden, um einen besonderen Schwerpunkt für unsere Wirtschaftspolitik im Bereich der Mittelstandsförderung zu legen.

Der zweiten Fortschreibung des Erfolgsmodells „Ganzheitliches Mittelstandskonzept“ steht damit nichts mehr im Wege. Für die kleinen und mittleren Betriebe werden sich durch die Steuerreformgesetze bereits mit dem Jahre 2001 die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit einer Reihe von Maßnahmen für diejenigen Entlastungen geschaffen, die in den vielen Jahren FDP-geprägter Wirtschaftspolitik das Nachsehen hatten und dabei gegenüber den Großen und den Einkommensmillionären hinten heruntergefallen sind.

Mit den beschlossenen Entlastungen erhalten kleine und mittlere Unternehmen neue Spielräume, um sich neuen Technologien zu öffnen. Bei einer zum Teil schwierigen Umorientierung wird das Land mit seinen unterschiedlichen Programmen für Handwerk und mittelständische Betriebe helfen. Sie müssen sich durch hohe Flexibilität, Qualität und aktuelle Technologien auf die steigenden Kundenwünsche einstellen. Diese komplexen Anforderungen können die Unternehmen nur erfüllen, wenn das Umfeld stimmt. Dazu wollen wir beitragen. Vor allem müssen wir etwas tun, um die Selbständigenquote zu steigern und den Generationswechsel zu meistern.

(Eppers [CDU]: Die Quote ist nicht gut!)

Die Gründungsinitiative der Landesregierung ist ebenso wie die verschiedenen regionalen Gründungs-offensiven auf einem guten Weg und wird dieses fortsetzen. Bei der Innovationspolitik muss der eingeschlagene Weg einer verstärkten Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft - ich bin insbesondere Herrn Dr. Fischer und Herrn Oppermann sehr dankbar dafür, dass sie dieses auf den Weg gebracht haben -, von Hochschulen und Unternehmen fortgesetzt werden.

In der regionalen Strukturförderung, meine Damen und Herren, wird es entscheidend darauf ankommen, die Gelder, die uns in den kommenden Jahren von der Europäischen Union zufließen werden, effizient und nachhaltig zur Verbesserung der Strukturen zu nutzen. Ich sage hier ganz deutlich: Wir werden jede Mark, die wir aus Brüssel bekommen, gegenfinanzieren. Neue Arbeitsplätze werden künftig dort entstehen, wo wir über die modernsten Strukturen im Bereich neuer Technologien, Wissenschaft, Forschung, Bildung, Ausbildung und Fortbildung verfügen. Wir werden dort erfolgreich sein, wenn wir dort den Strukturwandel offensiv voranbringen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Erhalt vorhandener Jobs kann nur dann sichergestellt werden, wenn sich die Betriebe in Niedersachsen den neuen Märkten öffnen, wenn es ihnen gelingt, neue Technologien, z. B. das Internet, in die vorhandenen Strukturen zu integrieren.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik liegt in der Stärkung der niedersächsischen Dienstleistungswirtschaft. Diese Branche bietet hohes Beschäftigungspotential und vielfältige Chancen für Niedersachsen, die in der Vergangenheit noch nicht ausreichend genutzt wurden. Insbesondere die Mobilitäts- und Logistikwirtschaften, aber auch die Informations- und Medienwirtschaft sowie die Telekommunikation bieten hier große Wachstumspotentiale. Insgesamt werden die unternehmensnahen Dienstleistungen von der Beratung bis zum Marketing weiter wachsen, und wir begleiten das.

Meine Damen und Herren, die neue Bundesregierung hat ihr Versprechen gehalten, durch ein Umsteuern in der Verkehrspolitik die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur wieder herzustellen. Unter schwierigsten Bedingungen hat sie begonnen, Baustillstände aufzuheben und die wichtigen Investitionslücken zu schließen, die wir nach der ominösen Verkehrspolitik der Kohl-Regierung vorgefunden haben.

(Zurufe von der CDU)

Insbesondere die Entscheidung der Bundesregierung, in den nächsten drei Jahren einen wesentlichen Teil der Zinsersparnisse im Zusammenhang mit den UMTS-Erlösen in das Schienen- und Straßennetz zu investieren, kann uns aufatmen lassen; schließlich wird Niedersachsen mit 104 Millionen DM allein für den Straßenbau davon profitieren.

(Heineking [CDU]: Was ihr vorher gekürzt habt, das sagt man nicht!)

Mit dem Geld, meine Damen und Herren, lieber Kollege, können wir Projekte realisieren, um die jahrelang gekämpft worden ist.

(Heineking [CDU]: Das ist richtig!)

Es sind nur Mittel gekürzt worden, die Sie nicht bereitgestellt, sondern nur versprochen haben. Das ist das große Problem. Sie haben Luftschlösser gebaut.

(Zuruf von Heineking [CDU])

Wir haben auf jeden Fall jetzt die Chance, diese Maßnahmen, die angesprochen worden sind, umzusetzen. Beispielsweise sind das die Baumaßnahmen an den Autobahnen A 29, A 31 und A 26 sowie eine Vielzahl lang erwarteter Ortsumgehungen. Die derzeit laufende Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes wird ebenso wie die begonnenen Untersuchungen und Planungen für eine zukunftsgerichtete Politik des Schienenverkehrs in der Bundesrepublik endlich zu einer realistischen, finanzierbaren Investitionspolitik führen, die Mobilität dauerhaft und umweltgerecht sichert.

Mit dieser Politik werden wir der zentralen Lage Niedersachsens in Europa gerecht. Mit der Ausweitung der EU wird Niedersachsen einen noch höheren Stellenwert erhalten. Meine Damen und Herren, die wichtigsten Ost-West-Verbindungen und Nord-Süd-Achsen Europas laufen durch Niedersachsen.

(Zustimmung von Senff [SPD])

Das Land seinerseits steht ausweislich des hier vorliegenden Haushaltsplanentwurfes zu seiner Verantwortung für den Ausbau und die Erhaltung dieser Verkehrswege.

Meine Damen und Herren, neben der Notwendigkeit, die Infrastruktur im Bereich der Schiene und

Straße zu verbessern, werden wir auch weiterhin den Ausbau der Wasserstraßen sowie der Häfen voranbringen. Insbesondere die Seehäfen werden in Zukunft eine immer größere Bedeutung bekommen. Es ist richtig und wichtig, dass wir über einen Tiefseehafen an der Deutschen Bucht, der diesen Anforderungen gerecht wird, diskutieren, aber wir werden in Kürze auch entscheiden müssen.

Meine Damen und Herren - Sie werden es mir nachsehen, dass ich das hier besonders erwähne -, auch die Flughäfen gehören in ein integriertes Gesamtkonzept der Verkehrspolitik.

(Eppers [CDU]: Das ist richtig!)

An dieser Stelle möchte ich sagen - wir reden immer über andere Wirtschaftszweige -: Niedersachsen ist das Luftfahrtindustrieland Nummer 1 in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Das sind nicht Bayern, Hamburg oder Bremen, bei aller Größe, die die haben. Die meisten Arbeitnehmer, die in der Luftfahrtindustrie beschäftigt sind, wohnen in Niedersachsen. Von daher kommt in Zukunft gerade diesem Bereich mit dem Investitionsvolumen, das in der Luftfahrtindustrie ansteht, eine besondere Bedeutung zu. Es geht um Investitionen in Milliardenhöhe, die im Flugzeugbau in den nächsten Jahren getätigt werden. Dieses wollen wir begleiten und unterstützen.

(Zustimmung von Wendhausen [SPD])

Meine Damen und Herren, der Ökologieaspekt bekommt im wirtschaftlichen Handeln einen immer größeren Stellenwert. Immer mehr verantwortliche Tätige in der Wirtschaft erkennen das Ökologieziel nicht nur, meine Damen und Herren, um Kosten zu sparen oder um mit dem Begriff „Öko“ Geld zu verdienen. Die Ziele der Agenda 21 finden immer mehr Einzug in das Denken und Handeln der Wirtschaft. Die Bundesregierung hat sich dieses Themenkomplexes verstärkt angenommen und beruft derzeit Expertinnen und Experten zu einem nationalen Nachhaltigkeitsrat. Ein ständiger Ausschuss der Staatssekretäre ist ebenfalls Ausdruck der zunehmenden Bedeutung nachhaltiger Handlungsweisen in der Politik.

Wir in Niedersachsen, meine Damen und Herren, begleiten diesen Prozess durch Förderung und

beispielhaftes Handeln in den einzelnen Ministerien und wollen das auch in Zukunft verstärken. Den Energiekonsens von Berlin wollen wir durch die Unterstützung der so genannten erneuerbaren Energien begleiten. An dieser Stelle sei das am 1. April 2000 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Gesetz erwähnt. Wir können mit einem regelrechten Boom auf alternative Energieformen rechnen. Wir müssen weg von einer Energiegewinnung, die die Entsorgungsprobleme der zukünftigen Generation aufbürdet. Als Stichworte nenne ich Biogas, Solarenergie und Windkraft.

(Eveslage [CDU]: Alle privaten Haushalte zahlen mehr für Strom!)

Meine Damen und Herren, das macht deutlich: Ökologie und Ökonomie passen gut zueinander und sind hervorragend zu ergänzen. Wir wollen deshalb eine enge Kooperation von Umwelt, Wirtschaft und Wissenschaft für eine gute Zukunft Niedersachsens. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

#### **Vizepräsident Jahn:**

Um das Wort gebeten hat Frau Ministerin Dr. Knorre. Bitte sehr!

#### **Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin zwar schon seit 28 Stunden im Amt, aber ich bitte Sie trotzdem um Verständnis dafür, dass ich mich zum aktuellen Haushalt auf einige wenige grundsätzliche Aussagen beschränke und ansonsten etwas stärker in die Zukunft schauen und einige Aspekte der zukünftigen Wirtschafts- und Verkehrspolitik im Land ansprechen werde. Ich hoffe, das ist auch in Ihrem Sinne.

Sie haben in den vergangenen Wochen im Ausschuss den Einzelplan 08 intensiv beraten. Ich möchte dazu aus meiner Sicht vor allem eines festhalten: Dieser Einzelplan für Wirtschaft und Verkehr ist einer der Schlüsselhaushalte der Landesregierung. Das ist nach wie vor einer der wichtigsten Investitionshaushalte. Das heißt, er kann selbst direkt oder indirekt Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung, für strukturelle Verbesserungen im Lande setzen. Das ist ein Schlüsselement.

Deshalb ist es - das ist der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte - ein ganz wichtiges Signal gewesen, dass dieser Haushalt nicht nur in seiner Höhe erhalten geblieben ist, sondern auch noch leicht gesteigert werden konnte. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal in das Land, an die Wirtschaft. Wir machen damit deutlich, dass sich Niedersachsen nicht darauf beschränken wird, auf der Welle der guten Konjunktorentwicklung einfach mitzuschwimmen, sondern dass wir gewillt sind, eigene Akzente zu setzen und unseren Beitrag dazu zu leisten, dass die Rahmenbedingungen im Lande stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Es wird eine der Aufgaben der Zukunft sein, weiterhin einen kontinuierlichen Ansatz zu haben.

Der dritte Punkt. Das scheint mir auch aus allgemeinen Überlegungen ganz wichtig zu sein. Sie wissen, dass wir von 2001 bis 2006 über die europäische Strukturförderung erhöhte Mittel für die regionale Strukturpolitik bekommen. Uns allen ist aber auch bekannt, dass es dann wahrscheinlich schwierig werden wird. Aufgrund der Osterweiterung der Europäischen Union wird sich die Situation völlig verändern. Zum Thema Nizza brauche ich hier nichts zu sagen. Das ist eine andere Debatte. Wir alle können uns vorstellen, was nach 2006 auf uns zukommen wird. Deswegen ist es umso wichtiger, die erhöhten Mittel, die uns in der nächsten Zeit zur Verfügung stehen, vernünftig einzusetzen und uns damit vernünftig aufzustellen,

(Beifall bei der CDU)

damit wir nicht 2006 auf dem falschen Fuß erwischt werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ein vierter Punkt, der mir besonders am Herzen liegt. Ich möchte das deshalb im Zusammenhang mit dem Etat 2001 klar machen: Im Verkehrsreich, insbesondere im Zusammenhang mit dem ÖPNV, kommt es darauf an, wieder verstärkt in die Fläche zu gehen. Ich finde, "Fläche" ist zwar nicht der richtige Ausdruck für die Regionen dieses Landes, aber Sie wissen, das ist der Jargon. Im Klartext heißt das: Es kommt darauf an, dass wir nach der Schwerpunktregion Hannover - unter dem Stichwort EXPO gelaufen - wieder stärker an die übrigen Regionen denken.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU  
- Eveslage [CDU]: Wir werden Sie beim Wort nehmen!)

Wenn Sie in den Haushalt 2001 schauen, werden Sie feststellen, dass das dort, was die Schwerpunktsetzung angeht, schon verschoben ist. Beispielsweise mehr als zwei Drittel der Mittel für den ÖPNV gehen in die Regionen.

Meine Damen und Herren, so viel nur als Anmerkung aus meiner Sicht, was ich zum Einzelplan 08 des Haushalts festhalten wollte.

Für die Zukunft möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung vor die Klammer ziehen. Dieser Akzent ist mir ganz wichtig. Ich werde die Wirtschafts- und Verkehrspolitik des Landes ganz klar unter Wettbewerbsgesichtspunkten ausrichten.

(Zustimmung bei der CDU)

Das heißt, ich werde nicht irgendetwas tun, nur weil das gerade in Mode ist oder weil das andere auch machen. Ich werde vielmehr nur Dinge tun, von denen ich gemeinsam mit der Landesregierung der Auffassung bin, dass wir berechnete Chancen haben, dies im Wettbewerb unter den Standorten und Bundesländern wirklich in einer Spitzengruppe zu tun. Überall dort, wo wir wirklich die Aussicht haben, eine Spitzenposition einzunehmen, werden wir das tun. Im Umkehrschluss heißt das: Wo wir diese Spitzengruppe nicht erreichen können, müssen wir Dinge verändern oder streichen.

(Beifall bei der SPD - Heineking [CDU]: Aber auch keine Wettbewerbsnachteile!)

Das heißt aber auch, dass wir Dinge, mit denen wir schon jetzt gut aufgestellt sind, weitermachen werden.

Angesprochen wurde völlig zu Recht die von Herrn Fischer ins Leben gerufene Gründungsinitiative. Das ist ein guter Ansatz. Das werden wir weitermachen. Wir werden aber auch noch andere Schwerpunkte setzen. Wir werden deutlichere Schwerpunkte setzen im Bereich von venture capital und private equity. Das sind interessante Dinge, die man machen kann.

Ein weiterer Punkt, der hervorragend begonnen worden ist, betrifft die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Ich finde gerade diese ressortübergreifende Zusammenarbeit beson-



ders interessant. Ich glaube, hier können wir noch einiges machen.

Ganz neu anfassen und vielleicht auch etwas grundsätzlicher anfassen müssen wir ein Thema, das ich einmal mit dem Begriff Internet-Wirtschaft beschreiben möchte. Sie alle kennen das. Es gibt so viele schillernde Begriffe dafür. Jeder versteht etwas anderes darunter. Der eine spricht nur von E-Commerce, der andere spricht von IuK, ein dritter spricht von IT. Das ist ziemlich diffus. Ich finde, Internet-Wirtschaft ist der richtige Ausdruck dafür, weil er nämlich zweierlei sagt: zum einen, dass wir für die vielen kleinen und jungen Unternehmen durch eine junge und moderne Wirtschaftspolitik ein Klima schaffen, bei dem sie sich in Niedersachsen wohl fühlen, damit sie wissen, dass sie hier an dem richtigen Standort sind. Dabei geht es um alle die Unternehmen, die Hard- und Software für das Internet und für Internetanwendungen produzieren - das reicht von Multimedia bis hin zu spezifischen Internet-Dienstleistungen.

Das ist aber nur der eine Aspekt der Internet-Wirtschaft. Zum anderen geht es darum, auch den traditionellen Mittelstand für dieses Thema zu gewinnen. Es reicht eben nicht, dass man über eine ISDN-Steckdose verfügt, sondern man muss auch wissen, was man damit tut. Das ist auch mehr als E-Commerce. Es geht auch um mehr als darum, eine Website einzurichten und dann zu schauen, ob die jemand über Internet anklickt und etwas kauft. Vielmehr geht es darum, dass man alle betrieblichen Abläufe anschaut und identifiziert, wo man das Internet anwenden und nutzen kann, um optimale Ergebnisse zu erzielen.

(Beifall bei der SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist die Aufgabe, die ich für die nächsten Jahre ganz besonders sehe. Um das ganz klar zu sagen - gerade für Niedersachsen ist das ein ganz wichtiger Punkt -: Die Chancen des Internets und der Internet-Wirtschaft sind völlig unabhängig von der Branche, und sie sind völlig unabhängig von der Größe der Unternehmen. Deshalb ist das für das Mittelstandsland Niedersachsen eines der ganz entscheidenden Themen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen werden wir im Wirtschaftsministerium die bereits vorhandenen Ansätze weiter verstärken. Wir werden ein Internet-Team einrichten. Wir werden alle Instrumente, über die wir verfügen,

nutzen, um herauszufinden, was wir besser machen können, was wir besser aufstellen können. Wir werden auch die neugegründete NordMedia GmbH und auch alle angrenzenden Aspekte in diese Überlegungen einbeziehen. Das ist das Spannende beim Thema Internet. Dort kommen viele Dinge zusammen; so z. B. auch Tourismus und Verkehrspolitik. Überall gibt es Internetanwendungen, die man in einem ganzheitlichen Ansatz zusammenfassen muss.

#### **(Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz)**

Wenn man an Internet-Wirtschaft denkt, ist man gedanklich ganz schnell beim Thema Dienstleistungswirtschaft. Auch das wurde zu Recht schon angesprochen. Die unternehmensnahen und personenbezogenen Dienstleistungen sind deshalb so interessant, weil es sich hierbei um die wachstumsstärksten und beschäftigungsintensivsten Branchen handelt. Aus niedersächsischer Sicht ist besonders wichtig, dass diese Bereiche weitgehend standortungebunden sind. Das sind Bereiche, die für die Regionen besonders interessant sind, weil diese Branchen nicht an kapitalintensive Standorte gebunden sind, sondern weil man sie im ganzen Land ohne besondere Präferenzen entwickeln kann.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist die Dienstleistungsinitiative des Wirtschaftsministeriums die echte, entscheidende strategische Weichenstellung für die nächsten Jahre, eine Weichenstellung für mehr Beschäftigung und für mehr Wachstum. Dienstleistungswirtschaft heißt immer auch Mittelstand und, wie ich schon sagte, regionale Entwicklung. Wir werden auch die Organisationsstrukturen im Ministerium anpassen. Wir werden also sowohl organisatorisch als auch förder technisch diesem neuen Schwerpunkt in den nächsten Monaten Rechnung tragen.

Damit bin ich bei einem weiteren Punkt, der mir auch besonders wichtig ist. Ich hatte vorhin gesagt, dass wir alles klar an Wettbewerbskriterien ausrichten werden. Dazu gehören auch die bestehenden Programme und Strukturen der Wirtschaftsförderung. Meine Damen und Herren, ich glaube, der Blick zum Nachbarn und zum Wettbewerber ist etwas, was man wirklich internalisieren muss. Man muss immer schauen, ob man richtig aufgestellt ist. Das werden wir insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung tun. Ich kann das Ergebnis der Überlegungen hier nicht vorweg nehmen - dazu müssen sicherlich noch viele Diskussionen

geführt werden -, aber meine Auffassung ist an der Stelle ziemlich klar. Ich finde, dass Niedersachsen insbesondere in dem Bereich ein echtes Kompetenzzentrum braucht, in dem wir das Know-how für Akquirierung, Beratung und die Abwicklung von Förderprogrammen bündeln können.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, dass dieses Kompetenzzentrum auch die regionalen Strukturen nutzen sollte. Aber - das ist aus meiner Sicht ganz wichtig - das heißt nicht, dass man gleichzeitig den Führungsanspruch aufgibt. Die strategischen Weichenstellungen sind also das eine und die Nutzung regionaler Strukturen das andere. Das ist eine Aufstellung, die wir uns in den nächsten Monaten anschauen werden.

(Collmann [SPD]: Hervorragend!)

Meine Damen und Herren, last but not least Verkehrspolitik. Auch hierzu nur einige grundsätzliche Anmerkungen. Ich meine, es ist völlig unstrittig, dass wir nach wie vor davon ausgehen müssen, dass die Hauptlast des Verkehrs weiterhin auf den Straßen bewältigt werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine Tatsache, die man vielleicht bedauern kann; aber ich glaube, dass man zunächst nicht an ihr vorbei kommt.

(Zuruf von Schwarzenholz [fraktionslos])

Das heißt auch, dass wir erstens im Bundesfernstraßenbau dafür sorgen müssen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Hier gibt es einige ganz konkrete Verbesserungen. Ich brauche sie hier nicht zu wiederholen. Sie sind Ihnen bekannt und wurden eben auch genannt. Ich gehe außerdem davon aus, dass hier weiterhin Bewegung ist. Ich nenne nur ein Stichwort: Lkw-Maut. Wir müssen zusehen, dass auch diese Mittel vernünftig verteilt werden und Niedersachsen davon profitiert.

(Eppers [CDU]: Das lassen wir mal lieber sein! Bisher war das alles ganz positiv!)

Der zweite Punkt betrifft das Thema „Erhaltung von Landesstraßen“. Das ist ein Thema, bei dem ich persönlich der Überzeugung bin, dass wir unsere Anstrengungen finanziell und organisatorisch verstärken müssen.

(Beifall bei der CDU)

Auch hierfür sind im Haushalt schon die richtigen Weichenstellungen getroffen. Die weiteren Maßnahmen in diesem Bereich sind schon ganz gut aufgestellt. Auf der Grundlage dieses Trends, der jetzt angelegt ist, können wir in den nächsten Jahren weitermachen.

Der dritte Punkt im Bereich der Verkehrspolitik: Auch da knüpfe ich an Überlegungen von Herrn Fischer an, weil ich sie für außerordentlich wichtig und richtig halte. Ich meine den Einsatz von privatem Kapital. Ich glaube, dass letztlich kein Weg darum herumführen wird, sich mit diesem Thema intensiv zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU  
- Frau Körtner [CDU]: Das sagen wir schon lange!)

Der vierte Punkt betrifft die Schiene. Wenn man von der Entwicklung im Schienenverkehr redet, dann muss man ganz klar sagen, dass wir auf der Schiene mehr Wettbewerb benötigen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich finde, dass wir in Niedersachsen insbesondere in der Hinsicht viel vorzuweisen haben. Das können wir mit Sicherheit noch viel deutlicher machen. Wir können diesen Wettbewerb stimulieren. Wir können insbesondere die berühmten NE-Bahnen noch etwas stärker fördern. Wir können sie ermuntern, in den Wettbewerb zu gehen. Auf dem Gebiet haben wir Möglichkeiten, die wir wirklich konsequent nutzen sollten.

Was den fünften Punkt anbetrifft, so habe ich schon eingangs gesagt, dass wir die Mittel, die wir insbesondere im ÖPNV und SPNV haben, stärker in die Regionen des Landes bringen müssen. Ich vermeide den Begriff „Fläche“.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU  
und bei den GRÜNEN)

Ich glaube auch - das ist immer noch meine Sicht von außen, die ich mir einfach noch einmal erlaube -, dass wir beim Thema ÖPNV und SPNV in Niedersachsen noch viel mehr nach außen deutlich machen können, wie gut wir eigentlich dastehen und wie viele Möglichkeiten wir schon genutzt haben. Auch das werden wir tun.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das war ein kurzer Parforceritt. Ich gebe zu, dass er sehr kurz war. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit *allen* Abgeordneten und bedanke mich.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Goede:**

Schönen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Kollege Dinkla um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Dinkla!

### **Dinkla (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt einen Zielkonflikt. Ich müsste auf das eingehen, was Herr Kollege Beckmann gesagt hat, auf der anderen Seite gehe ich eigentlich viel lieber auf das ein, was Frau Ministerin Knorre gesagt hat,

(Beifall bei der CDU)

und dafür entscheide ich mich auch, weil das sehr zukunftsgerichtet war.

(Möllring [CDU]: Was versteht Beckmann denn von der Zukunft?)

Ich nehme Ihre letzte Bemerkung auf. Es gibt viele Ansätze, die Sie eben skizziert haben, die möglicherweise Herrn Schurreit veranlassen müssten, seine Rede umzuschreiben. Das ist die Ausgangssituation. Aber ich möchte das Angebot, das Sie hier in den Raum gestellt haben, gerne annehmen. Es geht um die Sache, und es geht um die politische Gesamtverantwortung für die Entwicklung Niedersachsens. Wenn Sie dafür gute Ansätze bieten und Projekte anschieben, dann haben Sie uns auf Ihrer Seite. Das darf ich hier in aller Eindeutigkeit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Aber dennoch sind einzelne Punkte dessen, was ich jetzt sage, für Sie, Frau Ministerin Knorre, hoch interessant. Sie haben gesagt, dass Sie seit 28 Stunden im Amt sind. Deshalb will ich einen kleinen Blick zurück werfen, damit Sie wissen, wie sich die Situation in den letzten Jahren dargestellt hat und was gelaufen ist oder - besser gesagt - was nicht gelaufen ist. Das ist die Ausgangssituation - auch für Sie, Frau Ministerin Knorre.

Die bisher betriebene Wirtschafts- und Verkehrspolitik in Niedersachsen ist, wenn Sie so wollen, streckenweise eine schwer verkäufliche Ware. Deshalb hat wahrscheinlich die Festlegung auf Ministerin Knorre mit dem bisherigen Tätigkeitsfeld „Öffentlichkeitsarbeit“ hohe Priorität gehabt.

Wo liegen die Schwachpunkte der Wirtschaftspolitik und der Verkehrspolitik dieses Landes? - Ich meine, meine Damen und Herren, dass Folgendes nicht unerwähnt bleiben darf: Niedersachsen hat in den vergangenen Jahren mit dem schnellen Wechsel der Ministerpräsidenten im Wettbewerb der Länder eindeutig Schaden genommen.

(Widerspruch bei der SPD)

Drei Ministerpräsidenten, unterschiedliche Schwerpunkte, jeder hatte seine „wirtschaftspolitische Spielwiese“ mit geringer Halbwertszeit. Was war dann im Ergebnis die Folge? - Wichtige politische Zuständigkeiten und Themen mit dringend erforderlichen Weichenstellungen für Niedersachsen - ich nenne hier Biotechnologie und Multimedia, auf die ich noch eingehe, oder die Ausnutzung europäischer Fördermöglichkeiten - mussten in Niedersachsen über Jahre hinweg ein „Nomadendasein“ fristen. Das war die Situation.

(Beifall bei der CDU)

Die wechselnden Zuständigkeiten und die lieblose Abhandlung dieser wichtigen Zukunftsthemen haben dem Standort Niedersachsen erheblichen Schaden zugefügt. Als Beispiel sei nur erwähnt die sehr unrühmliche Abwicklung des hochgelobten „Innovationsfonds“, des so genannten Braunschweig-Topfes.

Zum Beispiel Multimedia. Wenn das, was Sie vorhin gesagt haben, Frau Ministerin Knorre, 1995/96 im Zuge der Diskussion über den Antrag der CDU "Multimediastrategie 2000" in Niedersachsen konkret angegangen und sozusagen „auf die Hörner genommen“ worden wäre, dann wären wir jetzt erheblich weiter. Das, was Sie jetzt richtigerweise als Zukunftsvision im Bereich Multimedia dargelegt haben, hätte vor Jahren gemacht werden können. Wir liegen im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern entschieden zurück. Das hat auch etwas mit dem Wechsel der Ministerpräsidenten zu tun.

(Zustimmung von Frau Körtner [CDU])

Multimedia war für den jetzigen Bundeskanzler und früheren Ministerpräsidenten quasi „terra incognita“. Der wusste noch nicht einmal, wie man die Maus anfasst.

(Beifall bei der CDU)

Bei Herrn Glogowski war es so, dass er Multimedia vorrangig als Instrument für Last-Minute-Buchungen angesehen hat. Und beim amtierenden Ministerpräsidenten setzt bei diesem Thema hektischer Aktionismus ein. Aber ich prophezeie, dass der Rückstand der letzten Jahre sehr wahrscheinlich nicht aufgeholt werden kann. Ich wünsche Ihnen Glück bei Ihren Bemühungen und halte es für unwahrscheinlich wichtig.

Sie haben den Begriff „Internetwirtschaft“ genannt. Sie haben uns - mich speziell - auf Ihrer Seite, weil ich im Landtag für diesen Bereich auf allen Ebenen aktiv gekämpft habe.

(Möhrmann [SPD]: Deshalb kürzt ihr ja auch bei P 53, Herr Kollege!)

Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir hier eine gute Ebene der Zusammenarbeit haben könnten.

Die vagabundierende Zuständigkeit für die europäische Politik im Bereich der Wirtschaft hat der niedersächsischen Wirtschaft - der Industrie und dem Mittelstand - geschadet - und Niedersachsen im Übrigen auch hunderte von Millionen DM gekostet. Das waren vertane Chancen! Europapolitik wurde in Niedersachsen im Hinblick auf Wirtschaft und Verkehr als „ungeliebter politischer Wurmfortsatz“ abgewickelt. Es ist bislang nicht erkennbar, dass die Neuausrichtung mit einem neuen Europaminister der niedersächsischen Wirtschaft entscheidend geholfen hat.

(Wendhausen [SPD]: Ministerin!)

Das Transitland Niedersachsen benötigt z. B. dringend europäische Konzepte und Hilfen zur Bewältigung der Verkehrsprobleme der Zukunft. Niedersachsens Wirtschaftspolitik und auch die Verkehrspolitik sind nach meiner Überzeugung noch nicht umfassend genug international ausgerichtet. Die Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur ist unzureichend. Die kontinuierliche Kürzung der Landesstraßenbaumittel seit 1990, Frau Ministerin Knorre, von 170 Millionen DM auf nunmehr 111,6 Millionen DM wird sich auf Dauer dramatisch auswirken.

Was uns in Niedersachsen fehlt, ist eine Neukonzeption der Verkehrspolitik. Das gilt insbesondere für den Bereich der Schiene. Der Rückzug der Bahn muss durch intelligente Lösungen des Landes und durch eine Einbindung Dritter kurzfristig begleitet werden.

Wir müssen verhindern, dass es temporäre Lücken gibt. Wir erwarten aber auch - das sei hier ebenfalls ausdrücklich erwähnt, Herr Beckmann -, dass der Bund Niedersachsen die Mittel zur Verfügung stellt, die uns nachgewiesenermaßen zustehen, aber kontinuierlich vorenthalten worden sind. Alle Fachleute bestätigen uns folgende These: Das Land hat derzeit kein umfassendes Verkehrskonzept für die nächsten Jahrzehnte. - Hier haben Sie, Frau Ministerin Knorre, ein reiches Betätigungsfeld, aber nur wenig Zeit.

Ich bin Ihnen dankbar - das sage ich in aller Klarheit - für Ihr Bekenntnis zur Straße, das Sie hier abgelegt haben.

(Beifall bei der CDU - Eveslage [CDU]: Das war mutig!)

Ich halte dies für unwahrscheinlich wichtig, damit auch auf diesem Politikfeld sozusagen die Prioritäten und die Koordinaten wieder richtig gesetzt werden. Ich bin Ihnen auch dankbar dafür, dass Sie den Bereich der alternativen Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur angesprochen haben. Ich wäre Ihnen weiter dankbar, wenn Sie das auch der Mehrheitsfraktion sagen würden; denn diese hat erst kürzlich einen Antrag der Fraktion der CDU, im entsprechenden Fachausschuss zu diesem Thema eine öffentliche Anhörung durchzuführen, abgelehnt. Sehen Sie, auf diese Weise können Sie hier im Bereich der Politik noch etwas Bluttransfusion bei der SPD betreiben.

Das Thema Wettbewerbsverzerrungen wird von dieser Landesregierung stiefmütterlich behandelt, obwohl dieses Thema an sich mehr und mehr an Brisanz zunimmt. Wettbewerbsverzerrungen werden für unsere niedersächsische Wirtschaft, für unsere Industrie und den Mittelstand zum Jobkiller Nummer 1. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Es gibt viele Bereiche, in denen dies wirkt. Ich möchte als Beispiel nur einmal den Unterglasgartenbau erwähnen. Hunderte von Betrieben stehen vor dem Ruin - das ist die Ausgangssituation -, weil es politisch nicht gelingt, hier ein Soforthilfeprogramm, ein Nothilfeprogramm auf den Weg zu bringen. Was bietet die Regierung nun an?

- Kreditrahmen zu günstigen Zinskonditionen. Das ist so, als wenn sie einem sterbenden Unternehmen für die Finanzierung des Nachrufes einen zinsverbilligten Kredit anbieten. Auf diese Weise werden wir unseren Betrieben nicht helfen und auch keine Arbeitsplätze sichern können, von denen Herr Beckmann eben gesprochen hat.

(Beifall bei der CDU)

Was macht die Regierung zusätzlich? - Sie erhöht knallhart die Förderabgaben auf Erdgas und Erdöl um mehr als 100 %. Was bleibt davon in Niedersachsen? - Das weiß der Minister Aller: Roundabout 10%! Alles andere fließt in den Länderfinanzausgleich ein. Da drängt sich für mich fast folgender Verdacht auf: War das vielleicht der Deal mit dem Bund, um die Zustimmung für die Erhöhung des Bundesanteils bei der EXPO-Finanzierung zu erreichen? Man könnte darüber ja ernsthaft nachdenken.

Weshalb hat man hier im Land nicht intensiver über den Vorschlag der CDU nachgedacht, die Erdgasförderabgabe zu senken, um auf diese Weise Freiräume bei den Unternehmen für Sonderverträge mit den Gärtnereien zu bekommen? Diese schnelle Absenkung des Gaspreises wäre doch eine kreative und nachdenkenswert Lösung gewesen, um mindestens übergangsweise die gravierenden Einkaufsnachteile gegenüber niederländischen Gärtnereien zu kompensieren.

(Plaue [SPD]: Wovon träumst du eigentlich nachts?)

Initiativen für die Beseitigung dieser inakzeptablen Wettbewerbsverzerrungen auch in anderen Bereichen müssen für unseren Wirtschaftsstandort Niedersachsen oberste Priorität haben.

Jetzt darf ich noch etwas zum Bruttoinlandsprodukt sagen, weil auch Herr Beckmann darauf abgehoben hat. Ich kann mich noch gut an das Jahr 1999 erinnern, als Kollege Senff von dieser Stelle aus mit stolzgeschwellter Brust und mit Dankesbezeugungen und Bücklingen in Richtung Regierungsbank die BIP-Steigerung 1998 in Niedersachsen von mehr als 4 % als großartige Leistung der Landespolitik dargestellt hat und sich vor lauter Stolz fast nicht wieder einkriegen konnte. Alles nach dem Motto „Wir danken Ihnen, Herr Ministerpräsident, für Ihre erfolgreiche Politik“. - So hat er hier damals gestanden. Wenn ich dieser Logik folge, meine Damen und Herren, bleibt Folgendes festzustellen: BIP-Steigerung 1999: Deutschland

2,5 %, Niedersachsen 2,1 %. Tendenz: fallend! Erstes Halbjahr 2000. Herr Senff, jetzt muss ich ja Ihrer Logik folgen und sagen: Gabriel-Politik auf dem Prüfstand! BIP-Entwicklung im ersten Halbjahr 2000: Deutschland 3,0 %, alte Bundesländer 3,2 %, Niedersachsen 1,9 %.

(Eveslage [CDU]: Das ist ja schlimm!)

Nach Senff'scher Logik muss dies ja mit der Qualität der Landespolitik zusammenhängen;

(Beifall bei der CDU)

denn Steigerungen als Erfolg darzustellen und Verschlechterungen anderen anzulasten, kann ja wohl nicht mehr laufen, zumal jetzt der übliche Rundumschlag Richtung Bonn bzw. Berlin auch nicht mehr passt.

Die konkreten Zahlen des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner müssen uns in Niedersachsen betroffen machen, weil diese Zahlen eigentlich die richtige Vergleichsbasis sind. BIP pro Einwohner 1999: Deutschland 47.232 DM, Niedersachsen 43.370 DM. Das sind 92 % des Bundesdurchschnitts. Bayern aber liegt 15 % über dem Bundesdurchschnitt. Bremen liegt mit 62.947 DM sogar um 33 % über dem Bundesdurchschnitt.

(Eveslage [CDU]: Die Bremer sind doch nie besser gewesen als wir!)

Besonders erwähnen möchte ich Hamburg, das mit 81.266 DM um 72 % über dem Bundesdurchschnitt und - wenn Sie so wollen - um 80 % über dem niedersächsischen Wert liegt. Das, Herr Beckmann, ist die eigentliche Vergleichsbasis. Da nützen doch die schönsten selbst gestrickten Erfolgspamphlete in Sachen Wirtschaft und Verkehr nichts. Da können Sie noch so oft „Niedersachsen - eine Erfolgsstory“ oder „Ein Jahr Landesregierung mit MP Sigmar Gabriel: Versprochen und gehalten“ drucken. Da gab es den Originalton Gabriel: „Rasante wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen.“ So hieß es in der Erfolgsstory. Die Zahlen sprechen aber eine ganz andere klare Sprache, und Adam Riese wird ja wohl auch selbst vom MP nicht völlig außer Kraft gesetzt werden können. Deshalb heißt es jetzt, Herr Senff: Ein Jahr Gabriel - Niedersachsen fällt wirtschaftlich zurück! - Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf jetzt aber auch noch Folgendes sagen, meine Damen und Herren. Wer um alles in der Welt hat den Ministerpräsidenten beraten, diese stümperhaften Erfolgsbilanzen vorzulegen? - Für die Beschaffung von 23 Doppelstockwagen, Neigetechnikfahrzeugen, Leichtnahverkehrstrabwagen und 40 S-Bahn-Fahrzeugen und auch für die Umsetzung des Projektes NordWestBahn hat die Regierung Gabriel seit Dezember 1999 nichts, aber auch gar nichts mehr geleistet, weil alle Entscheidungen und Weichenstellungen weit vor dem Dezember 1999 erfolgt sind. Das ist eine ungerechtfertigte Selbstbeweihräucherung, ein Schmücken mit fremden Federn, das für mich völlig inakzeptabel ist.

(Beifall bei der CDU - Heineking  
[CDU]: Das glaubt doch keiner mehr!)

Wenn jetzt in der „Erfolgsstory“ - man muss sich diesen Begriff einmal auf der Zunge zergehen lassen - steht - Sie begeben sich mit solchen Publikationen ja in eine große Gefahr; ich lese das ja -, dass in Niedersachsen künftig so genannte „Selbstlerninseln“ gefördert würden, dann kann ich dazu - seit spätestens gestern Morgen steht das auch eindeutig fest - nur Folgendes sagen: Mit der Staatskanzlei und dem Ministerpräsidenten haben wir zweifellos die größte politische Selbstlerninsel mit höchsten Defiziten!

Dies wird vom Ministerpräsidenten sicherlich alles energisch dementiert. Aber seit der Kabinettsumbildung wissen wir ja auch, was ein Gabriel-Dementi ist. Es ist die verneinende Bestätigung einer Tatsache, die bislang ein Gerücht war.

Wir als CDU-Fraktion können dem Einzelplan 08 - um den geht es hier ja - heute nicht die TÜV-Plakette verleihen. Wir erwarten im Bereich Wirtschaft und Verkehr auch durch die neue personelle Konstellation ein Stück weit Erneuerung und konzeptionelle Neuorientierung. Gerade in der Zeit des Umbruchs, in der sich die Arbeitswelt dramatisch verändert und in der für die Verkehrspolitik innovative Antworten gefunden werden müssen, muss das Ministerium Ideenschmiede sein. Ich bin Ihnen für Ansätze dankbar - ich sage das hier ganz ausdrücklich -, weil das sehr zukunftsorientiert war. Wir verbinden das, Frau Ministerin Knorre, aber auch mit der Hoffnung, dass Sie die anhaltende Beratungsresistenz der Mehrheitsfraktion gegen gute Vorschläge der Opposition abbauen können. Niedersachsen würde das gut tun.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Goede:**

Jetzt spricht Herr Kollege Wenzel.

### **Wenzel (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Gabriel kommt ja heute gar nicht mehr hier herein. Dem ist der gestrige Tage wohl so auf die Nieren geschlagen, dass er sich jetzt - - -

(Wendhausen [SPD]: Er ist doch heute Morgen entschuldigt worden! - Zuruf von der SPD: Der Herr Ministerpräsident!)

- Der Kollege Ministerpräsident.

(Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

- Immer mit der Ruhe!

### **Vizepräsidentin Goede:**

Herr Kollege Wenzel, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass der Herr Ministerpräsident entschuldigt ist.

(Zurufe - Eveslage [CDU]: Frau Präsidentin, was sollen die Zwischenrufe von der Regierungsbank? - Unruhe)

### **Wenzel (GRÜNE):**

Immer mit der Ruhe! Ich stelle nur fest: Er war heute nicht da. Ich verstehe gar nicht, dass hier solch eine Unruhe herrscht.

(Anhaltende Unruhe)

### **Vizepräsidentin Goede:**

Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit. Herr Kollege Wenzel hat das Wort.

### **Wenzel (GRÜNE):**

Wenn man sich einmal die Regierungserklärung von Ministerpräsident Gabriel zu Gemüte führt, dann stellt man fest, dass er vor hatte zu gestalten und nicht nur zu verwalten. Zur Verkehrspolitik hat er zwar nicht viel gesagt. Aber ich gehe davon

aus, dass sich seine Regierungserklärung auch auf dieses Feld bezogen hat.

Ich muss allerdings feststellen, dass in dem Teil des Landeshaushalts, der den Verkehrsbereich betrifft, kaum gestaltende Kräfte erkennbar sind. Dort, wo etwas geschieht, haben wir Sie getrieben, oder - wie mein Kollege Dinkla eben schon erwähnt hat - es war schon vorher entschieden, etwa bei der NordWestBahn oder bei der Reaktivierung des Haller Willem; dort haben wir zusammen mit der CDU den Anstoß gegeben. Bei der Verwendung der UMTS-Mittel für die Sanierung der in großen Teilen maroden Schieneninfrastruktur kam der Anstoß ebenfalls von den Grünen. 6 Milliarden DM fließen zusätzlich in die Bahninfrastruktur, in Niedersachsen u. a. in den Ausbau der Strecke nach Nordenham, an der auch zwei wichtige niedersächsische Häfen liegen, und in die Modernisierung der Signaltechnik zwischen Leer und Rheine.

Wenn Sie in Ihrer Jahresbilanz mit der "Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs" werben, dann muss man die Bilanz anderer Bundesländer dagegen halten. 11 % mehr Fahrgäste gibt es in Niedersachsen; in Rheinland-Pfalz sind es fast 90 %. Die Zahl der Züge im Nahverkehr haben Sie um 1 % gesteigert; andere Bundesländer haben hier 10, 20, ja 30 % zugelegt.

Aber ich will nicht lange in die Vergangenheit blicken, sondern vielmehr schauen, was in Ihrem Haushaltsplan vorgesehen ist. Ich will sehen, wo wegweisende Signale zur Gestaltung erkennbar sind, wo wegweisende Signale zur Begegnung der Herausforderung „Klimaschutz“ und zur Verbesserung der Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens erkennbar sind. Ich möchte hier drei Aspekte ansprechen.

Zur Straßenbauverwaltung: Die Zukunft der Straßenbauverwaltung wird nicht im Straßenbau liegen, sondern eher in der Straßenunterhaltung. Frau Ministerin Knorre hat ja gerade interessanterweise diesen Aspekt auch angesprochen. Gründe liegen zum einen in der Haushaltssituation des Bundes, aber auch darin, dass das vorhandene Geld in erster Linie in Zukunftsbranchen investiert werden muss, die die Beschäftigung hier in Niedersachsen auch noch in zwei oder drei Jahrzehnten sichern. Das sind dann eher Datenautobahnen als Autobahnen, und das ist dann eher die Investition in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder, in Hochschulen, Forschung, Entwicklung und Qualifizierung. Ich

bin sehr gespannt, was Sie morgen früh beispielsweise zu unserer Mündlichen Anfrage zum Thema Brennstoffzellen - ein anderes Zukunftsfeld - zu sagen haben.

Das Geld, das im Verkehrsbereich bleiben wird, muss effizienter eingesetzt werden. Ein Schritt in diese Richtung ist die Budgetierung des Verkehrshaushalts, die wir für diesen Haushaltsplan vorgeschlagen haben.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist aber die Umorganisation. Die Straßenbauverwaltung baut heute nur Straßen und verwaltet sie. Hier muss eine Organisation aus einem Guss her. Wir brauchen eine Gesellschaft oder eine Behörde für Mobilitätsgestaltung. Wir müssen die Potentiale aller Verkehrsträger in den Blick rücken. Nicht „Straßen bauen und verwalten“ darf die Devise sein, sondern Probleme lösen und Mobilität verbessern, und zwar so umweltfreundlich wie möglich.

Nun zur Bestellung von Verkehrsleistungen im Schienenverkehr: 500 Millionen DM stellt uns der Bund jährlich für Betriebsleistungen im Schienenpersonennahverkehr zur Verfügung. 370 Millionen DM davon verwaltet das Land. Seit mehr als zwei Jahren gibt es aber keinen Vertrag mehr mit der Bahn über die Verwendung dieser Mittel. Das sei ein Zustand - das hat Herr Minister Fischer, der Vorgänger von Frau Knorre, hier mehrfach behauptet -, der gut für das Land sei. Ich behaupte das Gegenteil. Der größte Auftragnehmer von Herrn Ministerpräsident Gabriel, die Bahn, tanzt ihm auf der Nase herum und bestimmt nach Guts-herrenart, wo Unterhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden und wo ganze Bahnstrecken stillgelegt werden,

(Zustimmung bei der CDU)

obwohl sich der Ministerpräsident in dem Glauben wähnt, dort Züge bestellt zu haben. Ich rede hier von der Bahnstrecke Northeim – Bodenfelde.

Wenn ich die Liste der Reisezentren lese, die die Bahn schließen will und schon geschlossen hat, dann zeigt sich auch, dass Herr Dr. Neuber von der Landesnahverkehrsgesellschaft und das Ministerium hier - ich sage: bislang - als Bettvorleger agiert haben, weil die Reisezentren im Vertrag nicht mehr gesichert waren. Die Liste der geschlossenen Reisezentren ist lang und man sieht, wie das Land sich hat abpeisen lassen. Aber noch länger ist die Liste der Reisezentren, die zur Schließung anstehen: Buchholz, Burgdorf, Helmstedt, Holzminden,

Neustadt, Verden, Bad Sachsa, Friedland, Gifhorn, Münden, Nordenham. Es sind noch zehn andere Städte darauf. Alle sind nicht gerade klein.

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch Lichtblicke in Niedersachsen. Dazu gehört die Inbetriebnahme der NordWestBahn. Diese Maßnahme hat der Vorvorgänger von Herrn Gabriel in die Wege geleitet. Dafür muss man ihn in der Tat auch ausdrücklich loben. Ministerpräsident Gabriel hatte die Freude, diese neue Bahn jetzt einweihen zu können. Probleme gibt es auch hier - das kann man nicht verkennen -, aber das sind Probleme von der erfreulichen Sorte, nämlich zu wenig Fahrzeuge, weil die Nachfrage doppelt so hoch ist wie nach Prognosen aller Gutachter. Aber auch diese Probleme sollten schleunigst gelöst werden, damit die Fahrgäste nicht länger auf dem Bahnsteig stehen bleiben müssen oder in übervollen Zügen stehen müssen.

(Schack [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr, was Sie da erzählen!)

Hier muss man der NordWestBahn schnell und unbürokratisch unter die Arme greifen.

Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, möglichst schnell weitere Teilnetze in Niedersachsen auszuschreiben. Das kann sehr wohl bedeuten, dass die Deutsche Bahn AG weiter fährt, aber dann bitte mit modernen Fahrzeugen, auf ordentlich unterhaltenen Schienen und zu eindeutigen vertraglichen Konditionen. Ich habe Hoffnungen, dass sich mit unserer neuen Ministerin hier vielleicht einiges in Zukunft zum Besseren wendet.

Ich möchte noch ein paar Worte zur Verwendung der Investitionsmittel für Bus und Bahn sagen. Nach der EXPO geht das Geld in die Regionen. Das hat die Landesregierung gesagt. Jetzt kommt alles ganz anders, weil die Finanzplanung völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Mein Kollege Golibruch hat das gestern schon angesprochen. Trotzdem werden wir die Landesregierung nicht aus der Verantwortung zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse im Land entlassen.

Wenn ich dann höre, alle Anträge aus den Regionen seien bedient worden, dann halte ich das für ein Märchen. Teilweise werden Wünsche von Landkreisen, Städten und Gemeinden seit Jahren von der LNVG geprüft - oder sollte ich besser sagen „totgeprüft“? Die LNVG muss künftig effizienter und innovativer arbeiten. Hier kam das Stichwort Wettbewerb. Das kann da sicher nicht

schaden. Die LNVG muss enger mit den Kommunen zusammenarbeiten. Ich halte auch die Ausschreibung der Stelle des Geschäftsführers für dringend erforderlich, wenn sie im Sommer dieses Jahres frei wird. Ich glaube, dann wird hier mehr frischer Wind durch den Laden wehen.

Viel Geld könnte man sparen, wenn die Fördermaßnahmen stärker standardisiert werden. Warum braucht jede Stadt ein eigenes Design für ihre Stadtbahnwagen? Warum gibt es noch immer unterschiedliche Standards für bundeseigene und nichtbundeseigene Eisenbahnen? Warum gibt es keine Abschläge bei den Trassengebühren, wenn das Land der DB AG neue Fahrzeuge finanziert? - Das ist in Zukunft schon wettbewerbsrechtlich ein Thema.

Meine Damen und Herren, die Redezeit ist leider zu kurz, um alle Merkwürdigkeiten der Finanzierung aufzuzeigen. Ich empfehle daher die Lektüre der Berichte des Rechnungshofes, der fast schon verzweifelte Rechnungsprüfer aus den letzten Jahren zu diesem Thema.

Mit dem vorhandenen Geld könnte mehr gemacht werden, könnte wesentlich effizienter gearbeitet werden, könnte mehr Verkehr auf die Schiene und könnten mehr Busse auf die Straße gebracht werden. Dann müssten wir uns auch nicht mit 11 % Fahrgästen mehr begnügen, sondern könnten wesentlich mehr Menschen in Niedersachsen einen attraktiven, leistungsfähigen und schnellen Nahverkehr bieten.

Meine Damen und Herren, ich habe Hoffnung, dass sich im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr in Niedersachsen in Zukunft einiges zum Besseren wendet, und ich freue mich dort auf interessante Debatten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

### **Vizepräsidentin Goede:**

Nächster Redner zu diesem Haushaltsschwerpunkt ist Herr Kollege Schurreit.

### **Schurreit (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dinkla, die CDU hat hier ja, wenn ich es richtig sehe, eine breite Zustimmung zu den Ausführungen der neuen Ministerin gezeigt.



(Frau Schliepack [CDU]: Mehr Beifall als bei euch! Das muss euch zu denken geben! - Gegenruf von Möhrmann [SPD]: Frau Kollegin, dann hatten Sie eine falsche Wahrnehmung!)

Ich finde es gut, dass wir im wirtschaftspolitischen Bereich im Prinzip Sachkompetenz in den Vordergrund stellen und die Sachkompetenz auch gemeinsam tragen. Ich hoffe nur, dass Sie sich auch dann daran erinnern, wenn es mal zur Abstimmung kommt.

(Beifall bei der SPD - Eveslage [CDU]: Das gilt umgekehrt natürlich auch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den 90er-Jahren hat die Wirtschaft Niedersachsens einen Sprung nach vorne gemacht. Sicherlich auch begünstigt von der Wiedervereinigung und der damit verbundenen neuen Zentralität in Europa, ist die Wirtschaft des Landes überdurchschnittlich gewachsen. Darauf sind wir stolz.

Nach den Daten der Bundesanstalt für Arbeit vom Dezember 1999 waren in Niedersachsen rund 2,4 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Damit haben wir im Langfristvergleich seit 1990 mit einem Zuwachs von 58.000 Arbeitsplätzen ein Plus von 2,5 % und damit den Spitzenplatz unter allen Ländern der Bundesrepublik erreicht. Nach den vorläufigen Zahlen für Juli dieses Jahres hat sich der positive Trend weiter verfestigt. Mit 80.000 neuen Beschäftigten innerhalb eines Jahres liegt der Zuwachs über dem Bundestrend.

Ähnlich sieht es bei den Erwerbstätigen aus, zu denen auch die Selbständigen gerechnet werden. Hier verzeichnet Niedersachsen gegenüber 1990 einen Zuwachs von 4,5 %, während im Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer dieser Zuwachs nur bei 1,3 % liegt.

(Eveslage [CDU]: Wissen Sie auch, wo der Schwerpunkt in Niedersachsen liegt?)

Das ist eine positive Bilanz, die ich hier ganz besonders erwähnen möchte.

Die wirtschaftspolitische Kompetenz - das bitte auch an die Adresse derjenigen, die rechts von mir sitzen - liegt nach seriösen Umfrageergebnissen

eindeutig bei uns Sozialdemokraten mit weitem Vorsprung vor der CDU.

(Beifall bei der SPD - Dinkla [CDU]: Das ist nach der Plauere Rede von gestern sicherlich schlechter geworden! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Das mag Ihnen nicht behagen, aber es ist so.

Maßgeblichen Anteil an dieser positiven Entwicklung hat vor allem Peter Fischer. Ich möchte die Gelegenheit meiner heutigen Rede auch dazu nutzen, herzlichen Dank zu sagen für die vielfältigen Initiativen, die das Wirtschaftsministerium unter seiner Leitung landesweit startete, um ein modernes, ein zukunftsorientiertes Niedersachsen auf den Weg zu bringen. Dies ist trefflich gelungen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und von Abgeordneten der CDU)

Ich möchte Dank sagen - und schließe darin sicherlich viele Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen ein - für die besonders hilfreiche Art, das Problem eines Abgeordneten welcher Fraktion auch immer in seinem Landkreis mit zu beheben, und ich sehe einige dieser Abgeordneten hier im Saale. Ich gehe davon aus, dass jeder einzelne Abgeordnete, auch diejenigen der Oppositionsfraktionen, bei einer persönlichen Bitte um Hilfe und Unterstützung eines Projekts in seiner Region die Hilfe des Ministers bekommen hat.

(Beifall bei der SPD - Wendhausen [SPD] - an die CDU gewandt -: Bei der A 39!)

- Ja, da hätten Sie jetzt auch klatschen sollen. Das wäre nicht schlecht gewesen.

Peter Fischer kennt die vielen Unternehmen seines Landes, genießt hohe Anerkennung bei den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, bei Unternehmensverbänden, bei Gewerkschaften.

(Frau Körtner [CDU]: Wir hätten ihn auch gerne behalten!)

Seine Aussage war immer verlässlich, seine Hilfe effektiv.

Nochmals herzlichen Dank von der Seite der Abgeordneten für zehn Jahre Ministertätigkeit, Verantwortung für die großen Bereiche Wirtschaft,

Technologie, Verkehr, Tourismus, Innovation, Europa usw. Herzlichen Dank von allen.

(Beifall bei der SPD und von Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU hat keine Einzelanträge zum Einzelplan 08 gestellt und hatte auch keinen Bedarf an inhaltlicher Beratung. Das darf ich einfach einmal so klar feststellen; denn so war es ja auch. Insofern ist auch der Beifall für die Rede der neuen Ministerin nachzuvollziehen; denn Sie sind ja inhaltlich mit allem einverstanden. Aus diesem Grunde gehe ich davon aus, dass die Haushaltsansätze, die politischen Vorgaben des Haushalts, auch von Ihnen von der CDU vollinhaltlich getragen werden.

Dies ist auch verständlich, weil die Wirtschaftspolitik des Landes eine herausragende Qualität hat. Deshalb möchte ich mich im Hinblick auf die zukünftigen Schwerpunktsetzungen in der Wirtschaftspolitik auf einige Punkte beschränken; dies auch im Hinblick auf die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit.

Erstens. Das Land Niedersachsen war in diesem Jahr Gastgeber für viele Millionen Menschen auf der EXPO 2000 in Hannover. Niedersachsen hat die Chance genutzt, mit dieser Weltausstellung das eigene Profil, die eigene Leistung Niedersachsens auch einer interessierten Weltöffentlichkeit vorzustellen.

(Zuruf von der CDU: Wo denn?!)

Die Chance der EXPO wurde genutzt, und die Ergebnisse in der Zukunft werden positiv sein für den Industrie- und Handelsstandort Niedersachsen.

Dazu haben wir schwerpunktmäßig die Infrastruktur in Hannover und in der Umgebung verbessert. Es sind viele Verkehrsprojekte durchgeführt worden, die man sonst später hätte realisieren müssen, die aber zur EXPO vorrangig notwendig waren. Diese Schwerpunktsetzung in Form der zentralen Bezuschussung Hannoverscher Projekte wird nicht mehr nötig sein. Der Ausgleich durch schwerpunktmäßige Förderung des flachen Landes ist uns eine Verpflichtung und wird für die nächsten Jahre die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik des Landes bestimmen. So lautet ja auch die Aussage der neuen Ministerin. Da sind wir völlig einer Meinung auch in der Zielvorstellung, und ich bitte auch um die Unterstützung durch die CDU.

(Zustimmung von Wendhausen [SPD])

Zweitens. Wir setzen in der Wirtschaftspolitik auf den Dialog mit den Unternehmen. Rasche Veränderungen in der Wirtschaft müssen vorrangig im Dialog mit den betroffenen Unternehmen zu schnelleren Entscheidungen in der Politik führen. Das „Ganzheitliche Mittelstandskonzept“, ein Erfolgsrenner sozialdemokratischer Verantwortung in Niedersachsen, wie auch das „Bündnis für Arbeit“ möchte ich als gute Beispiele für diesen Dialogprozess besonders erwähnen.

Meine Damen und Herren, eines möchte ich auch feststellen: Wir Sozialdemokraten haben uns über Jahre hindurch schwer getan, das aktive Gespräch mit der Wirtschaft zu suchen. Heute sind wir an einem Punkt angekommen, bei dem wir ein adäquater Verhandlungs- und Ansprechpartner der Wirtschaft sind. Wir machen das nicht mehr mit dieser Distanz, sondern wir haben in stärkerem Maße Dialogfähigkeit entwickelt. Ich meine, wir können stolz darauf sein, diesen Prozess durchgemacht zu haben.

Drittens. In der Ansiedlungspolitik werden wir bislang beschrittene Wege mit den bestehenden Förderprogrammen weiter gehen. Der Wirtschaftsförderfonds wie auch die ganze Bandbreite unserer unterstützenden Maßnahmen wie die Landesbürgschaften zum Erhalt von Arbeitsplätzen haben sich bewährt und sollen beibehalten werden. Auch die Ansiedlungspolitik ist ein Erfolgskonzept.

Viertens. Neuer Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik wird die Ansiedlung neuer Unternehmen im Dienstleistungsbereich sein. Hier gilt es insbesondere, eine schnellere und mit multimedialen Verknüpfungen verbundene Hilfestellung aus einer Hand durch das Land anzubieten. Die Frau Ministerin hat dazu Stellung bezogen. Die Kompetenzzentren für mobile Informationssysteme, optische Technologie, Versicherungswissenschaften, Medizintechnik, das Zentrum für Zelltherapie, der Aufbau eines Instituts für Verkehrsführung und Fahrzeugsteuerung, das Kooperationsprojekt Holzhandwerk sind heute schon erfolgreiche Beispiele. Es gilt, dies im Lande Niedersachsen insgesamt zu koordinieren und zu konzentrieren.

Fünftens. Besonders stolz sind wir auf die Erfolge in der Zusammenarbeit zwischen dem Wissenschaftsministerium und dem Wirtschaftsministerium bei der Bildung von Existenzgründungszentren

mit hoher Kompetenz an den Universitäts- und Fachhochschulstandorten. Hier bietet das Land in Kombination von Wissenschaft und Wirtschaft jungen Existenzgründern zum Teil noch während ihres Studiums Möglichkeiten zur kostengünstigen Gründung eines eigenen Betriebs. Das jüngste Beispiel ist die Gründung des „Enovums“ in Lüneburg, in dem innerhalb eines Vierteljahres mehr als die Hälfte von über 50 möglichen Gründungsplätzen belegt worden ist. Die Anzahl der Neugründungen ist ja ein Indikator für eine prosperierende und zukunftsorientierte Region. Dies wollen wir im ganzen Lande fördern.

Sechstens. In der Verkehrspolitik sind wir abhängig von den großen Entscheidungen, die in Berlin gefällt werden. Dazu eine Adresse auch an die Grünen: Es muss deutlich gemacht werden, dass die Entscheidungen in Berlin gefällt werden. Ich möchte daran erinnern, dass unter Rot-Grün auch eine Verpflichtung des kleineren Koalitionspartners besteht, bei entsprechenden Entscheidungen die Interessen des Landes Niedersachsen anders zu definieren und hier nicht immer den Eindruck zu erwecken, als wenn wir diejenigen wären, die das heilen müssten, was in Berlin nicht durchgesetzt worden ist. Ich bitte also darum, dass das in Zukunft anders gehandelt wird.

Im Frühjahr muss die Bahn ihre Perspektive der langfristigen Unternehmenskonzeption beschließen. Davon sind wir in Bezug auf unser eigenes Handeln abhängig. Konzentriert sich die Bahn nur noch auf die schnellen Verbindungen im Personen- und Güterverkehr über lange Strecken hinweg und überträgt die regionale Verantwortung den Ländern, dann sind wir als Land bereit, mit entsprechenden ergänzenden Mitteln des Bundes diese Aufgabe für das Land Niedersachsen zu übernehmen und ein angemessenes, die Bürger befriedigendes ÖPNV- und Gütertransportkonzept auf der Schiene vorzulegen. Das ist notwendig. Da bin ich der gleichen Meinung wie die Opposition.

Dabei steht für uns im Vordergrund, dass alle Regionen eine Möglichkeit der Anknüpfung an die großen Fernverbindungen, die durch Deutschland und Europa führen, haben müssen. Unseren politischen Zielvorstellungen, mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu holen, muss entsprochen werden. Das ist nicht eine Zukunftsvision, sondern ist unsere augenblickliche Politik. Ich rufe alle Fraktionen auf, im gemeinsamen Vorgehen gegenüber der Bahn und auch dem Bund die berechtigten Interessen Niedersachsens gemeinsam zu artikulie-

ren, weil wir uns in Konkurrenz zu den süddeutschen Ländern und den neuen deutschen Ländern befinden. Wir sind hier schließlich in Niedersachsen.

Der Einzelplan 08, der den Bereich Wirtschaft umfasst, ist der zentrale Haushaltsbereich, der die Investitionen des Landes vorantreibt bzw. auch die Nettokreditaufnahme beschränkt oder hoch treibt. Er hat mit der erhöhten Quotierung den entsprechenden Stellenwert im Gesamtvolumen des Haushalts erhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere neue Ministerin Dr. Susanne Knorre hat die Leitlinien ihrer politischen Zielvorstellungen in ihrer Haushaltsrede treffend formuliert und dafür auch die Zustimmung aller Fraktionen, also auch die der Opposition, bekommen. Wir stehen voll hinter diesen Zielvorstellungen und werden sie als Fraktion in unserem politischen Handeln inhaltlich unterstützen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und wissen, dass es zu einer sozialdemokratisch geführten innovativen, zukunftsorientierten und sozialen Wirtschaftspolitik keine Alternative gibt. Natürlich werden wir dem Haushaltsplanentwurf zustimmen und empfehlen das auch den beiden anderen Fraktionen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Goede:**

Danke schön, Herr Kollege Schurreit. - Meine Damen und Herren, jetzt hat Frau Kollegin Rühl um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Rühl!

#### **Frau Rühl (CDU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Steuer- und Abgabenbelastung der kleinen und mittleren Betriebe muss gesenkt werden.

(Beifall bei der CDU)

So hieß es in dem Mittelstandskonzept, welches die Landesregierung 1998 direkt mit dem Mittelstand vereinbart hatte. Nun sagt Herr Beckmann: Das war doch ein tolles Erfolgsmodell, das Erfolgsmodell Mittelstandskonzept. - Es wäre eines gewesen, wenn es denn umgesetzt worden wäre.

(Beifall bei der CDU)

Nach zwei Jahren können wir nämlich feststellen, dass da nicht sehr viel passiert ist. Die Landesre-

gierung hat wohl - so erscheint es mir - nicht einmal genau darüber nachgedacht, wie es umzusetzen wäre. An einem Ministerpräsidenten können wir das nicht festmachen; dafür hatten wir davon ein bisschen viele. Wenn Herr Beckmann - leider ist er nicht mehr da - nun dieses Mittelstandskonzept einmal Stück für Stück durchgelesen hätte, dann hätte er bemerkt, dass es so nicht umgesetzt wurde.

Die Steuer- und Abgabenbelastung hat in diesem Jahr einen Höchststand erreicht. Sie haben den steuerlichen Verschlechterungen für den Mittelstand nicht nur einfach zugestimmt, sondern Sie haben sogar noch einen draufgesetzt und verschlechtern massiv die Abschreibungsbedingungen. Der Mittelstand in Niedersachsen ist vor allem in der Fläche präsent, ist dort Motor für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Aber die Fläche des Landes wird mit Ihrer Politik zum Stiefkind.

(Beifall bei der CDU)

In dem Konzept haben Sie auch ganz klipp und klar erklärt: Die Landesregierung wird sich im Bundesrat weiterhin für eine Senkung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten einsetzen. Wo bleibt bitte Ihr Einsatz?

(Zustimmung von Dinkla [CDU])

Sie haben es nicht einmal geschafft, die Antragsformalitäten zu vereinfachen und Transparenz und Benutzerfreundlichkeit herzustellen. Wenn Mittelstandsförderprogramme greifen sollen, dann muss man sich um Klarheit und Bündelung kümmern und muss sie auch wirklich ehrlich vorantreiben.

(Zustimmung von Frau Körtner [CDU])

Zusätzlich haben Sie in diesem Konzept eine Überprüfung der Beteiligungsgesellschaft - MBG, wie wir sie ja nennen - im Hinblick auf die Beteiligungsentgelte für Existenzgründer und für die Betriebsübernehmer versprochen. Allein dadurch schon braut sich ein großes Problem für unseren Mittelstand zusammen; denn wir alle, meine Damen und Herren, wissen: Mittelständlern und Handwerksbetrieben mangelt es im Moment an Eigenkapital. Das Vermögen steckt in den Betrieben, und dadurch herrscht auf dem Konto Ebbe. Die Bank reduziert ihr eigenes Risiko, indem sie je nach Bewertung Risikoprämien auf den Zins auf-

schlägt. Es geht um Betriebe, die sehr wohl sehr stabil sind, aber einfach im Moment nicht flüssig sind.

Die Existenzgründungen sind da. Der Kapitalbedarf ist enorm. Zehntausende von Handwerksbetrieben suchen Nachfolger als Inhaber. Da wird dieser Geldmangel dann eben zur großen Bremse. Zehn Jahre lang stieg die MBG als stiller Partner mit Beteiligungen in Höhe von 100.000 DM bis zu 1 Million DM bei Firmen ein. Das Geld stammte, wie wir wissen, aus den Kassen der Staatsbank. Aber der Mittelstand kann von diesem Geld so nicht profitieren.

(Zustimmung von Frau Körtner [CDU])

Die MBG ist zu passiv. Erstens sollte sie bei Bankfilialen, Kammern und im Mittelstand landesweit für sich trommeln. Zweitens ist die MBG bis auf das jetzt gerade verlängerte Sonderprogramm 1999 überhaupt nicht auf Existenzgründer zugeschnitten. Drittens fehlen in der Runde der MBG-Gesellschafter Mittelständler, z. B. Handwerksmeister; die würden dann schon für ihre Sache sprechen.

Nehmen Sie sich z. B. Baden-Württemberg mit seiner MBG zum Vorbild: 920 Beteiligungen für 300 Millionen DM. Diese helfen dort pro Jahr Dutzenden von Mittelständlern und Handwerksbetrieben richtiggehend auf die Beine. Da wird mit dem Geld geholfen.

In diesem Haushalt haben Sie die seit langem bekannten Schwierigkeiten des Mittelstandes wieder nicht berücksichtigt. Wir erwarten von Ihnen gemeinsam mit den Betroffenen, dass Sie sehr schnell - jetzt sofort - etwas tun und sich nicht so wie Herr Beckmann hier hinstellen und dann nur versprechen: Es wird sich nachhaltig bessern. - Ich meine, dass Sie zeigen sollten, dass der Mittelstand von Ihnen verstanden wird. Zeigen Sie das doch ganz einfach mit der lückenlosen Umsetzung Ihres Mittelstandskonzeptes. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Goede:**

Danke schön. - Herr Kollege Eppers, bitte schön!

**Eppers (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zum Haushalt komme, möchte ich mich den Worten des Kollegen Schurreit anschließen. Im Namen der CDU-Mitglieder des Arbeitskreises Wirtschaft, aber auch der CDU-Fraktion: Herzlichen Dank für die menschlich sehr angenehme Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Fischer. Bei aller sachlichen Auseinandersetzung, die wir geführt haben, gehört es sich auch, das bei aller Kürze der Zeit an dieser Stelle zu erwähnen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben es am Beifall meiner Fraktion vorhin gemerkt: Die Einstiegsrede der neuen Ministerin ist in vielen Bereichen auf unsere Zustimmung gestoßen. Wir sind der Meinung, dass es an den wichtigen Stellen einer Umkehr in der Landespolitik bedarf, und ich möchte dies am Beispiel der Verkehrsinfrastruktur, des Landes- und Kommunalstraßenbaus, begründen.

Wir alle sind uns darüber einig, dass eine moderne, gut ausgebaute und hochleistungsfähige Verkehrsinfrastruktur - im wesentlichen Straßeninfrastruktur - die Voraussetzung für eine florierende Volkswirtschaft ist. Aber Frau Dr. Knorre, wenn wir uns einmal den Haushalt 2001, um den es hier ja heute geht, anschauen, dann finden wir davon kaum eine Spur. Im wichtigen Bereich des Landes- und Kommunalstraßenbaus stehen die Zeichen seit zehn Jahren auf Stau und Rückschritt. Von 8.352 km Landesstraßen - das sind die Zahlen der Landesregierung - sind 5.312 km nach ihren eigenen Angaben beschädigt. Gerade etwas mehr als ein Drittel unserer Landesstraßen ist in Ordnung. Trotzdem sind hierfür im Haushalt 2001 lediglich 100 Millionen DM vorgesehen. Bleibt es bei diesem Ansatz, wird es länger als zehn Jahre dauern, um die Landesstraßen in Ordnung zu bringen, ganz zu schweigen davon, den Stand zu halten, den wir heute haben.

Dass es hier in Niedersachsen einmal eine Regierung gab, bei der das anders ablief, beweist ein einfacher Zahlenvergleich zwischen 1990 und 2001. Für Landesstraßen waren im letzten Jahr der Regierung Albrecht 170 Millionen DM im Haushalt eingestellt, im ersten Haushalt der Regierung Gabriel sind es lediglich 100 Millionen DM. 1990 betrug die GVFG-Mittel für den kommunalen Straßenbau - unabhängig von der EXPO; ich nenne

hier die Gesamtzahlen - 150 Millionen DM, im nächsten Jahr werden es 121 Millionen DM sein. Den Klopfer schießt die SPD-Fraktion beim Radwegbau ab - in Sonntagsreden ist das ja ihr Hätschelkind -: 1990 waren es noch 32 Millionen DM, im nächsten Jahr werden es lediglich 17 Millionen DM sein. So viel zur Haushaltswahrheit und -klarheit.

(Möhrmann [SPD]: Deshalb haben Sie dazu auch Ihren Antrag gestellt, Herr Kollege, oder? Keinen Antrag stellen und die Backen aufblasen, das habe ich gerne!)

- Herr Möhrmann, Sie können doch von uns nicht erwarten, dass wir im Rahmen eines Haushaltes das reparieren, was Sie in zehn Jahren verschludert haben. Das geht nicht.

(Beifall bei der CDU - Inselmann [SPD]: Stellen Sie doch einmal einen Antrag dazu! - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

- Das muss Sie ja unheimlich nervös machen.

Auch im kommunalen Straßenbau sieht es nicht viel besser aus. Von den zur Verfügung stehenden 242 Millionen DM an GVFG-Mitteln werden lediglich 121 Millionen DM, also knapp die Hälfte, für die Förderung des kommunalen Straßenbaus ausgegeben,

(Zuruf von Schwarzenholz [fraktionslos])

obwohl Sie ganz genau wissen, dass die Kommunen Förderanträge in einer Größenordnung von 1,1 Milliarden DM vorgelegt haben.

(Zuruf von der SPD)

An der Stelle, Herr Dr. Fischer, war es ja der richtige Schritt, von 40 % auf 50 % zu gehen. Wir meinen aber, dass es nur ein halber Schritt war und dass man den Anteil im Straßenbau noch etwas höher hätte veranschlagen müssen, um in der Fläche Infrastruktur sicherzustellen.

(Inselmann [SPD]: Wo ist denn der Antrag?)

Ich bleibe dabei: Das ist nach zehn Jahren eine traurige Bilanz einer unserer Ansicht nach verfehlten SPD-Verkehrspolitik und ein schwerer

Schaden für das Flächen- und Automobilland Niedersachsen.

Wer im letzten Jahr glaubte, dass der neue Ministerpräsident die Chance nutzen würde, um hier eine Umkehr einzuleiten, der hat sich getäuscht. Die Entwicklung in diesem Bereich ist mehr als desaströs, und wir werden es in den nächsten Jahren noch erleben, dass wir Schwierigkeiten bekommen werden, Erfolge bei der Ansiedlung mittelständischer und auch großer Betriebe zu erzielen, weil die Verkehrsinfrastruktur hierfür eine wichtige Voraussetzung ist.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich hier noch einmal deutlich machen, dass wir Sie auffordern, zumindest für den Doppelhaushalt - da hat die neue Ministerin die Chance, den Worten auch Taten folgen zu lassen - die Weichen im Straßenbau wieder auf freie Fahrt für Wachstum und Beschäftigung in Niedersachsen zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Goede:**

Danke schön. - Herr Kollege Heineking, bitte schön!

### **Heineking (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin! Herr Minister a. D., auch von dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank für zehn Jahre faire Zusammenarbeit!

Ich darf noch einmal ganz kurz zum Thema Mittelstand kommen. In Talkshows und Sonntagsreden wird der Mittelstand immer viel gelobt, aber montags wird er geschöpft. In Niedersachsen ist er zwar der größte Steuerzahler, stellt 70 % der Arbeitsplätze und 80 % der Ausbildungsplätze, aber man benachteiligt ihn bei der Steuerreform gegenüber den Konzernen und Kapitalgesellschaften in einem nicht vertretbaren Maße.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine Zeitschrift hat gefragt, ob das Steuergerechtigkeit ist, wenn Privatunternehmen und Mittelständler in 2001 48,5 % Einkommensteuer zahlen müssen, Kapitalgesellschaften und Körperschaften aber nur 25 %. So geht das ja auch immer weiter: In 2003 und 2004 beträgt das Verhältnis 47 % zu 25 %, und erst in

2005 beträgt es 43 % zu 25 %. Diese Differenz muss der Mittelstand tragen. Hinzu kommt, dass ihm weitere Möglichkeiten genommen worden sind; ich denke nur an die kürzeren Abschreibungsfristen. - Das ist schon eine gewaltige Benachteiligung unseres Mittelstandes.

Ich greife noch einmal ein Gewerbe heraus, nämlich das Verkehrsgewerbe in Niedersachsen mit seinen 60.000 Arbeitsplätzen. Diese Arbeitsplätze werden systematisch abgebaut, und es wird nichts unternommen, um diese Arbeitsplätze und die daraus resultierenden Steuereinnahmen zu retten. Schließlich nimmt das Land Niedersachsen 1,2 Milliarden DM an Kfz-Steuer ein. Jeder ausländische Lkw, der hier fährt - das sollte man sich einmal näher betrachten -, verschafft uns Mindereinnahmen von 120.000 DM in den verschiedenen Steuerarten, von der Lohnsteuer über die Kfz-Steuer, die Mineralölsteuer usw. Sie tun nichts, um die hohe Kfz-Steuer und die hohe Mineralölsteuer zu reduzieren und um die Ökosteuer, die in Deutschland die Wettbewerbsverzerrung für unsere Unternehmen noch verschärft, abzuschaffen. Im Gegenteil, Sie stimmen sogar zu, dass sich die Ökosteuer im Januar noch einmal erhöht.

Wöchentlich lesen Sie in der „Deutschen Verkehrszeitung“ von Insolvenzverfahren im Verkehrsgewerbe. Hunderte von Arbeitsplätzen gehen verloren. Die Transporte auf unseren Autobahnen werden dadurch nicht weniger. Aber Sie schauen tatenlos zu. Als die Firma Holzmann einige mittelständische Unternehmer in den Abgrund getrieben hatte und dann selber in Schwierigkeiten geriet, kam der Kanzler mit einem großen Geldgeschenk. Als aber tausende von Brummifahrern und Kleinunternehmern in Berlin demonstrierten, ist niemand gekommen.

Frau Ministerin, auch dies ist eine Aufgabe für Sie: etwas für den Mittelstand zu tun. Ich hoffe, Sie haben das erkannt.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Goede:**

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Schurreit hat zum Haushaltsschwerpunkt Wirtschaft und Verkehr noch einmal ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Schurreit!

(Zuruf: Aber bitte keine Speditionsrede!)

**Schurreit (SPD):**

Nein, keine Speditionsrede.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte erstens antworten auf Herrn Eppers, der gesagt hat, dass im Haushalt 1997/98 keine Mittel für den Landesstraßenbau enthalten waren.

(Eppers [CDU]: „Keine“ habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt „zu wenig“!)

Sie leiden offenbar unter einem Kurzzeitgedächtnis. Ich darf Sie nämlich einmal an Ihre eigenen Anträge erinnern. Lesen Sie einmal Ihren Antrag in der Drucksache 13/2363 „Doppelhaushalt 1997/98: Mit Reformen sparen - Wachstum und Beschäftigung fördern“. Irgendwo auf den vielen Seiten steht: „Senkung der Standards bei allen übrigen staatlichen Baumaßnahmen (z. B. im Straßenbau, Radwegebau).“ - Mit Verlaub: Jetzt möchte ich einmal eine klare Linie von Ihnen hören!

(Eppers [CDU]: Was haben denn die Standards mit dem Ausbau und der Sanierung zu tun?)

- Natürlich hat das etwas damit zu tun. Die Ausbaustandards sollen so gering sein, dass - - -

(Heineking [CDU]: So kann man das nicht auslegen, Herr Kollege!)

- Das hat nichts mit Auslegen zu tun. Das ist de facto so. - Man muss Sie also nur einmal an die Sachen erinnern, die Sie selber organisiert haben.

Zweitens. Willi Heineking und Frau Rühl, ich kann verstehen, dass die Opposition den Erfolg des Mittelstandsförderungsgesetzes und der Mittelstandsförderung, wie wir sie definiert haben, nicht so richtig eingestehen will, weil sie nicht selbst auf die Idee gekommen ist. Bei der Mittelstandsförderung werde keine Einschnitte gemacht.

Ich möchte Ihnen einmal erklären, was in Berlin beschlossen worden ist. Ich beginne mit dem Jahr 2001, das in 14 Tagen beginnt. Für die kleinen und mittleren Betriebe werden sich bereits durch die Steuerreformgesetze die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern. In 14 Tagen! Die rot-grüne Bundesregierung hat mit einer Reihe von Maßnahmen nun für diejenigen Entlastung geschaffen, die in vielen Jahren FDP-geprägter Wirtschaftspolitik das Nachsehen hatten.

Wodurch wird der Mittelstand in 2001 konkret entlastet? - Durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 48,5 %. - Das haben Sie eben vorgelesen.

(Heineking [CDU]: Das habe ich gesagt!)

Durch die Absenkung des Eingangsteuersatzes auf 19,9 %. Durch die Anhebung des Grundfreibetrags auf 14.000 DM. Durch die pauschale Anrechnung der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer. Unberührt bleibt die Abzugsfähigkeit als Betriebsausgabe; auch das wäre möglich. Durch die Anhebung des Freibetrags für Veräußerungsgewinne von 60.000 DM auf 100.000 DM. Durch die Wiedereinführung des halben durchschnittlichen Steuersatzes bei der Betriebsaufgabe.

(Heineking [CDU]: „Wiedereinführung“ ist richtig! Das habt ihr zwei Jahre lang zu Unrecht kassiert!)

- Das haben Sie auch gefordert.

Das sind Fakten, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, und diese Fakten haben eine andere Qualität als diese Betroffenheitslyrik, die wir uns hier immer von Ihren vermeintlichen Mittelständlern anhören müssen.

(Zurufe von der CDU)

- Entschuldigung, ich nehme das zurück. Aber es war mir ein Bedürfnis, das einmal zu sagen.

Sie müssen die Fakten zur Kenntnis nehmen, die uns alle in 2001 erreichen. Das ist eine Leistung der rot-grünen Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD - Heineking [CDU]: Und die Konzerne und die Kapitalgesellschaften, was müssen die bezahlen?)

**Vizepräsidentin Goede:**

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu unserem Haushaltsschwerpunkt Umwelt. Dazu hat sich Frau Kollegin Steiner zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Steiner!

**Frau Steiner (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs wurde vom Umweltminister hervorgehoben, dass in sei-

nem Haushalt die Einnahmen gestiegen und die Ausgaben gesunken seien. Man kann dies unter Konsolidierungsaspekten positiv bewerten, wie es der Umweltminister auch tut. Man kann aber auch feststellen, dass die Töpfe für Naturschutz und Wasserwirtschaft nur durch EU-Mittel auf eine respektable Größenordnung gebracht werden. 17,3 Millionen DM werden aus Europamitteln in 2001 für Vorhaben und Maßnahmen des Naturschutzes und der Wasserwirtschaft zur Verfügung gestellt und entsprechend vom Land gegenfinanziert. Das Dumme ist nur, meine Damen und Herren, dass diese Mittel aus dem Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft stammen und deshalb auch vom Landwirtschaftsministerium verwaltet werden.

Zu Beginn der Beratungen erklärte der Minister noch, dass die verabredeten Umweltprogramme ausschließlich durch das Umweltministerium durchgeführt würden. Heute sollen wir eine Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes schlucken, die genau dies konterkariert. Der § 55 des Naturschutzgesetzes wird durch die Festlegung ergänzt, dass bei EU-finanzierten Landesprogrammen die oberste Naturschutzbehörde bestimmen kann, dass für die Umsetzung andere Behörden des Landes zuständig sind. Im Klartext heißt das: Dem Landwirtschaftsministerium unterstehende Behörden wie z. B. die Ämter für Agrarstruktur sind für die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen im ländlichen Raum zuständig. Wie schön, dass sie dabei wenigstens noch an die fachlichen Vorgaben der Naturschutzbehörden über Inhalt und Ort der Maßnahmen gebunden werden sollen.

(Inselmann [SPD]: Und wo ist das Problem?)

Aber in der Praxis, Herr Inselmann, werden landwirtschaftliche Interessen die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen dominieren.

(Inselmann [SPD]: Nein!)

Im Einzelfall ist es sicherlich sinnvoll, dass die Ämter für Agrarstruktur Kooperationsverträge mit Landwirten schließen. Es ist aber nicht hinnehmbar, dass dies zur Regel wird.

Wir sagen Ihnen schon jetzt, Herr Minister: Die Trennung in einen fachlichen und einen organisatorischen Teil wird nicht funktionieren. Gerade die Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen muss in einer Hand bleiben. Warum sollen

denn zwei Behörden damit befasst sein? - Bisher lief die Zusammenarbeit auf dem kooperativen Weg doch auch gut. Es liegt auf der Hand, dass gerade der Naturschutzfachmann und nicht der Vasall des Landwirtschaftsministers die Pflegemaßnahmen mit dem Landwirt erörtern muss.

Uns ist unerklärlich, warum das Umweltministerium hier Kompetenzen an das Landwirtschaftsministerium abgibt. Können die beiden Ministerien etwa nicht vernünftig kooperieren? - Wenn das so weitergeht, dann kann die Landesregierung tatsächlich aus zwei Ministerien ein Ministerium machen. Es ist aber anzunehmen, dass dabei das Umweltministerium auf der Strecke bleibt.

(Inselmann [SPD]: Das hoffst du vielleicht!)

Will die Landesregierung das? - Wir wollen das auf keinen Fall.

(Inselmann [SPD]: Wir auch nicht!)

Deshalb wollen wir auch diese Kompetenzverschiebung nicht.

Zum Thema Naturschutz muss ich feststellen, dass die Mittel für Vertragsnaturschutz zu niedrig angesetzt sind. Von den FFH-Flächen und den EU-Vogelschutzgebieten wird nur ein Teil über hoheitlichen Naturschutz gesichert; für einen großen Teil ist Vertragsnaturschutz vorgesehen.

(Hogrefe [CDU]: Gott sei Dank!)

Die Mittel, die so den Landwirten zufließen, werden die Akzeptanz für Naturschutz deutlich erhöhen.

(Oestmann [CDU]: Das hängt von der Höhe der Mittel ab!)

Das ist bereits jetzt bei den Landwirten zu erkennen, die von Kooperationsverträgen profitieren. Wir haben deshalb im Änderungsantrag unserer Fraktion die Mittel für Vertragsnaturschutz um 4 Millionen DM erhöht. Wir hätten auch weniger Zimperlichkeit vom Umweltministerium beim Mitteleinsatz hierfür erwartet.

Ich möchte ein weiteres Defizit dieses Haushaltsplanentwurfs benennen. Das Umweltministerium hat sich als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung von dem Förderprogramm für Maßnahmen der Umweltvorsorge und des Umweltbewusstseins verabschiedet. Das ist der Endpunkt einer konti-



nuierlichen Entwicklung seit 1996. Von 1,5 Millionen DM, die 1996 für solche Projekte veranschlagt waren, hat man die Ausgaben 1998 auf 600.000 DM gedrückt. 1999 waren es noch 250.000 DM. Jetzt ist der Ansatz auf null gesetzt worden. Aus dieser Titelgruppe wurden z. B. unterstützt die Umweltinformation durch die Verbraucherzentrale, die pfiffige Jugendinitiative „JANUN“ und lokale Agenda-Projekte oder kleinere Umweltverbände, die nicht von der gesetzlichen Förderung profitieren. Bei all diesen Projekten kommt in hohem Maß ehrenamtliches Engagement zum Tragen und vervielfältigt damit die eingesetzten Mittel. Gerade durch solche Arbeit wird das Bewusstsein der Bevölkerung für Umweltprobleme geschärft, die Akzeptanz für Umweltschutzprojekte wird erhöht. Sie, Herr Minister, verweisen solche Projekte in Zukunft an die Niedersächsische Umweltstiftung. Das ist bei der finanziellen Ausstattung der Stiftung wirklich ein billiges Alibi. Es fehlt nur noch der Hinweis: Wenn ein Bürger etwas aus Überzeugung tut, dann kann er es auch umsonst machen.

Positiv vermerken wir das Ende der Debatte darüber, ob das Niedersächsische Landesamt für Ökologie eine Zukunft hat oder nicht. Die Dienstleistungen, die das NLÖ erbringt, sind für den Umweltbereich unverzichtbar.

(Inselmann [SPD]: Genau!)

Ich muss allerdings feststellen, dass sich die Bedingungen für die Arbeit nicht verbessert haben. Während die Anforderungen steigen, wird die Ausstattung verringert. Wir halten die angestrebte Personalreduzierung für zu hoch.

(Inselmann [SPD]: Was sagt Ihr Kollege Golibruch dazu?)

Sie können nicht beides haben: umfassende qualifizierte Arbeit und Personalreduzierung - flexiblierter Haushalt hin oder her.

Dass im Rahmen der Verwaltungsreform Zielvorgaben für Personalreduzierung in allen Fachbereichen gemacht werden, ist nicht zu kritisieren. Zu kritisieren ist es aber, wenn Sie, Herr Minister, diese Reduzierung mit dem Hackebeil vornehmen und Aufgaben abwälzen oder beschneiden und damit Vollzugsdefizite schaffen. Ich beziehe mich dabei auf die Unterhaltung der Gewässer Zweiter Ordnung, die Sie vollständig auf die Unterhaltungsverbände abschieben wollen, und auf die Umstrukturierung bei den Gewerbeaufsichtsäm-

tern, die mit Sicherheit zur Einschränkung notwendiger gewerblicher Kontrollen führen wird.

Ich möchte noch eine Bemerkung machen, und zwar zum so genannten Ökofonds. Der Ökofonds wird zwar im Wirtschaftsministerium geführt, aber das Umweltministerium kann sich doch nicht aus der Verantwortung für die Konzeption heraushehlen. Haushalt für Haushalt erleben wir Rückübertragungen in den Bereich der allgemeinen Wirtschaftsförderung, weil, so die Begründung, der Fonds mangels Nachfrage nicht ausgeschöpft worden ist. Für das Jahr 2001 nimmt die Landesregierung gleich eine Kürzung um 13,4 Millionen DM vor. Das Ganze ist inzwischen zu einem großen Bluff geworden. Erst wird eine große Summe in den Haushalt eingestellt, wird der ökologische Ansatz bejubelt, und dann wird im Laufe des Haushaltsjahres das Geld wieder zur konventionellen Wirtschaftsförderung hinüberschoben. Dabei liegt es doch auf der Hand, meine Damen und Herren, dass in der Förderung ökologischer Aspekte des Wirtschaftens Niedersachsen bundesweit keinesfalls eine Vorreiterrolle spielt. Die bundesweiten Programme zur Förderung regenerativer Energien und des Energiesparens sind attraktiver als die niedersächsischen, und von daher erklärt sich auch die begrenzte Nachfrage nach niedersächsischer Förderung im Energiebereich. Es ist Zeit, dass die Konzeption des Ökofonds so verändert wird, dass er Anreize z. B. für die Erstellung von Umweltbilanzen und für die Einführung von Umweltmanagement bei einer größeren Zahl niedersächsischer Unternehmen bietet. Da ist noch ein erhebliches Defizit. Es ist eine Aufgabe sowohl für das Wirtschaftsministerium als auch für das Umweltministerium, die Richtlinien neu zu gestalten.

Insgesamt muss ich sagen: Dieser Haushalt ist kein Ruhmesblatt für das Umweltministerium. Wir können nicht erkennen, dass es in der Konkurrenz mit anderen Ministerien eine angemessene finanzielle Ausstattung entsprechend der Bedeutung der Umweltpolitik erreicht hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

### **Vizepräsidentin Goede:**

Danke schön, Frau Steiner. - Frau Kollegin Zachow, Sie haben jetzt das Wort.

**Frau Zachow (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wenn man sich nicht nur den Haushaltsplan und die mittelfristige Finanzplanung mit all den traurigen Zahlen anschaut, sondern sich darüber hinaus auch einmal fragt, was für Glanzpunkte denn dieser Minister eigentlich gesetzt hat - statt von Glanzpunkten können wir auch bescheidener von einfachen Punkten reden -, dann muss man feststellen: Da fällt einem die Antwort wirklich schwer.

(Fasold [SPD]: Völlig falsche Tonlage, die Sie da anschlagen!)

Der Umweltbereich wird heute wesentlich geräuschärmer verwaltet. Es gibt kein großes Aufsehen mehr mit mehr oder weniger spektakulären Vorgängen wie bei Ihrer Vorgängerin.

(Frau Somfleth [SPD]: Wäre Ihnen das lieber?)

Es gibt auch keine größeren Skandale. Manchmal läuft das Ganze im Umweltministerium ja auch so leise ab, dass man den Verdacht hat - da sind wir als Opposition nicht allein; der Verdacht ist im Lande weit verbreitet -: Die Dinge sollen ganz leise und geheimnisvoll über die Bühne gehen, sodass niemand überhaupt etwas merkt. - Das möchte ich anhand etlicher Beispiele gleich belegen.

Das fängt an mit den FFH- und EU-Vogelschutzgebieten, wobei das so sein sollte.

(Zustimmung bei der CDU)

Das geht weiter beim Nationalparkgesetz. Da sollte die Verordnung ja im Maßstab von 1 : 1 umgesetzt werden. In dem Zusammenhang ist an die ganzen Karten zu denken. Dann verschwinden in Ihrem Hause die Faxen und gibt es nur bröckchenweise Informationen zur Kontamination in Esenshamm. Herr Minister, Sie hatten einmal versprochen, mehr Transparenz hineinzubringen.

(Wojahn [CDU]: Das verliert sich!)

Davon haben wir nichts gemerkt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, beim Naturschutz wird es auf Dauer darauf ankommen: Wie sichern wir eigentlich langfristig Erschwernisausgleich und Vertragsnaturschutz? - Sie haben jetzt Geld einge-

stellt. Das haben wir während der Beratungen auch positiv gewertet. Sie finanzieren die EU-Mittel jetzt ausreichend gegen. Allerdings wissen wir alle doch ganz genau: Wir sind noch lange nicht am Ende. Es kommen zusätzliche Gebiete in der Elbtalau und zusätzliche EU-Vogelschutzgebiete hinzu. Wie werden wir das bei diesem doch ach so ausgequetschten Haushalt dauerhaft finanzieren? - Wenn man die mittelfristige Finanzplanung anschaut, meine Damen, meine Herren, dann sieht man, dass die Summen für diesen Bereich sogar sinken. Also: Ich habe große Bedenken im Hinblick darauf, wie das weitergehen soll.

Herr Minister, Sie haben uns während der Haushaltsberatungen deutlich gezeigt, dass Sie die Einnahmen gesteigert haben - Frau Steiner hat darauf hingewiesen -; Sie wollen sie auch weiter steigern. Da sind Sie bei den Unterhaltungsverbänden fündig geworden. Das ist natürlich eine ganz tolle Sache. Sie ändern die Systematik. In Wahrheit wollen Sie aber im Grunde genommen den Haushalt konsolidieren. Meine Damen, meine Herren, das ist wirklich eine tolle Sache. Den Landwirten ziehen Sie das Geld aus der Tasche, indem Sie ihnen landeseigene Aufgaben aufbürden, und mit dem Geld wollen Sie dann den Naturschutz finanzieren. Diese Art und Weise, wie man seine eigenen Sachen selber finanziert, finde ich etwas komisch, Herr Minister.

(Fasold [SPD]: Schwamm drüber, Frau Zachow!)

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich auch noch kurz auf die Personaleinsparvorschläge eingehen. Wir haben in Niedersachsen nach wie vor eine große Umweltverwaltung. Aber wenn mehr als ein Drittel der Stellen in der Gewerbeaufsicht abgebaut werden soll, dann frage ich mich, ob das richtig ist. Sie selber loben ja ausgesprochen überschwänglich, dass die Gewerbeaufsicht durch die flexibilisierte Haushaltsführung mehr reisen kann und dadurch wieder mehr Einnahmen hat. Die werden aber irgendwann nicht mehr reisen können, weil keine Leute mehr da sind oder zu wenige da sind. Da wird irgendwie am falschen Ende gespart.

(Beifall bei der CDU - Frau Pruin [CDU]: So sieht das aus!)

Das Gleiche gilt für den NLWK. Mehr sparen könnten sie beim NLÖ, denn da gibt es reichlich Personal.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen, meine Herren, Herr Jüttner, lassen Sie mich nun etwas sagen, was uns eigentlich am meisten geärgert hat, und zwar ist das die Frage, wie mit dem Ökofonds umgegangen wurde. Seit Jahren beklagen und wissen wir, dass die Mittel aus dem Ökofonds nicht richtig abfließen. Der Wirtschaftsminister hat das mit Freude festgestellt, denn er konnte das Geld einstecken und es als Investition verbuchen. Das ist eine herrliche Geschichte. Aber dann wird gesagt, dass die Programme nicht attraktiv genug seien. Das ist etwas, was wir seit Jahren anmahnen. Nun werden die Mittel im Ökofonds um fast 15 Millionen DM gekürzt. Vielleicht hätte man besser überlegen sollen, wie man gescheitete Programme auflegen kann, damit das Geld abgerufen wird. Zum gleichen Zeitpunkt liest man aber in der Zeitung, dass Sie regenerative Energien stärker fördern wollen. Es hieß dort: Der Gastredner bei der Veranstaltung des NABU - das war der Minister - forderte im Bereich der Solarwirtschaft eine intensive Unterstützung und die Förderung regenerativer Energien.

(Inselmann [SPD]: Mit Recht!)

Bravo, bravo. Aber um 15 Millionen DM werden die Finanzmittel für diesen Bereich im Haushaltsplanentwurf gekürzt. Der Minister sagte weiter, man müsse nun energischer daran arbeiten, dass mit einem geringen Energieaufwand mehr geschaffen werde. - Man zu, Herr Minister! - Dazu müsste man allerdings Umweltqualitätsziele genau definieren. Das wäre doch eine Aufgabe, die Sie erledigen könnten. Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Minister: Gehen Sie heran, machen Sie das!

Sie hatten Ihren Haushalt bei der Einbringung als einen Haushalt der Kontinuität bezeichnet. Herr Minister, ich kann Ihnen nur Recht geben. Es ist ein Haushalt der Kontinuität. Er fügt sich nahtlos ein. Wenn wir uns die mittelfristige Finanzplanung ansehen, stellen wir fest, dass es mit diesem Haushalt kontinuierlich weiter bergab geht.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern Sie auf, die Umwelt mehr zu gestalten und etwas weniger zu verwalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Goede:**

Zu dem Haushaltsschwerpunkt Umwelt spricht jetzt Herr Kollege Wojahn.

### **Wojahn (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche eigentlich nur zu einem speziellen Punkt des Umwelthaushalts, nämlich zur Entsorgung der Kernenergieanlagen. Herr Minister, hierzu haben wir einige Bemerkungen zu machen. Dieser Punkt ist ja mit Sicherheit im nächsten Jahr besonders haushaltswirksam. Ich stelle fest: zehn Jahre Kernenergieentsorgung in Niedersachsen, und seit zehn Jahren ist die SPD in der Landesregierung. Ich muss Ihnen sagen: Es hat niemals verlässliche Politik gegeben, und für den Bürger war diese Politik nicht nachvollziehbar. In Ihrer Amtszeit - ich hatte ja gedacht, das würde besser werden - ist es keinesfalls besser geworden. Zu Zeiten des Ministerpräsidenten Schröder hatten wir wenigstens noch eine Konfrontation mit der Bundesregierung und die Forderung nach burden sharing. Hiervon höre ich aber von dieser Landesregierung nichts mehr, nicht einmal dieses. Sie selber haben im Juli 1998, als frischer Umweltminister, in diesem Hause die Hoffnungen genährt, es bräuchte keine CASTOR-Transporte mehr zu geben, wenn die SPD-Entsorgungspolitik oder -Kernenergiepolitik zum Durchschlag käme. Nun haben wir Rot-Grün, Sie haben an den Koalitionsvereinbarungen mitgeschrieben, und was haben wir jetzt? - Jetzt haben wir die Ankündigung: CASTOR-Transporte gibt es im nächsten Jahr. - Sie haben das 1998 von dieser Stelle aus bestritten.

(Inselmann [SPD]: Nein, das stimmt nicht!)

- Aber sicherlich; ich habe es nachgelesen. - Meine Damen und Herren, man sagt, dass es in den nächsten zehn Jahren 200 bis 400 CASTOR-Transporte geben wird. Das kann ja vielleicht die Landesregierung nicht ändern. Was ich der Landesregierung aber vorwerfe, ist, dass sie in diesem Bereich keine konzentrierte Politik betreibt. Ich will das an einigen Punkten darlegen.

Manche Freunde sagen zu mir: Was willst du eigentlich? Der Minister macht doch eine aktive Politik, und er hat sehr viel geleistet.

(Beifall bei der SPD - Möhrmann [SPD]: Genau!)

- Wunderbar. - Er organisiert doch die CASTOR-Transporte mit dem Innenminister. Wenn Sie sich bei uns in der Region umschaun, stellen Sie fest: Die Verladehalle wird gebaut; ich mache jetzt keinen Spaß, sie ist sogar im Bau.

(Schwarzenholz [fraktionslos]: Er genehmigt sogar die PKA!)

Die Verladehalle am Bahnhof ist dreimal so hoch, doppelt so breit und fünfmal so lang, nämlich 200 m, wie dieses Haus. Das alles steht in der Elbtalau in dem künftigen Biosphärenreservat. Sie sieht stärker aus als die ganze Stadt. Das wird einfach dorthin gestellt. Ich sage Ihnen: Man hätte Politik auch anders machen können. Sicherlich ist aus Sicherheitsgründen manches notwendig. Aber ich sage Ihnen: Im Biosphärenreservat, das es künftig geben soll, gibt es einen solchen Bau, aber der Landwirt darf dort nicht einmal einen Weideschuppen bauen. Das ist Ihre Politik. Ich sage Ihnen das nur einmal.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte auch ein wenig die Grünen mit einbeziehen, weil sie an dieser Politik mit beteiligt sind. Alles hat der Minister nicht zu verantworten, denn diese Halle wird grün gestrichen, damit Sie und Trittin sich verewigen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Minister hat ja noch mehr gute Taten vollbracht. Er hat die PKA genehmigt. Er ist ein aktiver Minister, der die PKA genehmigt. Es ist alles o. k. Als Nächstes wird er wohl die Genehmigung für das Endlager Schacht Konrad aussprechen. Wenn man das so sieht, muss man sagen, dass es kaum einen Umweltminister in Niedersachsen gegeben hat, der in solch kurzer Zeit so viele Entsorgungsanlagen für die Kernenergie genehmigt hat. Die Ankündigung war aber ganz anders.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Er hätte sich wohl verklagen lassen sollen? - Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist die Erfolgsbilanz. Ich möchte auf einen ganz bestimmten Punkt hinaus, meine Damen und Herren. Das möchte ich Ihnen noch sagen.

(Inselmann [SPD]: Was wollen Sie eigentlich? - Gegenruf von Busemann [CDU]: Euch ablösen!)

Der Innenminister hat angemahnt, eine Schiene nach Gorleben zu bauen. Der Umweltminister ist ihm nicht beigesprungen. Das Kabinett hat dazu nichts gesagt. Ich sage Ihnen: Wenn wir so viele CASTOR-Transporte haben und sie nicht verhindern können, dann gehört dort eine Schiene hin. Auch wenn das Endlager nicht gebaut werden würde, müssten irgendwann in 30 Jahren diese CASTOREN wieder weg. Auch dazu bräuchten wir eine Schiene. Ich möchte das damit begründen: Mich hat heute Mittag der Vorsitzende des Verkehrsausschusses aus Brandenburg angerufen - die haben ihre Plenarsitzung schon beendet - und hat mir einen Termin durchgegeben. Die Brandenburger haben Interesse an einer Schiene durch unser Gebiet, weil das mit dem ICE Hamburg - Berlin zusammenhängt. Das könnte man gut miteinander verbinden. Ich werde also im Februar nächsten Jahres nach Berlin und Potsdam reisen. Ich weiß nicht, wie viel da dran ist. Ich meine aber, wir haben Möglichkeiten mit weitschauender Politik, und das erwarte ich von einer Landesregierung.

Meine Damen und Herren, ich möchte nur noch eines sagen, denn dann ist meine Redezeit vorbei. Herr Minister, ich erwarte von Ihnen, weil man eine solche Debatte nicht im Rahmen einer Haushaltsdebatte innerhalb von drei Minuten führen kann, dass die Landesregierung vor dem CASTOR-Transport eine Regierungserklärung abgibt, das Haus in die Lage versetzt, ordentlich über diese Themen zu diskutieren, und den Bürgern damit zeigt, dass wir uns um diese Themen kümmern. Das erwarte ich von einer Landesregierung im neuen Jahr. Wenn Sie das nicht bringen, dann tut mir das Leid. Das ist Ihre Verantwortung in dieser Politik. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Goede:**

Herr Kollege Inselmann, jetzt möchten Sie zu dem Schwerpunkt Umwelt reden.

(Zurufe von der CDU)

### **Inselmann (SPD):**

Auch der LSK gewinnt wieder!

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war eben geneigt, zu fragen, was Sie, Herr Wojahn, eigentlich für Gorleben und Ihre Region wollen. Das haben Sie nicht gesagt, sondern Sie haben nur gesagt, was der Minister an-

geblich falsch gemacht hat. Ich möchte dazu zwei Bemerkungen machen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU)

- Oder war das richtig, was der Minister gemacht hat? Das ist mir aus Ihrem Beitrag nicht ganz klar geworden.

Die eine Bemerkung ist: In diesem Landtag haben sich sowohl Herr Jüttner als auch alle anderen Sozialdemokraten immer dazu bekannt, dass wir für die Entsorgungslasten der Vergangenheit in Sachen Atomenergie verantwortlich sind und dass wir die Probleme lösen, meine Damen und Herren. Das heißt in der Konsequenz, dass es CASTOR-Transporte nach Gorleben geben wird. Das war in diesem Hause immer unstrittig. Wir haben uns auch immer zu unserer Verantwortung bekannt.

Der zweite Punkt, den ich in diesem Zusammenhang noch erwähnen möchte: Die erste Teilerrichtungsgenehmigung für die PKA hat Herr Remmers ausgesprochen, und zwar nach verlorener Landtagswahl. Man sollte hier durchaus auch einmal problematisieren, was das für ein unfeiner Akt war. Damit ist die Rechtsgrundlage geschaffen worden, auf der jetzt - leider - die dritte Teilerrichtungsgenehmigung erteilt werden musste. Sie wissen ganz genau, dass das so ist, meine Damen und Herren! Das hat Herr Wojahn dezent verschwiegen. Aber auch das gehört zur Wahrheit. Wir haben keine Freude daran, meine Damen und Herren.

Was die PKA angeht, so werden wir in naher Zukunft feststellen, ob sie denn tatsächlich nötig ist. Die Genehmigung ist ja eingeschränkt. Herr Jüttner hat hier den für ihn bestehenden Spielraum zugunsten des Landes Niedersachsen voll ausgeschöpft. Ich möchte an dieser Stelle einmal fragen, wo Ihr Einsatz für Niedersachsen, für die Bevölkerung und insbesondere für die betroffene Region bleibt. Darüber werden wir in naher Zukunft im Zusammenhang mit dem Thema Atomenergie diskutieren.

(Frau Zachow [CDU]: Was haben Sie in der Region an Arbeitsplätzen abgebaut?)

Bei Ihnen gilt doch nichts anderes als „weiter so“.

Lassen Sie mich nun aber zu dem eigentlichen Thema, zum Umwelthaushalt, kommen. Es ist gesagt worden, dieser Haushalt biete keine Perspektive. Ich glaube schon, dass sich Umweltpolitik

in der heutigen Zeit anders definiert als noch vor zehn Jahren. Wir haben nicht mehr weit reichende Umweltskandale, die damals ein öffentliches Bewusstsein, eine öffentliche Sensibilität für Umweltthemen geschaffen haben. Umweltpolitik erfolgt heute auf einem anderen Niveau. Die Probleme sind vielschichtiger, sie sind komplizierter und lassen sich nicht mehr so öffentlichkeitswirksam über Skandale verdeutlichen, und es lässt sich über die Umweltprobleme auch nicht mehr eine solche Betroffenheit der Bevölkerung organisieren. Das lernen derzeit auch gerade die Umweltverbände. Umweltpolitik ist heute in einem anderen, in einem sehr viel schwierigeren Umfeld zu gestalten.

Trotzdem - das kann man durchaus feststellen - gibt dieser Umwelthaushalt die entscheidenden Impulse und Signale für die Umweltpolitik des nächsten Jahres im Lande Niedersachsen. Wir haben trotz der Haushaltsschwierigkeiten mit diesem Umwelthaushalt wesentliche Weichenstellungen für die Zukunft getroffen.

Ich will das an einigen Punkten deutlich machen. Dann wird das vielleicht etwas klarer.

Erstens. Wir haben alle EU-Programme gegenfinanzieren können. Darauf sind wir stolz. Das war nicht ganz einfach. Damit werden die richtigen Signale gesetzt. Vor allem fließt damit das Geld der Europäischen Union in das richtige Bundesland, nämlich nach Niedersachsen. Der Europaminister wird gemeinsam mit dem Landwirtschaftsminister und dem Umweltminister dafür sorgen, dass das Geld bei den Betroffenen landen wird.

Zweitens. Wir setzen über die GA „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ Signale im Hinblick auf den Deichschutz. Dort liegt auch in diesem Jahr ein wesentlicher Schwerpunkt. 155,6 Millionen DM für den Hochwasserschutz im Binnenland und für den Hochwasserschutz an der Küste werden die Sicherheit der Menschen, die dort leben, entscheidend verbessern. Wir sind in der Verantwortung. Wir sind in der Pflicht. Dem werden wir mit diesem Haushalt gerecht.

Wir geben 28,4 Millionen DM für den Hochwasserschutz im Binnenland und 91,3 Millionen DM für den Küstenschutz und zusätzlich noch 35,8 Millionen DM für das Emssperrwerk aus. Sie werden uns sicherlich dafür loben, dass das durchfinanziert ist und dass wir das gemeinsam im Sinne des Küstenschutzes bewältigen können.

**Vizepräsidentin Goede:**

Herr Kollege Inselmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hogrefe?

**Inselmann (SPD):**

Nein, ich habe nicht genügend Redezeit.

**Vizepräsidentin Goede:**

Er gestattet das nicht, Herr Kollege Hogrefe.

**Inselmann (SPD):**

Ich möchte nach Ihrem Beitrag zu FFH und Vogelschutz außerdem noch auf folgendes Signal hinweisen. Wir werden erstmalig 8 Millionen DM für Naturschutzprogramme in FFH-Gebieten bereitstellen, meine Damen und Herren.

(Frau Zachow [CDU]: Vier!)

Das ist das entscheidende Signal, wie wir damit umgehen. Nicht Verängstigung, sondern klare Botschaft, ein klares Handeln und klare Unterstützung für die Betroffenen in der Region, damit wir dort eine andere Landwirtschaftspolitik und eine gute Naturschutzpolitik finanzieren können. Das ist die Antwort der SPD auf die Kampagne, die Sie dort starten.

(Frau Steiner [GRÜNE]: Sie glauben doch nicht, dass die 8 Millionen ausreichen?)

- Frau Steiner, sicherlich stimmen wir darin überein, dass es sich bei den 8 Millionen DM um einen ersten Schritt handelt. Der erste Schritt ist richtig. Wir werden weitere Schritte folgen lassen. Da können Sie sicher sein. Sie können uns gern dabei helfen. Wir laden Sie dazu ein.

Das Problem ist immer das gleiche: Die CDU-Fraktion stellt keinen Antrag. Sie reden nur allgemein darüber. Einerseits soll die Verschuldung gesenkt werden, und andererseits wollen Sie in vielen Bereichen mehr Geld ausgeben. Wie das zusammenpasst, müssen Sie einmal erklären.

Wir haben die Lösung, wir haben die Verantwortung, und wir müssen das finanzieren. Dieser Verantwortung werden wir mit diesem Haushalt gerecht.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Goede:**

Herr Kollege Inselmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Eveslage?

**Inselmann (SPD):**

Nein.

**Vizepräsidentin Goede:**

Nein, der Kollege Inselmann gestattet keine Frage.

(Hogrefe [CDU]: Selbstgefällig!)

**Inselmann (SPD):**

Wir geben 7 Millionen DM für das Grünlandprogramm aus. Das hilft auch der Landwirtschaft. Auch für die Biotoppflege geben wir 7 Millionen DM aus. 1 Million DM geben wir für die Ackerrandstreifen, 6 Millionen DM für die Landschaftspflege und 3 Millionen DM für die Gewässergestaltung aus. Auch für die Bisambekämpfung - das ist auch eine Forderung von Ihnen; vielleicht erinnern Sie sich daran - sind 1 Million DM angesetzt. Das ist ein zusätzlicher Beitrag zum Deichschutz.

(Frau Zachow [CDU]: Das ist doch nur vom Landwirtschaftshaushalt in den Umwelthaushalt verschoben!)

Auch das halte ich für ein richtiges Signal.

Besonders erwähnen möchte ich die Tatsache, dass es erstmals gelungen ist, neben EFRE, also einem Programm der Europäischen Union, im Landeshaushalt noch einmal zusätzlich 350.000 DM für Agenda-21-Projekte bereitzustellen. Erstmals können wir damit im Landeshaushalt für die Kommunen Signale setzen, dass sie kleinere Anträge stellen können. Wir können dem gerecht werden, was Herr Dr. Helmut Kohl unterschrieben hat, indem wir den Agenda-Prozess in den Kommunen voranbringen. Wir setzen erstmalig Geld für alle die Kommunen ein, die nicht im Ziel-2-Gebiet liegen. Ich meine, dabei handelt es sich um ein richtiges Signal, und hoffe, das wird auch Ihre Unterstützung finden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine Bemerkung zum Landesamt für Ökologie machen.

(Eveslage [CDU]: Monsterbehörde!)

Ich halte es für ganz schlimm, dass die CDU-Fraktion einen Antrag zur Auflösung des NLÖ gestellt hat. Sie haben kein Beispiel dafür genannt, wie der Sachverstand, den das NLÖ vorhält, uns zukünftig bei der Beratung schwieriger Umweltthemen zur Verfügung gestellt werden soll. Das ist unverzichtbar und kann auch nicht von Universitäten geleistet werden.

(Eveslage [CDU]: Dass Sie Beratung brauchen, wissen wir!)

Das NLÖ ist vorbildlich, was den Reformprozess angeht.

(Frau Leuschner [SPD]: Ja genau!)

Es ist wichtig, auch das einmal festzuhalten. Das NLÖ hat ein vorbildliches Personalentwicklungskonzept erarbeitet, das auch vorbildlich umgesetzt worden ist. Fahren Sie doch einmal nach Hildesheim! Machen Sie sich schlau! Die Art und Weise, in der dieses Amt arbeitet, hat Vorbildcharakter für das gesamte Land. Dort wird Verwaltungsreform umgesetzt. Deshalb halten wir das NLÖ, zum einen was diesen Prozess angeht, zum anderen aber auch was die Sachkompetenz angeht, für unverzichtbar. Deshalb wird es auch erhalten bleiben, meine Damen und Herren. Das in aller Kürze dazu.

Wir haben mit dem Haushalt die richtigen Signale gesetzt. Obwohl ich es eigentlich nicht glaube, hoffe ich doch, dass Sie dem Haushalt folgen werden. Aber eines kann nicht passieren: Den Haushalt ablehnen und vor Ort all die Maßnahmen positiv verkaufen, wie dies einige Ihrer Abgeordneter tun, wird nicht funktionieren. Wer den Haushalt ablehnt, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, die positiven Projekte, die wir aus dem Haushalt finanzieren, mit unterstützt zu haben.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Goede:**

Meine Damen und Herren, jetzt spricht Herr Kollege Schwarzenholz zu dem Haushaltsschwerpunkt Umwelt. - Herr Kollege Schwarzenholz, ich erteile Ihnen bis zu drei Minuten Redezeit.

### **Schwarzenholz (fraktionslos):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie sollten sich einmal das Protokoll über die heutige Nachmittagssitzung ansehen und die Haushaltsdebatten zur Wirtschafts- und Verkehrspolitik mit der

Debatte zum Umwelthaushalt vergleichen. Mir läuft ein kalter Schauer den Rücken herunter. Hier werden Reden zum Thema Straßenbau gehalten. Von der neuen Ministerin wird deutlich gemacht, wie die Schwerpunkte noch weiter in Richtung Straßenbau verschoben werden sollen,

(Zustimmung von der CDU)

wie die Schiene kaputtgemacht werden soll, indem man ausschließlich nach vordergründigen Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten vorgeht, indem die Mittel noch weiter auf den Straßenbau konzentriert werden. Es werden Versprechen in Richtung auf ein Sanierungsprogramm für Straßen gemacht. Im Anschluss daran wird der Umwelthaushalt beraten, und der Vertreter der SPD-Fraktion stellt sich hier hin

(Eveslage [CDU]: Das ist euer künftiger Koalitionspartner!)

und redet über Rio sowie über Nachhaltigkeit. Umweltminister Jüttner kann angesichts des Stagnationshaushaltes nur noch als Stagnationsweltmeister mit stetiger Tendenz nach unten bezeichnet werden. Der Bedeutungsverlust der Umweltpolitik in Niedersachsen drückt sich in diesem Umwelthaushalt aus. Er drückt sich vor allem auch im Naturschutzbereich aus. Sie müssen sich nur einmal anschauen, wie alles zusammengepresst wird, wie alles gekürzt wird, wie krampfhaft der Versuch unternommen wird, die EU-Programme, die man mühsam kofinanziert, als Impuls - Herr Inselmann, Sie haben von einem Impuls gesprochen - zu werten. Was aus Brüssel kommt, bezeichnen Sie in Niedersachsen als Impuls. Das ist ein ganz, ganz trauriges Kapitel, macht aber deutlich, in welche Richtung Sie sich entwickeln.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Kein Geld der Umwelt!)

Was dieser Minister allerdings tut - das macht mich betroffen, weil ich seine persönlichen und fachlichen Qualitäten grundsätzlich schätze -, macht ihn zum Atomgenehmigungsminister in Niedersachsen - zu dem schlimmsten, den wir bisher auf diesem Sektor gehabt haben, wenn er denn so weitermacht wie bisher. Sie haben die PKA genehmigt. Sie organisieren gegenwärtig die CASTOR-Transporte nach Gorleben. Sie bereiten Gefälligkeitsgenehmigungen für Stade vor, wo die Einlagerung von Brennelementen in einer ganz gefährlichen Art und Weise, was den Störfallbereich angeht, erlaubt werden soll. Sie sind dabei,

stillschweigend zu dulden, dass russische Plutonium-Brennelemente auch in niedersächsischen Atomkraftwerken zum Einsatz kommen. Sie haben sicherlich auch die Berichte gesehen, aus denen ersichtlich wird, unter welchen Bedingungen diese Brennelemente hergestellt werden und welche Risiken damit verbunden sind. Das alles läuft bei Ihnen reibungslos und problemlos. Darüber redet bei Ihnen kein Mensch mehr.

Bedauerlicherweise ist das Thema bei den Grünen gar nicht mehr vorgekommen. Die haben zur Atompolitik kein Wort mehr gesagt. Ich glaube, dass das in diesem Haus das erste Mal bei einer Haushaltsdebatte der Fall gewesen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann dazu nur feststellen: Herr Jüttner, Sie haben noch die Möglichkeit, dem Bedeutungsverlust, der sich bei Ihnen so schleichend bemerkbar macht - auch die Kämpfe in der Kabinettsreform haben Sie erneut nicht gewonnen, um es einmal vorsichtig zu formulieren -, entgegenzuwirken, indem Sie wenigstens die rechtlichen Möglichkeiten, die Ihnen im Atombereich verbleiben, nutzen und wenigstens dafür sorgen, dass die abenteuerlichen Endlagerprojekte in Gorleben und Salzgitter nicht genehmigt werden.

### **Vizepräsidentin Goede:**

Herr Minister Jüttner, Sie haben jetzt das Wort.

### **Jüttner, Umweltminister:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da ich schon häufiger die Gelegenheit hatte, grundsätzliche Bemerkungen zu machen, will ich es auf eine Replik auf das reduzieren, was hier vorgetragen worden ist, wobei mich insbesondere der umfassende Antrag der CDU zum Haushaltsplanentwurf der Landesregierung beeindruckt hat.

Meine Damen und Herren, für den, der Umschichtungen von etwas mehr als 600.000 DM - das sind 0,8 Promille des Umwelthaushaltes - mit der Begründung beantragt, dass das eine Anpassung an das Ist sei, und der sich dann hier hinstellt und umweltpolitisch argumentieren will, ist wenig Verständnis aufzubringen. Das sage ich Ihnen einmal in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Von daher, Frau Zachow, bin ich über Ihre Einlassung erstaunt, dass ich leise und geräuschlos Poli-

tik gemacht hätte, wofür Sie das Beispiel FFH anführen. Ich kenne kaum ein Projekt, das von der Professionalität und der publizistischen Vorbereitung anders angepackt worden ist, besser und intensiver veröffentlicht worden ist als das. Wir haben Sie mit Material doch eher kaputtgeschlagen, als dass wir Ihnen etwas vorenthalten hätten. Außerdem haben wir dafür eine Auftaktveranstaltung initiiert und einen Zeitplan auf den Tisch gelegt, was das Gegenteil von geräuschlos ist. Geräuschlos und professionell ist vielleicht die Arbeit, die ich leiste. Aber ich glaube, dass alle in der Publizistik des Landes mitbekommen haben: Jetzt ist FFH-Diskussionszeit.

(Frau Zachow [CDU]: Das ist bei uns nicht angekommen!)

- Bei Ihnen nicht. Vielleicht schauen Sie nicht oft genug in Ihrem Postfach unten im Landtagsgebäude nach. Ich rate an, einmal in sich zu gehen.

Genauso ist es beim Thema Unterhaltungsverbände. Ich bin der festen Überzeugung, dass es im Wasserrecht eine Verwerfung gibt. Richtig ist - das sagen Sie völlig zu Recht -, dass ich das Interesse daran habe, bei der Gelegenheit einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu organisieren. Das machen wir nicht klammheimlich. Vielmehr wird in den nächsten Wochen - die Termine sind bereits festgelegt - mit allen Unterhaltungsverbänden, die von dieser gesetzlichen Änderung potentiell betroffen sein werden, ein Diskussionstermin durchgeführt werden. Das ist die Art und Weise, wie wir *heimlich* Politik betreiben, meine Damen und Herren? Das ist schon eine groteske Geschichte, die Sie hier unterstellen wollen.

Ich staune auch - aber das ist wahrscheinlich das Recht der Opposition - über alle Debattenbeiträge zum Thema Personalentwicklung. Der Landesregierung wird auferlegt, Personalreduktion zu vollziehen. Dafür gibt es auch gute finanzpolitische Gründe. Aus jedem Teilbereich der Politik wird vorgetragen, dass das in dem Teilbereich nicht möglich sei. Wo sollen wir die Personalreduktionen denn vornehmen? In einem fiktiven Ministerium, wo die Stelleninhaber nur so herumlaufen, oder dort, wo wir gegenwärtig arbeiten? Jedes Ministerium hat seinen Beitrag zu leisten. Bei mir sind es 245 Stellen. Die Art der Umsetzung ist im Einvernehmen mit den Teilbereichen des Hauses organisiert. Sie ist an den Möglichkeiten zu messen, um die Aufrechterhaltung der Arbeit zu gewährleisten. Das sind die Kriterien, unter denen



wir das betrieben haben und unter denen wir natürlich auch die Gewerbeaufsichtsverwaltung berücksichtigen müssen - immer mit der Maßgabe, die Arbeit weiter zu gewährleisten. Das gilt auch für alle anderen Teile. Es ist jedem klar, dass die Landesverwaltung das nur schafft, wenn damit Aufgabenkritik und Aufgabenabbau einhergehen. Ich freue mich auf Vorschläge, in denen aufgezeigt wird, wo das an anderer Stelle mit weniger nachteiliger Wirkung organisiert werden könnte. Diese Vorschläge aber stehen bisher aus.

(Frau Zachow [CDU]: Wir haben einiges vorgeschlagen!)

- Was haben Sie vorgeschlagen?

(Frau Zachow [CDU]: Wir haben Maßnahmen beim NLÖ vorgeschlagen!)

- Ich habe in der Zeitung gelesen, dass Sie vorgeschlagen haben, das NLÖ zu streichen. Ich habe das einmal durchprüfen lassen - Sie haben Ihren Vorschlag ja gar nicht zum Antrag erhoben -, und daraus ist deutlich geworden, wie Ihre politischen Forderungen, die Sie draußen erheben, und deren Realisierbarkeit hier auseinander fallen.

(Eveslage [CDU]: Das ist ein Unterschied! Sie wissen ja auch, dass dies in 2001 gar nicht möglich wäre!)

- Ich weiß, dass das nicht möglich ist. Deshalb behaupte ich so einen Unfug auch nicht. Sie wissen genau, dass das auch mittelfristig gar nicht möglich ist - Herr Inselmann hat das deutlich gemacht -, weil es darum geht, hier Kompetenzen der Landesverwaltung vorzuhalten, die unabdingbar sind. Ich könnte Ihnen einmal vortragen, was da alles gemacht wird. Wir haben aber nicht die Zeit, dass ich das hier vortragen kann.

Herr Schwarzenholz hat beklagt, dass das Umweltministerium für nichts mehr zuständig sei. Sie müssen sich mit dem Gedanken anfreunden, dass Sie ab 1. Januar über Energiepolitik mit dem Umweltminister zu reden haben, weil das Kabinett gestern beschlossen hat, die Verantwortung für diesen Bereich in das Umweltressort zu verlagern. Ich finde, dass das gut passt, weil das mit der Bedeutung des Themas Klima einhergeht. Von daher sind der Ausstieg und der Einstieg künftig in einem Ressort zusammengefasst.

Lassen Sie mich wegen der Zeit nur noch eine Schlussbemerkung anfügen: Was ich heute zum Atomausstieg gehört habe, hat mich tief beeindruckt. Erstens. Wer aussteigen will, der weiß, dass er zwischendurch atomrechtliche Genehmigungen geben muss. Zweitens binden uns völkerrechtliche Verträge zur Rücknahme der Glaskillen aus La Hague. Das war in der Regierungsfraktion immer unstrittig, war auch bei uns immer unstrittig.

(Frau Zachow [CDU]: Wir haben Sie deshalb auch sehr gelobt!)

Vor dem Hintergrund gilt weiter, dass das gemacht wird, was uns Recht und Gesetz vorschreiben. Wir nutzen den hohen Sicherheitsstandard in der Atompolitik weiterhin aus. Vor dem Hintergrund werden wir hier in Zukunft noch manche spannende Debatte miteinander führen. Dass Herr Schwarzenholz mit seiner Position relativ isoliert steht, ist sein Problem. Wir werden auch insoweit für vernünftige Ausstiegspolitik verantwortlich sein.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Goede:**

Schönen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, ich rufe dann auf:

#### **Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2001 - Debatte über ausgewählte Haushaltschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung des betroffenen Ressortministers (Landwirtschaft, Bundes- und Europaangelegenheiten)**

Zum Themenbereich Landwirtschaft hat sich als Erster Herr Kollege Brauns gemeldet. Bitte sehr!

#### **Brauns (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgabe und Ziel unserer Agrarpolitik in Niedersachsen ist es, die bäuerlichen Familienbetriebe und den ländlichen Raum zu fördern und zu stärken. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir wie in den vorausgegangenen Jahren wieder entsprechende Schwerpunkte gesetzt.

Der Haushalt enthält eine Reihe von Verbesserungen und Umstrukturierungen. Man muss wissen, dass die Landwirtschaft zusammen mit der Ernäh-

rungswirtschaft nach dem Fahrzeugbau der zweitwichtigste Arbeitgeber in Niedersachsen ist, insbesondere im ländlichen Raum. Wir wissen aber auch, dass die Landwirtschaft immer mit Erschwernissen zu kämpfen hat. Sie muss sich immer wieder neuen Herausforderungen stellen und diese bewältigen. Ich denke hier an die Agenda 2000, die WTO-Verhandlungen und die anstehende Osterweiterung. Insbesondere in diesem Zusammenhang muss man die zunehmende Konkurrenz aus dem Osten und die geringer werdenden staatlichen Hilfen sehen.

Diese Herausforderungen sind aber auch eine Chance für die Landwirtschaft. Dieses haben unsere Landwirte begriffen, und sie haben sich darauf eingestellt. Denn viele blicken zuversichtlich in die Zukunft. Trotz aller Diskussionen nimmt die Investitionsbereitschaft wieder zu. Diesen Investitionswillen wollen wir fördern und weiterentwickeln.

Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft stärkt auch den ländlichen Raum. Deshalb sind richtige politische Rahmenbedingungen wichtig. Der Agrarhaushalt sieht im Jahre 2001 ein Ausgabevolumen von 795 Millionen DM vor. Das sind 100 Millionen DM mehr als im auslaufenden Haushaltsjahr. Das ist eine Steigerung von 12,4 %. Die Erhöhung der Landesmittel um 26 Millionen DM ermöglicht die zusätzliche Inanspruchnahme von EU- und Bundesmitteln.

Meine Damen und Herren, mit dem neuen Programm PROLAND hat der Agrarhaushalt einen neuen für die niedersächsische Landwirtschaft dominierenden Schwerpunkt bekommen. PROLAND ist ein Förderinstrument, wie es das in diesem Umfang in Niedersachsen noch nicht gegeben hat und auch in Zukunft nicht wieder geben wird. Hier werden die unterschiedlichen Fördermaßnahmen gebündelt und viele Aktivitäten für den ländlichen Raum entwickelt.

Mit diesem mit Gemeinschaftsmitteln in Höhe von 1,1 Milliarden DM finanzierten Programm wird nicht nur unsere Landwirtschaft gefördert, sondern dieses Programm ist auch ein wichtiger Beitrag zur Konjunkturbelebung und zur Stärkung des ländlichen Raumes.

Ein wichtiger Schwerpunkt sind die Dorferneuerung und der ländliche Wegebau.

Bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ konnten

wir für das Jahr 2001 9,8 Millionen DM mehr einplanen, weil im PLANAK einvernehmliche Regelungen gefunden werden konnten. Mit diesen Mitteln und einigen Umschichtungen können wir die Förderung ökologischer Maßnahmen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen um 15,5 Millionen DM aufstocken.

Ein wichtiges Instrument zur Förderung der Wettbewerbskraft der Landwirtschaft ist wie in den vergangenen Jahren auch jetzt wieder die einzelbetriebliche Investitionsförderung. Die Barmittel wurden zwar leicht abgesenkt, dafür aber wurden die VE-Mittel angehoben. Damit können Baumaßnahmen, die im Laufe des Haushaltsjahres genehmigt werden, aber nicht zum Abschluss gebracht werden können, begonnen und im Folgejahr abgerechnet werden.

Eine besondere Aufgabe ist seit einigen Jahren die Förderung der Verarbeitung und des Absatzes im Bereich Kartoffeln, Obst und Gemüse sowie Zierpflanzen.

Meine Damen und Herren, in der Kürze der Zeit konnte ich nur einige Schwerpunkte des Haushaltsentwurfs 2001 ansprechen. Der Einzelplan 09 ist eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Landwirtschaft. Die Steigerung der Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft zeigt insbesondere im Vergleich zu den anderen Bundesländern, dass sich Niedersachsen mit seiner Agrarpolitik auf einem guten und richtigen Weg befindet.

Meine Damen und Herren, noch einige Ausführungen zum Einzelplan 10. Der Einzelplan 10 hatte in den letzten Jahren eine sehr positive Entwicklung. Durch die Windwurfkatastrophe im Dezember 1999 in den süddeutschen Bundesländern wurden den anderen Bundesländern Einschlagbeschränkungen auferlegt. So auch Niedersachsen. Damit wird der Haushaltsplanentwurf auf der Einnahmeseite mit 171,2 Millionen DM geringer ausfallen als in den letzten Jahren. Die Ausgaben belaufen sich auf 271,9 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, die allgemeine Entwicklung in der niedersächsischen Forstverwaltung verläuft sehr positiv. So kann man feststellen, dass wir mit dem LÖWE-Programm deutliche Erfolge erzielen. Zum Beispiel haben sich die Kosten für die Bestandsgründung seit 1990 von 28 Millionen DM pro Jahr bis 1999 auf 13,3 Millionen DM mehr als halbiert.

Neuland im forstlichen Förderbereich betreten wir mit der Verpflichtung der Waldbesitzer zu einer Waldbewirtschaftung zur Verbesserung der ökologischen Qualität der Wälder. Hier wird eine Flächenprämie in Form eines Hektarzuschusses von bis zu 240 DM pro Jahr gewährt. Die Mehrausgaben werden durch die Einwerbung von EU-Mitteln ausgeglichen.

Abschließend noch ein Wort zur Forstverwaltungsreform. Diese ist nahezu abgeschlossen und zeigt positive Aspekte auf. Trotz Personaleinsparungen werden die anstehenden Aufgaben rationell, effektiv und erfolgreich umgesetzt.

**(Vizepräsidentin Litfin übernimmt den Vorsitz)**

Meine Damen und Herren, die vorliegenden Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion der Grünen tragen nur zu einer Verschönerung der Haushaltszahlen bei. Sie sind eigentlich nur Makulatur. So möchte z. B. Herr Klein, dass unser Landwirtschaftsminister in Zukunft mit dem Fahrrad durch das Land fährt. Die CDU möchte z. B. mehr Holz verkaufen, obwohl das nicht realistisch ist.

Die Beratungen im Agrarausschuss haben meines Erachtens gezeigt, dass dies ein guter und solider Haushalt ist, den wir alle gemeinsam tragen können. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Litfin:**

Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Ehlen.

**Ehlen (CDU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon richtig, wenn Uwe Brauns hier feststellt, dass der agrarische und der forstwirtschaftliche Anteil am Gesamthaushalt nicht so sehr groß ist. Ich bin der Meinung, dass der zweitwichtigste Wirtschaftsfaktor in Niedersachsen im Landeshaushalt kaum zu Buche schlägt. Genauso wenig schlägt er auch in der Regierungsbilanz zu Buche, die unser Ministerpräsident vorgelegt hat. In ihr kommt das Wort „Landwirtschaft“ überhaupt nicht vor. Ich weiß nicht, ob er diesem zweitwichtigsten Wirtschaftsfaktor überhaupt die Aufmerksamkeit und Bedeutung beimisst, die er eigentlich verdient hat.

(Beckmann [SPD]: Tut er! Wir wissen das!)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass wir alle daran interessiert sind, dass wir hier schnell weiterkommen. Deshalb will ich mich jetzt auch nur auf zwei oder drei wesentliche Punkte beschränken.

Viele Mittel - das hat Kollege Brauns eben schon richtig gesagt - sind in Förderprogramme eingebunden, zu denen auch PROLAND gehört. Angesichts dessen müssen wir meiner Meinung nach dafür sorgen, dass dabei nicht nur das Land Niedersachsen gut wegkommen muss. Vielmehr ist es ja so, dass wir insgesamt unsere Aufwendungen, unseren Anteil an der Kofinanzierung nicht erhöht haben. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung nicht. Wir müssen aber, wenn kommunale Mitfinanzierer gesucht werden, über den kommunalen Finanzausgleich dafür sorgen, dass sie so viele Mittel zur Verfügung zu haben, dass wir sie auch tatsächlich abrufen können.

Wir haben in der Vergangenheit in einigen Landes- oder landesähnlichen Institutionen die Kosten-Leistungs-Rechnung eingeführt. Ich möchte hier noch einmal kurz auf die Kosten-Leistungs-Rechnung bei den beiden Landwirtschaftskammern eingehen. Sie haben im letzten Haushalt 2,8 Millionen DM abgezogen, weil die positiven Auswirkungen der Kosten-Leistungs-Rechnung dieses angeblich geboten erscheinen ließen. Das hat man einfach so getan, ohne dass ein Ergebnis vorlag. Meiner Meinung nach darf man im Vorgriff auf solche Berechnungen keine Haushaltskürzungen vornehmen, die, wie sich ergeben hat, im Nachhinein auch nicht gerechtfertigt waren.

(Kethorn [CDU]: Unerhört!)

Wir haben die Budgetfinanzierung bei den Landwirtschaftskammern. Wenn man das Budget, auf der Kosten-Leistungs-Rechnung fußend, betrachtet, dann haben wir in den Jahren, seit es diese Budgetierung gibt, 10 Millionen DM zu wenig für übertragene Aufgaben an die Landwirtschaftskammern erstattet. Meine Damen und Herren, wenn uns von einer Institution Arbeit abgenommen wird, die sonst von den Ämtern für Agrarwirtschaft erledigt werden muss, müssen wir diese Institution sowohl personell als auch finanziell auch in die Lage versetzen, die Arbeit zu leisten.

Wir haben in diesem Jahr aufgrund der 20-prozentigen Kürzung bei der Landberatung einen

Weg beschritten, den ich sehr bedauere. Herr Landwirtschaftsminister, die 1,8 Millionen DM, die der Landberatung künftig nicht mehr zur Verfügung stehen werden, haben wahrscheinlich eine Entwicklung in Gang gesetzt, die die Landberatung im Lande Niedersachsen gefährdet, wenn nicht sogar auseinander brechen lässt.

(Brauns [SPD]: Die gefährdet sich selber!)

Wir haben das Problem, dass wir bei den Personalkostenzuschüssen auf ein Niveau heruntergekommen sind, das diese an sich gut gewachsene und im Lande auch gut anerkannte Beratungsstruktur in große Gefahr bringt. Ich meine, dass es nicht angehen kann, der Landberatung den Todesstoß zu geben oder sie zumindest an den Rand der Existenzfähigkeit zu bringen.

(Schack [SPD]: Nun dramatisierst du aber!)

- Nee, nee, nee. - Alle hier im Parlament vertretenen Parteien sind stolz darauf, dass Niedersachsen das Agrarland Nummer 1 in Deutschland ist. Dann muss man aber auch hinzufügen, dass die Landberatung einen großen Beitrag dazu geleistet hat. Sonst wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen. Deshalb habe ich große Bedenken, dass wir hier, wenn wir nicht eingreifen und auch für die Zukunft nicht dafür sorgen, dass wir diese Strukturen behalten können, große Einbrüche erleiden und nicht mehr das Agrarland Nummer 1 sein werden.

Meine Damen und Herren, ich will nicht viel mehr dazu sagen. Wir wissen, dass wir in der Landwirtschaft große Probleme mit neueren Entwicklungen haben, die sich ergeben. Ich spreche in diesem Zusammenhang nur die BSE-Geschichte an. Ich glaube, da sollten wir zusammenhalten und versuchen, gute, ordentliche Wege zu finden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Herr Kollege Klein, bitte!

### **Klein (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für den Agrarhaushalt gilt: Nichts ist so, wie es vorher war. Es gibt eine eindeutige Zäsur: Es gibt die Zeit vor BSE in Deutschland und die Zeit nach BSE in

Deutschland. Es wundert mich schon ein bisschen, dass meine beiden Vorredner das wohl noch nicht registriert haben.

(Brauns [SPD]: Na, na! - Schack [SPD]: Wir haben morgen Nachmittag vier Punkte dazu!)

Herr Schack, lassen Sie uns mal einen Blick auf die Rendite der Agrarpolitik vor BSE werfen. Da finden wir: Höfesterben, Futtermittel- und Lebensmittelskandale, BSE. Ein Blick auf die Kosten von BSE: Vermutlich - es ist noch nicht alles ganz geklärt; eine Arbeitsgruppe hat sich damit beschäftigt; das habe ich gehört - 1,8 Milliarden DM für die Tiermehlbeseitigung, 1,75 Milliarden DM für die Aufkaufaktionen der EU für Rinder, die nicht getestet sind. Diese Aufkaufaktionen muss man sicherlich auch hinterfragen, da sie letzten Endes bestimmten Ländern die Möglichkeit bieten, den Tests, die eigentlich vorgeschrieben sind, zu entgehen, indem man die Tiere einfach in die EU-Verwertung gibt. Hinzu kommen die Testkosten, die im Moment kaum zu bewerten sind. Dazu kommen - das ist noch weniger zu bewerten - die Kosten, die durch die Wertevernichtung, durch den Marktzusammenbruch und durch mögliche Pleiten entstehen. Das ist, meine ich, ein Vielfaches dessen, was durch das PROLAND-Programm, das für die nächsten sechs Jahre 3 Milliarden DM beinhaltet, zur Verfügung steht.

Unsere Aussage und unser Schluss daraus lautet: Es darf kein Geld mehr für ein „Weiter so!“ geben. Wir müssen hier konsequent umsteuern.

Beim PROLAND-Programm haben wir im Moment die Situation, dass etwa zwei Drittel der Mittel für die alten Instrumente AFP, Flurbereinigung und Dorferneuerung ausgegeben werden. Allein für AFP, also für die einzelbetriebliche Förderung, die ja im Wesentlichen auf Rationalisierung hinausläuft, wird fast ein Viertel der gesamten Fördermittel eingesetzt. Im Gegensatz dazu werden für das niedersächsische Agrar/Umwelt-Programm ein Anteil von 7 % und für den Programmteil, der im Wesentlichen die zweite Säule der Landwirtschaftspolitik und der Politik für den ländlichen Raum umfassen sollte, 8 % zur Verfügung gestellt. Hier muss deutlich eine Umkehr erfolgen.

Wir wollen, dass die bisherige Förderung eingestellt wird. Insbesondere die Aufstockungen im Bereich konventioneller Tierhaltung, die ja zu-

nächst als Fortschritt verkauft worden sind, dürfen nicht weiter erfolgen.

Wir wollen, dass insgesamt das PROLAND-Programm umgestellt wird und eine entsprechende Landwirtschaftswende herbeigeführt wird. Denken wir z. B. an den Programmteil „Entwicklung typischer Landschaften“. Hier kann man ja wirklich davon sprechen, dass das PROLAND-Programm zu einem PROWEG-Programm verkommen ist. Eigentlich sollte dieser Programmteil die Stütze der zweiten Säule für den ländlichen Raum sein. Aber ich frage Sie: Wo waren denn die Anträge nach der Förderung des ländlichen Tourismus, nach der Förderung des ländlichen Handwerkswezens, nach dem Schutz und der Erhaltung des ländlichen Erbes oder die Anträge auf Förderung von Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und der Bevölkerung? - Nein, das Geld - das ist natürlich durch einen entsprechend höheren Fördersatz bewusst so gesteuert worden - ist fast ausschließlich in den Wegebau gegangen, und zwar - das wissen wir inzwischen auch - nicht immer sehr zielgerichtet. Ich verweise auf das Beispiel Belm, wo auf die Schnelle, ohne die Anlieger zu informieren, für Strecken, auf denen zehn Autos im Jahr fahren, Betonspurbahnen gegossen wurden, obwohl die Anlieger, die anschließend befragt worden sind, gesagt haben, dass diese Wege eigentlich hundertprozentig in Ordnung waren und diese Maßnahme selbst als Verschwendung von Steuergeldern charakterisiert haben.

(Ehlen [CDU]: Wo war das denn?)

Das kann doch nicht Sinn eines solchen Programms sein.

Wir wollen, dass insbesondere - einen entsprechenden Änderungsantrag haben wir jetzt kurzfristig gestellt - die Zweckbestimmung für die AFP-Mittel so geändert wird, dass ausschließlich Umstellungsinvestitionen gefördert werden, die für die Umstellung auf ökologischen Landbau oder die Umstellung auf eine Tierhaltung nach NEULAND-System benötigt werden. Ich glaube, dass es absolut wichtig ist, hier kompromisslos zu handeln, und dass es nicht ausreicht, die Mittel für diesen Bereich einfach um ein paar Mark zu erhöhen.

Gleichzeitig sollen auch die Vermarktungsmittel, die zur Verfügung stehen, ausschließlich nur noch für diesen Bereich ausgegeben werden. Wir wollen damit durchaus einen starken Druck auch auf die

Erzeugerlandschaft ausüben, sich darüber Gedanken zu machen, inwieweit sie ihre Wirtschaftsweise umstellen kann. Insbesondere die Durchsetzung kostendeckender Erzeugerpreise - denn das ist eine wichtige Grundlage für eine entsprechende Umstellung - soll besonders gefördert werden, damit Verarbeitung und Handel und auch die Verbraucher selbst sich daran gewöhnen können und sich darauf einlassen, dass das Fleisch entsprechend teurer werden muss.

Lassen Sie mich noch ein paar andere Stichworte aufgreifen, etwa das Problem Landesgartenschau. Die Mittel dafür möchten wir gerne gestrichen haben. Wir haben nichts gegen eine Landesgartenschau. Aber wir sind der Meinung, dass es in diesem Land so etwas wie Finanzknappheit gibt. Da haben wir ein Projekt, das insgesamt etwa 9,4 Millionen DM kostet mit 4 Millionen DM Unterdeckung für den Durchführungshaushalt. Da scheint die Landesregierung aus der EXPO den Schluss gezogen zu haben, dass man gar nicht mehr anstreben sollte, für solche Veranstaltungen eine schwarze Null zu erreichen. Es ist nicht ersichtlich, wo versucht wird, etwa die Wirtschaft selbst mit einzuspannen. Es ist zumindest nichts aus diesem Bereich veranschlagt. Offensichtlich soll hier voll aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden. Das sehen wir im Moment nicht ein und können wir auch nicht nachvollziehen. Das deutsche Volk ist ein Volk von Gärtnern. Das ist bekanntermaßen das beliebteste Hobby in Deutschland. Da gibt es einen Milliarden-Markt. Ich meine, da ist es durchaus angebracht, die private Wirtschaft und die Nutzer - sprich: die Besucher - stärker in die Pflicht zu nehmen.

Als weiteren Punkt möchte ich die Förderung von Biogas ansprechen. Ich glaube, wir haben im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe noch einige freie Mittel zur Verfügung. Wir legen größten Wert darauf, dass gerade in diesem Bereich entsprechende Investitionen getätigt werden. Dringend notwendig sind Ausgaben im Forschungs- und Entwicklungsbereich, für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe im Biogasbereich. Dringend notwendig sind Ausgaben für neutrale Beratung - gerade in einer solchen Goldgräberstimmung, die wir jetzt haben -, für die Qualifizierung der Landwirte und für die Information der Landwirte. Ich frage: Wo ist eigentlich die Biogas-Broschüre des Landes Niedersachsen? Viele andere Bundesländer haben da inzwischen einiges anzubieten. Hier ist leider nur Fehlanzeige zu vermelden.

Wir stellen uns des Weiteren den Einsatz dieser Mittel für ein Pilotprojekt vor, bei dem es um eine Hofbiogasanlage für den Ökolandbau geht, um noch einmal genau zu erforschen, wie wir die Schwierigkeiten, die insbesondere im ökologischen Landbau im Zusammenhang mit dem Einsatz dieser Technik vorhanden sind - geringe Tierzahlen und Ähnliches -, auffangen können.

Wir wollen in diesem Zusammenhang auch noch einmal das Wirtschaftsministerium ansprechen. Die Einstellung der Mittel für die Biogasförderung hat dazu geführt, dass eine ganze Reihe von Projekten insbesondere von kleinen Hofanlagen auf Eis gelegt worden ist.

(Schack [SPD]: Das ist schlicht falsch!)

Die Mittel waren eingeplant. Das Wirtschaftsministerium hat aber mit Datum vom 31. Juli den Daumen darauf gehalten. Es ist höchste Zeit, das hier etwas passiert, dass es zumindest eine Neuaufgabe dieser Förderung gibt mit der Zielsetzung, insbesondere die kleineren Hofanlagen zu unterstützen, die es auch schwerer haben, in den Wirtschaftlichkeitsbereich zu gelangen. Außerdem brauchen wir dringend Forschungsmittel - auch da, meine ich, ist das Ministerium für Wirtschaft gefragt -, um etwa die Einbindung der Brennstoffzelle in diesen Bereich zu erforschen und zu ermöglichen.

Ein letztes Thema, was ich ansprechen möchte, ist das Thema der Verwaltungsreform. Das ist schon an anderer Stelle erwähnt worden. Wir sind und bleiben der Auffassung, dass in Niedersachsen eine einleisige Agrarverwaltung ausreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nicht einzusehen, dass zwei große Stränge zum Teil bis hinunter auf die Kreisebene reichen, die für die Agrarstruktur und für die Umsetzung der entsprechenden Politik zuständig sind. Dazu gibt es - das dürfen wir ja nicht vergessen - auch noch die Landwirtschaftszuständigkeiten bei der Bezirksregierung und beim Ministerium selbst. Ich meine, wenn wir hieran arbeiten, dann sind erhebliche Synergieeffekte zu erzielen. Wir können uns hier durchaus Verschmelzungen auf der Schiene der Landwirtschaftskammern vorstellen. Dadurch wird, Herr Minister, auch den AfAs die mitunter krampfhaftige Suche nach neuen Aufgaben erspart, die wir immer wieder beobachten können.

Ein letztes Wort zum Forstbereich. Hier hat das Land erhebliche Chancen verspielt, indem es einseitig eine Zertifizierung durchgezockt hat, die von den Naturschutzverbänden nicht mitgetragen wird. Ich meine, das wird sich auch noch in den Kassen des Landes bemerkbar machen.

Dabei will ich es belassen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Nun spricht der Minister für den ländlichen Raum, Herr Bartels.

### **Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Ziel ist es, die Landwirtschaft, die damit verbundenen Wirtschaftszweige sowie den ländlichen Raum insgesamt weiter zu entwickeln. Wir wollen eine stärker am Verbraucherschutz, am Tierschutz und am Umweltschutz orientierte Agrarpolitik, z. B. eine stärkere Flächenbindung sowie eine bevorzugte Förderung artgerechter Tierhaltung, eine bevorzugte Förderung des ökologischen Landbaus, für den wir bereits gute Grundlagen geschaffen haben. Die wettbewerbsfähige Landwirtschaft in Niedersachsen muss erhalten werden. Der ländliche Lebens- und Wirtschaftsraum muss attraktiv sein. Richtige politische Rahmenbedingungen und tüchtige Unternehmer, wie wir sie in Niedersachsen haben, werden uns auch in Zukunft erfolgreich sein lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Haushalt ist genau auf diese Zielsetzung hin ausgerichtet, exakt auf die Punkte, die die Diskussionsredner gerade angesprochen haben. Hier gibt es eine ganz klare Ausrichtung auf die ökologische Landwirtschaft, auf eine Landwirtschaft, die stärker den Verbraucherschutz berücksichtigt. Herr Klein, wenn wir die Fördermittel, die wir jetzt haben, damit sich die Betriebe an derartige Zielsetzungen und Herausforderungen anpassen können, streichen,

(Zuruf von Klein [GRÜNE])

- nun hören Sie doch bitte zu; wir haben Ihren langen Ausführungen auch gelauscht - wer soll denn dann noch die Nahrungsmittelproduktion in Niedersachsen übernehmen? Das ist doch die

Frage, die sich hier stellt und die Sie beantworten müssen.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt auf die Ausführungen von Herrn Ehlen eingehen. Er hat die Finanzausstattung des Agrarhaushalts kritisiert. Wie immer - das ist ja nicht neu, dass er das so macht - verschweigt er dabei, dass der Agrarhaushalt, wie Herr Brauns das schon klargestellt hat, mit 142 Millionen DM um 12,4 % gesteigert worden ist. Der Landeshaushalt insgesamt steigt um 2,2 %, und die Steigerung im Agrarhaushalt, Herr Ehlen, beträgt 12,4 %! Herr Ehlen verschweigt, dass außerhalb des Agrarhaushalts auch noch Mittel in einer Größenordnung von 1,5 Milliarden DM an die Landwirte fließen, die früher in Teilen ebenfalls über den Haushalt abgewickelt worden sind. Das gehört mit zur Ehrlichkeit. Ich bin stolz auf den Haushalt, den ich hier zu vertreten habe, weil er in der Größenordnung, die ich Ihnen genannt habe, gesteigert worden ist.

Meine Damen und Herren, das Programm PRO-LAND ist von beiden Oppositionsrednern angesprochen worden. Herr Ehlen hat gesagt, PRO-LAND sei gut, aber wir müssten darauf achten, dass PROLAND auch von den ärmeren Kommunen in Anspruch genommen werden könne. Das haben wir getan. Wir haben entsprechende Möglichkeiten eröffnet, und zwar auch in Form der Gewährung höherer Zuschüsse, in Einzelfällen von bis zu 90 %, wenn das nottut. Von daher trifft dieser Hinweis, Herr Ehlen, bei uns auf offene Türen. Wir haben das berücksichtigt, weil wir die Situation der finanzschwachen Kommunen natürlich gesehen haben.

Lieber Abgeordneter Klein, wenn Sie hier sagen, PROLAND sei ein ganz schlimmes Programm, das sei etwas von gestern, das berücksichtige gar nicht die Interessen von heute, dann frage ich Sie einmal: Was machen wir denn eigentlich mit den 180 Millionen DM, die in PROLAND enthalten sind, wobei wir einen großen Block davon für den ökologischen Landbau reserviert haben? Warum sind diese Mittel wohl darin?

(Zuruf von Klein [GRÜNE])

- Kommen Sie doch bitte gleich nach vorn und reden von hier aus, damit ich das mitbekommen kann! - Warum werden diese Mittel denn nicht abgerufen? - Es sind also genügend Mittel vorhanden, wobei ich in jedem Jahr auch noch mehr als 800.000 DM allein für die Biomilcherfassung im

Haushalt mit durchgeschleppt habe und über 2,1 Millionen DM für die Verbesserung von Vermarktungsstrukturen für den ökologischen Landbau hinzukommen. Diese Mittel sind nicht abgerufen worden - dies aber nicht, weil wir so böse Menschen sind, sondern deshalb, weil es nicht die entsprechende Nachfrage gegeben hat. Also bauen Sie hier bitte nicht einen Popanz auf! Der ökologische Landbau steht im Zentrum unserer Förderpolitik, damit das ganz klar ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir in einer Situation, in der wir das Programm erst im September dieses Jahres von der Kommission genehmigt bekommen haben, in der wir 145 Millionen DM EU-Mittel zur Verfügung hatten, in der wir also sozusagen mit einem nicht genehmigten Programm im Lande tätig sein wollten - in dem Programm sind ja auch gute Projekte enthalten -, natürlich versuchen, mit aller Macht auch Anträge im Bereich des ländlichen Wegebbaus zu bedienen, weil dies zur Strukturpolitik im ländlichen Raum beiträgt, dann ist das doch nicht Unrechtes, sondern im Gegenteil! Schauen Sie sich einmal Herrn Stolze an, den Sie sonst gern als unseren Vorzeige-Ökobauern zitieren! Er hat mit seiner Gemeinde unendlich viele Mittel aus diesem Programm erhalten, weil natürlich auch er das für richtig hält, dass das gemacht wird.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit bei der SPD)

Deshalb sollten Sie lieber hierher kommen und sagen: Donnerwetter noch einmal, dass die Landesregierung, das Landwirtschaftsministerium, die Agrarverwaltung das hinbekommen hat,

(Schack [SPD]: Sehr richtig!)

diese Mittel sinnvoll im Lande einzusetzen, das verdient ein Lob, aber nicht die Schelte, die ich hier formuliert habe.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ehlen, Sie haben die Kammern, die Kosten-Leistungs-Rechnung angesprochen. Völlig richtig! Aber eines müssen Sie auch ansprechen: Die Landwirtschaftskammern, die für uns ja Dienstleister sind, müssen natürlich die gleichen Sparauflagen im personellen Bereich erfüllen, wie unsere Landesverwaltung sie erbringen muss.

(Unruhe bei der CDU)

- Nein, nein, nein! Wenn wir da entsprechend rangehen und in diesem Jahr, was Sie verschwiegen haben, sogar um 2,1 Millionen DM aufgestockt haben,

(Ehlen [CDU]: Das wird für die EDV gebraucht!)

dann ist das eine Anerkennung der Leistung der Kammern. Aber ich frage Sie an dieser Stelle einfach einmal: Wenn da wirklich solch ein Riesenbedarf besteht, warum haben Sie dann eigentlich keinen Antrag gestellt? Wo ist der denn?

(Beifall bei der SPD)

Herr Ehlen, eine zweite Frage. Zu den Beratungsringen sagen Sie, das Land habe dazu beigetragen, dass es jetzt ein Desaster, ein Durcheinander in der Frage gebe, was die nun machen sollten, wer die Beratung übernehmen solle. Herr Ehlen, seien Sie ganz ehrlich: Das ist eine selbst verursachte Unsicherheit auf der Beratungsebene, weil die Kammern, die Beratungsringe, aber auch das Landvolk, alle gemeinsam, Beratung anbieten, und zwar gegeneinander anbieten, und sich zurzeit sozusagen im Markt Konkurrenz machen. Deshalb habe ich gesagt - das ist die Verantwortung des Landwirtschaftsministers -: Freunde, ich gebe euch vor, was ich an Beratungsdienstleistung von euch erwarte. Ihr sollt euch einigen, wie ihr das, was ich von euch erwarte, leisten könnt. Aber ich gewähre nicht mehr einen Pauschalzuschuss, sondern ich bezuschusse in der Zukunft nur noch die Beratungsdienstleistung und nichts anderes. - Ich halte das für einen richtigen Weg

(Beifall bei der SPD)

auch angesichts der Anmerkungen, die der Landesrechnungshof gerade zum Beratungswesen gemacht hat.

(Biestmann [CDU]: Sie zerschlagen die ganzen Strukturen!)

Auch da, Herr Ehlen, hätte ich erwartet, dass Sie einen Antrag stellen, wenn Sie das hier so darstellen. Aber auch das haben Sie nicht gemacht.

(Ehlen [CDU]: Darauf kommen wir gleich noch, Herr Minister!)

- Die Anträge müssen Sie schon ein bisschen früher einbringen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, dann ist kritisiert worden, dass wir eine Landesgartenschau machen. Ich bin stolz darauf; ich glaube, auch die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesgartenschau ist ein Kleinod. Im Jahre 2002 werden wir uns alle gemeinsam freuen, wenn wir unseren Gärtnern, unseren Gartenbaubetrieben, unseren Baumschulbetrieben in Niedersachsen eine Landesgartenschau zur Darstellung ihrer Leistungsfähigkeit anbieten können.

(Zuruf von Klein [GRÜNE])

- Herr Klein, seien Sie nicht so ungeduldig. Lassen Sie uns einmal am Ende der Landesgartenschau schauen, wie die finanzielle Belastung des Landes aussehen wird. Ich bin da sehr optimistisch.

Wir werden nicht das erleben, was wir mit der EXPO erlebt haben. Wir haben die Besucherquote sozusagen an der untersten Kante angesetzt, und wir haben jetzt eine Fülle von Sponsoren, deren Geld gänzlich gegen Landesmittel angerechnet wird, d. h. der Landeszuschuss wird immer weiter absacken, je mehr wir Sponsoren einbinden können, und ich bin sehr optimistisch.

Meine Damen und Herren, wir haben - das möchte ich herausstellen - in der schwierigen Situation, in der sich die Gartenbaubetriebe, insbesondere die Unterglasbetriebe, in Niedersachsen befinden, ein Programm für 10 Millionen DM für den Unterglasgartenbau aufgelegt, weil wir hier helfen wollen.

(Ehlen [CDU]: Sie helfen feste mit, dass die untergehen!)

Wir wollen mithelfen, dass neue, verbrauchsarme Energieanlagen eingerichtet und gebaut werden. Wir haben dafür 10 Millionen DM für das Haushaltsjahr 2001 zur Verfügung gestellt.

Ich sage noch einmal: Jeder Antrag zum ökologische Landbau kann eingereicht werden. Er wird nicht abgelehnt werden, wenn er richtlinienkonform ist, weil wir genügend Geld zur Förderung des ökologischen Landbaus haben.

Letzte Anmerkung: Es ist in der Tat so, dass der Haushalt weiterhin keine Mittel zur Bewältigung der BSE-Krise enthält, weil im Moment noch unklar ist, welche Anteile die EU-Ebene und die Bundesebene an der Bewältigung dieses Problems



haben werden. Ich habe meine Amtskollegen aus den verschiedenen Bundesländern nach Hannover gebeten und mit allen Kolleginnen und Kollegen der Agrarressorts und der Gesundheitsressorts zusammengesessen, und wir haben vor zwei Tagen in Bonn eine einstimmige EntschlieÙung gefasst, die ganz klar deutlich macht, dass wir hierbei eine hohe Finanzverantwortung des Bundes und der Europäischen Union sehen. Die Verantwortung des Bundes für die Entsorgung der Tiermehle und der damit verbundenen Kosten, der Europäischen Union für die Ankaufaktion Teil 1 und des Bundes für die Ankaufaktion Teil 2 muss sich so aufteilen, dass die EU 70 % und der Bund 30 % zahlen. Dabei können Sie alle sich freuen, dass diese Landesregierung damals, im Zusammenhang mit der Schweinepest, ein Urteil gegen die alte Bundesregierung erstritten hat, nach dem diese Kosten vom Bund als Kofinanzierungsmittel zu tragen sind, und nicht von den Ländern. Das ist wohl eine gute Grundlage für die Zukunft.

Heute Abend findet ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Ministerpräsidenten statt. Ich hoffe, dass wir Morgen mehr Klarheit über die Finanzanteile der jeweiligen Ebenen haben werden, und ich erwarte, dass die Bundesregierung hierbei auch ihrer Verantwortung nachkommen und entsprechende Mittel für die Entsorgung und die Ankaufaktion, aber auch für die Testung der Tiere zur Verfügung stellen wird.

**Vizepräsidentin Litfin:**

Herr Minister, der Kollege Hogrefe möchte Ihnen eine Frage stellen. Möchten Sie sie zulassen?

**Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:**

Bitte sehr!

**Vizepräsidentin Litfin:**

Bitte, Herr Hogrefe!

**Hogrefe (CDU):**

Herr Minister, teilen Sie die Ansicht,

(Zuruf von der SPD: Nein!)

dass die Kosten für das Gesetz, das der Bundestag in aller Eile beschlossen hat, eigentlich in den Bereich der Marktstruktur und der Marktpflege

fallen und der Bund somit auch rechtlich für die Übernahme dieser Kosten zuständig ist?

**Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:**

Herr Hogrefe, das wird nicht so einfach sein; denn man kann die Ankaufaktion sofort als Marktregulierung und Marktordnungsmaßnahme einstufen. Das ist unstrittig. Die Frage, ob man die Regulierung des Bereichs der Tiermehlverfütterung als Marktordnungsmaßnahme oder als vorsorgende Verbraucherschutzmaßnahme einstuft, ist eine Frage der Interpretation. Ich will mich darüber an dieser Stelle nicht auslassen. Ich sage aber: Es ist ein Bundesgesetz - der Bund hat es veranlasst -, und deshalb ist er in der Pflicht und trägt die Mitverantwortung.

Meine Damen und Herren, ich habe hier einen guten Haushalt zu vertreten gehabt. Ich danke der SPD-Fraktion dafür, dass sie mir diesen Haushalt ermöglicht hat. Wir haben damit auch Vorsorge für die Umsteuerung der Agrarpolitik in Richtung einer tierschutz-, verbraucherschutz- und umweltorientierten Agrarpolitik getroffen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Litfin:**

Ebenfalls zum Landwirtschaftshaushalt spricht der Kollege Kethorn.

**Kethorn (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie nicht anders zu erwarten, haben der Landwirtschaftsminister und auch der Vertreter der SPD-Landtagsfraktion ein Loblied auf die niedersächsische Agrarpolitik gesungen. Ich hätte mir allerdings durchaus gewünscht, dass man mehr Antworten auf die aktuelle Situation gegeben hätte, die aus der BSE-Krise resultiert.

(Beckmann [SPD]: Morgen früh!)

Nicht nur wir haben darauf gewartet, sondern auch die Landwirtschaft hat darauf gewartet, meine Damen und Herren.

(Stolze [SPD]: Morgen haben wir 60 Minuten Zeit!)

- Das mag ja morgen der Fall sein, aber auch das zeigt schon deutlich, dass man sich in der Vergangenheit, in den letzten Tagen und Wochen, nicht genügend um dieses Thema gekümmert hat. Deswegen fordern wir die Antworten auch ein.

(Beckmann [SPD]: Das ist doch wirklich falsch! Da sind wir gestern gemeinsam zu einer anderen Auffassung gekommen!)

Meine Damen und Herren, ich möchte daher in meinem Beitrag auf die BSE-Krise eingehen; nicht auf die inhaltlichen Punkte der BSE-Krise, sondern darauf, wie die finanziellen Folgelasten, die daraus resultieren, zu bewältigen sind.

(Zuruf von Beckmann [SPD])

Wir sind uns sicherlich darüber einig, Herr Beckmann, dass es verheerende Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Schlachthöfe, die fleischverarbeitenden Betriebe, die Tierkörperbeseitigungsanstalten und auf weitere Betriebe gibt.

(Buß [SPD]: Und auf die Verbraucher!)

Landesweit hören wir ja zum Teil Horrormeldungen darüber, dass die Liquidität vieler rindviehhaltender Betriebe massiv gefährdet ist, dass wegen des dramatischen Zusammenbruchs auf dem Rindfleischmarkt die Schlachtungen in den niedersächsischen Schlachtbetrieben derart reduziert werden mussten, dass Kurzarbeit und Arbeitsplatzverluste nicht nur befürchtet werden müssen, sondern mittlerweile eingetreten sind. Wenn Sie, Herr Beckmann, im Lande herumgefahren sind, dann werden Sie dies sicherlich auch festgestellt haben.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, werden wegen mangelnder Kapazitäten der Labore in Niedersachsen, die diese BSE-Schnelltests durchführen, mittlerweile Schlachtungen im benachbarten Ausland durchgeführt, und das Fleisch der Tiere, die im Ausland geschlachtet wurden, wird reimportiert.

(Möhrmann [SPD]: Genauso machen die das, Herr Kollege!)

Welche Reaktionen zeigt die Landesregierung ob dieser dramatischen Entwicklung?

(Ehlen [CDU]: Die macht nichts!)

Bislang zeigt sie jedenfalls keine Reaktion.

Hinzu kommen, das wissen wir, immense Kosten in Millionenhöhe für die Betroffenen. Eine dramatische Entwicklung zeichnet sich in vielen Bereichen ab, nämlich auf der einen Seite eine starke Erlösminderung wegen des Nichtverkaufs der Produkte und auf der anderen Seite erhöhte Kosten wegen zusätzlicher Auflagen und Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, diese Rechnung geht in den Betrieben nicht auf. Daher besteht dringender Handlungsbedarf. Allein in Niedersachsen betragen die Kosten für die Tiermehlentsorgung und für die BSE-Schnelltests ca. 220 Millionen DM. Wie verhält sich die Landesregierung in der Frage der Kostenübernahme? - Bislang ist sie unentschlossen und hilflos und bietet, zumindest bis heute Abend, keine problemorientierte Lösung an. Bundesminister Funke beabsichtigt, die Kosten auf die Länder abzuwälzen, und die Länder versuchen wiederum, sie auf den Bund abzuwälzen. Dies ist ein klägliches Pingpong-Spiel, das zum nachhaltigen Schaden für die Landwirtschaft und deren nachgelagerten Bereichen führt, und das muss endlich beendet werden.

(Zustimmung von Wojahn [CDU])

Meine Damen und Herren, die Regelung hinsichtlich der Kosten für die Durchführung der BSE-Schnelltests sieht in anderen Ländern anders aus: In Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Sachsen und Baden-Württemberg übernehmen die Länder die Kosten für die BSE-Schnelltests.

(Wojahn [CDU]: Hört, hört!)

Landwirtschaftsminister Bartels erklärte demgegenüber lapidar in der „Osnabrücker Zeitung“, dass er überhaupt nicht daran denke, diese Kosten durch das Land zu erstatten. Diese unterschiedlichen Kostenregelungen bedeuten für die niedersächsische Landwirtschaft und für die Schlachtbetriebe eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung, die wir nicht so ohne Weiteres hinnehmen werden.

(Beifall bei der CDU)

Empörung und Verunsicherung, ja Unmut macht sich da breit, weil immer noch unklar ist, wer denn die entstehenden Kosten am Ende auffangen soll.

Es gab auf der Landvolk-Kundgebung vor ein paar Tagen die vage Ankündigung des Ministerpräsidenten, er wolle über Bürgschaften und Überbrückungshilfen nachdenken. Was heißt das denn, wenn der Ministerpräsident über diese Angelegen-

heit nachdenkt? - Heute oder Morgen wird der Haushalt verabschiedet und werden Fakten geschaffen werden, und im Haushalt des Landes Niedersachsen gibt es dafür überhaupt keinen Ansatzpunkt.

(Beckmann [SPD]: Habt ihr dazu einen Antrag gestellt? Was soll denn diese Show-Veranstaltung?)

Mit anderen Worten: Es ist viel gequakt worden, aber nichts zustande gebracht worden, Herr Beckmann. Jeder Tag, an dem keine Entscheidung getroffen wird und der versäumt wird, vergrößert den Schaden, und dieser Schaden wird im Nachhinein irreparabel sein. Wir fordern daher - dies möchte ich zum Abschluss sagen - bei der Bewältigung der finanziellen Folgekosten ein ressortübergreifendes, ein abgestimmtes Verfahren innerhalb der Landesregierung. Denn es geht schließlich um die Gesundheit der Menschen hier in Niedersachsen. Also ist auch die Sozialministerin gefordert. Es geht hier um die gesamte wirtschaftliche Struktur im ländlichen Raum. Daher ist auch die Wirtschaftsministerin gefordert. Und es geht schließlich um die Landwirtschaft und um deren vor- und nachgelagerten Bereiche. Also ist federführend das Landwirtschaftsministerium gefordert.

Herr Bartels, wir fordern Sie auf: Treffen Sie endlich Entscheidungen, auch mit Ihren Ministerkollegen auf Bundesebene, die die Kostenübernahme eindeutig regeln. Wenn dies nicht unverzüglich geschieht, sind wir am Ende alle Verlierer.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Herr Minister Bartels, bitte!

### **Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema ist zu ernst, als dass man einfach so locker darüber hinwegreden dürfte. Da halte ich es auch für notwendig, dass man aufeinander hört und zuhört, und da halte ich es für notwendig, dass sich ein Abgeordneter Tagesnachrichten anhört, Tagesnachrichten liest und hier nicht einfach Behauptungen aufstellt, die jeglicher Grundlage entbehren.

(Beifall bei SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen Punkt ansprechen; denn das ist schon ärgerlich. Ich habe am Sonnabend der vergangenen Woche mit Vertretern der niedersächsischen Fleischwirtschaft hier in Hannover zusammengesessen. Wir haben unter anderem über die wirtschaftlichen Auswirkungen gesprochen. Wir haben aber auch über die Frage gesprochen: Was passiert eigentlich im Markt mit den Rindern, die über 30 Monate alt sind und getestet werden sollen, die aber niedersächsische Schlachthöfe nicht erreichen, sondern nach Holland, nach Dänemark oder nach Belgien gebracht werden?

(Kethorn [CDU]: Sehr richtig!)

- Sie sagen „sehr richtig“. Aber wer hat gehandelt?  
- Ich habe am Montagmorgen mit den Kollegen, die ich hier in Hannover zusammengerufen hatte, gleich eine gemeinsame Entschließung formuliert, die am nächsten Tag in der PLANAK-Sitzung in Bonn durch mich vertreten wurde. Alle Kollegen der CDU- und CSU-geführten Länder haben sich dem vorbehaltlos angeschlossen. Wir haben den Bund und die Bundesgesundheitsministerin aufgefordert, diesem Tiertourismus, den ich für skandalös halte,

(Beifall bei der SPD)

Einhalt zu gebieten, weil dieser Tiertourismus alle unsere Verbraucherschutzbemühungen massiv unterläuft. Ich verstehe auch die Landwirte nicht, die das gemacht haben; denn sie tun es nicht, weil die Testkapazitäten nicht da sind, sondern sie tun es, weil sie ein paar Mark mehr bekommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Nein, meine Damen und Herren, das lasse ich Ihnen nicht durchgehen.

Ich verstehe nicht, und auch die deutsche Fleischwirtschaft versteht nicht, dass man um dieses Vorteils willen die Tiere dorthin karret, dort verarbeiten lässt,

(Biestmann [CDU]: Das entspricht nicht der Wahrheit, Herr Minister!)

das Fleisch wieder nach Niedersachsen zurückbringt und in der Ladentheke nicht getestetes Fleisch ist. Das geht nicht! Deshalb haben wir dies sofort in Bonn gebrandmarkt. Und da können Sie sich nicht hierhin stellen und sagen, da ist nichts getan worden!

(Beifall bei der SPD - Kethorn [CDU]: Und was ist daraus geworden?)

- Was ist daraus geworden? - Ich bitte Sie, einfach einmal die Zeitung zu lesen. Nehmen Sie die „FAZ“ vom heutigen Tag! Sie hätten auch gestern Abend oder heute Morgen fernsehen können! Dann hätten sie gesehen, dass die holländische Regierung sofort - gestern Mittag - gehandelt hat und per Eilverordnung unterbunden hat, dass deutsche Tiere ohne Test in Holland geschlachtet werden können. - Mein Wirken!

(Zurufe von der CDU - Kethorn [CDU]: Habe ich doch Recht gehabt!  
- Biestmann [CDU]: Aber die Auswüchse sind Ergebnis der Politik, auch Ihrer Politik!)

- Herr Kethorn, informieren Sie sich einmal!

Der Verwaltungsausschuss hat die Entscheidung getroffen, dass vom 1. Januar an alle Rinder im Alter ab 30 Monate in Europa getestet werden müssen. Ich begrüße das. Auch das haben wir bewirkt.

(Kethorn [CDU]: Das haben wir nicht kritisiert!)

Der letzte Punkt, meine Damen und Herren, betrifft die Frage der Gebühren für die Tests. Sie sagen, das sei eine ungeklärte Sache. - Die Sache ist seit eineinhalb Wochen geklärt. Wir haben eine Gebührenordnung, wir haben ein Fleischhygienerecht, und wir haben eine Eilverordnung der Bundesgesundheitsministerin, die eine Gebührenfestsetzung für diese Aufgabe vorsieht.

(Kethorn [CDU]: Wer übernimmt das denn?)

- Wer das übernimmt? - Der Schlachthof übernimmt die Kosten.

(Lachen bei der CDU)

Auch da sind Sie wieder einmal nicht informiert. Es tut mir Leid, wer so schlecht informiert ist, der kann die Interessen der Landwirte und der Verbraucher überhaupt nicht vertreten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Wir verlassen jetzt den Haushaltsschwerpunkt Landwirtschaft und kommen zu Bundes- und Europaangelegenheiten. Der erste Redner zu diesem Thema ist der Kollege Rabe von der SPD-Fraktion.

### **Rabe (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am Ende einer langen Haushaltsdebatte will ich nur einige wenige Anmerkungen zu dem Bereich Bundes- und Europaangelegenheiten machen.

Zunächst einmal ist die Erörterung des Europa-Haushalts hier in Niedersachsen eine Ausnahme. Traditionell ist das ja ein Konsenshaushalt. Dahinter steht die Erkenntnis, dass wir als deutsches Land, als europäische Region nur dann in der EU tatsächlich gehört werden, wenn die politischen Kräfte vor Ort auch einigungsfähig sind. Ich will die Gelegenheit nutzen, mich deshalb ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die Kompromissbereitschaft zu bedanken, die wir im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Vergangenheit gezeigt haben.

Zweite Bemerkung: Es war eine sehr richtige politische Entscheidung des Ministerpräsidenten, vor einem Jahr alle europapolitischen Kompetenzen in der Staatskanzlei unter der Leitung von Minister Wolfgang Senff zu bündeln. Seine Bilanz der niedersächsischen Europapolitik kann sich sehen lassen.

Meine Damen und Herren, Europapolitik ist mehr als die Organisation möglichst erfolgreicher Fischzüge durch die Brüsseler Förderteiche. Aber es ist auch ein Ziel niedersächsischer Europapolitik, den Fördermittelzufluss aus der EU in unser Land zu verstetigen. Genau das, meine Damen und Herren, ist uns auch gelungen.

Gegenüber dem Planungszeitraum 1994 bis 1999 ist der Anteil Niedersachsens an den europäischen Förderfonds fast verdoppelt worden. Unser Land wird von 2000 bis 2006 Fondsmittel von über 3,18 Milliarden DM erhalten.

Meine Damen und Herren, wenn man die Mittel des Bundes, des Landes und der Kommunen sowie die aus der Gemeinschaftsinitiative addiert, ergibt sich sogar ein beachtliches Fördervolumen von ca. 16 Milliarden DM.

Wir werden in Niedersachsen die Fondsmittel größtenteils in drei Programmen umsetzen: erstens über das Programm für regionale Entwicklung, zweitens über Programme für Beschäftigung und Chancengleichheit und drittens - das ist bekannt - über das Programm PROLAND. Dabei werden wir uns bemühen, keine Mittel verfallen zu lassen und entsprechende Kofinanzierungsmittel des Landes zur Verfügung zu stellen.

Dritte Anmerkung: Wolfgang Senff hat aber auch andere Maßnahmen zur Stärkung der europapolitischen Kompetenz der Landesverwaltung unternehmen. Ich kann hier heute nur wenige nennen.

Im Haushalt ist eine Verpflichtungsermächtigung von ca. 18 Millionen DM für eine neue Landesvertretung bei der EU ausgebracht.

Im März werden wir die neue Landesvertretung in Berlin einweihen, wo gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein eine überzeugende Architektur an einem geschichtsträchtigen Ort entsteht.

Mit dem Kabinettsbeschluss zur europapolitischen Ertüchtigung der Landesverwaltung ist der Landesregierung ein wichtiger Schritt gelungen, damit wir künftig in Brüssel auch weiterhin personell optimal vertreten sind.

(Beifall bei der SPD)

Vierte und letzte Anmerkung: Wir begrüßen die europapolitische Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten und freuen uns, dass eine seiner zentralen Forderungen vom Gipfel in Nizza aufgenommen worden ist. Es wird eine neue Regierungskonferenz im Jahr 2004 geben, auf der über die für uns als Land eminent wichtige Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen europäischer und nationaler Ebene entschieden wird. Meine Damen und Herren, das ist ein großer Erfolg für die deutschen Länder und für Ministerpräsident Sigmar Gabriel persönlich.

(Beifall bei SPD)

Wir sichern zu, dass wir als SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag diesen Prozess post Nizza 2004 sehr intensiv begleiten werden. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

#### **Vizepräsidentin Litfin:**

Für die Fraktion der CDU spricht der Kollege von der Heide.

#### **von der Heide (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will die Gemeinsamkeit betonen, die mein Vorredner, Kollege Rabe, hier bemüht hat. Ich will aber nicht in die Lobhudelei verfallen, die man ja auch kritisch sehen kann.

Auch wenn ich geneigt bin, immer wieder auf die Gemeinsamkeiten abzuheben, muss ich diesmal aufgrund einer Postille der Landesregierung, die mir ins Fach geflattert ist - „Europa - versprochen und gehalten“ -, doch das eine oder andere kritisch anmerken.

In dieser Republik ist es nach wie vor so, dass etwas als gehalten gilt, wenn das Ziel erreicht wird. Sie schreiben hier, was Bundes- und Europaangelegenheiten angeht: Stärkung der Region - mit diesem Thema wird sich befasst, das Ziel wird weiter verfolgt, Niedersachsen setzt sich u. a. für ein Klagerecht der Regionen zur Wahrung ihrer Rechte ein. - Das alles sind doch Formulierungen auf die Zukunft. Sie zeigen nicht, dass das Thema schon abgearbeitet ist.

Zur Gründung eines Europahauses heißt es dann: ist in vollem Gange. - Darüber reden wir ja. Ich habe dem Minister immer wieder gesagt, er solle nicht zum Ankündigungsminister werden, er solle realisieren, und dann würden wir ihn an der Realität messen.

Zur Qualifizierungsoffensive innerhalb der Landesverwaltung heißt es: Hiernach wird bereits verfahren. - Herr Minister, dann sagen Sie uns doch einmal, wie und mit welchem Erfolg Sie bereits verfahren und ob man diese Qualifizierungsoffensive ausdehnen kann z. B. auf die Landtagsverwaltung, auf die Fraktionen; es müssen ja nicht nur SPD-Mitglieder nach Brüssel gehen, sondern es können ja auch qualifizierte CDU- und Grünen-Mitarbeiter nach Brüssel gehen.

(Beifall bei der CDU)

Alles in allem: Wir werden den Prozess weiter fürsorglich begleiten. Aber der Minister darf sich nicht in der Gewissheit ergehen, dass wir das alles kritiklos hinnehmen. Wenn er so etwas wie diese Postille für die Landesregierung herausgibt, dann muss er sich auch gefallen lassen, dass wir das Wort für Wort durchgehen und auch bewerten. In diesem Fall bewerten wir es als Ansage ohne Inhalt.

(Wendhausen [SPD]: Lutz, das ist doch nicht dein Ernst! - Weitere Zuru- fe)

- Doch, das ist mein Ernst.

(Unruhe)

Dann spreche ich nur noch eines an, was mir ein bisschen Sorge macht. Wir versuchen ja immer, unsere Regionalität durch internationale Beziehungen aufzupeppen. Ich halte das auch nach wie vor für richtig. Wir brauchen internationale Beziehungen. Niedersachsen muss sich als Bundesland präsentieren, muss Verbindungen schaffen, muss Verbindungen auch für wirtschaftliche und kulturelle Kontakte schaffen. Da - das haben wir in der Ausschussarbeit mehr oder weniger gemeinsam festgestellt - bedarf es zusätzlicher Mittel, die aber - das muss man fairerweise sagen - aufgrund der engen Haushaltslage nur schwer zu beschaffen sind. Trotzdem möchten wir als CDU-Fraktion immer wieder darauf hinweisen, dass es gut ist, internationale Beziehungen zu pflegen, dass es auch für uns im täglichen Umgang hilfreich ist, nicht im eigenen Mief hängen zu bleiben, sondern über die Grenzen zu schauen, über den Tellerrand zu blicken und dann auch so handeln.

(Zustimmung von Decker [CDU])

In diesem Sinne bitte ich mehr um Konkretes als um Ankündigungen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Für die Fraktion der Grünen spricht der Herr Kollege Wenzel.

### **Wenzel (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Europapolitik ist ja eigentlich nicht das kontroverseste Thema im Landtag.

(Zustimmung von Wendhausen [SPD])

Trotzdem reizt eine solche Bilanz, wenn sie denn auf dem Tisch liegt - mein Kollege Lutz von der Heide hat das ja auch schon angesprochen -, natürlich zum Widerspruch. Da fragt man sich schon: Wie lange braucht man eigentlich innerhalb der Landesregierung, um die Anmietung oder die Umnutzung eines Gebäudes der Landesregierung

irgendwo im inneren Bereich der Stadt Hannover zu regeln,

(Wendhausen [SPD]: Hast du schon mal ein Haus gekauft oder gebaut?)

insbesondere nachdem extra noch ein neuer Makler eingestellt wurde, um ein solches Europahaus zu gründen?

In der Regierungserklärung heißt es: ein Europahaus als Anlaufstelle für alle Fragen zur Europäischen Union, die auch Beratung für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Förderung bereithält, ein Zentrum für Veranstaltungen und für die Europaabteilung der Staatskanzlei.

Das ist, gelinde gesagt, einiges mehr als das, was jetzt in der Bilanz unter der Rubrik „...und gehalten“ steht, obwohl es auch das noch gar nicht gibt.

Wenn man die Bilanz liest, zeigt sich, dass das Europahaus offensichtlich erheblich schrumpfen soll. Aus dem Europahaus wird ein Informationszentrum - ich hoffe, nicht nur mit bunten Broschüren.

Das war ein zentraler Punkt von vieren, die die Landesregierung in ihrer Regierungserklärung ganz besonders herausgestellt hat.

Ich will noch einen anderen Punkt herausgreifen, soweit er den Haushalt betrifft. Es geht um die Mittel für internationale Beziehungen, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Als ich den Haushaltsentwurf das erste Mal in die Hand bekam, war ich doch wirklich überrascht; denn da ging es nicht um Erhöhungen in diesem Bereich, sondern da ging es um substanzielle Kürzungen. Es handelt sich dabei um Beträge, die nicht allzu hoch sind. Es sind insgesamt ca. 2,5 Millionen DM. Aber wenn davon plötzlich 25 % wegfallen, dann bleibt nur noch sehr wenig übrig. Trotz großer Reden zur Europapolitik also faktische Rückschritte. Wie kann das sein?

Herr Minister Senff, vielleicht können Sie mir gleich noch einmal das Wort „Schwerpunkt“ aus sozialdemokratischer Sicht erklären. Lange Erfahrungen mit sozialdemokratischer Wirklichkeit auch in der Kommunalpolitik haben mich zwar immer wieder zum Staunen gebracht, aber manchmal bin ich dann doch sprachlos, so wie hier, wenn ich sehe, dass genau das Gegenteil von dem passiert, was öffentlich versprochen wird.

Wir alle gemeinsam wollen die Partnerschaften mit Perm, Tjumen und Omsk ausbauen. Wir wollen die Beziehungen zur Haute Normandie, zu den Wojewodschaften Wielkopolski und Wroclaw ausbauen - das insbesondere auch vor dem Hintergrund der Bedeutung der Osterweiterung und der Bedeutung von Kontakten in diese Regionen für Niedersachsen.

Auf der anderen Seite will ich nicht verhehlen, dass es sehr wohl auch eine Reihe von sehr interessanten Initiativen gibt, die von der Staatskanzlei auf den Weg gebracht wurden. Insbesondere ist es sehr sinnvoll, meine ich, die Brüsseler Landesvertretung auszubauen und dort die Möglichkeit zu schaffen, Experten aus den Ministerien für einige Zeit unterzubringen, damit sie dort Erfahrungen sammeln können.

Auch die Qualifizierungsoffensive halte ich im Ansatz für überfällig, für sehr wichtig und richtig, auch wenn man noch mehr in die Tiefe gehen sollte und müsste, damit nicht nur ein Europapass erworben wird, den man quasi so nebenbei in einem kurzen Kursus macht, sondern damit wirklich Erfahrungswissen da ist, das dann nachher auch zum Wohle des Landes genutzt werden kann.

(Wendhausen [SPD]: Und Berlin?)

Auch hier im Grundsatz also Übereinstimmung.

Was dieses neue Forum „Europa-Fokus“ angeht, so wünsche ich mir, dass das Ganze etwas kontroverser angelegt wird. Das kann kein Verkündigungsorgan der Staatskanzlei sein. Wenn etwas Sinnvolles daraus werden soll, dann muss es auch einmal widersprüchliche Meinungen abbilden, dann muss es auch einmal Anlass zur Diskussion oder Raum für Diskussion bieten. Da muss also, meine ich, noch einiges passieren.

Zusammengefasst: Wenn Sie Ihre Versprechungen zur EU-Politik ernst nehmen, Herr Minister Senff und liebe SPD-Fraktion, dann können Sie in weiten Teilen mit unserer Unterstützung rechnen; wenn nicht, gibt es Gegenwind. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Herr Minister Senff, bitte!

### **Senff, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Bemerkung vorweg: Im Hause ist, glaube ich, keine und keiner, die oder der mir im Ernst Selbstgefälligkeit vorwerfen kann und vorwerfen will; so etwas ist mir wesensfremd.

(Klein [GRÜNE]: Dann sollten Sie es auch nicht provozieren!)

Deshalb sollten Sie es auch nicht tun.

Zweite Bemerkung: Sehr geehrter Herr Wenzel, Gegenwind hat etwas Gutes, rein ökologisch betrachtet. Man kann Windkraftanlagen aufbauen und etwas sehr Vernünftiges daraus machen. Von daher freue ich mich, wenn es Gegenwind gibt, weil nur Gegenwind - sprich: die Debatte - eine Auseinandersetzung ermöglicht.

Damit bin ich bei der dritten Vorbemerkung. - Der „Europa-Fokus“, den wir herausgeben, ist eine Broschüre in leichtgemachter Art, aber mit gutem Inhalt. Er ist exakt so angelegt, dass unterschiedliche Meinungen zu Europa, auch Meinungen unterschiedlicher politischer Parteien darin zum Tragen kommen. Selbstverständlich haben wir in der ersten Ausgabe Herrn Pöttering aus dem Europaparlament, CDU, zu Wort kommen lassen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir werden dafür sorgen, dass auch andere Meinungen, andere Menschen und andere Parteien darin ebenfalls zum Tragen kommen.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun aber zu dem heute anstehenden Thema.

(Anhaltende Unruhe)

Ministerpräsident Gabriel hat in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, dass es bei der Neuordnung und Neugestaltung der Europapolitik im Kern um zwei Dinge geht: Wir wollen Niedersachsen fit machen für Europa, und wir wollen die Menschen auf den Weg nach Europa mitnehmen. - In der Vergangenheit ist immer wieder beklagt worden, dass diese beiden Punkte nicht mit dem ausreichenden Nachdruck verfolgt würden. Wir werden das ändern und sind auf dem Weg dahin. Dazu haben wir die von allen angesprochene Qualifizierungsoffensive gestartet. Sie ist nicht nur gestartet, sondern in Gang gekommen. Die ersten

Fortbildungsseminare sind gelaufen. Dass wir in Brüssel in unserer eigenen Dependance noch keine Frauen und Männer aus der niedersächsischen Landesverwaltung unterbringen können, ist Ihnen bekannt, weil die räumliche Situation in diesem Hause mehrfach beschrieben wurde. Viele von Ihnen sind dort gewesen. Ich muss das nicht alles wiederholen.

(Wendhausen [SPD]: Hört, hört!)

Ich wiederhole aber gerne, dass Niedersachsen das erste Land ist, das durch Kabinettsbeschluss eine solche Qualifizierungsoffensive für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestartet hat, und dass die anderen Länder nun darangehen, uns zu kopieren.

Ich bleibe beim Thema Qualifizierung und Landesverwaltung. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Fraktionen, dass sie den Neuerwerb oder den Neubau - vermutlich wird es aber ein Neuerwerb - einer anderen Unterbringung für unsere Landesvertretung in Brüssel unterstützen. Ich bedanke mich deshalb, weil ich weiß, dass diese Verpflichtungsermächtigung ein großer Brocken im Landshaushalt ist und wie schwer es jedem Einzelnen von Ihnen fällt, dieses Ausgabe mit zu vertreten. Deshalb sage ich offen: Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Die Niedersächsische Landesregierung hat einen weiteren Punkt als Erfolg vorzuweisen. Wir sind darangegangen, den europäischen Förderdschungel transparent, sichtbar und erkennbar zu machen. Wir haben eine erste Zusammenstellung vorgenommen und sind dabei, einen Förderlotsendienst zu installieren. Die Arbeiten laufen. Wir sind mit-tendrin, und ich bitte um Verständnis dafür, dass bestimmte Bretter, die lange in der Sonne gelegen haben, nur sehr schwer und sehr langsam zu bohren sind. Förderlotsendienst für Niedersachsen in Gang zu setzen ist ein solches Brett. Wir machen das schrittweise, sind dabei erfolgreich, und ich glaube, dass wir Ihre Unterstützung dafür haben.

Weil der Förderlotsendienst ein Teil des Europa-hauses ist, möchte ich ein paar Worte zum Europäischen Informationszentrum sagen. Sie konnten es nicht wissen, weil es nicht in der Broschüre steht, die hier mehrfach zitiert wurde, dass wir die Zusage der Europäischen Kommission haben, das Europäische Informationszentrum in Niedersachsen einzurichten. Damit haben wir den Finanzierungsanteil der Europäischen Kommission sicher.

(Beifall bei der SPD)

Sie sehen also, dass wir uns Schritt für Schritt voran arbeiten, und wir werden bei der Suche und der Anmietung der entsprechenden Räumlichkeiten in der nächsten Zeit erfolgreich sein. Das Europäische Informationszentrum wird eine Anlaufstelle für alle Interessierte an der Europapolitik, für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes sein. Aber das ist nur ein Aspekt, weil er ja im Wesentlichen in Hannover stattfindet. Der zweite Aspekt ist: Dieses Haus wird die Kampagnenzentrale für EU-Politik des Landes für die Bürgerinnen und Bürger werden. Die ersten beiden Kampagnen, die mir vorschweben, aber im Detail noch nicht stehen, weil das Haus noch nicht steht, werden der Nachfolgeprozess Nizza und die EU-Erweiterung sein. Beides kann nur gelingen, wenn es uns gelingt, mit den Frauen und Männern im Lande darüber zu debattieren, Ängste abzubauen, Chancen sichtbar zu machen und - auf Deutsch gesagt - unseren Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, warum Europa etwas Positives ist, wofür es sich zu arbeiten und zu kämpfen lohnt.

(Wendhausen [SPD]: Hör zu, Lutz von der Heide!)

Ein weiterer Punkt, den wir in Gang gebracht haben und der erfolversprechend ist, ist Folgender: Die regionale Zusammenarbeit mit unseren niederländischen Nachbarn haben wir intensiviert und gleichzeitig unsere partnerschaftliche Hilfe für Polen und andere Staaten - Perm und Tjumen wurden genannt, ich nenne Südafrika und China - verstärkt. Es ist richtig, dass die entsprechenden Finanzmittel gekürzt worden sind. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, erstens nehme ich für mich nicht in Anspruch, dass ich als Minister anders behandelt werde als meine Kollegen. Hier müssen wir zusammenstehen, und dazu stehe ich auch.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens ist es eine Frage der Fähigkeit, Fremdmittel zu organisieren, um den in der Tat vorhandenen höheren finanziellen Bedarf abzudecken. Also lassen Sie uns gemeinsam darangehen. Unsere Partnerschaftspolitik, unsere Politik der interregionalen Zusammenarbeit und unsere Entwicklungspolitik werden darunter nicht leiden.

(Beifall bei der SPD)



Europapolitik ist für mich partnerschaftlich organisiertes Teamwork. Europapolitik ist für mich keine Ein-Mann/Eine-Frau-Veranstaltung und keine Veranstaltung einer Abteilung oder der Staatskanzlei, sondern kann nur im Teamwork betrieben werden. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren - Sie wissen es alle viel besser, als Sie es hier darstellen -, geht es nicht darum, auf das Geld im Einzelplan der Staatskanzlei zu gucken, sondern es geht um etwas ganz anderes. Es geht darum, dass die wirklichen europäischen Mittel, die ja heute in der Debatte zu den anderen Ressorts schon angeklungen sind, in den Haushalten anderer Ressorts stehen und die wirkliche Leistung Europas für Niedersachsen in anderen Ressorts geleistet wird. Diese Mittel stehen in den Haushalten der Wirtschaftsministerin, des Landwirtschaftsministers, der Sozialministerin und des Ministers für Wissenschaft und Kultur.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollege Rabe hat, glaube ich, deutlich gemacht, mit welchen Fonds wir es hier zu tun haben. Er hat die Gesamtsumme genannt.

(Zuruf von der SPD)

- Ich meinte den Abgeordneten Rabe. - Ich will nur einen Punkt wiederholen. Es geht um eine Gesamtsumme von 16 Milliarden DM, die wir mit Kofinanzierung und europäischen Mitteln mobilisieren können.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ohne Europa wärt ihr pleite!)

Ich sage hier in aller Deutlichkeit: Wir haben in Niedersachsen keine Mark europäischer Mittel verfallen lassen, und wir werden es auch in Zukunft nicht tun. Das haben wir Ihnen versprochen, bevor der Haushaltsplanentwurf aufgestellt wurde, und das haben wir mit der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich aus der Sicht Niedersachsens zwei Bemerkungen - ich finde, das muss an einem Tag so kurz nach Nizza gestattet sein - zu Nizza machen. Für das Land Niedersachsen war Nizza ein großer Erfolg.

(Wernstedt [SPD]: Jawohl!)

Wir haben uns im Vorfeld von Nizza in der Debatte eines Bund-Länder-Arbeitskreises, in dem alle A- und B-Länder vertreten waren, mit unserer

Meinung gegenüber Bayern durchgesetzt, dass man in Nizza keine Boykottandrohung aussprechen darf, dass man nicht sagen darf, es müsse dieses und jenes passieren, sonst werde der Bundesrat dem Ergebnis nicht zustimmen. Wir haben Herrn Stoiber klar gemacht,

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Er kennt dich doch gar nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

dass er seine Position verlassen muss, und er hat seine Position verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir richtig gehandelt haben, haben Sie daran gesehen, dass Frau Merk zunächst an dem Ergebnis von Nizza herumgemäkelt hat, Herr Stoiber aber sofort begriffen hat, wo die Glocken hängen, und gesagt hat, das sei gut gemacht worden, und dann Frau Merk das auch sagen musste.

(Zuruf von der SPD: Frau Merkel! - Weitere Zurufe von der SPD und von der CDU)

- Frau Merkel, richtig; Entschuldigung. Immer wenn ich den anderen Namen gesagt hab, meinte ich Frau Merkel, damit das klar ist.

Meine Damen und Herren, Nizza ist eine Erfolgsgeschichte der Europapolitik der Niedersächsischen Landesregierung, insbesondere unseres Ministerpräsidenten.

Zweiter Punkt zu Nizza: Wir haben auch hier im Hause eine intensive und ehrliche Debatte über Daseinsvorsorge geführt. Wir haben über die Not unserer Sparkassen diskutiert, und zwar über das, was es angeblich aus Brüssel an Schwierigkeiten für die Sparkassenorganisation im Lande geben würde. Dieses Thema ist mit Nizza erledigt. In Nizza ist beschlossen worden, dass in den kommenden Jahren dafür gesorgt wird, dass die Sparkassenorganisation und andere Organisationen der Daseinsvorsorge in die Definitionshoheit der Nationalstaaten und damit in die Definitionshoheit der Länder fallen, also die Mitteilung der Kommission umgesetzt und rechtlich abgesichert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, da wir heute das Thema Europa und Bundesrat behandeln, noch einige Bemerkungen zum Stichwort „Berlin“ machen. Die meisten Mitarbeiter der Landesvertretung sind von Bonn nach Berlin umgezogen. Sie arbeiten dort zwar in

angemieteten Räumen, aber sie sind vor Ort präsent und haben ihren Job aufgenommen. Die Kerntätigkeit in Berlin lautet auf der einen Seite Mitwirkung bei der Gesetzgebung des Bundes und auf der anderen Seite Vertretung der Interessen des Landes. Auch in dieser Beziehung waren wir im vergangenen Jahr erfolgreich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren insbesondere erfolgreich, als es darum ging, uns vor finanziellen Belastungen seitens des Bundes zu schützen, von denen wir der Überzeugung waren, dass sie nicht gerecht verteilt waren. Als Beispiel nenne ich die Entfernungspauschale. Ich nenne als weiteres Beispiel das Agrardieselgesetz.

Selbstverständlich - das sage ich genauso offen und ehrlich - geht es für uns in Berlin auch darum, die Gesamtverantwortung des Bundes mit zu sehen und mit zu tragen. Es geht nicht nur um Niedersachsen. Im Bundesrat geht es auch um die gesamte Bundespolitik. Dort haben wir uns ebenfalls eingebracht. Minister Bartling hat gemeinsam mit seinem bayerischen Kollegen dafür gesorgt, dass der Bundesrat ein Verbot der NPD beantragt hat und das Verfahren mit den weiteren beteiligten Organen in Gang gesetzt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Ich mache kein Hehl daraus, dass wir unsere Kontakte zu den Niedersachsen in Berlin natürlich kräftig nutzen, wie Sie zum Beispiel in der Frage der EXPO-Finanzierung gesehen haben, in der wir, wie ich glaube, einen sehr guten Erfolg für das Land Niedersachsen erzielt haben.

(Wendhausen [SPD]: Das finde ich auch! - Beifall bei der SPD)

Wir werden das weitermachen!

Diese Landesregierung hat selbstverständlich eine politische Überzeugung. Sie geht mit ihrer politischen Überzeugung nach Berlin. Diese politische Überzeugung wird immer ein Teil unserer Arbeit in Berlin sein, wobei wir uns von dem Grundsatz unseres ehemaligen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder leiten lassen: Das Land geht vor der Partei.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden am 29. März unsere Landesvertretung einweihen. Bei unserer Landesvertretung handelt es sich um ein von jungen Architektinnen und Architekten mit einer modernen Architektur entworfenes Gebäude. Genau das wollten wir haben. Dieses Gebäude soll von der Architektur her deutlich machen, dass Niedersachsen ein modernes, ein junges, ein dynamisches Land ist, dass Niedersachsen ein Land ist, in dem es sich zu arbeiten und zu leben lohnt.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Jetzt lasst uns Weihnachten feiern! - Zuruf von der SPD: Mit fröhlichen Menschen!)

- Mit fröhlichen Menschen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Litfin:**

Der Herr Kollege von der Heide hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

#### **von der Heide (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Minister hat uns ein bisschen mit Langatmigkeit gequält.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Für uns, die wir im Ausschuss mitarbeiten, will ich sagen: Wir kennen seine Einlassungen. Wir sind bereit, sie zum größten Teil zu übernehmen. Aber mit einem sind wir von der CDU-Fraktion nicht einverstanden, dass nämlich durch Herrn Minister Senff wieder der Versuch unternommen worden ist, etwas als Erfolg zu verkaufen, was doch keiner ist. Er hat gerade die Regierungskonferenz in Nizza bemüht.

(Zuruf von Rabe [SPD])

- Herr Kollege Rabe, ich antworte nicht auf Ihre gute Rede, sondern ich entgegne auf die Rede von Minister Senff. Wenn dies als Erfolg für die Niedersächsische Landesregierung bezeichnet wird, so überhöhen sich damit der Herr Minister und auch der Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Mit Sicherheit hat es Vorgespräche gegeben. In diesem Rahmen hat sich jedes Land eingebracht.

(Zuruf von Mientus [SPD])

- Auch der Herr Ausschussvorsitzende hat sicherlich wieder Großes dazu gesagt.

Ministerpräsident Stoiber aus Bayern hat eines geschafft - das kann er als Erfolg seiner Tätigkeit werten -: Er hat erreicht, dass in Zukunft die Kompetenzverteilung, die Kompetenzkriterien beschrieben werden. Das ist auch für uns in Niedersachsen immer wichtig gewesen. Darüber bestand auch Einvernehmen. Wir haben immer gesagt: Es ist auch im Zuge dessen, was wir Subsidiarität nennen, wichtig; zu wissen, wofür wir zuständig sind, wofür der Bund zuständig ist und wofür die EU zuständig ist. Das hat Herr Stoiber erreicht.

(Zuruf von der SPD: Der war doch gar nicht dabei!)

- Dass ihr wieder unruhig werdet, zeigt, dass ihr ein bisschen schwach auf der Brust seid.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir diese Gemeinsamkeit beibehalten wollen - das ist weiterhin unser Ziel -, dann sollten wir einen Fehler nicht machen, dass nämlich eine Seite versucht, sich die Rose an das Revers zu heften, während die andere Seite die Arbeit macht. In diesem Sinne hoffe ich auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu den Haushaltsberatungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb für heute die Haushaltsberatungen. Wir werden sie morgen gegen 12 Uhr, wenn alles planmäßig läuft, mit den Abstimmungen beenden.

Ich nutze die Gelegenheit, um die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 12:

Zweite Beratung:

**Modernisierung der „Heidebahn“ - modellhafte Verbesserung des Bahnverkehrs** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1836 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/2032

Der Antrag der Fraktion der Grünen wurde in der 56. Sitzung am 13. September 2000 an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichtersteller ist der Abgeordnete Schirmbeck.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch zurückgezogen!)

- Das ist hier beim Präsidium nicht angekommen. - Der Berichtersteller ist auch nicht da.

(Unruhe)

Ich bitte die Fraktionen, möglichst draußen zu klären, was mit Punkt 12 der Tagesordnung werden soll.

(Wenzel [GRÜNE] meldet sich zu Wort)

- Herr Kollege Wenzel zur Geschäftsordnung!

**Wenzel (GRÜNE):**

Wir hatten uns darauf verständigt, dass die Behandlung des Antrages vertagt wird, weil aus Zeitgründen keine Diskussionsmöglichkeit besteht. Insofern beantrage ich Vertagung auf den nächsten Plenarsitzungsabschnitt.

(Zuruf von der SPD: Einverstanden!)

- Die SPD-Fraktion ist mit diesem Verfahren einverstanden. Die Mitglieder der CDU-Fraktion nicken auch. Damit vertagen wir diesen Beratungsgegenstand und werden ihn im Januar erneut auf die Tagesordnung setzen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 13:

Zweite Beratung:

**Einrichtung einer Landesmusikakademie** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/61 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 14/2081

Der Antrag wurde in der 6. Sitzung am 11. Juni 1998 an den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatteerin ist die Frau Kollegin Schwarz, der ich das Wort erteile.

**Schwarz (CDU), Berichterstatteerin:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der Beschlussempfehlung in der Drucksache 2081 empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur, den Antrag der Fraktion der CDU in einer geänderten Fassung anzunehmen. Wie die Präsidentin bereits erwähnte, wurde der Entschließungsantrag im Juni 1998 eingebracht. Daraufhin wurde in der ersten Ausschusssitzung von Kulturminister Oppermann der Standort Wolfenbüttel mit benannt.

Wir haben uns im Ausschuss in neun weiteren Sitzungen intensiv mit der Thematik befasst.

Ich möchte meinen Vortrag an dieser Stelle abkürzen. Am 9. November dieses Jahres verständigte sich der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kultur einvernehmlich auf die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung in der Drucksache 14/2081, mit der Ihnen der Ausschuss die Annahme des Antrages der Fraktion der CDU in einer geänderten Fassung empfiehlt. Der mitberatende Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat sich dieser Empfehlung ebenfalls einstimmig angeschlossen.

Namens des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur bitte ich Sie daher, der vorliegenden Beschlussempfehlung zuzustimmen.

**Frau Schwarz (CDU):**

Ich komme dann zu meinem eigenen Redebeitrag. Ich bin erstaunt, dass zu so später Stunde noch so viele mit dabei sind.

(Zurufe von der SPD)

Aber vielleicht zeigt das eindeutig, dass diese Thematik, so lange sie in der Diskussion ist, sehr wohl eine entsprechende Beachtung benötigt. Es

freut mich insbesondere, dass auch der Geschäftsführer des Landesmusikrates, der Herr Sauga, der Plenardebatte beiwohnt. Ich hoffe, dass er einen guten Beschluss mit nach Hause nehmen kann.

Ich möchte auf die Historie nicht im Einzelnen eingehen und auch die Diskussionspunkte, die im Ausschuss geführt wurde, hier nicht darlegen, denn manches Mal hat die Tücke schon im Detail gelegen. Das brauchen wir hier nicht alles wieder aufzuwärmen.

Lassen Sie mich nur kurz erwähnen, dass der Landtag bereits 1992 einen Beschluss zur Errichtung einer Landesmusikakademie in Niedersachsen gefasst hat. 1995 wurden 22,3 Millionen DM in den Haushalt eingestellt. Die Summe bezog sich auf Wrisbergholzen. Leider konnte das Projekt dort nicht realisiert werden. Heute sind in der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 2001 in den Einzelplan 06 5,7 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigung eingestellt. Die Barmittelablösung soll im Haushalt 2002 erfolgen können.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung der Summen sollte allerdings keine Ermunterung an die Landesregierung darstellen, angesichts der Verringerung der benötigten Mittel vergleichbare bauliche Projekte auch auf die lange Bank zu schieben. Die 5,7 Millionen DM mögen für den Bürger im Lande kein Pappentier sein, aber angesichts der grob kalkulierten Kosten allein für die Rohbauarbeiten wird diese Summe dafür nur knapp ausreichen können. Da in der Landesmusikakademie in Wolfenbüttel auch Leben einziehen soll, wird die Ausstattung in einem weiteren Zuge sehr wohl zu betrachten sein. Auch die laufenden Kosten von jährlich 230.000 DM werden nicht unbedingt dem Landesmusikrat anzulasten sein. Denn Folgendes muss man bei dieser Gelegenheit einmal feststellen: Eine Reiseakademie, die zu einer Standortakademie wird, mag im organisatorischen Bereich, sofern sie einmal richtig angelaufen ist, Einsparungen erbringen, obwohl der Herr Minister entsprechende Zahlen bisher nicht auf den Tisch legen konnte. Die höhere Reisetätigkeit der Nutzer, vor allem Jugendlicher, deren Förderung auch der Landesregierung besonders am Herzen liegt, und die jeweils von der baulichen Ausformung der Landesmusikakademie abhängigen weiteren Kosten müssen aber auch abgedeckt werden.

In der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zur Kulturförderung in Niedersachsen vom Januar 1999 ist deutlich geworden, dass die Mittel für die freie Musikförderung mittlerweile um ca. 2 Millionen DM reduziert worden sind. Auch der Landesmusikrat ist dabei nicht von Kürzungen verschont geblieben. Hier noch die Erwartung zu hegen, dass noch weitere Rationalisierungsmöglichkeiten gegeben sind, heißt meines Erachtens, auf dem Holzweg zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Das kann zwar ein guter Resonanzboden sein; aber man sollte es nicht überstrapazieren.

Ich möchte im Zusammenhang mit den Finanzen auch darauf hinweisen, dass aufgrund der Beharrlichkeit vonseiten des Landesmusikrates bzw. des Präsidiums sehr wohl ein großer Erfolg bei der Einwerbung von weiteren Finanzmitteln zu verzeichnen ist.

(Beifall bei der CDU)

Man muss einmal betonen, dass das ehrenamtlich Tätige sind. Ich hoffe, dass die Landesregierung diese Bemühungen entsprechend ergänzt.

Ich wünsche dem Herrn Minister Oppermann von ganzem Herzen eine glückliche Hand bei der weiteren Realisierung.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Die hat er aber bisher nicht gehabt!)

Es kommt darauf an, dass nicht nur der Grundstein gelegt wird - voraussichtlich im Herbst 2001, rechtzeitig zur Kommunalwahl -, sondern in die Einrichtung sollte auch alsbald die Arbeit einziehen können. Dafür müssen noch ein paar Hausaufgaben gemacht werden. Die vertraglichen Regelungen zwischen der Kommune, dem Landesmusikrat und dem Ministerium sind noch zu vereinbaren. Auch von der Kommune sind noch ergänzende Angebote zu erbringen.

Sicherlich, Wolfenbüttel hat gute Standorteigenschaften für eine Landesakademie. Aber auch für Wolfenbüttel kann diese Einrichtung ein Zugewinn sein. Dazu muss auch diese Stadt einen entsprechenden Beitrag leisten.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Das sagen Sie einmal der CDU-Fraktion vor Ort! - Gegenruf von Ep-

pers [CDU]: Das sind die gar nicht allein!)

Bei der Realisierung der Landesmusikakademie kommt es u. a. auch auf den Minister an. In diesem Fall darf nämlich nicht nur das Lied angestimmt werden, sondern muss auch der Ton gehalten werden. Dazu bedarf es mit Sicherheit noch mancher Gespräche zwecks Harmonisierung der einzelnen Vorstellungen. Dass diese Gespräche nicht auf dem Marktplatz ausgetragen werden können, sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Der Minister hat im Sommer 1998, für viele recht überraschend, den Standort Wolfenbüttel vorgegeben. Über eine halbe Million im Bereich der Musik Tätige in Niedersachsen haben zu Recht seit langem die Erwartung, dass diese Ankündigung endlich einmal zu etwas Sichtbarem, zu etwas Greifbarem und Erlebbarem wird. Die Landesmusikakademie braucht endlich ein festes Zuhause. Daher wünsche ich den Musikinteressierten und vor allem den Musizierenden in Niedersachsen eine breite Zustimmung zu der Beschlussempfehlung zu dem Antrag der CDU-Fraktion vom Juni 1998 in diesem Hause. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Herr Dr. Domröse für die SPD-Fraktion!

### **Dr. Domröse (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei den Fraktionen im Hause ausdrücklich dafür, dass wir heute einen einstimmigen Beschluss in Sachen Musikakademie fassen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das hat auch lange gedauert!)

- Das hat lange gedauert. - Ich bedanke mich - Herr Wulff, auch wenn Sie jetzt etwas voreilig waren - auch bei der CDU-Fraktion für die Geduld bei der Beratung und dass Sie Verständnis dafür gehabt haben, dass wir keine Beschlussempfehlung zu lasten einer Kommune fassen konnten, solange nicht wenigstens in Grundzügen klar war, was da überhaupt zu realisieren war. Frau Schwarz, ich bedanke mich ausdrücklich auch bei Ihnen dafür, dass wir in Wolfenbüttel in großer Gemeinsamkeit auftreten konnten. Ich glaube, dass wir damit der Sache einen guten Dienst erwiesen haben.

Ich möchte heute vor der Beschlussfassung bitte noch zwei Appelle los werden. Zum einen hat die Landesmusikakademie viele Freunde, die sich auch als Sponsoren betätigen wollen. Die haben zum Teil die Geduld verloren, was ich sehr gut verstehen kann. Da hat es in der Vergangenheit auch böse Äußerungen gegeben. Ich möchte an die Sponsoren appellieren, bei der Stange zu bleiben und weiterhin mitzuhelfen, dass die Landesmusikakademie in Wolfenbüttel in einer wirklich würdigen Form entsteht, weil die jungen Menschen dort das verdient haben.

Ich möchte in aller Bescheidenheit einen zweiten Appell an die Stadt Wolfenbüttel richten. Ich möchte an die Stadt Wolfenbüttel appellieren, bei den gemachten Versprechen zu bleiben, die dafür gesorgt haben, dass die Standortwahl auf Wolfenbüttel fiel. Dazu gehört auch, dass die Seeliger-Villa als Ganzes der Landesmusikakademie als Kern, als Nukleus zur Verfügung gestellt wird, weil die Landesmusikakademie ein solches Identifikationsobjekt einfach braucht. Ich finde, dass die Wolfenbüttelerinnen und Wolfenbütteler in zwei fantastischen Konzerten von Orchestern des Landesmusikrates gemerkt haben müssen, was sie dort für ein unbezahlbares Kleinod bekommen. Ich meine, dass dies es wert ist.

Die beiden Punkte, die ich genannt habe, hängen auch zusammen, weil die Sponsoren natürlich nur dann bereit sind, Geld zu geben, wenn das nicht in eine anonyme Bausubstanz fließt, sondern in etwas, was man wirklich sehen und fühlen kann.

In diesem Sinne wünsche ich denjenigen, die die weiteren Planungen fortsetzen, viel Erfolg. Die Landesmusikakademie hat sehr viele Sympathisanten, auch hier im Parlament. Ich kann diesen Sympathiewerten einfach nur schaden, wenn ich jetzt länger rede. Deswegen höre ich auf. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Meine Damen und Herren, selbstverständlich hat die Landesmusikakademie auch Freundinnen und Sympathisantinnen.

Die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Brigitte Litfin, wird auf ihren Redebeitrag zu diesem Thema verzichten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie bittet mich, Ihnen auszurichten, dass sie hocherfreut ist, dass es allen Kulturpolitikern und -politikerinnen aller Landtagsfraktionen gemeinsam mit dem Landesmusikrat gelungen ist, nun endlich eine unendliche Geschichte zu beenden. Sie bitte mich, Ihnen mitzuteilen,

(Heiterkeit)

dass sie sich darauf freut, dass bald Laienmusikschaffende aus Niedersachsen die Möglichkeit haben werden, in einem Kleinod in Wolfenbüttel gemeinsam zu musizieren.

Damit beende ich die Aussprache.

(Mühe [SPD]: So noch nie gesagt, Frau Präsidentin!)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Der Kollege Dr. Domröse hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

### **Dr. Domröse (SPD):**

Frau Präsidentin, ich frage schon, ob wir die Sitzung nicht unterbrechen müssten, um den Ältestenrat um Rat zu bitten bezüglich der Frage, ob das geht, was Sie hier gemacht haben.

(Heiterkeit)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Ich bin, Herr Kollege Dr. Domröse - ich glaube, das wird Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein -, in Geschäftsordnungsfragen außergewöhnlich fit. Verlassen Sie sich darauf: Was ich gemacht habe, war rechtens.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt schließen kann.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur in Drucksache 2081 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch das ist nicht der Fall. Damit haben Sie einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 14:

Zweite Beratung:

**Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages für die Nachwuchskräfte des mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienstes** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1120 neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/2082

Der Antrag der Fraktion der CDU war in der 37. Sitzung am 12. November 1999 an den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen worden. Berichterstatteerin ist die Abgeordnete Frau Müller, die an ihre Berichterstattung sogleich ihren Redebeitrag für die SPD-Fraktion anschließen wird.

**Müller (SPD), Berichterstatteerin:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Beschlussvorschlag in Drucksache 2082 zu folgen. - Den Rest des Berichtes gebe ich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit zu Protokoll und schließe sogleich meinen Redebeitrag an.

(Beifall bei der SPD)

**(Zu Protokoll:)**

*Die Umformulierung des Entschließungstextes hat indes keine Abänderung des mit der Entschließung selbst angestrebten Zieles zum Gegenstand. Denn an der bereits in der ersten Beratung des Antrages im November letzten Jahres deutlich gewordenen Zustimmung der Vertreter aller Fraktionen hat sich nichts geändert. Die Landesregierung soll also weiterhin aufgefordert werden, die Voraussetzungen für die Gewährung eines Anwärtersonderzuschlages für die Nachwuchskräfte des mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienstes zu schaffen.*

*Der Umstand, dass mehr als ein Jahr bis zur jetzt anstehenden abschließenden Beratung dieses Antrages vergangen ist und der Ausschuss sich in dieser Zeit wiederholt mit dem Thema hat befassen müssen, hat vielmehr andere Gründe.*

*Der erste Grund lag in der gegenüber den ursprünglichen Annahmen zumindest dem ersten Anschein nach veränderten Bewerbersituation. Konnte der Ausschuss für Rechts- und Verfas-*

*sungsfragen bei der ersten Erörterung des Antrages im November letzten Jahres noch davon ausgehen, die Bewerberzahlen, vor allem aber die Zahl derjenigen, die nach den erforderlichen Einstellungstests auch tatsächlich bereit sind, einer Einstellungszusage zu folgen, erfordere die Gewährung eines Anwärtersonderzuschlages, um überhaupt genügend geeignete Nachwuchskräfte für den mittleren Justizvollzugsdienstes zu gewinnen, so erschien diese Annahme nach Auswertung der entsprechenden Einstellungsverfahren in diesem Frühjahr zweifelhaft. Denn die Bewerberzahlen entwickelten sich zunächst positiver als erwartet. Für den Ausschuss stellte sich deshalb zu diesem Zeitpunkt die Frage, ob es angesichts dieser Entwicklung rechtlich überhaupt vertretbar sei, einen Anwärtersonderzuschlag zu gewähren. Besoldungsrechtlich ist ein solcher Zuschlag nämlich nur dann gerechtfertigt, wenn auf andere Weise nicht genügend qualifizierte Bewerber für diesen Beruf zu gewinnen sind. Der Anwärtersonderzuschlag ist mithin nicht das Instrument, eine womöglich als zu gering empfundene Besoldung aufzubessern.*

*Im Einvernehmen aller Fraktionen ist die Beratung des Antrages deshalb im Frühjahr dieses Jahres bis zur Vorlage neuer Zahlen unterbrochen worden.*

*Tatsächlich war die Bewerberlage für die Einstellung in den mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienstes für das Jahr 2000 dann auch noch ausreichend. Unzureichend war dagegen die Zahl der so genannten Zweitberufler, also derjenigen Bewerberinnen und Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung und Berufserfahrung, auf deren Einsatz es im mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienst besonders ankommt. Wie die Untersuchungen des Justizministeriums zeigten, sind die finanziellen Bedingungen für diesen Personenkreis, bei denen es sich weitgehend um Bewerberinnen und Bewerber handelt, die älter als 25 Jahre sind und dementsprechend oftmals auch eine Familie zu versorgen haben, völlig unzureichend.*

*Nach intensiven Vorgesprächen hatten die Vertreter aller drei Fraktionen deshalb Anfang November im Rechtsausschuss einen neuen Entschließungstext vorgelegt, der die Landesregierung auffordern sollte, zumindest jenen Anwärterinnen und Anwärtern einen Sonderzuschlag zu gewähren, die eine abgeschlossene Berufsausbildung nachweisen können und unterhaltsberechtigzte Angehörige haben.*

*Gegen diese Fassung der EntschlieÙung sind im mitberatenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen jedoch durch Vertreter des Finanzministeriums rechtliche Bedenken erhoben worden. Sie bezogen sich zum einen auf kompetenzrechtliche Gesichtspunkte. Zum anderen stellte sich die Frage, ob eine derartige Einschränkung auf den eben genannten Personenkreis unter Gleichheitsgesichtspunkten überhaupt rechtsbeständig wäre.*

*Entsprechend der Bitte des Haushaltsausschusses hat sich der federführende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen deshalb jüngst nochmals mit dem Antrag befasst und dabei jene Formulierung der EntschlieÙung erarbeitet, die Ihnen nun zur Annahme empfohlen wird. Die zunächst vorgesehene Einschränkung auf Bewerberinnen und Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung ist danach fallen gelassen worden. Der Anwärtersonderzuschlag soll also allen zukünftig einzustellenden Anwärtnerinnen und Anwärtern des mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienstes gewährt werden. Auch diese Änderung ist im federführenden Ausschuss einvernehmlich beschlossen worden. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat seine Bedenken damit als ausgeräumt angesehen und dieser Fassung der Beschlussempfehlung zugestimmt.*

*Das für die Gewährung des Zuschlages in Aussicht genommene Finanzvolumen, das im jetzt zur Verabschiedung anstehenden Haushalt 2001 bereits Berücksichtigung gefunden hat, wird - so haben Untersuchungen des Justizministeriums ergeben - ausreichen, da die notwendig werdenden Einstellungen nicht alle zu Beginn des Jahres vorgenommen werden.*

*Ich bin damit bereits am Ende meiner kurzen Berichterstattung angelangt und darf sie namens des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen bitten, seiner Beschlussempfehlung zu folgen.*

### **Frau Müller (SPD):**

Als wir uns mit diesem Thema vor etwa einem Jahr in erster Lesung beschäftigt haben, sind uns ganz schnell drei Dinge deutlich geworden.

Erstens. Allein der Wille des Parlaments, die Zuschläge wieder einzuführen, reicht nicht aus. Wir mussten nämlich die Verordnung des Bundes beachten.

Zweitens. Diese Verordnung besagt, dass eine Wiedereinführung der Sonderzuschläge nur mit

einem erheblichen Mangel an qualifizierten Bewerbern zu begründen ist.

Drittens. Was als qualifiziert zu betrachten ist, gibt diese Verordnung ebenfalls vor. Die Ermessensspielräume sind hierbei sehr eng.

Viertens war in der damaligen Debatte auch deutlich geworden, dass sich die Opposition damals nicht so sonderlich um die Rechtslage scherte, sondern die Forderung nach Zuschlägen zunächst einmal populistisch ausschlachtete.

Immerhin sind wir dann im Rechtsausschuss wieder zu einer gemeinsamen sachlichen Arbeit gekommen, worüber wir sehr froh waren. Wir haben im Rechtsausschuss anhand der Zahlen und Unterlagen festgestellt, dass wir zu den beiden Einstellungsterminen im vorigen Jahr ausreichend viele Bewerber für die Anwärterstellen hatten, sodass wir nichts anderes hätten begründen können.

Dennoch hat die SPD-Fraktion alles daran gesetzt, einen Weg zu finden, der uns zu dem heutigen Ziel führte. Wir haben uns sehr intensiv mit den Mindeststandards der Qualifizierung befasst. Hauptschulabschluss und berufliche Vorkenntnisse oder Realschulabschluss - das entsprach nicht unseren Vorstellungen. Die Erfahrung zeigt, dass eine abgeschlossene Berufsausbildung und Berufserfahrung sowie soziale Kompetenz für unsere Vollzugsphilosophie wesentlich sind. Unsere niedersächsischen Vollzugsbediensteten bringen ihre Erfahrungen und Kenntnisse aus ihrem Berufsleben in den Vollzugsalltag ein. Das hat sich sehr bewährt.

Natürlich sind diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lebensälter als Schulabgänger. Sie haben in vielen Fällen längst eine Familie gegründet. Auch das ist von großem Vorteil für die Fähigkeiten im Vollzug. Etwa 50 % aller Anwärtnerinnen und Anwärter, die in den Jahren 1999 und 2000 die Vollzugsschulen absolviert haben, entsprachen diesem Standard.

Wir möchten diesen Anteil noch steigern. Bei den Bewerberzahlen für den Januar 2001 mussten wir aber feststellen, dass es gerade bei dieser Gruppe einen besonders starken zahlenmäßigen Rückgang bei den Bewerbungen gab. Ursache dafür ist schlicht und einfach die verbesserte Arbeitsmarktlage. Wenn der Vollzug trotzdem besonders qualifiziertes Personal einwerben will, dann muss er auf



dem Arbeitsmarkt mit wettbewerbsfähigen Angeboten auftreten.

Das hatte die SPD-Fraktion dazu gebracht, in einem ersten Schritt mit einer differenzierten Sonderzulage für Zweitberufler mit Familie zu arbeiten. Meine Fraktion hatte dafür zusätzlich 1 Million DM für den Haushalt 2001 bereitgestellt. Wir waren uns im Rechtsausschuss alle miteinander über dieses Verfahren einig.

Dass es dann in einem weiteren Anlauf noch gelungen ist, von der Differenzierung wieder abzugehen und alle Anwärterinnen und Anwärter, die ab Januar 2001 neu eingestellt werden, wieder mit dem Sonderzuschlag zu versehen, betrachten wir allgemein als positiv.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch sagen, dass ich insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizministeriums für die schnelle Reaktion und die schnelle Hilfe bei der Umsetzung danke.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir die Mittel im Haushalt abgesichert haben, ist klar. Das ist durch unsere intensive Arbeit, aber nicht durch populistische Forderungen nach außen hin erreicht worden. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Für die Fraktion der CDU spricht jetzt die Abgeordnete Frau Körtner.

### **Frau Körtner (CDU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heute zur Abstimmung vorliegende gemeinsame Antrag aller drei Fraktionen ist ein Sieg der Vernunft, und solche Siege der Vernunft werden uns in diesem Landtag mit diesen Mehrheiten leider nicht allzu häufig zuteil.

Als die CDU-Fraktion am 12. November 1999 den Entschließungsantrag betreffend Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages für die Nachwuchskräfte des mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienstes einbrachte, ließen die ablehnenden Stellungnahmen des damaligen Justizministers Dr. Weber und der SPD-Fraktion befürchten, dass dieses Thema zur unendlichen Geschichte wird.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre umso schlimmer gewesen, als es hier nicht um die Bedienung einer bestimmten Klientel mit mehr Geld ging, sondern um ein Stück Rechtsfrieden, ein Stück Gerechtigkeit und auch und gerade um die innere Sicherheit in den niedersächsischen Gefängnissen.

Wir haben die Gründe für die ablehnenden Stellungnahmen des Ministers und der Regierungsfraktion nicht nachvollziehen können; denn ein Dienstherr - hier der Justizminister - konnte und durfte nicht länger zulassen, dass eine Reihe der zukünftigen Justizvollzugsbediensteten - hier also die Anwärter - aufgrund der äußerst niedrigen Bezüge in die Sozialhilfe getrieben wurde, sich in der Konsequenz also das Land auf Kosten der niedersächsischen Kommunen entlastete.

Die Begründung des Ministers und der SPD-Fraktion von damals - ich verkürze einmal: „Wir würden ja gern, wenn wir nur könnten, aber der Bundesgesetzgeber lässt das nicht zu“ - erschien uns damals als nicht ausreichend und nicht stichhaltig. Das zeigt sich überall. Es ist ja auch ein Stück politische Erfahrung: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. An diesem Willen hat es damals jedoch entscheidend gemangelt.

Ich werde hier nicht dezidiert darauf eingehen, welche Voraussetzungen sich von damals zu heute geändert haben. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Rechtsausschuss wissen auch ganz genau, warum. Ich möchte hier nämlich keine schlafenden Hunde wecken. Dass der Minister und die SPD-Fraktion schließlich doch den richtigen Weg gefunden haben, freut uns als CDU-Fraktion natürlich sehr; denn wir sind mit unserem Entschließungsantrag vom November 1999 Wegweiser für das heutige Ergebnis gewesen. Das freut uns natürlich auch sehr. Wir bedanken uns bei all denen, die sich dafür eingesetzt haben. Hier ist ein Zustand beendet worden, der nicht mehr länger hinzunehmen und auch nicht mehr länger zu vertreten war.

Dieses Ergebnis, meine Damen und Herren, ist nicht vom Himmel gefallen. Es bedurfte des Bohrens dicker Bretter; denn um der Wahrheit die Ehre zu geben, muss hier gesagt werden, dass der Minister und die Regierungsfraktion von verschiedenen Seiten zum Jagen getragen worden sind. Das ist neben unserem Entschließungsantrag, neben den Verhandlungen der SPD-Kolleginnen und -Kollegen des Rechtsausschusses das ganz beson-

dere Verdienst des Verbandes der Niedersächsischen Strafvollzugsbediensteten, des VNSB, und des Hauptpersonalrates.

Der VNSB hat immer wieder Gespräche mit allen Fraktionen geführt. Er kämpft seit 1996 für die Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages und hat nicht einfach hingegenommen, was angeblich nicht zu ändern war. Dazu gehörten schon eine ganze Portion persönlicher Mut und auch Steherqualitäten. Ich erinnere an die Aktionen, die der stellvertretende Landesvorsitzende des VNSB Gerhard Solinski und andere und der Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Tannen, auch hier im Landtag anlässlich von Plenarsitzungen durchgeführt haben. Bei einer dieser Aktionen am 29. März 2000 - - -

(Plaue [SPD]: So viel Unverstand in einer Rede ist mir noch nicht untergekommen!)

- Herr Plaue, Sie mit Ihren sehr unqualifizierten Zwischenrufen sollten sich lieber vorher erst einmal der Anstrengung des Denkens unterziehen.

(Zuruf von Plaue [SPD])

- Sie sollten sich erst einmal der Anstrengung des Denkens unterziehen.

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Frau Körtner, mäßigen Sie sich bitte!

### **Frau Körtner (CDU):**

Sie würden es sich sonst sehr einfach machen.

Meine Damen und Herren, bei einer dieser Aktionen am 29. März sind die Anwärter aus dem ganzen Land hier gewesen. Sie haben den Vertretern der CDU-Fraktion und der Presse sozusagen hautnah ihre persönliche Situation vor Augen geführt und haben uns das ganze Ausmaß dieser Ungerechtigkeit verdeutlicht. Die SPD-Fraktion und auch der Minister waren damals - auch das muss hier noch gesagt werden - nicht bereit, mit den Anwärtern zu reden, angeblich weil diese sich nicht ordnungsgemäß angemeldet hatten. Ich will das nicht kommentieren.

Trotz des Erfolges, dass nun alle neu einzustellenden Anwärterinnen und Anwärter den Sonderzuschlag bekommen, ist es doch ein Stück unbefriedigend, dass diejenigen Anwärter, die dafür ge-

kämpft und sich eingesetzt haben, bei dieser Regelung außen vor bleiben, weil sie sich schon in der Ausbildung befinden, obwohl man ihnen bei ihrer Einstellung signalisiert hat, dass der Sonderzuschlag kommen würde. Nun werden sie gerade nicht berücksichtigt. Das bedrückt mich etwas.

Aber die jetzt konsensfähige Regelung, den Sonderzuschlag allen neu einzustellenden Anwärtern zu gewähren und nicht noch aufzusplitten, ist auch im Hinblick auf die finanzielle Situation des Landes das beste Ergebnis, das zu erzielen war.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich bin sehr froh darüber, dass sich die Kolleginnen und Kollegen der SPD im Rechtsausschuss ihren Haushältern gegenüber durchgesetzt und hier nicht aufgegeben haben. Das erleben wir mit der SPD-Fraktion in ihrer Gänze sonst leider viel zu selten.

(Haase [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Meine Damen und Herren, im Bereich des Justizvollzuges gibt es ja noch sehr viele Probleme. Ich hoffe, dass wir diese Probleme in der Zukunft genauso vernunft- und sachbezogen im Interesse des Vollzuges und damit der inneren Sicherheit werden regeln können. Wenn es richtig ist, dass der Weg das Ziel ist - dieser Weg war lang -, dann sollten wir auch in der Zukunft versuchen, überall da, wo es möglich ist, gemeinsame Wege über Parteigrenzen hinweg zu gehen.

(Zustimmung bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Litfin:**

Herr Kollege Schröder, bitte!

(Adam [SPD]: Erzählen Sie uns erst einmal, wie es Frau Litfin geht!)

### **Schröder (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ja toll, welche Debatte man um eine einstimmige Entscheidung dieses Landtages führen will. Sie kennen bestimmt die Redewendung, es sei alles gesagt, aber nicht von allen. Ich will mir das nicht nachsagen lassen, sondern einen praktischen Beitrag zur Parlamentsreform leisten.

Ich nehme mal all die Garnituren weg, all die polemischen Spitzen, all das Herzblut, das bei

diesem Antrag vergossen wird, und sehe auch mal davon ab, dass ein Erfolg immer sehr viele Väter und Mütter hat - der Misserfolg ist bekanntlich immer Vollwaise -, und sage schlicht: Ich schließe mich den Ausführungen meiner beiden Vorredner voll inhaltlich in der Sache an. Auch wir werden diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Litfin:**

Frau Kollegin Müller möchte noch einmal sprechen.

**Frau Müller (SPD):**

Liebe Kollegin Körtner, das ist genau das, was ich zu Anfang gemeint habe: Sie haben sich hier bei der ersten Debatte rein populistisch verhalten und machen das jetzt wieder.

(Zustimmung bei der SPD)

Natürlich haben wir genauso wie Sie mit allen Verbänden geredet, die dazu mit uns reden wollten. Das waren alle. Wir haben das mehr als einmal getan. Nur, mit den Verbänden zu reden, ändert überhaupt nichts an der Rechtsgrundlage, die uns diese Verordnung des Bundes vorgibt. Die müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Auch wenn Sie hier noch so lange reden und das mit sozialen Argumenten begründen wollen: Das können Sie denken, aber diese Verordnung des Bundes lässt genau das nicht zu.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wer regiert denn im Bund?)

Sie müssen das langsam mal begreifen und aufhören, hier so zu tun, als wären Sie die große Sozialpolitikerin.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Litfin:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, Drucksache 2082, zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall.

Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Damit haben Sie auch hier einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss unserer heutigen Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Feierabend und eine schöne Nacht. Morgen früh um 9 Uhr setzen wir die Sitzung fort.

Schluss der Sitzung: 19.46 Uhr.